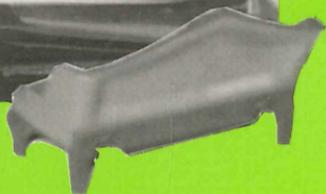
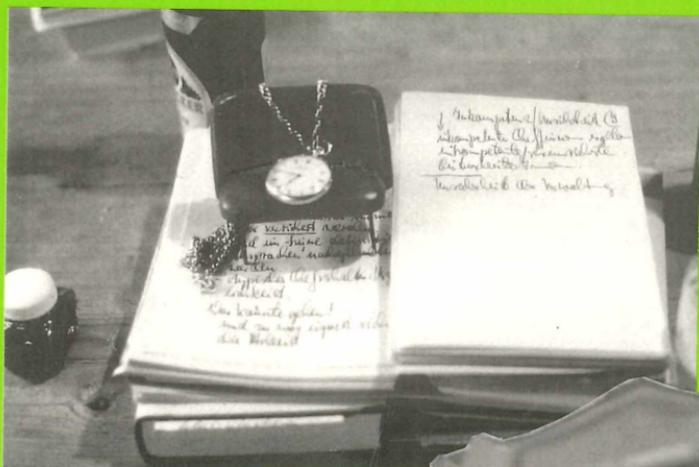


Notizbuch 48 der KASSELER SCHULE



Muttheorie gegen Zumutungen

Mit Beiträgen von

Autorinnenkollektiv, Adeline Ameise, Andrea Appel, Karina Dessine,
Elena Granda Alonso, Karl Heinrich Hüllbusch, Helmut Lührs, Harald Mang,
Wilfried Ring, Karla Scharlotte, Christine Anna Vetter, Jürgen Wolfahrt

Redaktion: Harald Mang und Karl Heinrich Hüllbusch

Hg.: Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation, Kassel 1997

Muttheorie gegen Zumutungen

(Redaktion: Harald Mang und K. H. Hülbusch)

Inhalt	Seite
Zu den Notizbüchern der Kasseler Schule	2
Karl Heinrich Hülbusch Muttheorie gegen Zumutungen 'nach Art des Hauses'	3
Karl Heinrich Hülbusch Ein Notizbuch zum Balint-Seminar	4
Karl Heinrich Hülbusch Der vorläufige Fahrplan	10
AutorInnenkollektiv Der reale Fahrplan – Die PlanerInnen und ihre Arbeitssituation – Berichte der Seminarwoche –	17
Karl Heinrich Hülbusch/Christine Anna Vetter Kommentar zur Nachbereitung	67
Nachlesende Texte	
Andrea Appel Wie der apostolische Eifer zuschlägt	70
Helmut Lührs Der subjektive Faktor	83
Adeline Ameise Das Gegenteil von gut ist gut gemeint	89
Karina Dessine Die Doppelrollen der Bauzeichnerin im Büro	106
M ^a Elena Granda-Alonso Zur Kleingruppenarbeit	111
Karla Scharlotte Der Stil des Amtes	118
Jürgen Wohlfahrt Das Elend des landschaftspflegerischen Begleitplanes	127
Harald Mang und Wilfried Ring Guter Rat ist nicht teuer	146
Karl Heinrich Hülbusch BPS II Betreuung	190
Notizbücher der Kasseler Schule	200

Notizbuch 48 der Kasseler Schule

1. Auflage 1 - 750, September 1997

Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation (Gemeinnütziger Verein).

Vereinsadressen: c/o BSL - Christine Anna Vetter, Elfbuchenstraße 16, 34119 Kassel

(Telefon: 0561 - 775309, Fax: 0561 - 12269) und: c/o Karl Heinrich Hülbusch, Bückeburger Str. 16,

28205 Bremen. **Redaktion:** Harald Mang und K. H. Hülbusch. **Typoskript:** Autorinnen und Autoren.

Titelfoto: Jürgen Knittel. **Umschlag:** Helmut Böse-Vetter. **Druck- und Bindearbeiten:** Völker &

Ritter GmbH, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg/Lahn. **Bestellungen an:** o.g. Vereinsadressen.

Vereinskonto: Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) Nr. 59 475. **Alle Rechte bei den AutorInnen.**

Zu den Notizbüchern der Kasseler Schule

Seit 1985 werden von der **'Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation'** die **Notizbücher der Kasseler Schule** herausgegeben. Zum Abdruck kommen vornehmlich studentische Beiträge, die in der Tradition des forschenden Lernens und Lehrens erarbeitet wurden. In den Notizbüchern ist durch Betreuung und Beiträge die Arbeitserfahrung von Berufstätigen eingebracht und dargestellt. Dissertationen, thematische Aufsatzsammlungen, 'Nachlesen' und gelegentlich Auftragsarbeiten (Gutachten) ergänzen die Reihe, die Ausdruck und Beleg aus der 'Kasseler Schule' sind.

Zur **'Kasseler Schule'** wollen wir hier eine notwendige Erläuterung geben, weil aus Unkenntnis oder Absicht häufig eine falsche Darstellung verbreitet wird. Eicke Schmidt hat 1981 in Garten und Landschaft [91(11): 81] diesen Begriff geprägt und eingeführt. Er bezog sich dabei explizit auf die Arbeiten von I. M. Hülbusch, K. H. Hülbusch, H. Böse bzw. auf von diesen betreute Arbeiten.

Damit sind seitdem Arbeiten aus 'Kassel' benannt, die sowohl von der Erkenntnistheorie (Indizienwissenschaft) wie von der Fragestellung her den Erfahrungen von Gebrauchsqualität und – daran lernend – den Voraussetzungen für Gebrauchsfähigkeit nachgehen.

Nach Heinz Hahne [DAS GARTENAMT 1982, 31 (11): 693], Jürgen Milchert [DAS GARTENAMT 1982, 32 (2): 116 und 1985, 34 (9): 651] und anderen, die ebenfalls das 'Etikett' in diesem Sinne gebrauchten, hat neuerdings H. W. Hallmann auf die 'Besonderheit der Kasseler Schule hingewiesen' [in: DAS GARTENAMT 1992, 41 (3): 165 – 170].

Nun ist die Regel, daß von außen betrachtet die Kasseler Schule mit dem Studiengang Landschaftsplanung an der GHK gleichgesetzt wird.

Die Arbeiten der 'Kasseler Schule' sind weitgehend Ergebnisse der Lehr-Lern-Forschung der 'Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation' am Studiengang Landschaftsplanung der GHK. Aus dem Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung wird der Eindruck erweckt, daß die 'Kasseler Schule' mit diesem Fachbereich identisch sei. Diese Vereinnahmung über den Begriff – auch der beliebige Gebrauch der Bezeichnung 'Freiraumplanung' und 'Landschaftsplanung' – ist sehr beliebt und soll von der konventionellen Grünplanung und Landespflege ablenken bzw. sie kaschieren. An den Arbeiten der 'Kasseler Schule' sind sie unbeteiligt.

Die 'Arbeitsgemeinschaft Freiraum und Vegetation' ist in einer offenen Arbeitsvereinbarung von Berufstätigen, Lehrenden und Studierenden lernend, lehrend und forschend tätig. Seit 1985 veröffentlicht sie zusammen mit einem gleichnamigen gemeinnützigen Verein, dessen MitgliederInnen vornehmlich nicht nur außerhalb Kassels, sondern auch außerhalb der Hochschule tätig sind, die 'Notizbücher der Kasseler Schule'.

Die Kasseler Schule hat den Namen nach dem 'zufälligen' Arbeitsort vieler Teilnehmer an der Arbeit. Alle Versuche den Ortsnamen gegenüber den Inhalten und Ergebnissen der Arbeit in den Vordergrund zu schieben, sind zwar verständlich, wenn jemand abstauben oder nivellieren will; sie sind aber schlicht falsch, weil die Kasseler Schule über die Arbeit und nicht vom Ort ihren Namen hat.

Für Interessierte: In Notizbuch 2 sind 'programmatische Anmerkungen' zur Kasseler Schule formuliert. Notizbuch 10 enthält Beiträge zur und aus der 'Kasseler Schule' sowie eine Bibliographie der veröffentlichten Arbeiten von 1968 – 1989.

Karl Heinrich Hülbusch

Muttheorie gegen Zumutungen 'nach Art des Hauses'

Nicht nur berufliche Lernbiographien enthalten immer ein Päckchen an Niederlagen und Enttäuschungen, die, nachgehalten und verarbeitet in den sicheren Bestand der Erfahrungen und Identität aufgenommen werden können.

"Die Weisheit des Grundplanes will es, daß das Individuum gerade zu dieser Zeit mehr als zu jeder anderen bereit ist, schnell und ergiebig zu lernen, 'groß' zu werden in dem Sinne, daß es an Pflichten und Leistung mehr noch als an Macht teilhaben möchte." (Erikson, E. H. 1973: 96)

Dieser Tage erhielt ich den Brief einer Kollegin, die von einem neuen Büroarbeitsplatz berichtete:

"Na gut, aber diesem Chef ist es gelungen mich derart zu verunsichern, daß ich bald echt nicht mehr weiß, ob ich was gelernt habe. Er sitzt vor mir und zählt auf, was ich alles nicht kann, wofür ich ungeeignet bin etc. Und ich schaffe es nicht, ihm meine Qualitäten klar zu machen; auch nicht, wenn er mal zuhört." (Brief von Anfang Dez. 1996)

Ein wahrlich erfolgreicher Chef ist das.

"Diese Überschreitungen sind oft natürliches Ergebnis der Ungleichheit. (...) Oft jedoch sind sie auch eine gedankenlose Ausbeutung dieser Kräfteungleichheit; mit dem Resultat, daß das Kind (die AnfängerIn; Anm.d.Verf.) das Gefühl bekommt, es gehe in der Welt nicht um Gut und Richtig, sondern um Willkür und Macht." (Erikson, E. H. 1973: 95)

Nun, in diesem Notizbuch sind viele Beispiele offener und verdeckter Zumutungen, wie Unterdrückungen aus Arbeitssituationen, zusammengetragen worden. Die aktuelle Mitteilung der Kollegin stellt also keinen Sonder- oder individuellen Einzelfall dar, sondern vermittelt eher den bösartigen 'Normal'-Fall, der Anlaß für die Rollenreflexion in einem Balint-Seminar war. Der protokollarische Bericht über dieses Seminar steht zu Beginn des Notizbuches, das eine verschwiegene Seite aus Notizbuch 9 – Der Praxisschock – von fertigen Unwegen und unfertigen Wegen – aufdeckt und das Notizbuch 9 ablöst. Denn die Diskussion zu Gegenstand und Methode der Freiraumplanung ist in den inzwischen veröffentlichten Notizbüchern als lokkere Lehrbuchreihe bestens vertreten und läßt die – übrigen falsche – Frage nach der Effizienz des Studiums in der Berufsarbeit verblaßen. Der Arbeitsplatz erfordert eine Diskussion nicht zuerst über die handwerkliche und methodische Fähigkeit der Beteiligten, sondern eine sorgfältige Betrachtung der interpersonalen Beziehungen, bei denen die Arbeit selbst fast unerheblich ist, weil Macht und Beherrschung, Lug und Betrug leitende Motive sind. Zum Balint-Seminar haben wir 'nachlesende Texte' hinzugefügt, deren Bedeutung und Kontext durchs Balint-Seminar erst offenkundig wurden. Ganz haben wir das 'Werk' nicht aus den Augen gelassen und die Debatte von der anderen Seite über die verheimlichten Abmachungen nach Verdeutlichung:

"Die Frage ist immer, ob wir die Regeln beherrschen, mit welchen wir uns die Welt handlicher (nicht aber komplizierter) zu machen wünschen, oder ob die Regeln (das Schema; Anm. d. Verf.) uns beherrschen." (Erikson, E. H. 1973: 85)

"Wenn man ein Motorrad reparieren möchte, ist ein ordentlicher Vorrat an Mut das wichtigste und unentbehrlichste Werkzeug." (Pirsig, R. M. 1978: 314)

Literatur:

Erikson, E. H. (1973): Identität und Lebenszyklus. Frankfurt/Main

Pirsig, R. M. (1978): Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main

Karl Heinrich Hülbusch

Ein Notizbuch zum Balint-Seminar

"Unser Unternehmen war eine Mischung von Forschung und Ausbildung."
(Balint, M. 1964/91: 17)

Im Alltagsgeschäft geht – aus welchen Gründen auch immer – die Reflexion und die Distanz leicht verloren. Die 'Philosophie' der Legitimation durch die 'Verhältnisse' gewinnt eine Macht, die alles entschuldigt und gleichzeitig die Arbeitsunfähigkeit, mit flotten Sprüchen garniert, sanktioniert: so eben sind die Verhältnisse; und mit Niederlagen können wir zuhauf dienen. Das ist nicht abgestritten. Trotzdem sind eine oder mehrere 'Niederlagen' kein Grund, den 'Verhältnissen' die Schuld zu geben. Zur Erinnerung sei an die bürokratische Arbeitsplatzdiskussion nach der Studentenbewegung erinnert. Der 'lohnabhängige Architekt' (Hübner/Nausester/Petzinger 1973) oder 'Architektur und Kapitalverwertung' (Brake, K. 1973) und andere Beweihräucherungen (s. a. Arch*) des privat und individuell aufstrebenden, 'jungen, modern fühlenden, geschmackvoll klugen Mittelstandes' (Bloch, E. 1962) waren die emanzipatorischen Themen der 'kognitiven Eliten', die heute umstandslos der Postmoderne die Steigbügel halten und mitnehmen, was mitzunehmen ist. Die Vereinnahmung der Bürgerinitiativen unter dem Siegel der 'gesellschaftlichen Relevanz' hat die politische Relevanz der Bürgerinitiativen abserviert und die 'Experten für Betroffenheit' in einen Status versetzt, den ihr Auftraggeber – die Bürokratie – vorher nie gehabt hat. Diese Charmeure des Widerspruchs und der 'Bewegungen', deren sie sich bedienen, sind klassische Protagonisten 'für Konversionen zu diesem oder jenem Gegenmodernisierungsglauben'. Ihre Überzeugungen sind der Mode verpflichtet. Und sie sind ein schönes Ausstellungsstück für die Zerrüttung handwerklicher und professioneller Solidität ebenso wie für wertneutrale Verantwortungsethik (vgl. Weber, M. 1921-22/76). Die Integrität der Personen und die Solidität der Arbeit ist seit den Zeiten des 'emanzipatorischen Aufbruchs' (s. z. B. Nohl, W. 1973) im 'Erfolg' der Aufträge und Forschungsaufträge, mit denen das Maul der Befindlichkeitskritiker gestopft werden könnte, vergessen worden. Der Opportunismus des Erfolges, der offiziellen Anerkennung und gegenseitigen Beweihräucherung hat auch den expandierenden Markt (den kapitalistischen) erreicht und die Arbeitssituation in den Büros über die maliziöse Lohndebatte hinaus oder auch gegen diese zerrüttet. Das ist Gegenstand unserer Diskussion.

Wunschträume

Ganz unvorbereitet sind wir nicht in dieses Seminar gegangen. In Wien – also am fremden Ort – habe ich als Gastprofessor im Sommersemester 1987 den Mut gefaßt ein Seminar zu Motiven, Absichten und Wünschen für das Studium der 'Landschaftsökologie' an der Boku (Universität für Bodenkultur) durchzuführen. Gemeinsam mit G. Schneider habe ich mit der Erfahrung aus Wien, besser vorbereitet, 1987/88 und 1988/89 'Wunschträume'-Seminare in Kassel durchgeführt. Das Wunschträume-Seminar war vornehmlich der Formulierung und der vergleichenden Betrachtung der Studiermotive und Studierabsichten (Erwartungen) gewidmet. Daran anschließend haben wir dann die Stadien des Studiums (nach Prüfungsordnung) durchgenommen und die Differenz zwischen Studiererwartung und studierend wahrgenommener 'Berufswirklichkeit' betrachtet, um die notwendigen und die böartigen Unterschiede zu den Wunschträumen zu prüfen und zu verstehen. Weder die Durchsetzung der Studierabsichten, noch die Anpassung an die 'gelehrte Berufswirklichkeit' sollten protegiert werden, weil das Verständnis über die Differenz – nicht die Lösung der Differenz – erst zu üben war. Wenn man ändern will, was einen zwar ärgert, aber sonst unverstanden ist, bleibt unbekannt, was zu ändern ist. Nicht ganz ungewöhnlich reagierten, – wie in Wien – viele TeilnehmerInnen unwirsch und mit 'apostolischem Eifer' (s. Balint, M.) auf die Zumutung, den Unterschied verstehen zu sollen. Der Wunsch nach Bestätigung übertönte die Ironie des Titels: 'Wunsch-Träume'.

"Wenn er sich der Notwendigkeit beugt, statt sich dem blinden Verlangen hinzugeben, dann schwingt er sich auf wie ein Vogel; und weil er nicht nicht zu sehr gewollt hat, was er begehrt, sondern vielmehr das, was er vermag, wird er schließlich tun, was er will." (Alain 1924/95: 87)

Das ist nicht weiter verwunderlich, weil die Lehrenden in der Regel unfähig sind, diesen Widerspruch zu skizzieren, um daraus auch noch eine individuell (also für viele Individuen) befriedigende und intellektuell anspruchsvolle Studiermöglichkeit zu vermitteln.

"Aber wer in der Einbildung lebt, klagt auch das Schicksal an; (...)." (ebd.: 88)

Arbeitsplatz oder Berufsreflexion

Die Arbeitsplatzreflexion ist eine Not, die dem Mangel einer sorgfältigen und provokativen Berufsreflexion zu Beginn des Studiums anzulasten ist. Diese könnte dann noch bei der Betreuung der Berufspraktischen Studien (I und II) vertieft werden (vgl. Hülbusch, K. H. 1990), damit die Produkte beruflicher Arbeit und die sozialen wie sozialpolitischen Folgen mit den Berufsvorstellungen und der restaurativen Berufstätigkeit verglichen werden können. Nur so könnten Studierende eine intellektuelle Selbständigkeit erreichen und verantwortliche Entscheidungen für ihr Studium und die Berufstätigkeit treffen. Statt dessen wird die 'Praxis', wie die gerade propagierte politisch-administrative Mode des Tuns und Lassens genannt wird, unesehen übernommen. Da diese Mode in den Tageszeitungen lauthals berichtet und in Oberstufen-Leistungskursen behandelt wird, sind Lehrende und Lernende unausge-

sprochen einig in den Absichten, für deren Erfüllung nur noch das technische Rüstzeug bewerkstelligt werden muß. Mit einer wolkigen Theoriebildung und verstümmelter Gedankenführung werden mechanistische Programme erdacht, die ausschließlich auf Verwaltungsakte gerichtet sind und den vermeintlichen Experten immer im Verein mit der Bürokratie sehen. Die Willkür administrativer Verordnungen, die den Experten Macht und Alimentation verleiht, hat manifeste Folgen für die Lern- und Arbeitsverhältnisse, die ebenso willkürlich gehandhabt werden, so daß Verabredungen, Vereinbarungen und Selbstverständlichkeiten so sicher sind wie dünne Eisdecken. In diesem lernbiographischen Dilemma befangen wird die Atmosphäre und die Befindlichkeit am Arbeitsplatz gegenüber der Prüfung qualifizierter Arbeit herrschend. Eine Hochschullehre, die ihre Legitimation bei äußeren Instanzen leiht, gibt den Lernenden keine Möglichkeit des Vertrauens in berufliche Fertigkeiten und Qualifikationen, die auch der persönlichen Selbstsicherheit dienlich sind. Diese Verweigerung des Vertrauens in der Lernsituation untergräbt die Bereitschaft

"(...) schnell und begierig zu lernen, 'groß' zu werden in dem Sinne, daß man an Pflichten und Leistung mehr noch als an Macht teilhaben möchte." (Erikson, E. H. 1973: 96)

und forciert die Machtbesessenheit, die antiautoritäre Beziehungen prägen. So ist die Lehre, die eilig zur Technik kommt und die Berufsbildung unterschlägt: 'verantwortungsgesetzlich' und 'Methode'. Da war der Plan für die Organisationseinheit Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der GHK pädagogisch klug bedacht. Kommentare dazu sind im Notizbuch 9 – Der Praxisschock (1988) – nachzulesen. Auf die Dauer hat das verantwortliche Personal versagt und ist in Lernlöcher der eigenen Studierbiographie gefallen. So könnte jetzt die O-Phase durch ein schlicht gestricktes Grundstudium ersetzt werden, weil dann jegliche Form der jovialen und emotionalen Vereinnahmung, mit der die Lehrenden ihr Ungenügen kaschieren, entfallen würde und damit eine, wenn auch unbegleitete Selbständigkeit der Urteilsfindung wieder frei würde.

Arbeitsplatz und Berufsreflexion

M. Balints berühmtes gewordenes Buch – Der Arzt, sein Patient und die Krankheit (1964/91) – und Berichte von und über Mediziner-Balint-Gruppen haben uns schon häufiger daran erinnert, daß in anderen Berufen, deren Arbeit indirekter, aber mit nicht geringerer Wirksamkeit das tägliche Leben und Wohlbefinden vieler einzelner Menschen beeinflusst, Berufsreflexion entweder selten oder völlig unbekannt sind. Zu diesen Berufen zählen auch alle jene, die mit philanthropischer Attitüde die gebaute Welt 'funktionaler', 'schöner' und 'attraktiver' zu machen versprechen. Dies sind z. B. alle jene Entwerfer, die 'Planer' auf ihr Panier gedruckt haben. Hard (1981/90) hat, unter Berufung auf Ravetz, die spezifische Paranoia in den 'weichen' Disziplinen dargestellt. Das individuelle und kollektive Minderwertigkeitssyndrom gegenüber den 'härteren und kompakteren Wissenschaften' veranlaßt zur Nachahmung eben dieser 'Wissenschaften'. Dazu gehören neben der Vortäuschung des Wissenschaftsdesigns und der Schärfe und Härte der Gegenstandsbeschreibung durch 'Daten' auch

– im Sinne einer magischen Praxis – die Beweihräucherung der 'gesellschaftlichen Relevanz der Disziplin für politisch einflussreiche und ideologisch tonangebende Abnehmergruppen'.

"Durch die Strategien des Verschweigens und der Imitation bringt sich eine solche 'weiche' Disziplin wahrscheinlich nicht selten um ihre tatsächlichen Entwicklungschancen, um eine halbwegs realistische Einschätzung ihrer Lage und um eine Vorstellung davon, welche Forschungs-, Ausbildungs- und Prüfungsmodelle dem von ihr vertretenen Wissens- und Disziplintyp angemessen sind." (Hard, G. 1981: 24/1990: 86)

Ein überzeugendes Indiz für G. Hards 'Zustandsinterpretation' solcher Disziplinen sind für die Landschaftspflege (Grünamt und Naturschutz) die Verlautbarungen in Zeitungen und Zeitschriften. Diese Verlautbarungen enthalten immer ein Lamento über die Verhältnisse und Bedingungen, eine Portion formalistischer Wissenschaftlichkeit, bombastische Verheißungen und – vorweg gegen Erinnerungen an so manches ebenso großartig versprochene 'Desaster' – einige Glaubenssätze zum Erkenntnisgewinn aus vorhergehenden Fehlern. Bußübungen (s. z.B. die alljährlichen Nachgesänge zu den Gartenschauen), zur Absolution eilig heruntergebetet, ersetzen eine Berufsreflexion völlig. Statt dessen wird eine großspurige berufsständische Verbandspolitik, die in viele engstirnig bewachte Expertenzirkel aufgeteilt ist, betrieben. Die Berufsreflexion, die Balint in seiner Forschung mit Allgemeinmedizinern in den Vordergrund stellt, ist in der Verständigung anstrengend, obwohl die Mediziner über den rigiden Teil ihrer handwerklichen Ausbildung ein solides begriffliches Mittel der Verständigung parat haben. Gleichzeitig ist die Arbeitssituation Arzt/Patient in einem direkten personalen Verhältnis ausgebildet. Die Berufsreflexion der Planertätigkeit kann bis auf wenige Ausnahmen (s. Appel, A.: Hausgarten; in diesem Notizbuch) nicht auf ein unmittelbares Auftragsverhältnis bezogen werden.

"(...) das ganze Auswahl-Komitee, alle zusammengenommenen Repräsentanten der größten Firma in der Geschichte der Menschheit, treten an den Architekten heran, kneten imaginäre Schneebälle und sagen: 'Bitte, Mr. Johnson, nicht daß wir ihnen in irgendeiner Weise hineinreden wollen, aber wir wollten ja nur, und wenn es nicht zuviel verlangt wäre, hätten wir gern, und mehr ist es ja auch gar nicht, bitteschön kein Flachdach.'" (Wolfe, T. 1990: 125)

Da es keine Anstrengung zur sorgfältigen Begriffsbildung gibt und ein verhunzter Jargon, wie verstümmelte Gedankenführung mögliche Mitteilungen beherrschen, sind die Mittel zur Verständigung über Gegenstand und Problem der Arbeit zerrüttet. Wie Hard schon bemerkte, werden in solch professionell weihevoll bornierter Drucktradition, die Erfahrungen 'relativiert, hintergangen und außer-Spiel-gesetzt' (vgl. Hard, G. 1981: 14 f.). Jede Debatte über diese Vorwände setzt jede wertneutrale und verantwortungsethische Erörterung außer Kraft und delegiert sie der fingierten Moral (des Helfersyndroms) und den Verhältnissen. Der Reflexion der Arbeit und der Droge PlanerIn ist schwer beizukommen, weil die Ausreden vielgestaltig sind und die eilige Forderung nach der 'richtigen' Lösung eine solide Verständigung über die Probleme der Arbeit von vornherein unmöglich macht. Ein dominanter Vorwand, wenn denn die Frage am Produkt der Arbeit aufgezäumt wird, ist das Geld, der Chef und der formale Auftraggeber, sowie das Unbehagen mit der Arbeitssituation und

den Abhängigkeiten. Die 'guten Absichten' und die unangemessene wie unreflektierte Bearbeitung des Auftrages, die arglose Wohlanständigkeit und opportune Willfähigkeit kommen nicht ins Blickfeld der Niederlagen beim Planen. Und so wären wir wieder beim Anfang der Erörterung. So wie die Anamnese eines Auftrages sträflich vernachlässigt wird, wird mit gleicher Vergeßlichkeit die Katamnese – die Nachlese des Auftrages – unterlassen. Balint hat mit seinem Seminar den Blick für die Prüfung der Arbeit, die Katamnese – wie Mediziner das nennen, noch einmal hervorgehoben, für die kontinuierliche professionelle Qualifizierung und Sicherung der Arbeitserfahrung.

Vorgehensweise:

Die Verständigungsprobleme über den Gegenstand und die moralisierenden Rückzugsgefechte, die mit dem Gestus

"(...) des radikalen Relativismus (...), der, wenn er angenommen würde, es unmöglich machte, irgend etwas mit irgend etwas anderem zu vergleichen."
(Berger und Kellner 1984: 69)

vorgetragen werden, machen die Balintsche Berufsreflexion mit Fallbeispielen illusorisch. Wir haben es deshalb vorgezogen, von Arbeitsaufträgen ausgehend über den Arbeitsplatz und die darin enthaltenen Einschüchterungen und Verunsicherungen der Lernsituation zu verhandeln, damit die herangezogenen Ausreden ausgelotet werden konnten. Der Berufsreflexion haben wir uns dabei nur indirekt und hilfsweise genähert. Wir sind also der 'Droge' PlanerIn nachgegangen. Und auch sonst haben wir uns an Balint gehalten:

"(...) eine freie Atmosphäre gegenseitigen Austauschs, in welcher jeder seine Probleme darlegte und hoffen durfte, aus der Erfahrung der anderen Partner etwas Klärendes zu empfangen." (Balint, M. 1964/91: 18)

Und Balint weiter folgend: *'beruht unser Bericht auf unserem Mut zur eigenen Dummheit'*.

Nach bewährter Arbeitserfahrung haben wir im Seminar die Arbeit des Protokolls verteilt. Für die verschiedenen Arbeitssitzungen hat immer eine Kleingruppe eine Mitschrift übernommen. Kurzfassungen dieser Mitschriften und der Einsichten wurden nach Pausen oder anderntags kurz zur Erinnerung vorgetragen und rekapituliert. So lag, incl. der Auswertungen und Interpretation der Arbeitsgruppen, das Rohmanuskript des Readers zum Abschluß des Seminars vor. Ein kurz angesetzter Redaktionstermin hatte zur Folge, daß die Diskussionen noch im Gedächtnis waren und so die Querverweise aus der Erinnerung noch in die Texte eingefügt werden konnten. Die tastenden Anfangsschritte sind nach Erarbeitung präziserer und sicherer Formulierung wie Benennung im Gang des Seminars erweitert und sinngemäß korrigiert worden, so daß in den ersten Berichten die Routine aus dem Seminarertrag noch eingearbeitet wurde. Das ist Ausdruck des Lernertrages, sowie der Rekapitulation der ersten Fallberichte über das ganze Seminar hinweg. Schön ist es festzustellen, daß die Texte von dem roten Faden der Diskussion begleitet werden. Dies ist ohne gesonderte redaktionelle Bearbeitung 'entstanden', weil alle beim

Schreiben Ihrer Texte die anderen Texte und das Seminar mitbedacht haben; weswegen die erforderliche Konzentration bei diesem Seminar sehr viele Pausen notwendig machte – kleine Spaziergänge und Auszeiten. Die Kocherei war wie immer eine Zeit der Rekapitulation und der allgemeinen 'Gemütsberuhigung'. Wie wir denn jeden mehr oder weniger deutlich gewordenen Wunsch nach individueller 'Therapie' und Beratung (s. ebenfalls M. Balint) sofort aus der Diskussion genommen haben. Wir sind da wohl der Lehrforderung von Amanda Cross (1990) nahe gekommen:

"Vielleicht ist Lehren wirklich eine Erfahrung der Älteren und Jüngeren, ja vielleicht liegt alles Lernen in dem, was sie miteinander und aneinander erfahren (...). Ich meine eine disziplinierte Form von Seminar, in der ein Mensch, Sie, zum Beispiel, moderiert, referiert und die Schritte festlegt, immer mit der Hoffnung (Absicht; Anm. d. Verf.), daß Sie, wie auch die Schüler, zu neuen Einsichten (...) gelangen, die keinem der Beteiligten allein möglich gewesen wären." (ebd.: 20)

Und dann sind wir noch einem Rat von Balint gefolgt; wir haben uns auf den 'Mut zur Unerfahrenheit' sowohl hinsichtlich der völlig unbearbeiteten Frage als auch im Hinblick auf die Vorgehensweise und die sehr persönlichen Beispiele und Situationen eingelassen.

Der Bericht ist das Ergebnis dieses 'mutigen', neuen, auch sorgfältig geplanten Seminars – hinsichtlich der Auswahl der TeilnehmerInnen, der Zahl der Beteiligten, des Ortes und der Zeitorganisation (und wie immer auch des Wetters). Der Seminarbericht ist das Ergebnis dieses Mutes und der sorgfältigen Arbeit während des Seminars.

Literatur:

- Alain (1924/95):** Notwendigkeit und Freiheit. in: ders.: Sich beobachten heißt sich verändern. Frankfurt/Main u. Leipzig
- Appel, A. (1994):** Hausgarten – unveröfftl. Manuskript zur mündl. Diplom-Prüfung
- Balint, M. (1964/91):** Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart.
- Berger, P. L. , Kellner, H. (1994):** Für eine neue Soziologie. Frankfurt/Main.
- Bloch, E. (1962):** Übergang: Berlin, Funktionen, ein Hohlraum. in: ders.: Erbschaft dieser Zeit: 212-228. Frankfurt/Main
- Brake, K. (1973):** Architektur und Kapitalverwertung – Veränderungstendenzen in Beruf und Ausbildung von Architekten in der BRD. Frankfurt/Main
- Cross, A. (1990):** Schule für höhere Töchter. Frankfurt/Main
- Erikson, E. H. (1959/73):** Identität und Lebenszyklus. Frankfurt/Main
- Hard, G. (1981/90):** Problemwahrnehmung in der Stadt. Osnabrücker Geographische Schriften 4. Osnabrück (s. Nachdruck in Notizbuch 18 der Kasseler Schule/Hardware)
- Hübner, G., Nausester, F., Petzinger, R. (1973):** Der lohnabhängige Architekt. VSA-Verlag
- Hülbusch, K. H., Kretschmer, A., Petzinger, R. (Red.) (1988):** Der Praxisschock-Von fertigen Wegen und unfertigen Wegen. Notizbuch 9 der Kasseler Schule. Kassel
- Hülbusch, K. H. (1991):** Supervision in den BPS-Begleitseminaren. GHK-Prisma 45: 71-75. Kassel
- Nohl, W. (1973):** Notizen zu einer emanzipatorischen Freiraumplanung. Landschaft+Stadt (1). Stuttgart
- Schneider, G. (1989):** Die Liebe zur Macht. Notizbuch 15 der Kasseler Schule. Kassel
- Weber, M. (1921-22/76) :** Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen
- Wolfe, T. (1990):** Mit dem Bauhaus leben. Frankfurt/Main

Karl Heinrich Hülbusch

Der vorläufige Fahrplan

Das 9. PlanerInnen-Praxisseminar vom 2. Oktober bis 8. Oktober 1994

In: Reichelsheim, Ortsteil Unter-Ostern
Stickelmühle

Offt überlegt und in diesem Jahr durchgeführt: **'Balint-Seminar'**

für BerufsanfängerInnen, angestellte und freiberuflich angestellte LandschaftsplanerInnen, zum Verständnis der Rollensituationen und der Zweipersonenpsychologie – Auftraggeber/Auftragnehmer – bei der die MitarbeiterInnen in die Mühle der Absprachen geraten, wenn sie nicht aufpassen. Denn dann wechselt der 'Schwarze Mann' zur Dreipersonenpsychologie: mal ist der Chef der Auftrag-/Arbeitgeber und mal ist der Auftraggeber der Chef.

Eine ziemlich verwirrende Arbeitssituation, die zusätzlich noch mit den Moden und der Unprüfbarkeit der Produkte 'planerischer' Arbeit befrachtet ist.

Was kann Balints Untersuchung der Arbeitssituationen und der Arbeitsschritte/Vorgehensweisen für das Verständnis unseres Arbeitsplatzes und der Arbeit beitragen?

Bildungsurlaub

Politische Bildung mit beruflichem Schwerpunkt

Die PlanerIn und ihre Arbeitssituation

Verstehen wir aber, wenn wir 'politischen' Auftraggebern unsere Dienste antragen, zu unterscheiden zwischen 'Machen' und 'Mitmachen'? Die PlanerIn/das Büro merkt in der Regel nicht, daß sie sich in die Rolle des Vasallen und des verlängerten Schreibtisches der politischen Administration begeben. Die devote Haltung wird verinnerlicht und ist der bewußten Wahrnehmung damit entzogen. Vorauseilender Gehorsam, wie Adorno das nennt, ist die Folge für die PlanerIn/das Büro. Sie verdrängt den Widerspruch, "lebt in der Einbildung und klagt das Schicksal an" (Alain 1994: 88). Wenn dann zwischen den formellen Auftraggebern und die PlanerIn noch die Chefin tritt, wird das Geflecht der Drohungen und Bedrohungen geradezu undurchschaubar. Die Arbeitssituation ist dann völlig ungesichert und zerrüttet, so daß jede nachhaltige Arbeit, zu der immer auch die Vervollkommnung der Arbeitserfahrung und Arbeitsqualifikation gehört, unmöglich gemacht wird. Die Chefs geben unbewußt und bedenkenlos ihre eigene Lerngeschichte wieder. Das gilt für die Verwaltung ebenso wie für die Büros, wo die Chefs mehr oder weniger bedenkenlos herrschen. Wir können die Folgen dieser Verwirrung an zwei Phänomenen festmachen. Da sind einmal die Produkte der Planung, die der Kritik gegenüber immer als Ergebnis der 'Verhältnisse' ausgegeben werden. Da die 'Verhältnisse' sich offenbar nicht ändern, müssen von den Planenden die 'Verhältnisse', die anschließend schuldig gesprochen werden, offenbar falsch eingeschätzt worden sein: eine Art von Realitätsverlust. Deshalb müssen wir uns fragen, wie dieser Realitätsverlust, die Gegenübertragung zustande kommt. Und was sie für unsere Arbeitssituation und Qualifika-

tion bedeutet. Wir könnten auch fragen, welche Folgen die modischen wie methodologischen Verfahren in den Verwaltungen und Büros auf unsere Arbeitssituation und -qualifikation haben – und so auch für das Produkt, sowie den darin manifestierten 'Werkinstinkt'. Mit zwei Thesen, die Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein könnten, wäre eine Antwort plausibel vermutet:

1. Über das ganz praktische ökonomische Abhängigkeitsverhältnis (ArbeitgeberIn – ArbeitnehmerIn) hinaus wird durch willkürliche Entscheidungen des 'Chefs' bzw. über seine Absprachen mit Auftraggebern zuerst die Selbständigkeit und dann die Selbstsicherheit untergraben. Darüberhinaus wird die Verlässlichkeit der Arbeitssituation wie des Arbeitsverhältnisses ständig bedroht. Denn jede Revision der Arbeit ist offen oder indirekt mit dem Vorwurf der Unfähigkeit, damit auch der wirtschaftlichen Untragbarkeit verbunden. Das ist, um einen neuen Begriff zu verwenden, 'Mobbing' in höchster Perfektion, weil es psychisch und ökonomisch-existenziell bedroht (s. a. Nachbereitung Weimar: 78 ff.).
2. Daraus folgt, daß der Bewegungsspielraum extrem eingeschränkt wird oder nur unter äußerster psychischer Anspannung aufrecht erhalten werden kann. Damit ist ein rasanter Verlust der Arbeitsqualifikation verbunden. Und dies reicht soweit, daß jedes Vertrauen in eine lehrreiche Arbeitssituation grundsätzlich aufgehoben ist.

Innerhalb kurzer Zeit nach dem Studium ist die mitgebrachte Fähigkeit aufgezehrt, so daß die Arbeit nur mehr inhaltsleer über Floskeln und Plastikwörter 'gesichert' wird. Das mindert zuerst die Arbeitsfähigkeit und den Spaß an der Arbeit. Im Kern aber mindert das die Chance, selbstbewußt andere Arbeitssituationen bzw. einen Arbeitsplatzwechsel offensiv herzustellen. Diese Schizotopie der Arbeitssituationen kommt in den Produkten der Arbeit zum Ausdruck. Vielleicht gelingt es uns, einen 'Plan' für unsere Arbeit zu formulieren, wenn wir die 'Konstruktion' der Frustration und Niederlagen durchschauen lernen (s. Sten Nadolny: Die Entdeckung der Langsamkeit; Pirsig: Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten, Kapitel über Muttheorie).

TeilnehmerInnen: 20 Leute, um den biographischen Geschichten auch zuzuhören und im Vergleich das Allgemeine der Arbeitssituation aus dem Besonderen des Falls erschließen zu können.

Ort: wie (fast) immer, aus sozial-'technischen' Gründen, ein Quartier mit Selbstversorgung. Stickelmühle, 64385 Reichelsheim, Ortsteil Unter-Ostern

Literatur:

Balint, M. (1964/91): Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Folgende Seiten werden als zu lesende Grundausrüstung empfohlen: 42-61, 104-119, 133-149.

Harvey, D. (1972): Revolutionäre und gegenrevolutionäre Theorie in der Geographie.

Harvey, D. (1987): Flexible Akkumulation durch Urbanisierung.

Schneider, G. (1989): Die Liebe zur Macht. Notizbuch 15: 119-132. Kassel

Erläuterung zum Plan des Balintseminars

Sonntag

- 15.00 Ankunft
18.30 Abendessen
20.30 Vorstellungsrunde und Diskussion des 'Plans', der Absichten, der Motive

1.Tag (Montag)

- 9.00-13.00 Welche Geschichte siehst du?

An jedem Ort ist soziale und ökonomische Geschichte in 'Artefakten' sedimentiert. Das eine ist, die materielle Ausstattung als Geschichte zu lesen und abzubilden. Eine andere Frage besteht darin, die Ursachen der Geschichte – Machtverhältnisse und Kolonisierungen einerseits, Entaktualisierung und Aktualisierung andererseits – auseinanderzuhalten und zu verstehen.

- 14.00-18.30 Was hat Balints Schrift zum Verständnis unserer Arbeitssituation beizutragen?

In seiner Schrift 'Der Arzt, sein Patient und die Krankheit' hat Balint wichtige Vorgänge der 'professionellen Deformation', in diesem Falle der MedizinerInnen und des Gesundheitsapparates Mitte der fünfziger Jahre dargestellt, die auch in der Landespflege idealtypisch auftreten: die 'physische Reputierlichkeit' der Krankheit/des Auftrages – Ausschließungsuntersuchungen, die die Verantwortung auf die Experten übertragen – die Verzettlung der Verantwortung. Expertokratisierung (Verwissenschaftlichung), Spezialisierung und Funktionalisierung der 'Behandlung'. Auflösung alltäglicher Zusammenhänge und immense Kostensteigerungen durch Technisierung und Chemisierung (eine Art Aufrüstung) sind eine Folge.

Aber auch die Arbeitsqualifikation der/des Einzelnen wird existentiell verändert. Neben der Dequalifikation durch Spezialisierung wird die psychische wie ökonomische Sicherheit der Arbeitsqualifikation in der Tendenz aufgehoben und durch weitere Technisierungen dauerhaft bedroht.

Eine weitere, für uns lehrreiche Einsicht formuliert Balint im Verhältnis Arzt und Patient bzw. PlanerIn und AuftraggeberIn. Dabei müssen wir unterscheiden zwischen der Zweipersonensituation 'praktischer Arzt – Patient' gegenüber der Dreipersonensituation im Planungsbüro, die durch verdeckte Absichten und Interessen der in Vertretung auftretenden Auftraggeber (Verwaltung und/oder politische Instanzen) zusätzlich erschwert wird. Mit Balints Anregung könnten wir den Unterschied zur Medizin aufbereiten, um dann die Folgen für die Arbeit, die Arbeitsprodukte sowie die Ökonomie – Arbeitnehmerin, ArbeitgeberIn, AuftraggeberIn – hier die kommunalen Haushalte – zu diskutieren.

21.00-23.00 Arbeits- und lernbiographische Geschichten der TeilnehmerInnen
Konfrontationen mit Arbeitgebern und Auftraggebern sind allen Beteiligten bekannt. Sie werden immer wieder als individuelle Niederlagen und fachliches Scheitern erlebt und zerrütten so nachhaltig eine kritische Selbstsicherheit und die Nachhaltigkeit des individuellen fachlichen Zulernens. An den mitgebrachten Beispielen können wir prüfen, wie weit die individuelle Erfahrung verallgemeinert bzw. verglichen werden kann und ein Schema autoritärer Gegenübertragungen sich erkennen lässt.

2. Tag (Dienstag)

- 9.00-12.00 Der Patient – ein Auftraggeber? Der 'Arzt' – ein Heiler?
Auftraggeber (öffentliche wie private) behaupten einen Mangel, den sie 'therapieren' lassen wollen. Die Auftraggeber treten in der Rolle des Diagnostikers auf, die auf der Suche nach einem Rezept sind. Damit ist der Konflikt im Auftragsverhältnis schon perfekt angelegt und wird für die Zeit der Bearbeitung immer wieder aus heiterem Himmel undurchschaubar virulent werden, irrwitzige Streite und Auseinandersetzungen auslösen. Das gilt für alle Beteiligten. Denn alle haben die uneingesandene Angst 'zu kurz zu kommen': mit ihren Erwartungen, ihrer Reputation und – im Vordergrund und abstrakt – das Geld. Das macht im Planungsbüro den Hintergrund für alle Verdächtigungen und besteht sogar zu Recht, aber eben nicht notwendigerweise.
Die Macht- und Geldkämpfe sind Ausdruck ungeklärter Auftrags- und damit der Arbeitsverhältnisse. Wenn wir die Auftragsverhältnisse klären können, sind auch die Arbeitsverhältnisse geklärt. Damit ist noch nichts über die Verteilung des Büroumsatzes bzw. des Büroertrages gesagt.
- 14.00-18.00 Zweiter Spaziergang: Welche Versprechungen können wir in der baulich manifestierten Geschichte vermuten?
Aus den verheimlichten Abmachungen werden am Ende doch Pläne bzw. Entwürfe, die aus Versprechungen bestehen. Durchgesetzt und gebaut erweisen sich die Entwürfe als Widersprüche, die im Alltagsleben statt der erhofften Besserung nur Erschwernisse und den politisch-administrativen Institutionen wie dem Büro nur heftige Kritik eintragen. Die Folge sind dauernde Nachbesserungen, die öffentliche Haushalte in hoffnungslose Schuldensituationen manövriert haben und die privaten Haushalte mit immensen Kosten und unnötiger Arbeit belasten.
- 21.00-23.00 Was heißt hier Praxis?
Oder: Warum bleibt so wenig, selbst von einem klugen Studium?
Balint schließt aus diesen dauerhaften Mißerfolgen auf die 'Verewigung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses'. Die von allen Seiten vermiedene offensive Klärung des Auftrages wird zur 'Praxis' erklärt. Der Mißerfolg

wird umgemünzt in ein perpetuierendes Delegationsprinzip, durch daß die Beteiligten aus der Verantwortlichkeit entlassen werden durch die 'Verzettelung der Verantwortung'. Damit wird eine qualitative Arbeits- und Lernmöglichkeit durch den Zufall der Beliebigkeit und damit der Willkür ersetzt. Unter solchen Bedingungen kann keine solide Berufs- und Arbeitsqualifikation innerhalb der beruflichen Arbeit aufrecht erhalten werden. Die opportunistische Büroarbeit hebt daher in relativ kurzer Zeit die berufliche Qualifikation auf. Das zwingt die Einzelnen hinsichtlich existentieller Bedrohung zur Anpassung. Deshalb ist es notwendig, den Praxisbegriff zu prüfen und hinsichtlich seiner Funktion der Verschleierung zu klären.

3. Tag (Mittwoch)

- 9.00-12.00 Nachfrage und Angebot: Wie ein Auftrag ernst zu nehmen ist, ohne daß ich den 'Patienten' übervorteile oder mich zum Handlanger mache. Im Auftragsverhältnis – insbesondere zu öffentlichen Auftraggebern – wird die Konkurrenz in der Regel nicht über den Preis, sondern über die Willfährigkeit vermittelt. Wir begegnen hier also dem Phänomen der verheimlichten Abmachungen zwischen formellem Auftraggeber und formellem Auftragnehmer und gleichzeitig dem der autoritären Gegenübertragungen, in dem aus einer ungekärteten Abhängigkeit ein Machtverhältnis und eine Sympathie gleichzeitig hergestellt werden. Leerlauf, Umstand der Arbeit (Radierungen), Umwege und all diese nervigen Verzögerungen des Arbeitsertrages und damit des Arbeitseinkommens haben ihre Ursache in einem korruptiven Vertragsverhältnis, das den Hauptbeteiligten jeden Spielraum vernünftiger und professioneller Arbeit entzieht. So verlernen die Beteiligten innerhalb der sanktionierten, zur 'Praxis' erklärten Vorgaben eine sorgfältige Klärung des Auftrages durchzuführen. Gegen das gängige Verständnis habe ich als PlanerIn den Auftrag, den Auftrag des Auftraggebers auf seinen Sinn zu prüfen, medizinisch gesprochen: die Diagnose zu erstellen. Balint verhandelt diesen Arbeitsschritt unter der Metapher, daß der Patient ein Angebot für die Krankheit mitbringt – der Arzt dieses, bevor er an die Therapie oder das Rezept denkt, durch seine Diagnose zu prüfen hat. Auf unsere Arbeit gewendet setzt ein guter Auftrag die seriöse Prüfung des 'Angebotes' voraus. Denn vom politischen Kalkül getragen ist das Angebot am Symptom orientiert. Einen Auftrag aber kann man nur bearbeiten, wenn der Hintergrund oder die Geschichte der 'Krankheit' zur Verhandlung kommen können.
- 14.00-18.00 Dritter Spaziergang: Die Vergeßlichkeit des Auftrages und des Angebotes
Zur Strategie des eiligen Verbesserns gehört die Vergeßlichkeit, die Unterschlagung der Mißerfolge. Das gilt für die gebauten Ergebnisse

ebenso wie für die Arbeit und die Arbeitserfahrungen. Der dritte Spaziergang hat den Auftrag, die Modernisierung der unangemessenen Therapien (Entwürfe) aufzuspüren. Dabei sei die Frage erlaubt, warum niemand auf die Idee kommt, die Verheißungen zu kritisieren und eine Revision der Verbesserungen – die Fortführung der Verheißungen anzunehmen.

21.00-23.00 'PlanerInnen'-Typen

Auch bei Medizinern gibt es verschiedene Typen, wie wir aus eigener Erfahrung wissen. Der Ertrag der medizinischen Arbeit ist weitgehend personal und deshalb auch akut. Planung ist nur implizit personal und deshalb zunächst nicht akut (dafür gibt's die Polizei, Ordnungsämter u.a.). Der Ertrag ist deshalb schwer zu prüfen. Und die Vergeßlichkeit kann sich immer des zeitlichen Abstandes sicher sein. Das ist Voraussetzung für die Typen, die sich nur grundsätzlich unterscheiden lassen. In die Leute, die indizienwissenschaftlich vorgehen, und die, welche mit großen Verheißungen – politisch, sozial, künstlerisch, ökologisch etc. – in die Bütt steigen.

4. Tag (Donnerstag)

9.00-12.00 Das Problem des Ertrages und der Wunschraum vom Produkt (Kunstwerk und Objektplanung)

Mediziner müssen sich nicht selbst verwirklichen, wenn sie gute Arbeit machen. Sie lernen, daß ihre Arbeit mit Handwerk oder Kunst-Fertigkeit und nichts mit Kunst zu tun hat. Professionsgeschichtlich und in der Lehre protegirt, lernt die LandschaftspflegerIn, daß sie höheren Zielen verpflichtet ist. Das bestärkt die Willkür und die Ideologie, die von der guten Absicht, zu der wenig gekonnt werden muß, überzeugt ist und den Erfolg dieser 'Überzeugungen' nie wieder ansieht.

Es gibt da immerhin mehrere Erträge. Der Ertrag, der die Konvention trägt, ist die Verheißung des Besonderen, der Sensation maßgebend. Das ist gleichzeitig der Wunschraum der Entwerfer, die dann nachträglich unzufrieden mit 'uns' sind und versprechen sich etwas Neues auszudenken. An der Stelle finden wir den Wechsel von der Propaganda, die der Politik angenehm ist, zur handwerklichen Arbeit, in der die Erfahrung der BürgerIn, der Eingeborenen – die Bezeichnung 'Bevölkerung' ist eine bösartige Definition – per se zur Arbeit der Verständigung gehört. Hier sind dann tatsächlich Erträge gegen Mißerfolge (Wunschträume) zu verhandeln. Oder damit können Wunschträume geprüft werden. Der wichtigste Ertrag besteht in der Sparsamkeit. Die Wunschraumversion ist dagegen immer verschwenderisch, weil jeder praktischen Prüfung das Wasser abgegraben ist. Sparsamkeit setzt voraus, daß das 'historische Kapital' pfleglich erhalten wird – nicht zur Dekoration oder zur Vermarktung (s. Stadt-/Dorferneuerung), sondern

zur Stabilisierung des bisherigen Gebrauchs. Sparsamkeit setzt weiter voraus, daß die Stabilisierung des Gebrauchs nicht den 'Status quo' herstellt (s. Denkmalpflege), sondern praktische Veränderungen ohne Umbau überlegt.

Der wichtigste Ertrag besteht dann darin, daß die PlanerIn sich nicht propagandistisch beweisen muß. Oder: daß wir lernen, zwischen der wohl honorierten Funktionalisierung der planerischen Arbeit (Entwurf) und der handwerklich professionellen Arbeit zu unterscheiden.

- 14.00-18.00 **Vierter Spaziergang: Bewährte Beispiele und großartige Kunstfehler**
Bewährte Beispiele und großartige Kunst-Fehler, die auch an kleinen Fällen zu erkennen sind, wären jetzt nochmal planungs- und entwurfs-(polit-) psychologisch – wie ein gebautes Kompendium – nachzukarten.

5. Tag (Freitag)

- 9.00-12.00 **Von der Zwei-Personen-Psychologie zur Drei- (oder Mehr-) Personen-Psychologie beim Planen – Verzettelung der Verantwortung**
Die Verzettelung der Verantwortung – im Jargon der Tagespresse am Indiz der Politikverdrossenheit festgemacht – stellt zusammengefaßt die Verantwortungslosigkeit dar. Und dies, weil die Verschleierung durch Aufwandsstile jeden verständigen Durchblick erst verhindert und dann unmöglich macht.
- 14.00-18.00 **"...istische" Planung: Abgrenzung und Spezialisierung**
Der 'Standort Deutschland' ist so etwas Asoziales. Die Zerstörung gesellschaftlicher 'Normalität' wird immer im Namen dieser oder jener Gruppe organisiert. Der Hofierung geht immer die Denunzierung einher. Diesem Prinzip folgen dann gemäß kameralistisch-preußischer Ressortierung die Ernennung immer neuer Beauftragter, die nur eine neue Version der 'Räte' aus den 70er Jahren sind. Der 'Verzettelung der Verantwortung' folgt notwendig die 'Demagogie der Vertretung'.
- 21.00-23.00 **Rollen- und Situationswahrnehmungen: 'Coole' versus distanzierte versus unverbindliche Anspruchshaltungen.**
Zusammenfassung der Arbeit und des Lernens

6. Tag Nach dem Frühstück Heimreise

Wie immer gehört zum Seminar Selbstversorgung, die wir locker verabreden können. Das Quartier kostet ca DM 10,- pro Tag und TeilnehmerIn. Bisher sind wir für das Essen inkl. Wasser und Apfelsaft immer mit DM 10,- pro Tag und TeilnehmerIn ausgekommen. Mit einigen von uns vorbereiteten Materialien rechnet sich der Beitrag für das Seminar auf DM 175,-. Diese sind bis 15. August auf das Exkursionskonto 2512796; K. H. Hülbusch; Stadtparkasse Kassel (BLZ 520 501 51) zu überweisen.

Der reale Fahrplan – Die PlanerInnen und ihre Arbeitssituation

Berichte der Seminarwoche

Inhalt

Seminarablauf	Seite	17
Protokolle der Fallbeispiele und anschließenden Debatten		
Zwei-Personen-Stücke – Fall Erzählungen		19
Erste Reihung und Vergleich der Zwei-Personen-Stücke		26
Die Anfänge der Auftrags-/Arbeitssituationen		27
Der weitere Verlauf des Arbeitsverhältnisses		28
Rollenverteilungen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen		30
Nachträge und Debatte		32
Drei-Personen-Stücke – Fall Erzählungen		34
Anmerkungen zur Falldebatte		38
Weitere Fall Erzählungen		39
'Das Spielen von Pantomime erfordert großen Seelenfrieden' (Pirsig 1974)		46
Arbeitsgruppenergebnisse		
Zwei-Personen-Stücke – Rollen- und Situationswahrnehmung; Protokoll der Kleingruppe 'Zwei-Personen-Stücke'		51
Zusammenfassung der Debatte		51
Kritik an den Fallbeschreibungen		52
Die 'Lehrjahre' oder: Lehren und Lernen; Fallbeschreibungen		53
Wie beginne ich ein Arbeitsverhältnis?		54
Resümee zu den Zwei-Personen-Stücken und LehrerIn-SchülerIn-Verhältnissen		55
Der Beginn des Zwei-Personen-Stückes		55
Die erste(n) Krise(n)		56
Charakteristisches der Drei-Personen-Stücke, Rollen- und Situationswahrnehmung; Bericht der Kleingruppe		57
AuftragnehmerIn-AuftraggeberIn und deren Absprachen		57
BearbeiterIn-AuftragnehmerIn-AuftraggeberIn		61
Darstellung der von Balint geprägten Begriffe und Übertragung der Arbeitsweise auf die Berufsreflexion für LandschaftsplanerInnen		
Darstellung der von Balint geprägten Begriffe		63
Übertragung der Arbeitsweise Balints auf die Berufsreflexion für LandschaftsplanerInnen		65
Literatur		66

Seminarablauf

In diesem Reader zusammengefaßte Protokolle und Texte sind von verschiedenen TeilnehmerInnen des Balint-Seminars aus Mitschriften angefertigt worden. Sie sollen in erster Linie zur Erinnerungsstütze für die Dabeigewesenen dienen und darüber hinaus eine Materialsammlung abgeben, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann.

Um es der Leserin/dem Leser zu ermöglichen, die vorliegenden Texte wieder in den Seminarzusammenhang einzuordnen, soll hier ein kurzer Überblick über den Seminarablauf gegeben werden. An dieser Stelle möchten wir noch einmal an die Absicht

^{*} Die Namen der AutorInnen sind anonymisiert

des Seminars erinnern: So wie Balint es ausdrückt, geht es darum, die alltägliche Erfahrung einmal mit anderen Augen anzusehen (Balint 1964/91: 23). Die Absicht aller Teilnehmenden, aus den Erzählungen der anderen für die eigene Arbeit lernen zu wollen – und nicht etwa Kollegenschelte zu betreiben – ist unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Seminars (vgl. Protokoll vom Donnerstag, 6. Okt.). Teilgenommen haben insgesamt 19 Personen.

Sonntag

Das Seminar begann am Nachmittag mit einem Spaziergang in der Umgebung der Quartiers. Eine erste lockere Diskussion, mit kurzen Fallbeschreibungen zum Einstimmen auf das Seminar, fand am Abend statt. Es ging dabei um Fälle aus der Berufspraxis, die wir rückblickend als 'handwerkliche Fälle' bezeichneten. Gemeinsam war ihnen, daß es sich um Konflikte im Bereich der Ausübung einer zuvor erlernten 'handwerklichen Tätigkeit' (im weiteren Sinne zu verstehen) handelte. Außerdem waren es jeweils 'Zwei-Personen-Stücke'. Die sehr knapp gehaltenen Berichte wurden als Probeläufe aufgefaßt, als Übung, wie Fälle erzählt werden können; daher sind sie nicht dokumentiert. In der Kleingruppenarbeit am Mittwoch wurde jedoch gelegentlich in den Diskussionen auch auf diese Fälle Bezug genommen.

Montag

Es wurden überwiegend 'Zwei-Personen-Stücke' vorgestellt, in denen die Erzählerin/der Erzähler als eine Person in Erscheinung tritt, die mit einer zweiten Person in Konflikt gerät. Für den Montagabend hatte ein Seminarteilnehmer die bisher geschilderten Fälle gesammelt, sie anhand der auffälligsten Merkmale verglichen und darüber eine erste Ordnung hergestellt. Es sind also erste Gemeinsamkeiten und Prinzipien herausgearbeitet worden. An den Berichten dieses Tages wurden die Schwierigkeiten deutlich, den eigenen Fall 'richtig' einzuordnen: ob es sich um ein 'Zwei-' oder 'Drei-Personen-Stück' handelte, wurde manchmal erst durch die anschließende Debatte geklärt.

Dienstag

'Drei-Personen-Stücke' wurden geschildert. Zu dieser Gruppe ist auch schon der Fall des vorangegangenen Tages, der von Bernhard berichtet wurde, zu zählen. Der von Frau Lina geschilderte Fall stellte sich besonders verzwickelt dar; daher wurde verabredet, ihn abends als Rollenspiel zu wiederholen – daraus entstand ein Pantomime-Stück.

Mittwoch

Das Erzählen der 'Drei-Personen-Stücke' wurde fortgesetzt. Am Nachmittag fand das Arbeiten in Kleingruppen zu folgenden drei Themen statt:

1. 'Zwei-Personen Stücke'
2. 'Drei-Personen-Stücke'
3. Balint-Text

Absicht der Gruppenarbeit war, jeweils für die 'Zwei-' und 'Drei-Personen-Stücke' die gemeinsamen Prinzipien herauszuarbeiten. Aufgabe der 'Balint-Gruppe' war die Klä-

rung und Darstellung der von Balint geprägten und auf dem Seminar häufig verwendeten Begriffe nach dem Text von Balint aufzubereiten.

Donnerstag

Vormittags wurde weiter in Kleingruppen gearbeitet. Am Nachmittag und am Abend wurden die Gruppenergebnisse vorgestellt.

Freitag

Aufbruchstimmung: Hausarbeit, Aufräumen, Packen. Nach einer Woche 'Selbstversorgung' fand das letzte Mittagessen in einer Gaststätte statt, danach ein abschließender Spaziergang.

Protokolle der Fallbeispiele und anschließenden Debatten

Zwei-Personen-Stücke – Fallerzählungen

3. Okt. 1994, Vor- und Nachmittag (Protokoll: Konrad und Karla)

Zu Beginn wird die Diskussion des Vorabends zusammengefaßt. Die Fälle sind bisher recht kurz dargestellt worden. Offenbar wurde der Abend als Probelauf aufgefaßt. Vorschlag fürs Hauptthema des Seminars ist, die Fälle zu nehmen. Dafür braucht es mehr Zeit. Vorher soll kurz der Hintergrund dargestellt werden. Außerdem soll das Balintsche Begriffsrepertoire geklärt werden. Zu bestimmten Themen/Arbeitsaufträgen könnte in Kleingruppen gearbeitet werden.

Fall Joseph

Joseph erzählt von seinem Arbeitsverhältnis an einer Hochschule bei einem Professor als freier Mitarbeiter an verschiedenen Gutachten. Seine Aufgabe war u. a. ein Beitrag über Stadtvegetation im Rahmen eines landesweiten Unkrautschutzkatalogs. Kennzeichnend für die unbestimmte/diffuse Arbeitssituation: keine klaren Abmachungen darüber, wo Josephs Auftrag beginnt und wo er aufhört. Unterschiedliche Ansätze wurden nie geklärt. Zwischendurch erfolgten Termine; dabei fielen über Josephs Texte knappe Kommentare, z. B.: 'Die Texte werden immer besser.' Joseph hat seinen Beitrag nicht fertiggestellt. Ist von der Stadt weggefahren, mit schlechtem Gewissen. Nach einem Monat bekam er von dem Professor einen Brief. Danach könne Josephs Beitrag 'beim besten Willen' nicht veröffentlicht werden. Das Ansinnen des Ministeriums, das Honorar zurückzufordern, habe er noch abbiegen können. Joseph könne den Beitrag ja unter der 'Kasseler Hofberichterstattung' veröffentlichen.

Auf Nachfrage bezeichnet Joseph die angebliche Honorarrückforderung durch das Ministerium als rhetorischen Kunstgriff des Professors, als einen erfundenen Weg, um sich von Joseph zu distanzieren. Gleichzeitig werde die Abfuhr unangreifbarer. Das Ministerium wurde als dritte Person eingeführt; der Professor hat sich aus der Verantwortung genommen, aber Josephs Arbeit auf das Heftigste kritisiert. Er sei schwer als 'Schwein' zu entlarven.

Debatte

Zuerst wird die unausgesprochene Vereinbarung festgestellt, daß 'nach Art des Hauses' gearbeitet werden sollte. Spannend sei, daß der 'klärende' Brief erst dann kam, als Joseph weg war. Vorher war über zwei Jahre hinweg die Klärung der Arbeitsvereinbarung nicht möglich. Josephs Versuch, beides zu machen: seinen 'eigenen Stiefel' zu fahren und den Auftraggeber zufriedenzustellen, sei schier unmöglich gewesen. Es wird kritisiert, daß Texte Abliefern und Warten nicht ausreichte, weil das die Möglichkeit offenlasse, die Widersprüche zu verschleiern. In Josephs Weggehen sei das Angebot an den Professor enthalten gewesen, die Arbeit auf die genannte Weise zu kündigen. Die Abreise sei kein Hindernis dafür gewesen, den Beitrag fertigzustellen und im vorgesehenen Rahmen zu veröffentlichen. Offenbar erwache aus dem Widerspruch ein Problem, das offenbar die Reputation des Hochschulinstituts im Hinblick auf weitere Aufträge betreffe. Es habe anscheinend ein beiderseitiges Interesse gegeben, die unklaren Arbeitsverhältnisse auch unausgesprochen zu lassen. Die dritte Person wurde dann eingeführt, als die unausgesprochene Vereinbarung von seiten des Mitarbeiters (auch nur ansatzweise) durchbrochen wurde. Die Arbeitsgespräche sind für beide Seiten unverbindlich geblieben; auch Joseph hat die Verbindlichkeit nicht eingeklagt bzw. nicht gewollt. Die Angemessenheit von Josephs Erwartungen an den Professor wird nachgefragt. Joseph ist in das Arbeitsverhältnis hineingegangen, weil er dazulernen wollte. Das hat sich im Lauf der Zeit verändert. Joseph hat den Professor nicht mehr als Lehrer akzeptiert (Stolz?), sich aber mit der Rolle des vermeintlich 'Progressiveren' übernommen; das von ihm Beanspruchte letztlich nicht eingelöst. Joseph hat vom Professor die Lehrerrolle erwartet; dieser hat sie aber nicht übernommen. Das ist das Problem: Die Lehrer bzw. die Chefs übernehmen ihre Rolle nicht. Das Gegenüber war offenbar nicht zu verändern. Daher blieb nur zuzusehen, wie man dennoch seine Arbeit machen konnte. Wichtig sei, daß die Situation am Anfang nicht verstanden worden ist. Als Lehrer müsse man berücksichtigen, daß die StudentInnen eine vertrauensvolle Lehr-/Lernsituation nicht gelernt haben. Zu diesem Vertrauen in den Lehrer gehöre auch, daß Fehler möglich sind und daß andererseits auch ein Rat angenommen wird.

Fall Konrad

Konrad erzählt von seinem Bewerbungsgespräch bei Herrn Schneider und dem aus Verhandlungen resultierenden Arbeitsvertrag. Der Passus, der die Selbständigkeit der Bearbeitung von Aufträgen betraf, wurde auf Schneiders Verlangen gestrichen. Konrad hat nicht auf diesem von ihm eingeführten Vertragspassus bestanden. Er konstatiert im Nachhinein auch sein eigenes Interesse, daß der Chef letztlich die Verantwortung für die Projekte behielt.

Debatte

Für den Chef sei es beliebig auslegbar, ob er den Mitarbeiter selbständig arbeiten läßt oder nicht. Überhaupt sei das tatsächliche Arbeitsverhältnis selbst nicht formal zu klären.

Fall Angelika

Angelika sieht viele Parallelen zu Josephs Fall. Sie hat zwei Jahre in einem Büro gearbeitet. Dabei hatte sie von Anfang an die Rolle der Zeichnerin, die sie zunächst auch angenommen hat. Jetzt will sie erzählen, wie ihr Arbeitsverhältnis zu Ende ging. Nach einem Jahr – zu spät, wie sie selbst meint – hat sie den Anspruch angemeldet, selbst ein Projekt zu bearbeiten. Daraufhin wurden ihr zwei zur Auswahl angeboten: die Außenanlagen für ein Studentenwohnheim und der Landschaftsplan zu einem Bebauungsplan. Nach einigem Überlegen hat sie das erste Projekt abgelehnt. Bei dem zweiten Projekt stand ihr allerdings nicht offen, wie sie die Bestandsaufnahme machen sollte. Es war ihr auch nicht klar, was die 'Federführung' für ein Projekt (Zusammenwirken Landschaftsplan – Bebauungsplan) konkret bedeutet. Richtig auseinander ging es, als sie ihre ersten Texte zur Bestandsaufnahme vorlegte. Die pauschale Kritik des Chefs war, daß die Texte nicht zu lesen seien, unverständlich, nicht anschaulich genug. Daraufhin forderte Angelika eine konkrete Kritik am Text. Als Antwort kam die Bedrohung über den angeblich eh schon großen Zeitbedarf für das Projekt. Außerdem sei es nicht üblich, daß der Chef in einen Text gehen und Anmerkungen machen müsse. Daß es bei der Kritik um unterschiedliche Inhalte ging, wurde nicht eingestanden. Angelika hat schließlich von sich aus das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Debatte

Es wurde angemerkt, daß es sehr schwierig sei, in ein und demselben Büro von der einmal zugedachten Rolle der Zeichnerin wegzukommen. Angelika habe schon als Zeichnerin die Dienstanweisung bekommen, 'nach Art des Hauses' zu arbeiten. Der Anlaß des Projekts habe dazu gedient, die Rollenzuweisung zu verfestigen und die Lernmöglichkeiten zu beschneiden. Das 'Verhandeln' darüber, wie es gemacht wird, diene zur Stabilisierung der Machtsituation. Angelika ist ihr Platz als Planerin im Büro verweigert worden. Sie sieht es im Nachhinein so, daß sie von Anfang an wußte, daß ein Lernen in diesem Büro nicht möglich sein würde. Dementsprechend hat sie den Chef auch nie als Lehrer akzeptiert. Zunächst habe sie aber das Arbeitsverhältnis als 'Job' angefangen, später dann doch versucht, ihren Anspruch einzuklassen.

Fall Frank

Frank sieht am Anfang seiner Bürotätigkeit Parallelen zu Angelika. Auch er sei über das Zeichnen und die Objektplanung in das Büro gekommen. Als das Büro einige Wettbewerbe gewann, gab es so viel Arbeit, daß die Chefs den Mitarbeitern einzelne Projekte zuwiesen. Auf Nachfrage erzählt Frank, daß bei den Wettbewerben zunächst die anstehenden Aufgaben gemeinsam diskutiert wurden. Die Entscheidung darüber, welcher Entwurf schließlich eingereicht werden sollte, behielten sich die Chefs vor. Die schwerpunktmäßig zeichnerischen Arbeiten bei der Fertigstellung lagen dann wiederum bei den Mitarbeitern.

Debatte

Immerhin war hier, wenn auch zunächst notgedrungen, ein Zulernen möglich. Die Lage sei offen. Erst wenn der Arbeitsdruck einmal nachlasse, werde sich zeigen, ob die veränderte Rolle der Mitarbeiter weiterhin akzeptiert wird. In Angelikas Beispiel wurde das Gegenüber nicht deutlich, blieb gesichtslos, während bei Frank die Figuren eher miteinander verwoben waren. Indiz dafür war das häufige 'Wir' in seiner Erzählung. Hier taucht die Frage auf, ob es überhaupt etwas anderes als Chefbüros gebe. Schließlich kam die Diskussion noch einmal auf Angelika zurück. Es wurde gefragt, warum sie eigentlich diesen Job überhaupt angenommen habe. Angelika sagt dazu, daß sie sich wohl die Perspektiven nicht klargemacht hat. Die stille Erwartung in eine Veränderung sei vorhanden gewesen; allerdings nicht von vorneherein im Selbstvertrauen in ihre planerische Kompetenz, sondern über die Bewährung als gelernte Zeichnerin. Damit sei sie mit ihrem Projekt in eine Prüfungssituation geraten. Bei Frank ist es ein positives Symptom, daß er weiterarbeitet, bei Angelikas Arbeitssituation dagegen ist durch die häufigen Mitarbeiterwechsel ein Lernen nicht möglich.

Es wird angemerkt, daß das Büro mit Angelika jemanden als Berufsanfängerin eingestellt hat, die bereits eine Qualifikation mitbrachte. Angelikas Versuche von Behelungen und Bekehrungen im Büro werden als untauglich angesehen. Eine erträgliche Arbeitssituation könne man nur für sich selbst herstellen. Dabei solle man nicht immer zuerst überlegen, wie die Reaktion der anderen aussehen könnte. Dazu gehöre allerdings eine gehörige Portion gesunder Egoismus. Ein Büro, in dem es nicht regelmäßig 'kracht', sei langweilig. Produktiver Streit, in dem argumentiert wird, sei notwendig.

Fall Bernhard

Bernhard wurde von Herrn Prof. Paul – zusammen mit drei anderen – für ein halbes Jahr auf Probe als wissenschaftlicher Bediensteter an der Hochschule eingestellt. Erst später sollte entschieden werden, welche der drei Kandidaten die zwei verfügbaren WB-Stellen besetzen sollen. In dieser Probezeit sollte in einem Projekt mit StudentInnen anhand der Typisierung von Häusern die aus der Pflanzensoziologie stammende Tabellenarbeit vermittelt werden. Bernhard ist erst etwas später in dieses Projekt eingestiegen. Da Bernhard sich in der Tabellenarbeit auskennt, wies er am Anfang des Projektes darauf hin, daß seines Wissens nach eine Tabelle von Haustypen nicht allein aus Reihenhäusern aufgestellt werden könne, da die Unterschiede zu gering seien. Hierzu wurde ihm entgegnet, daß er nicht gleich zu Anfang Prognosen stellen könne.

In Fortlauf des Projektes hat sich Bernhard auf seinen Arbeitsplatz zurückgezogen und sein Wissen über die Tabellenarbeit nicht weiter eingebracht. Später, in dem Bewerbungsgespräch um die Stelle des wissenschaftlichen Bediensteten, lehnte Herr Prof. Paul Bernhard mit der Begründung ab, daß er ein sympathisches Arbeitsklima wolle, das zwischen ihnen nicht bestünde. Herr Prof. Paul sagte, daß Bernhard für sich immer Rollen einfordere, die ihm nicht zustünden. Daraufhin hat sich Bern-

hard völlig zurückgezogen. Bernhard meinte drei Handlungsmöglichkeiten gehabt zu haben: sich dümmer zu stellen als er ist und zwanghaft unter den anderen zu bleiben, als Co-Lehrender aufzutreten oder sich zurückzuziehen.

Debatte

Die Arbeitssituation von Bernhard war von Anfang an hochkonkurrent. Dabei wurde zwanghaft die Offerte der 'Gleichheit' aufrechterhalten. Es war Teamgeist gefragt und nicht Bernhards Arbeitsqualifikation. Hierbei handelt es sich um eine Befindlichkeitsdebatte, wobei jedoch die Befindlichkeit verschwiegener Absichten vorgeschoben wird. Letztlich werden dabei immer die Inhalte eingeklagt. Unter dem Deckmantel von Befindlichkeit/Sympathie soll die Macht abgesichert und die jeweilige Rolle aufrechterhalten werden. Die Arbeitsqualifikation ist hierbei eine Bedrohung; daher wird sie nicht nachgefragt. Es wird die Frage gestellt, wie denn eine sympathische Arbeitssituation aussieht. Es gehe doch darum, Konflikte und Differenzen auszutragen. Sympathie entsteht nicht über eine stimmungsbetonte Liebesbeziehung, sondern über die streitbare Arbeitsbeziehung und die gegenseitige Anerkennung der Arbeit. Die Befindlichkeitsdebatte tritt an der Hochschule noch üppiger als im Büro auf, da hier nicht der Ertrag und die Ökonomie in den Vordergrund treten. Im Büro besteht eher ein Verwertungsinteresse. Bernhard hätte mit seiner Arbeitsqualifikation Co-Chef werden können. Es wird die Frage gestellt, inwieweit Bernhard Herrn Prof. Paul als Lehrer akzeptieren könne. Bernhard antwortet, er schätze Herr Prof. Pauls analytisches Denken. Seine vegetationskundlichen Kenntnisse, auch bezüglich der Tabellenarbeit, halte er allerdings für gering. In diesem Bereich konnte er ihn nicht als Lehrer anerkennen, sondern wollte, daß dieser ihm seine Kompetenz zugesteht. Das hat er nicht getan.

Es wurde behauptet, daß für Bernhard nicht alle drei Verhaltensmöglichkeiten bestanden hätten. Bernhards Rückzug war letztlich das Angebot zum Rausschmiß.

Fall Werner – Lehrjahre sind keine Herrenjahre

Bei Werners Einstieg in das Büro war die Gesellin gerade gegangen und Herr Eckat schon da. Werners Erwartung beim Einstieg war, etwas zu lernen. Er betrachtete die kommenden Jahre als Lehr- und Wanderjahre. Seine Frage war dabei, wie er von Anfang an einen produktiven Streit führen könne und welchen er führe. Dabei war er arglos. Auch stellte sich für Werner die Frage, wie er seine formalen Sicherheiten verhandeln kann. Er befürchtete, z.B. über Gehaltsverhandlungen seine Freiräume einzuschränken. Er hat daher diese Verhandlung nicht geführt, sondern immer 'Ja' gesagt. Dahinter steckte nach eigener Ansicht allerdings auch eine gewisse Überheblichkeit gegenüber den 'niederer ökonomischen Beweggründen'. Weiter hatte Werner die Erwartung, in ein sogenanntes 'Kasseler-Schule'-Büro zu kommen. Röhlich, der Chef des Büros, war ihm bereits durch ein Seminar bekannt. Werner hatte zunächst angefangene Projekte zu bearbeiten. Dabei waren meist die Karten schon fertig, aber die Texte nicht. Ein Projekt war eine Umweltverträglichkeitsstudie zu einem Gewerbegebiet. Seine mitgebrachten Erfahrungen schienen sich in den ersten Schwierigkeiten beim Planen und den Debatten aufzulösen. Er fühlte sich, als 'Klei-

nes Würstel aus der Provinz', ausgeschlossen. Bei der UVS entstand ein Konflikt über die Art der Bearbeitung, der Bestandswertung und der 'Konfliktanalyse'. Werner wollte die Frage nach der Art der Ersatzmaßnahmen anhand von Vegetationsaufnahmen klären. Hierüber wollte er Selbständigkeit herstellen. Bei den Vegetationsaufnahmen stellten sich, als Nebenbeieffekt, die in der Bestandsaufnahme als artenreich bezeichneten Flächen als artenarme Brachen heraus. Dieser Widerspruch wurde im Büro nicht diskutiert. Vielmehr wurde die Vegetationstabelle nicht mehr in das Projekt eingearbeitet und ihre Fertigstellung hintenan gestellt. Werner hat sie erst vor kurzem fertig bearbeitet. Einen großen Teil dieser Arbeit hat Werner in seiner Freizeit erledigt. Diese Arbeit wurde nie als vollwertige und wichtige Arbeit für das Büro anerkannt. Werner interpretiert selbst, daß er nicht in der Lage gewesen ist, den Streit über das Projekt richtig zu führen und daß er viele falsche Kompromisse eingegangen ist. Werner besaß eine Art Narrenrolle, die ihm einerseits viele Freiheiten verschaffte, ihn andererseits aber oft eingeholt hat, wenn es um die Wertschätzung seiner Arbeit ging.

Debatte

Hier handelt es sich um den Versuch, eine verdrehte Vorarbeit in einen anderen Kontext zu stellen. Werner war anfänglich hilflos. Die Hilflosigkeit hält bei jeder neuen Arbeitssituation relativ lange an. Dabei braucht man/frau jemand, die einem bei den anfänglichen Unsicherheiten an die Hand nimmt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die einzelnen Fälle so erzählt werden, als ob die Leute allein im Büro seien. Von Zusammenarbeit ist wenig die Rede. Hierzu wird entgegnet, daß es nicht um Zusammenarbeit, sondern um eine kontinuierliche Debatte geht. D.h., daß wenn man/frau immer real über seine Verhältnisse lebt, indem sie sich, um zu lernen, mehr vornimmt als sie kann, eine LehrerIn da sein muß, die Unterstützung und Empfehlungen für die Arbeit gibt und streitet. Wenn das fehlt, passiert es, daß, wenn die Arbeit klappt, die ChefIn die Lobeeren einsteckt, wenn es nicht klappt, die MitarbeiterIn schuld ist.

Es wird behauptet, daß die private Mehrarbeit zur Selbstausbeutung geraten kann. Dem wird entgegengehalten, daß eine solche Argumentation riskant ist, weil die Mehrarbeit die eigene Arbeitsqualifikation steigert und diese immer die eigene Sache und unabhängig von der Anerkennung durch die ChefIn ist. An der Tatsache, daß für diese Arbeitsweise im Büro die Gelassenheit fehlt, läßt sich eh nichts ändern. Werners Weg über die Vegetationsaufnahmen war für die Debatte über die Ersatzmaßnahmen letztlich unerheblich und diente lediglich der (privaten) Beweisführung für die These, daß die bisherige Bestandsaufnahme und -bewertung falsch war.

Hierzu wird eingewendet, daß die eigene Mehrarbeit nicht anderen Instanzen angelastet werden kann. Auch kann keine Anerkennung erwartet werden, wenn die anderen die eigene Arbeit nicht verstehen. Dieser Einwendung wird entgegnet, daß eine solche Argumentation zu weit geht. Jeder kann für sich die Entscheidung treffen, was er/sie lernen will, wann er/sie das macht, bleibt ihm/ihr überlassen. Die Situation, in der Werner in das Büro kam, wird als bemerkenswert erachtet. Der Innovati-

onsschub ('Jetzt machen wir alles anders!') ist gleichzeitig Anlaß dafür, daß Röhrich sich als Chef verabschiedet. Er signalisiert Freiräume; dabei ist klar, daß seinerseits keine Unterstützung kommt. Dies ist vergleichbar mit Franks Fall. Jeder darf einen Entwurf machen und der Chef entscheidet dann, welcher es sein soll. Jede Modernisierungswelle ist Vortäuschung. Das Büro in das Werner kam, hatte eigentlich nur sanierungsreife Projekte. Der Chef sucht einen Neuanfang bei auswärtigen Berufsanfängern. Die meisten Büros schleppen Sachen mit und finanzieren mit den aktuellen Aufträgen die alte Arbeit. Die Arbeit der Routinierten sollte darin bestehen, auf die Arbeit der anderen zu achten, die halbfertigen Sachen zu lesen, zu besprechen und die fehlenden Dinge einzufordern.

Hier wird der Bezug zu Josephs Fall hergestellt: Offensichtlich wollte Joseph es nicht, daß die Beiträge vorab von seinen Kontraktpartnern gelesen wurden, damit er seinen Spielraum beibehält. Joseph wartete daher solange mit der Debatte, weil er sich erst versichern wollte, fertig gedacht zu haben und weil er sich seine Begründungen nicht umdrehen lassen wollte. Hierzu wird ergänzt, daß gerade dies falsch ist. Es ist richtiger, den Streit frühzeitig einzugehen, und die Verhältnisse frühzeitig zu klären, um sich gegen das 'Umbringen' zu wehren. Hierbei sollte man/frau Einwände offensiv vorbereiten und die Argumente dagegen parat haben, d.h. zweimal dasein. Einmal in dem, was ich erzähle und einmal als BeobachterIn, mit dem, was ich im Hinterkopf habe und was bei Bedarf an der richtigen Stelle erzählt werden muß. Es ist durchgehend so und gilt nicht nur für übernommene Projekte, daß eh immer schon alles klar ist und nur mal eben schnell die Karte fertiggestellt und der Text geschrieben werden muß.

Herr Hase erzählt:

Herr Hase erzählt von dem ersten Landschaftsplan, den er nach seiner Arbeit an der Hochschule bearbeitet hat. Herr Hase hat als erstes im Büro verkündet, daß er den Landschaftsplan anders als die bisher von den Kollegen verfaßten Landschaftspläne bearbeiten will. Im Nachhinein findet er diese Ankündigung zu 'vollmundig', da folgende vier Voraussetzungen bestanden: erstens war der Auftrag schon formuliert, zweitens fehlten Herrn Hase zunächst die Diskussionspartner, drittens war Herr Hase mit dem Gebiet nicht vertraut und viertens hat sich die Macht der Naturschutzbehörden in den letzten Jahren so stark erhöht, daß sie mittlerweile wie Auftraggeber auftreten.

Auf den vierten Punkt hat Herr Hase die Stadt als realen Auftraggeber aufmerksam gemacht und verdeutlicht, daß er für sie arbeitet und nicht für die Behörde. Allerdings gab es schon eine Biotoptypenkartierung, die in den Landschaftsplan eingearbeitet werden sollte. Herr Hases Dramaturgie für die Arbeit an dem Landschaftsplan war es, zunächst mit einer Siedlungstypisierung die bestehenden Siedlungen zu verstehen und aus diesem Verständnis künftige mögliche Siedlungserweiterungen abzuleiten. Diese Dramaturgie hat den Nebeneffekt, daß die Naturschutzbehörde nicht in den Landschaftsplan einsteigen konnte. Dies ging zunächst in den Arbeitsgruppensitzungen mit der Stadt und der Unteren Naturschutzbehörde gut. Bei der zweiten Arbeitsgruppensitzung, bei der die Obere Naturschutzbehörde dazukam, kippte

die Situation. Die Vertreterin der Oberen Naturschutzbehörde verweigerte die Diskussion der Siedlungserweiterung, bevor eine Grundlagenermittlung erfolgt sei.

Herr Hase hat diesen Streit nicht aufgegriffen, sondern darauf gewartet, daß die Stadt Farbe bekennt und zu den Vereinbarungen steht. Er wollte nicht als Durchbohrer der städtischen Interessen gegen die Behörde fungieren. Die Stadt schaltete sich jedoch nicht ein. Die Vertreterin der Oberen Naturschutzbehörde äußerte später gegenüber Vertretern der Stadt Zweifel, ob Herr Hase denn überhaupt wisse, wie ein Landschaftsplan zu bearbeiten sei. Hier taucht die Behörde auf und versucht, alle Absprachen zunichte zu machen. Ein weiteres Phänomen ist, daß die Behörde einen Popanz – nach dem Motto 'So geht das nicht!' – aufbaut, aber im nachhinein nicht einmal, wie verabredet, die Protokolle über die Arbeitsgruppensitzungen schreibt. Anfangs waren die Protokolle so geschrieben, als ob die Anmerkungen per Dienst-anweisung in den Landschaftsplan übernommen werden müßte. Dabei verfügen die Behörden real nicht über die Macht zu solchen Anweisungen. Die Macht beruht lediglich auf 'Deals', und die Behörden wollen frühzeitig beteiligt werden, um diese Deals aufzubauen.

Später haben Herr Hase und Frau Elster, Herr Hases freie Mitarbeiterin, die Arbeitsgruppensitzungen in einer Art Rollenspiel vorbereitet. Letztlich kam die Zustimmung zu dem Landschaftsplan aus Dörfern, die sonst von der Stadtverwaltung als 'schwierig' bezeichnet wurden.

Debatte

Herr Hases Fall ist anders als die bisherigen. Herr Hase ist selber der Chef. Damit ist die Bürosituation eine andere. Auch die Rolle des Auftraggebers ist anders besetzt: Die Stadt tritt als Auftraggeberin, die Aufsichtsbehörde mit ihren Erpressungsversuchen auf. Dabei gelten die von der Behörde eingeführten Vorschriften nur behördenintern, nicht für die PlanerIn und die Stadt. Wichtig ist Herr Hases Schritt, den Auftraggeber in die Pflicht zu nehmen, den Ball zurückzuspielen, um die AuftraggeberIn zur Entscheidung zu zwingen, ob sie sich an die Vereinbarungen mit den PlanerInnen halten will oder nicht. Herr Hase ergänzt, daß es auch wichtig war zu wissen, daß die Behörden durchaus unterschiedlich reagieren (UNB, ONB), also offensichtlich einen weiten Ermessensspielraum haben. Herr Hase hat sich eine Diskussionspartnerin nicht im Büro gesucht, sondern ist eine 'externe' Koalition mit einer freien MitarbeiterIn eingegangen.

Für den Abend wird vorgeschlagen, die bisher erzählten Fälle zu sammeln, sie zu ordnen und so die Vergleichbarkeit herzustellen.

Erste Reihung und Vergleich der Zwei-Personen-Stücke

Protokoll vom 3. Okt.; Abendveranstaltung

Anknüpfend an die gestern und heute vorgestellten Fälle will ich Gemeinsamkeiten und Prinzipien darstellen, die bei den verschiedenen Fällen aufgefallen sind. Eine erste Reihe läßt sich anhand des Verlaufs der Fallgeschichten darstellen, die den Beginn des Arbeits- bzw. Auftragsverhältnisses zum Ausgangspunkt hat und in der

Folge unterschiedliche Etappen der Rollenverteilungen durchläuft. Die erste Rollenverteilung organisiert sich bereits über die ersten Absprachen. Diese ziehen sich dann im weiteren Arbeitsverhältnis durch. Entweder als 'geglückte', bzw. klare Absprachen, die den Beteiligten ihre Zuständigkeiten und Grenzen klarwerden lassen, oder – und das scheint in vielen Fällen zuzutreffen – als relativ ungeklärtes, schlecht organisiertes Verhältnis, bei dem die Klärung der Rollen und Zuständigkeiten auch in der Folge unklar bleibt und der verdeckt existierende Konflikt verschleppt wird.

Die zweite Reihe geht der Frage nach, welche Rollenverteilungen wir in den verschiedenen Arbeitsbereichen anhand der Fallgeschichten beobachten konnten. Unsere Fälle entstammten handwerklichen Arbeitssituationen, verschiedensten Büro-situationen bis hin zum Arbeitsverhältnis an der Hochschule. Es zeichnet sich hier eine Reihe ab, bei der die Rollen und Kompetenzen umso klarer erscheinen, je greifbarer und nachprüfbarer die Arbeitsprodukte sind, was am ehesten bei den handwerklichen Arbeitsbereichen wiederzufinden ist. Die akademischen Arbeitssituationen im Büro bzw. an der Hochschule zeichnen sich hingegen durch schwierig zu prüfende Arbeitsprodukte aus und hier scheinen 'liberale', d.h. relativ unverbindliche Arbeits- und Rollenvereinbarungen verbreitet zu sein. Zuerst will ich auf den Anfang der Fälle zurückkommen, nämlich dort, wo die ersten Absprachen getroffen werden und das Arbeits-/Auftragsverhältnis sowie die eingenommenen Rollen konstituiert werden.

Die Anfänge der Auftrags-/Arbeitssituationen

Unsere bisherigen Fallbeispiele sind überwiegend erstmal als 'negative' Beispiele erzählt worden, bei denen es für die Beteiligten nicht zur geklärten Zweipersonenbeziehung bzw. eines funktionierenden LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses kam. Bei fast allen vorgestellten Geschichten fällt auf, daß der Einstieg für die BerufsanfängerIn damit beginnt, daß ihr/ihm versucht wird klarzumachen, daß das mitgebrachte Wissen und die bisherigen Erfahrungen falsch/fehl am Platz seien bzw. nicht der 'Art des Hauses' – wie wir das in Anlehnung an die Erzählung von Frau Herta nannten – entsprechen würden. Der BerufsanfängerIn auferlegte Zumutungen organisieren bewußt oder unbewußt Verunsicherung, indem mitgebrachtes Wissen dequalifiziert wird. Das Selbstwertgefühl, das sich auf bisher erworbene, mitgebrachte Erfahrungen stützt, wird darüber untergraben. Diese Dequalifikation entpuppt sich als Basis, auf der ein autoritäres ChefIn-MitarbeiterInnen-Verhältnis konstituiert wird. Eine solche Rollenverteilung wird aber nicht einseitig von der ChefIn organisiert, sondern bedarf des Zuspruchs der Novizen. Für die ChefIn scheinen die Beweggründe klarer zu sein, wird doch darüber ihre ChefInnen-Rolle etabliert. Für die BerufsanfängerIn stellt sich allerdings die Frage, wieso sie dieser Zumutung zustimmt. Die 'Zurücknahme' der mitgebrachten Erfahrungen wird nur darüber annehmbar, daß implizit das Versprechen mitschwingt, von den Erfahreneren zulernen zu können. Entweder wird also implizit ein LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis angeboten, oder die BerufsanfängerIn erwartet ein solches und akzeptiert dafür die Relativierung ihrer/seiner bisherigen Erfahrungen.

Wie wir im Verlauf unserer weiteren Gespräche lernten, betrifft diese Denunzierung der Lerngeschichte nicht allein die Arbeit, sondern richtet sich häufig gegen die frühere LehrerInnen, bzw. gegen das literarisch mitgebrachte Wissen. Die Forderung des Verzehrs auf das Zitieren ist also eine 'Spielart' der Aufforderung zur Unterschlagung der Lerngeschichte, wie wir etwa am Fall von Frau Novotny später gelernt haben.

In den meisten bisherigen Fälle wurde das Angebot eines LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses von der BerufsanfängerIn akzeptiert, so daß eine erste Rollenverteilung bereits festgeschrieben war, bei der für die Chefn klar war, wer die Chefn ist und wer die Anweisungen erteilt, d.h. die 'Art des Hauses' vorgibt. Die BerufsanfängerIn hat darüber bereits Zumutungen akzeptiert, die sie zur Aufrechterhaltung der Rollenverteilung laufend mit der Erwartung des Zustandekommens eines LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses gegenrechnen muß.

Wie lange solche Erwartungen aufrechterhalten werden, kann man am Fall von Joseph nachlesen, wo über einen Zeitraum von einigen Jahren die Erwartung eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses die Grundlage der Zusammenarbeit bildete, bis diese Erwartungen aufgegeben wurden. Im Fall von Frau Sasse, der erst später erzählt wurde, war die Heftigkeit, mit der an diesen Erwartungen festgehalten wurde besonders deutlich. Und dies, obwohl aus der Fall Erzählung keine Hinweise darauf deuteten, daß von seiten des Chefs ernsthaft eine Lehrerrolle eingenommen wurden. Die Deutlichkeit, mit der das zum Ausdruck kam, hatte in dem Fall viel damit zu tun, daß es sich eben nicht um einen 'abgetropften' Fall handelte.

Für die Anfänge des Auftrags-/Arbeitsverhältnisses heißt das aber auch, daß nur dort, wo die BerufsanfängerIn mitsamt ihren mitgebrachten Erfahrungen und Fähigkeiten ernst genommen wird und die Möglichkeit gegebenenfalls der herrschenden 'Art des Hauses' zu widersprechen akzeptiert wird, die Perspektive für den Aufbau eines LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses geboten ist. Wichtig ist dabei allerdings, daß dies von der Seite der Erfahreneren nicht nur als 'laissez-faire' gebilligt wird, um sich zeitweilig von der Arbeit zu entlasten. Solche scheinbaren 'Freiräume' täuschen immer darüber hinweg, daß letzten Endes einzig die 'Meinung' der Chefn gilt. D.h. daß auch die Chefn eine LehrerInnen-Rolle übernehmen muß, bei der sie zwar Wissen vermitteln, gleichzeitig aber am eigenen Wissen weiterlernen. Wir gehen davon aus, daß der Erfahreneren immer die größere Verantwortung gegenüber der NovitzIn zukommt. Auch das ist Teil der LehrerInnen-Rolle.

Der weitere Verlauf des Arbeitsverhältnisses

Ein dauerhaft/kontinuierliches Arbeitsverhältnis ist nur dort möglich, wo real ein LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis zustandekommt, d.h. dort, wo die BerufsanfängerIn nicht ihr mitgebrachtes Wissen zu verleugnen braucht. Gleichzeitig muß der Chefn auch die Rolle des Lehrend-Lernenden zugestanden werden. Die Rollen der Beteiligten sind also wechselnd, und jeder der Beteiligten kann weiterlernen. In einem solchen 'idealen' Fall gestaltet sich die Zusammenarbeit für alle lern- und lehrreich. Die oben bereits angedeutete Situation, bei der die Chefn ein 'laissez-faire' walten läßt, stellt eine gängige Situation dar, bei der das implizit versprochene-/angebotene LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis nicht eingelöst wird. Dies 'laissez-faire' ist dabei eine Form der 'Entlastung und Entlassung' aus der LehrerInnen-Rolle, die gleichzeitig der BerufsanfängerIn ein Zugeständnis an ihre Kompetenz vorgaukelt. Real

wird diese allerdings nicht anerkannt, was bei den Fallgeschichten von Angelika und Joseph deutlich wurde, wo Phasen 'eigenständiger' Arbeit plötzlich kurz vor Abgabe der Arbeit aufgekündigt wurden, und die 'Art des Hauses' per Dienstanweisung und hergestelltem Zeitdruck wieder eingeführt wurde. Die Aufrechterhaltung solcher, für alle relativ unverbindlichen Arbeitsvereinbarungen wird i.d. R. von allen Beteiligten gleichermaßen betrieben und gestützt, da sie für beide den Spielraum offenläßt, sich jeweils in gewünschten Rollen wiederzuerkennen. Für die BerufsanfängerIn ist es möglich, diese 'Freiräume' als 'Vertrauen' ihr gegenüber zu werten, in die sie mitgebrachte Erfahrungen einbringen kann. Für die Chefin bietet sich ebenfalls die Möglichkeit, die fehlende bzw. nicht nachgehaltene LehrerInnen-Rolle als 'Vertrauen der BerufsanfängerIn gegenüber' umzudeuten. Die im Verhältnis versteckt angelegten Abhängigkeiten sind für die Chefn besonders vielversprechend und 'ertragreich'. Das scheinbare Vertrauen der BerufsanfängerIn gegenüber verpflichtet diese meist zu besonderer Loyalität. Sie zerbricht sich so laufend den Kopf der Chefn – und das, ohne daß diese offenkundig autoritär auftreten muß. Gleichzeitig entlastet die Chefn sich selbst dahingehend, daß Erfolge als ihre bzw. gemeinsame verbucht werden, während Mißerfolge als Enttäuschung des scheinbar entgegengebrachten Vertrauens auf die Kappe der BerufsanfängerIn geht. Es besteht also kein LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis, doch steht es allen offen, sich gegebenenfalls ein solches vorzugaukeln.

Die Enttäuschungen sind auf beiden Seiten gleichermaßen angelegt und werden sichtbar, wenn den Beteiligten der Selbstbetrug bzw. der Betrug vom Gegenüber klar wird. Für die BerufsanfängerIn heißt das, daß sie der in Aussicht gestellten LehrerInnen-Rolle zu mißtrauen beginnt und gleichzeitig die Ernsthaftigkeit des entgegengebrachten 'Vertrauens in ihre Qualifikation' in Zweifel ziehen muß. Für die Chefn heißt das, daß deren LehrerInnen-Rolle nicht mehr nachgefragt wird, die Rolle 'entzaubert' wird und die Machtposition auf der Grundlage der entgegengebrachten Loyalität schwindet. Auch hier sind die Reaktionen Enttäuschung, was den Versuch darstellt, die verschwiegene Verhältnisse weiterhin aufrechtzuerhalten, oder aber autoritäres Gehabe, das so tut, als sei die mittlerweile verlorene Autorität durch das Vorspielen von Macht zurückzugewinnen. Im Fall von Angelika hat eine solche Geschichte zur Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses geführt, während im Fall von Joseph die versteckt autoritäre Haltung des Chefs erst nach der Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses deutlich würde.

Für eine Vielzahl der Fälle aus Büros mit sogenannten 'freien MitarbeiterInnen' bzw. an den Hochschulen stellen solche antiautoritären, 'liberalen' Arbeitssituationen wohl die Regel dar. Das andere Extrem zu geglückten LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnissen stellen Arbeitssituationen dar, bei denen von Anfang an auf ein solches Verhältnis verzichtet wird und statt dessen ein offenes Chef-Angestellten-Verhältnis etabliert wird, das auf eindeutigen Dienstanweisungen basiert. Im Gegensatz zu den o.a. 'liberalen', d.h. antiautoritären Verhältnissen sind hier die Rollen und Aufgaben aller Beteiligten eindeutig und meist auch einklagbar. Das vereinfacht die Situation, ohne sie allerdings unbedingt längerfristig lehr- und lernreicher zu ma-

chen. Das Lehren und Lernen stellt sich hier als einseitige Weitergabe des Wissensvorsprunges an die BerufsanfängerIn dar. Da die Rolle des Chefs für sich nicht das Angebot des Dazulernen-Könnens wahrnimmt, verringert sich der 'Wissensvorsprung' gegenüber den Novizen im Lauf der Zeit, sodaß auch die Grundlage dieses ungleichen Verhältnisses auf immer dünneren Beinen steht. Längerfristig bleibt nur die Möglichkeit, entweder das Verhältnis in ein anderes, d.h. entweder ein 'liberales' oder ein reales LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis umzuwandeln, oder aber – und das scheint die Regel zu sein – das Arbeitsverhältnis zu kündigen.

Von Frank haben wir ein Beispiel gehört, bei dem es derzeit noch unklar ist, auf welcher neuen Ebene sich das Arbeitsverhältnis einrichten wird. Deutlich wird allerdings, daß das ursprünglich 'eindeutige' Chef-Angestellten-Verhältnis seine Basis eingebüßt hat, da sich für Frank übers Zulernen die Kenntnisunterschiede zum Chef über die Jahre verringert haben.

Die Spanne der dargestellten und in den Fällen zum Ausdruck kommenden Arbeitssituationen reicht also vom 'geglückten' LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis, bei dem die Autorität der Erfahreneren der BerufsanfängerIn ein Nachfragen und Zulernen ermöglicht, über die Beispiele für antiautoritäre (autoritäre) Verhältnisse, bei denen die Rollen der Beteiligten bewußt im Unklaren bleiben, bis die verdeckt autoritäre Rolle der Chefin offen wird. Das letztgenannte Verhältnis basiert immer schon auf einer offen autoritären Haltung der Chefin. Längerfristig sind auf jedenfall nur die Arbeits-/Auftragssituationen für alle Beteiligten lehr- und lernreich, bei denen es zu einem LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis kommt.

Rollenverteilungen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen

Bei den Fällen fiel auf, daß bestimmte Rollenverhältnisse scheinbar in unterschiedlichen Arbeitsbereichen gehäuft auftreten. Daraus läßt sich zwar keine Regel ableiten, dennoch schien die Frage spannend, womit das zusammenhängen könnte. Ein erster Versuch, das zu verstehen, erschloß sich darüber, daß wir in den verschiedenen Arbeitsbereichen unterschiedlich 'direkte' Möglichkeiten zur Prüfung des Arbeitsertrages erkannten. So lassen 'handwerkliche' Arbeiten, wie sie etwa von Hanna in der Gärtnerei oder von Herta aus dem Krankenhaus erzählt wurden, eine relativ rasche, unmittelbare Überprüfung des Arbeitsertrages zu. Für die Beteiligten eröffnet sich hier scheinbar am ehesten die Möglichkeit, die Ergebnisse, Folgen und damit die Richtigkeit der Arbeitsentscheidungen zu prüfen. Über die Entscheidungen abgegebene Prognosen treffen relativ schnell ein, so daß eine Bestätigung oder ggf. eine Korrektur möglich ist. Das Zulernen auf der Ebene von Fertigkeiten gibt der BerufsanfängerIn so regelmäßig die Möglichkeit, ihren Lernzuwachs zu verfolgen.

Daß dies aber nicht immer so sein muß, zeigt der Fall von Hanna, wo die Betriebsinhaber ein absolut autoritäres Arbeitsverhältnis schufen, das per Dienstanweisungen funktionierte und bei dem die Erfahrungen von Hanna nichts galten. Selbst die bald erkennbaren Mißerfolge der Anweisungen führten nicht zu einer Änderung, d.h. einer Anerkennung der offensichtlich richtigen Entscheidungen der Berufsanfängerin. Immerhin war es für sie möglich die Richtigkeit ihrer Einschätzungen zu bestätigen, selbst wenn sie die Zumutung akzeptierte, entgegen besseres Wissen zu arbeiten.

Im Fall von Frank, wo die Einstellung auf der Grundlage klarer Arbeitsvereinbarungen als Technischer Zeichner im Büro erfolgte, konnte zunächst ein Lehrer-Schüler-Verhältnis etabliert werden. Auch hier waren die Arbeitsprodukte, wie etwa die Zeichnungen, unmittelbar prüfbar. Mit der Ausweitung der aufgetragenen Arbeitsfelder wird aber auch die anfängliche Eindeutigkeit der Vereinbarungen zunehmend unklarer. Der ursprünglich weisungsgebundene Angestellte wächst im Laufe der Zeit in den Status eines selbständig arbeitenden und entscheidenden 'Freien Mitarbeiters' hinein. Die neuen Rollen werden bei diesem, von allen Beteiligten akzeptierten, 'Aufstieg' aber nie geklärt. Die Arbeitsbereiche haben sich also von einem handwerklichen – als Technischer Zeichner – zu einem akademischen – als Planer – geändert. Gleichzeitig sind die Rollen unklarer geworden.

Der Status des 'freien Mitarbeiters', der in vielen Planungsbüros die Regel darstellt, weist sehr häufig antiautoritäre Züge auf. Gerade bei Projekten mit langen Bearbeitungszeiträumen, wie Landschafts- und Flächennutzungsplänen oder größeren Objektplanungen, ist die Prüfung des Arbeitsertrages und die Richtigkeit der Prognosen schwieriger zu bewerkstelligen als in den o.g. handwerklichen Bereichen. Das hängt zum einen an der zeitlichen Distanz zwischen der Entscheidung und dem Ertrag, und zum anderen ist auch die Ebene der Prüfung des Ertrages verändert. Sind in den handwerklichen Tätigkeiten die Erträge i.d.R. materiell prüfbar, so erfordert die Prüfung der Erträge etwa von bauleitplanerischen Prognosen eine stärkere reflektorische Arbeit. Am deutlichsten wird das im Bereich akademischer Arbeit an der Hochschule. Die Ebene der unmittelbar ökonomischen Prüfung der Arbeitserträge, die in Bürosituationen immer noch möglich ist, fällt hier weg. Der Nachvollzug und die Prüfung der Arbeit erfordert hier die größte reflektorische Arbeit, da der Ertrag nur an den vermittelten und verstandenen moralischen Inhalten, d.h. an der Qualität der Lehre und damit letztlich an der Qualität des Gelernten gemessen werden kann. Die Qualität der Lehre macht sich also an der Qualität des Gelernten fest. Wird das ignoriert, so entstehen antiautoritäre Arbeitsvereinbarungen, bei denen die LehrerInnen keinerlei Verantwortung für die Produkte ihrer Tätigkeit, nämlich das Dazugelernte bei den SchülerInnen, übernehmen. Ähnlich, wie bei den o.g. 'unklaren' Bürosituationen sind deshalb solche antiautoritären Arbeitsvereinbarungen an den Hochschulen besonders üppig ausgebildet und in den einzelnen Lehr-Lernbeziehungen häufig besonders langlebig. Sowohl für die LehrerIn als auch für die HochschulschülerIn besteht die gleiche Forderung, daß ihre Erträge reflektiert sein wollen, um als solche erkenn- und verstehbar zu werden. Für unsere Reihe der Fälle zeichnet sich deshalb ab, daß Arbeitsbereiche mit unmittelbar materiell prüfbaren Ergebnissen am ehesten von autoritären Chef-Angestellten-Verhältnissen bestimmt werden, während dort, wo die zeitliche Distanz zwischen Arbeit und Produkt sehr groß wird und die Erträge zur Überprüfung in stärkerem Maße reflektorische Arbeit voraussetzen, vornehmlich auf antiautoritären, 'liberalen' Arbeitsvereinbarungen basieren. Der Idealfall eines 'geglückten' LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses gilt gleichermaßen für alle Arbeitsbereiche, selbst wenn er scheinbar viel seltener auftritt.

Nachträge und Debatte

In der Reihe der Fälle kommt – selbst wenn das vereinfacht ist – zum Ausdruck, wo die Handlungs- und Entscheidungsspielräume gesichert sind. In handwerklich/gärtnerischen Arbeitssituationen sind die Spielräume i. d. R. relativ klar und verständlich. Dies trifft ebenfalls für die organisierten Chef-Büros zu, bei denen die Aufgaben und Spielräume für alle mehr (oder weniger) verbindlich sind. Schwierig wird es erst bei den unorganisierten Büros. Hier wird die Chefrolle klammheimlich eingeführt und auch aufrechterhalten. Verbindlichkeiten sind nur vorgetäuscht. Es sind also Büros, die so tun, als ob sie Hochschule spielen würden, da die Prüfbarkeit der Arbeitserträge darüber erschwert wird, daß weder die Büroökonomie, noch die Absprachen mit den Auftraggebern offen gemacht werden. Hochschulsituationen stellen in der Reihe den Gipfel der Unverbindlichkeit dar. Hier wird im Prinzip das unorganisierte Büro nachgespielt, obwohl und weil keine unmittelbar ökonomisch prüfbaren Erträge mit der Arbeit verbunden sind. Die Ebene der Prüfung erschließt sich ja erst über die Reflexion. Deshalb wird auch bei mangelnder intellektueller Reflektion der Arbeit die sog. 'Praxisrelevanz' in der Hochschullehre eingeführt. Was dabei unverständlich übernommen wird, ist eine Arbeitsorganisation, wie sie im unorganisierten Büro herrscht. Die Chimäre 'Praxis' wird als fiktive Dritte Person aus dem Hut gezaubert, um als Maßstab und Richtschnur der verschwiegenen Werturteile der LehrerInnen zu dienen. Darüber wird sich nicht mehr auf die reflektorische Arbeit an der Hochschule eingelassen, die notwendig wäre, um die Erträge der Lehre als 'Werke' zu verstehen. Denn nur über die Reflexion wird es möglich, daß die relativ abstrakte Arbeit der Lehre auch den Werkinstinkt (vgl. Veblen 1989) befriedigt.

Franks Fall stellt eine Sondersituation dar, die sich von BerufsanfängerInnen stark unterscheidet. Mit seiner Erfahrung stellt sich die Situation relativ gesichert dar. Auch in Bezug auf die Beteiligten gibt es hier deutliche Unterschiede zu den anderen Fällen. Hier ist bereits der Übergang zu den Drei-Personen-Stücken angedeutet.

In der Reihe der Falldarstellungen hatten wir unterschiedlichste Einstiegsgeschichten, bei denen es im Laufe der Zeit einen 'Aufstieg' in der Rangfolge gab. So gab es z. B. den Aufstieg von der ZeichnerIn zur PlanerIn oder aber von der BerufsanfängerIn zur büroqualifizierten PlanerIn. In vielen Büros wird versucht, die Gewinne darüber zu erhöhen, indem eine starke Auftrennung in 'qualifiziertere' und 'weniger qualifiziertere' Arbeiten eingeführt wird. Die HOAI zeichnet diese Wertung über veranschlagende Honorarsätze deutlich nach. Unorganisierte Büros haben also ein Interesse daran, Teile der anfallenden Arbeit, wie etwa das Zeichnen zu delegieren und darüber eine Dequalifikation etwa der ZeichnerIn einzuführen. Aber auch für die PlanerIn bedeutet diese Aufteilung der Arbeit eine Dequalifizierung darüber, weil ihr verschiedene Ebenen der Prüfung der Arbeit aus der Hand genommen werden. Das Zeichnen eines Planes ist eben nicht nur eine manuelle Fertigkeit, sondern gleichzeitig eine Möglichkeit, während der Abbildung/Darstellung die Gedankengänge beim Planen nochmals zu durchlaufen. Ein gutes Beispiel hierzu gibt auch die händische Sortierung von Vegetationstabellen. Diese Arbeit ist eben nicht nur Umschreiben, sondern während des Umschreibes passieren die Bilder im Kopf und

gleichzeitig werden die Thesen überprüft – von Zeile zu Zeile. Gerade dieses Fieber der Büros, über die Aufteilung der Arbeiten möglichst effizient zu wirtschaften, schlägt in der Regel zurück. Die Anzahl der Radierungen und Korrekturen bei den Plänen macht das nur allzu deutlich.

Neben der Ökonomie, die 'ich für mich im Büro herstelle', organisiere ich natürlich auch meine Reputation. Das, was ja hinter dem Chef oder dem Namen des Büros steckt, ist auch ein symbolisches Kapital. Und es ist natürlich wichtig, daß dieses symbolische Kapital nicht nur ein Qualifikationsversprechen bleibt, sondern ich die Möglichkeit habe, real an meiner Qualifikation weiterzuarbeiten, also dazuzulernen.

Da ich mir nicht immer aussuchen kann, in welches Büro ich gehe, stellt sich also die Frage, wie ich mit der Situation im jeweiligen Büro zurandekomme, welche Therapie ich für mich veranschlage. Es geht also darum, ob ich meinen Platz im Büro beanspruche, d.h. was lasse ich mir gefallen, und was nicht. Der Platz im Büro kann also nicht formal geklärt werden, sondern muß in der laufenden Arbeit passieren und immer wieder erneuert werden. Da gibt es natürlich für jeden individuelle Vorgehensweisen mit den unterschiedlichsten Situationen fertig zu werden, d.h. sie tragbar zu organisieren. Das setzt aber voraus, sich über die Befindlichkeiten der anderen, über das sogenannte 'gute Arbeitsklima' hinwegsetzen zu können. Das gehört auch zur Professionalität. Nur der Profi kann die Debatten für sich organisieren, d.h. er kann an die weniger Routinisierten das Angebot zur Kooperation machen, so daß sich für die MitarbeiterInnen bzw. Lehr-Lernsituationen ergeben. Als BerufsanfängerIn kann ich das nicht.

Die Niederlagen nicht zu reflektieren, heißt die Chance zu verpassen, etwas dazulernen, erwachsen zu werden. Die Beweihräucherung der Zumutungen drückt sich genau davor, den Widerstand ad hoc zu machen und sich darüber einen Haufen Zumutungen zu ersparen. Selbstvertrauen gehört dazu, den Widerspruch zu führen. Selbstvertrauen erwächst aus Professionalität und die Professionalität erwächst aus dem Selbstvertrauen. Und beides, die Resignation, also das gestörte Selbstbewußtsein und die mangelnde Professionalität, tauchen in der Regel gemeinsam auf. Dies wird vermittelt, wenn die Chefs ihre Arbeit nicht leisten, denn man lernt ja auch am Vorbild, d.h. das Lernen organisiert sich auch an den Begrenzungen des Lehrers. Ein Teil der Resignation stellt dabei die Einführung der Dritten Person her, sei es in Form der Ökonomie oder in Form des Auftraggebers.

Unsere heutigen Debatten stellen Mißerfolge par excellence dar, bei denen die Versprechungen nicht eingelöst wurden. Es stellt sich also die Frage, wie ich damit umgehen kann, ob ich mir das gefallen lassen muß oder nicht? So ist etwa die Frage, ob Werners Vegetationsaufnahmen-Machen richtig war oder nicht, weniger wichtig. Wichtiger ist, ob es zur Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins beiträgt oder nicht und ob es einen Zugewinn an professionellem Wissen eröffnet hat. Um so arbeiten zu können, bedarf es also auch der Philosophie des gesunden Egoismus. Es geht also um die Frage, was ich selber dabei gelernt, bzw. für mich verstanden habe. Demgegenüber steht die gängige Bürowertung, die vorausseilend die Frage stellt, wie denn der fiktive Auftraggeber meine Arbeit verwerten können. Hinter dieser Frage

steht natürlich die klammheimliche Einführung der dritten Person als Druckmittel und als Drohung, die gegen die Qualifizierung der BerufsanfängerIn gerichtet wird.

Das, was wir anfänglich besprochen haben, nämlich die Dequalifizierung der BerufsanfängerIn durch die Aufforderung zur Distanzierung und Denunzierung der mitgebrachten Erfahrungen, fällt ebenfalls in die Kategorie der Drei-Personen-Stücke. Hier übernehmen die realen LehrerInnen, bzw. die literarisch angeführten LehrerInnen als mitgebrachte Figuren, eine Rolle, die in der Wahrnehmung der Chefln in unmittelbare Konkurrenz zu ihrer Rolle tritt. Das ist ein Grund dafür, daß das Zitieren, also der explizite Verweis auf mitgebrachte Figuren, bei Aufträgen so verpönt ist. Es mindert bei den Chefs zusätzlich noch die Bedeutung und Wertschätzung der 'Art des Hauses'.

Morgen geht's dann explizit um die Drei-Personen-Stücke, d.h. zum einen um die klassischen Fälle der MitarbeiterInn-ChefInnen-Auftraggeber-(Ökonomie)-Beziehungen, und andererseits um die Fälle, bei denen die dritte Person unvermittelt als mitgebrachte Figuren auftaucht.

Drei-Personen Stücke – Fallerzählungen; Protokoll vom Dienstagvormittag **Der Fall Clara**

Clara erzählt ihren Fall und leitet ihre Erzählung mit der Feststellung ein, daß ihr die Geschichte aus dem letzten Sommer noch ziemlich 'nachgehe': Es handelt sich hierbei um einen Büroauftrag für eine Siedlungserweiterung, zu der ein Bebauungsplan erstellt werden soll. Gemeinde als Auftraggeber und Büro als Auftragnehmer arbeiten schon seit längerer Zeit zusammen. Gleich mit der Auftragserteilung bekommt Clara einen Katasterplan, in dem der Hauptlandbesitzer im neuen Baugebiet – Herr Zänker – bereits parzellierte Grundstücke, entsprechend seiner Verkaufsvorstellungen und seinen eigenen Bauwünschen, eingetragen hat. Clara macht dagegen ihren Plan für das Baugebiet und plant die Siedlungserweiterung auch über den bisherigen Geltungsbereich hinaus. Dazu macht Clara einen Termin mit Herrn Dennhöfer vom RP, den Clara als Ratgeber in speziellen Fachfragen schätzt. Dieser findet den Plan so 'prima'. Auch der Bürgermeister der Gemeinde ist mit dem Plan einverstanden. Er hat nichts gegen Claras Vorschlag einer Böschungsstützmauer. Sein Einwand bezieht sich nur auf den seiner Meinung nach überflüssigen beidseitigen Gehweg.

Der Plan wird dann in einer gemeinsamen Bürgerversammlung und Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorgestellt. Während die Gemeindeverwaltung so tut, als ob es bisher keine Gespräche über den Plan mit Clara gegeben hätte, stellt diese ihren Plan vor. Herr Zänker protestiert vor allem gegen die von Clara geplante Festsetzung der Grundstücksbreiten. Dies wäre eine 'Zumutung' für die Gemeinde. Clara versteht diesen Protest als Warnung. Es folgt die öffentliche Auslegung des Plans, in deren Rahmen sich sieben private Bauinteressenten mit massiven Einwänden gegen den Plan von Clara melden. Darauf hat der Bürgermeister Angst vor einer Initiative von Herrn Zänker und seinen Kaufinteressenten. In einer Sitzung des Gemeindevorstands wird der Plan mit kleinen Änderungsdebatten (Bauzonentiefe

15 Meter, Nord-Süd-Ausrichtung) beschlossen und befürwortet. D.h., die Aufstellung und Auslegung ist beschlossen, es fehlt nur noch der Satzungsbeschluß durch das Gemeindeparlament. Zuvor soll aber noch eine öffentliche Sitzung stattfinden, in der die Einwendungen und Bedenken aus den Schreiben von Zänker&Co kommentiert werden sollen. Diese Schreiben stellen die Grundsätze des Planes von Clara in Frage. Clara bereitet sich mit der Praktikantin Dorothee auf die Frage nach Grundstücksgrößen, variablen Bauzonen usw. vor, in dem sie den Dorfkern und dessen Baustruktur zum Vergleich aufbereiten. Das Argument von Herrn Zänker und dessen Bauinteressenten ist, daß das Dorf Ergebnis von Baufreiheit sei und der Plan von Clara eine Verstädterung bedeute, zumal beidseitige Gehwege auch noch unökologisch seien. Auf diese Argumentation sind Clara und Dorothee also vorbereitet. Clara fragt für die Sitzung noch Herrn Dennhöfer vom RP und Herrn Valentin Voss (Kreisbauamt) als Experten zu ihrer Unterstützung an.

Bei der öffentlichen Sitzung sind also nun Clara und Dorothee als Vertreterinnen des Büros, die Experten Herr Dennhöfer und Herr Voss, der Bürgermeister, der Gemeindevorstand, Herr Zänker und 'seine Bürgerinitiative' sowie interessierte BürgerInnen anwesend. Zu Beginn der Sitzung kommentiert Clara die Argumente von Herrn Zänker und 'seiner BI'. Über eine Analyse des Dorfes lassen sich zu Dichte, Grundstücksgröße usw. genaue Aussagen treffen, die Claras Plan für das neue Baugebiet stützen. Alles andere als der Plan von Clara mit seinen genauen Vorgaben wäre eine Verschwendung von Bauland. Nach Claras und Dorothees Vortrag ging der Protest los. Herr Zänker rechnet anders als Clara, da auf Bauland im Zeichen der Flächenstillegungen in der Landwirtschaft nicht so knapp gebaut werden muß. Er will größere, großzügige Grundstücke, auf denen dann auch 'viel Ökologisches' passieren kann. Der Gemeindevorstand hält sich aus der Debatte völlig raus. Er kündigt diese Position auch gleich zu Beginn der Sitzung an und überläßt damit Clara den 'schwarzen Peter'. Herr Dennhöfer als Experte ist begeistert von der 'Bürgerbeteiligung'. Auf das Argument der Baulandverschwendung eingehend bestätigt er, daß der RP gegen diese sei, aber die Vorstellungen von Herrn Zänker und der 'Bürgerinitiative' keinen Rechtsverstoß darstellen. Sie können im Rahmen bis 2000 Quadratmeter Grundstücksgröße verschwenken, da erst liege die Grenze. Damit erteilt Herr Dennhöfer Entlastung für die Vorschläge von Herrn Zänker und BI. Ansonsten hält er den Plan von Clara für äußerst lobenswert. – Herr Zänker nicht: Er will auch noch 25 Meter Bauzonentiefe, d.h. die Häuser können bis zu 18 Meter von der Straße wegstehen. Dazu haben Clara und Dorothee wieder gute, vorher durchdachte Gegenargumente parat, wie diese Baufluchten auf die Nachbarschaft wirken. Das interessiert Herrn Zänker und 'seine Initiative' nicht, die sich im Verlauf der Versammlung immer stärker fühlen und gleich einen neuen Plan machen wollen. Daher fragt Herr Zänker noch mal den Experten Dennhöfer, welche Konsequenzen Planänderungen haben. Herr Dennhöfer weicht aus, weiß nicht so recht. Auch der Gemeindevorstand hält sich raus, einzig das Argument einer weiteren zeitlichen Verzögerung fällt. Das stört wiederum Herrn Zänker und 'Bürgerinitiative' nicht. Sie warten gerne noch. Per Handzeichen wird mal eben geklärt, wer wann bauen möchte. Jetzt

tritt aber der Bürgermeister auf. Er will den Beschluß jetzt, macht einen autoritären Einwand und beendet die Sitzung. An Clara wird noch die Frage gestellt, ob sie sich nun noch in ihrem Plan wiederfinde: ohnehin eine blöde Frage.

Resultat dieser besonderen Art der Bürgerbeteiligung ist die Mitteilung an Clara und das Büro, daß die Höchstgrenze für die Grundstücksbreite raus soll, diese können jetzt 20 bis 40 Meter breit sein. Damit haben letztlich Herr Zänker und 'seine Initiative' ihre Absichten durchgesetzt. Soweit die Fallschilderung von Clara.

Im Anschluß an ihren Bericht gab es zunächst einige Nachfragen zur weiteren inhaltlichen Klärung.

- Die Gemeinde hat 300 Einwohner. Weder Herr Zänker noch die übrigen Bauinteressenten 'seiner Initiative' stammen aus der Gemeinde, dem Dorf.
- Der Arbeitszusammenhang zwischen Gemeinde und Büro besteht über die Dorferneuerung die Hanno vom Büro für die Gemeinde geplant hatte. Hier ist auch schon das Gebiet, in dem Herr Zänker sein Land besitzt, als geeignete Siedlungserweiterung vom Büro vorgeschlagen und im DE-Plan vermerkt worden. Das heißt, der Auftrag hat eine lange Vorlaufphase, vor allem auch für die Gemeinde und Herrn Zänker.
- Der zweite Experte, Valentin Voss, hat in seinem Beitrag auf die Probleme mit großen Grundstücken in hohem Alter (Pflegethemen o.ä.) hingewiesen. Auch das war kein überzeugender Einwand.

Nach inhaltlichen Nachfragen gab es noch eine angeregte Debatte zu den Rollen in Claras Fall. In Analogie zu Balint ist der Fall Clara ein Dreipersonenstück mit Clara als Ärztin, dem Bürgermeister (stellvertretend (?) für den Gemeindevorstand) als Patienten und den Herren Denkhöfer und Valentin Voss als Experten (Fachärzte). Die beiden unterschiedlichen Pläne von Clara und Herrn Zänker für das Baugebiet sind die Krankheiten (inclusive Diagnose und therapeutischem Vorschlag). Zunächst einmal wird am Fall Clara deutlich, daß die Hinzuziehung der Herren Denkhöfer und Valentin Voss als Experten (Fachärzte) ein Fehler war: sie geben der Diagnose und Therapie von Clara nicht die erwartete 'Rückendeckung', sondern spielen ihre Rolle der meinungslosen Experten, die ihr Spezialwissen auf Nachfrage preisgeben. Dabei wird ihnen schon qua Anwesenheit die Kompetenz in der gesamten Sache zuerkannt und diese im selben Moment Clara als 'Ärztin' aberkannt.

Diese Aberkennung und Angst vor der Verantwortung in der zweiten öffentlichen Sitzung zum Bebauungsplan liegt aber auch bei Clara selbst. Es wird die Variante debattiert, nur eine schriftliche Stellungnahme von den Experten (vor allem von Herrn Denkhöfer) einzuholen und diese als 'Rückendeckung' gegebenenfalls zu verwenden. Wären die Herren nicht anwesend, so bliebe die Kompetenz in der Sache bei Clara. Eine weitere Variante wäre eine offensive Einforderung der Stellungnahme der Gemeinde (Bürgermeister oder Gemeindevorstand) gewesen. Damit hätte sich ein Streit zwischen Herrn Zänker mit 'seiner Bürgerinitiative' und der Gemeinde entspinnen können, bei dem dann Clara die Rolle der Expertin erhalten hätte.

Im Fall Clara bleibt vor allem die Rolle des Bürgermeisters bzw. seine Position unklar. Er äußert sich nicht zur 'Krankheit'. So schiebt er Clara immer vor, obwohl er ihr gegenüber dem Plan zustimmt. Der Gemeindevorstand hält sich dabei ebenso raus. Trotz bereits erfolgter Zustimmung stellt er sich in der Öffentlichkeit nicht gegen die

potentiellen 'Neubürger', die (wie überall) laut stellvertretendem Bürgermeister 'ganz besondere Leute' sind. Die Voraussetzungen des Auftrags sind von der Seite des Bürgermeisters verschwiegen. Welche Absprachen bestehen mit Herrn Zänker, welche Motive hat der Bürgermeister zur Zusammenarbeit mit Clara?

Clara macht im Plan einen therapeutischen Vorschlag, der Bürgermeister hält sich bedeckt. Wenn aber auf den therapeutischen Vorschlag überhaupt keine Reaktion erfolgt, so hat der 'Arzt' – in unserem Fall also Clara – keine Möglichkeit einer weiteren Debatte/Therapie. Dabei bietet Clara klugerweise keine Kompromisse an, die einen Ausverkauf von Diagnose und Therapie darstellen würden. Sie setzt ihre Sturheit und ihr Wissen gegen die unaufrichtige, wankelmütige Position des Bürgermeisters. Trotz der früh geweckten Skepsis bei Clara hat ihr Therapieangebot keine Chance, da kein vertrauensvolles oder geklärtes Arbeitsverhältnis als Basis für einen Streit zwischen dem Bürgermeister und Clara herstellbar ist, weil sich zumindest der Bürgermeister total verweigert. Dieser Klärung steht dann in diesem Fall zudem Herr Zänker massiv im Weg. Der Fall Clara wurde auch in der abschließenden Runde zu den Drei-Personen-Stücken noch einmal debattiert.

Protokoll der Fälle vom 4. Okt. 1994; nachmittags

Der Fall von Lina – 'Ein Termin mit Herren in Grau'

Lina ist bei der Staatlichen Verwaltung der Schlösser und Gärten als Gärtnerin beschäftigt und offiziell für einen Teil der Parkpflege zuständig. Sie hat sich zwischenzeitlich zur Landschaftsplanerin weiterqualifiziert und ist Mitglied einer bekannten berufsständischen Arbeitsgruppe vor Ort. Bei einem Rundgang durch das Parkgelände fallen ihr unsachgemäße Reparaturarbeiten an wassergebundenen Decken auf, die im Zusammenhang mit baulichen Erweiterungen stehen. Lina erkundigt sich in der Verwaltung nach den Zuständigkeiten für diese Arbeiten. Eine Kollegin ruft daraufhin beim zuständigen Bauamt an und informiert über die gemeldeten Mängel. Der Sachbearbeiter beim Bauamt sagt zu, sich um den Fall zu kümmern. Er trifft noch am gleichen Tag den Chef der beauftragten Firma. Ein Mitarbeiter der Firma informiert Lina von diesem Treffen und teilt ihr die abgesprochenen Nachbesserungsarbeiten mit. Da Lina klar ist, daß damit die Baumängel nicht aufgehoben werden können, formuliert sie eine fachliche Kritik an den Bauarbeiten und macht gleichzeitig Vorschläge an die Verwaltung, wie solche Baufehler künftig vermieden werden können. Sie macht in ihrem Schreiben deutlich, daß sie nicht die ausführende Firma, sondern das zuständige Bauamt mit ihrer ungenauen Ausschreibung für die aufgetretenen Schäden verantwortlich hält. Dieses Schreiben schickt sie an das für die Auftragsvergabe zuständige Bauamt. Eine Kopie dieses Briefes erhalten die hauseigene Verwaltung und die eingangs erwähnte PlanerInnenarbeitsgruppe.

Die Bauarbeiten, die der Anlaß für den Brief waren, wurden vom Bauamt als Auftrag vergeben und überwacht. Es handelte sich in diesem Fall um kleinere Installationsarbeiten, für die eine Vertragsfirma den Auftrag erhielt. Die Kritik von Lina richtet sich gegen die aus ihrer fachlichen Sicht handwerklich falsche Wiederverfüllung der entstandenen Leitungsgräben. Sie macht im Brief mangelhafte Ausschreibung und

Bauaufsicht für die Baufehler verantwortlich. Neben dieser Kritik beschreibt sie an das Bauamt detailliert ihren Vorschlag zur eindeutigen Auftragsformulierung für solche Tiefbauarbeiten. Sie bringt ihre Erwartung zum Ausdruck, daß die fachlich begründeten Vorschläge vom Bauamt positiv aufgegriffen werden, damit in Zukunft vergleichbare Baufehler vermieden werden. Auf ihren Brief bekommt Lina keine Antwort. Bei einem Telefonat zwischen ihr und einem Angehörigen der Verwaltung bringt dieser das Gespräch auf den Brief von Lina. Er bittet sie, ähnliche Schreiben künftig an seine Abteilung zu senden, um nicht weitere Konflikte zwischen Verwaltung und Bauamt zu forcieren. Die Briefe würden dann gegebenenfalls an das Bauamt weitergeleitet. Nach einigen Wochen erhält sie von dem Herrn aus der Verwaltung einen Telefonanruf, in dem sie kurzfristig zu einem Ortstermin eingeladen wird. Gleichzeitig wird ihr mitgeteilt, daß niemand aus der Verwaltung den Termin wahrnehmen könne. Lina sagt ihre Teilnahme zu und geht gemeinsam mit ihrer Gärtnerkollegin zum Ortstermin. Zu dem Termin erscheinen zwei Vertreter des Bauamtes, Herr Schwarz und Herr Kurz, sowie ein Vertreter der beauftragten Firma. Das Baustellengespräch wird schwierig. Es findet ausschließlich zwischen Lina und Herrn Schwarz statt. Herr Schwarz führt das Gespräch. Die Atmosphäre zwischen den beiden Personen ist gespannt. Herr Schwarz führt aus, daß das Bauamt die von Lina geforderte Ausschreibung so nicht machen könne, da für Ausschreibungen in dieser Größenordnung (geringe Bausumme) standardisierte Vordrucke des Rechnungshofes von der Behörde zu verwenden sind. Darüber hinaus mokiert er sich über eine fachliche Formulierung von Lina zu dem verwendeten Baustellengerät und weist an dieser Stelle auf seine fachliche Kompetenz als Tiefbauingenieur hin. Im weiteren Verlauf lenkt er das Gespräch auf scheinbar wichtige Aspekte, die vom eigentlichen Thema ablenken. Durch die Andeutungen und unterschweligen Behauptungen versucht er die fachliche Qualifikation von Lina in Frage zu stellen und sie zu verunsichern. Schließlich überrascht er Lina mit der Frage, ob sie darauf bestehe, daß der Graben noch einmal ausgehoben werden muß, um ihn dann von einer neu zu beauftragenden Garten- und Landschaftsbaufirma fachgerecht verfüllen zu lassen. Lina ist durch diese Frage irritiert, da sie spürt, hier eine Antwort auf eine Frage geben zu sollen, die aus ihrem Schreiben nicht ableitbar war. Trotzdem reagiert sie darauf und verneint die Frage. Lina versucht Herrn Schwarz deutlich zu machen, daß es ihr um fachgerechte Arbeit bei künftig anfallenden Reparaturmaßnahmen wassergebundener Decken gehe, wie sie es bereits im Brief formulierte. Herr Schwarz sagt ihr zu, Mängel wie im vorliegenden Fall werde es künftig nicht mehr geben. Damit beendet er das Gespräch.

Anmerkungen zur Falldebatte

Der Fall von Lina wird als ein Beispiel dafür gesehen, wie bei einer Diskussion über einen lapidaren Gegenstand ganz komplizierte Verwobenheiten auftauchen. Lina hat den Fall über ihren Brief erst zum Fall gemacht. Verwirrung in der Verwaltung scheint ihre unklare Rolle zu stiften. Lina tritt für die Verwaltungen durch verschiedenen Rollen als Schimäre auf. In der Behördenhierarchie taucht sie als Nutzerin des Parks, Bürgerinitiative (praktische Ärztin mit apostolischer Mission), die zustän-

dige Gärtnerin (Fachärztin auf der Suche nach PatientInnen) und Vertreterin einer konkurrierenden Macht (PlanerInnenarbeits-gruppe, fiktive Personen im Hintergrund) auf. Diese verschiedenen Rollen machen es der Verwaltung so schwierig mit Lina umzugehen. Deshalb stellen sie sich erst einmal 'tot', um dem Problem aus dem Weg zu gehen. Diese Verhalten weist weiter auf Interesselosigkeit am Phänomen selbst hin. Das Bauamt stellt den Kontakt mit Lina über den Herrn der örtlichen Verwaltung her. Formelle (schriftliche) Reaktionen der Verwaltungen erfolgen nicht. Damit wird deutlich, daß sie Lina nicht ernst nehmen wollen, da sonst aus dem Fall eine Akte würde. Die Verwaltungen haben zwar formal die Zuständigkeit, aber konkret ihre Arbeit nicht gemacht.

Die Verwaltungen sind sich auf der Ebene der 'Anonymitätsklausel' (BALINT) einig – Verschleppung der Verantwortung. Weiter wird während der Verwaltungsaktivitäten durch die Anwendung der 'Anonymitätsklausel' (standardisiertes Ausschreibungsformular) die Zuständigkeit von Verwaltung zu Verwaltung geschoben. Gleichzeitig wird die Einhaltung des Dienstweges von Lina eingeklagt, der den Streit zwischen den Verwaltungen vermeiden soll. Während des Baustellengesprächs weist Herr Schwarz Lina immer wieder verschiedene Rollen zu, auf die diese sich einläßt. Dadurch gerät sie in eine defensive Position. Herrn Schwarz gelingt es, das Problem in die Zukunft zu verlagern (Perfektionierung der Anonymitätsklausel), indem er die Möglichkeit zur Nachbesserung für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht stellt und für künftige Reparaturmaßnahmen vergleichbare Mängel ausschließt.

Weitere Fall Erzählungen: Der Fall Elfriede Nowotny – Ein unsichtbarer Dritter

Elfriede Nowotny bietet dem Amt der Frauenbeauftragten der Stadt Schembrun ein Gutachten zum Thema 'Frauenundwohnenundso' an, da sie weiß, daß dem Amt noch Gelder im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. Es kommt zu einem Gespräch (November) zwischen der Amtsleiterin Aloysia Stingl, der Sachbearbeiterin Maria Potoczek und der Planerin Elfriede Nowotny. In dem Gespräch erläutert Frau Nowotny ihre Vorstellungen von den Arbeitsinhalten der Studie (Siedlungsstruktur und Lebensbedingungen). Aloysia Stingl behauptet, daß zu diesem Thema bereits Ergebnisse vorliegen. Ihr Amt braucht etwas mit Vorbildwirkung zum Thema 'Freiflächen'. Wegen des zu Ende gehenden Haushaltsjahres müßte die Arbeit bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Elfriede Nowotny schickt ihr Angebot an das Amt der Frauenbeauftragten und erhält daraufhin einen Vertrag zur Erstellung eines Gutachtens. In dem Gutachten stellt sie eine Siedlung der Stadt Schembrun Beispielen der benachbarten Stadt Broda gegenüber. Im Dezember gibt Frau Nowotny einen schriftlichen Bericht ab, zeitgerecht folgt die abgeschlossene Arbeit. Frau Nowotny wird daraufhin die Arbeit mit Anmerkungen zum Text und der graphischen Darstellung übersandt. Eine inhaltlicher Kommentar zum Gutachten ist darin nicht enthalten. Im Anschreiben wird die Forderung nach Richtlinien erhoben. Frau Nowotny hält den Auftrag für erfüllt und organisiert ein Gespräch mit dem Amt der Frauenbeauftragten. Bei diesem Gespräch ist die Gesprächspartnerin die Sachbearbeiterin Frau Potoczek. Nach deren Einschätzung ist das Gutachten von Frau Nowotny spannend. Nach ihrer Meinung sollte diese Arbeit veröffentlicht werden. Sie weist darauf hin,

daß es Kritikpunkte gäbe, die 'die Stadtverwaltung der Stadt Schembrun stören könnten'. Sie meint, die Darstellungen sollten der städtischen Norm angepaßt werden. Weiterhin stellt sie die Frage, ob die Zitate, die Frau Nowotny in der Arbeit anführt, erforderlich seien. In kommunalen Veröffentlichungen sind Zitate nach ihrer Aussage nicht üblich. Frau Nowotny fordert einen Folgeauftrag zur Überarbeitung des Gutachtens. Frau Potoczek will klären, ob ein solcher Auftrag vergeben werden kann. Frau Nowotny macht nach dem Gespräch dem Amt der Frauenbeauftragten ein Angebot für diesen Auftrag. Da sie auch nach Wochen keine Nachricht erhält, ruft Frau Nowotny mehrmals im Amt an. Die Sachbearbeiterin, Frau Potoczek, weist jedesmal auf ihre Chefin, die nicht erreichbar sei. Eine Abstimmung über den Folgeauftrag habe es deshalb noch nicht gegeben. Nach einem halben Jahr bekommt Frau Nowotny von der Sachbearbeiterin Frau Potoczek die telefonische Zusage für den Folgeauftrag. Eine schriftliche Auftragserteilung liegt bis heute (4 Monate später) nicht vor.

Anmerkungen aus der Falldebatte

In der Debatte wird ein (verschwiegenes) Problem zwischen Frau Nowotny und ihren Auftraggeberinnen darin gesehen, daß Frau Nowotny in ihrem Gutachten Freiräume und Wohnungsbau wieder zusammengebracht hat. Frau Nowotny hat damit das abgelehnte Thema des ersten Angebotes doch behandelt. Die Kritik am kommunalen Wohnungsbau ist dem Amt der Frauenbeauftragten unerwünscht, weil Frau Nowotny sich nicht mit dem dafür zuständigen Amt anlegen will. So dienen die formalen Anmerkungen zur Studie dazu, deren Fertigstellung und Veröffentlichung in der vorliegenden Fassung zu verhindern. Um darüber keine direkte Auseinandersetzung führen zu müssen, wird von Seiten des Amtes die Stadtverwaltung als fiktive Person eingeführt, die Kritik an der Arbeit haben könnte und eine andere Darstellungsform der Arbeit erwarten würde. In der Kritik an dem Gutachten wird eine Offerte ans Bauamt der Stadt gesehen.

Beim folgenden Gespräch im Amt zwischen Frau Nowotny und Frau Potoczek, der Sachbearbeiterin, bemängelt Frau Potoczek die vielen Zitate im Gutachten. Sie weist darauf hin, daß in Veröffentlichungen der Stadtverwaltung keine Zitate (Literaturverweise) üblich seien. Sie verknüpft ihre Aussage mit der Frage, ob Frau Nowotny nicht so formulieren könnte, daß die Zitate überflüssig würden. Mit dieser formalen Kritik wird eine inhaltliche Diskussion über die Arbeit verweigert, die eigenen Interessen werden verschwiegen und gleichzeitig Frau Nowotny Inkompetenz unterstellt. Außerdem wird deutlich, daß vorgeleitetes Wissen (Literatur) und mitgebrachtes Wissen nicht gefragt sind. Die Literaturverweise stellen für die Auftraggeberin ein Problem dar, da sie Verbindlichkeiten für die Diskussion über den Arbeitsgegenstand schaffen, die unerwünscht sind. Solche Verschleppungen sind typisch für Verwaltungen, die sich diese leisten können, da die Ökonomie des Auftraggebers keine Rolle spielt.

Im beschriebenen Fall ist das Verhältnis zwischen der Amtsleiterin Aloysia Stingl und der Sachbearbeiterin Frau Potoczek wichtig. Nach der Falldarstellung ist Aloysia Stingl nicht in der Lage, Arbeiten eindeutig zu delegieren. Sie verhält sich als

Chefin wie eine Zensorin und macht damit ihre SachbearbeiterIn arbeitsunfähig. Frau Potoczek steckt als Sachbearbeiterin in einer Arbeitssituation ohne klare Arbeitsanweisungen und Kompetenzen. Ihre Position ist vergleichbar mit einer Berufsanfängerin, wie wir sie auch in anderen Fällen vorgefunden haben. Gegenüber Frau Nowotny arbeitet sie wiederholt mit Vertröstungen, bis sie schließlich ein Versprechen zur Vergabe des Folgeauftrages macht. Dies wurde von uns als Versuch gesehen, Kompetenz zu definieren und darüber die Arbeitsfähigkeit zu organisieren. Das Mittragen der Verzögerung von Entscheidungen hat das eigene Scheitern am Arbeitsplatz vertuscht. Die Zusage des Auftrages stellt ein später Versuch zur Klärung ihres Arbeitsverhältnisses dar.

Protokoll vom 5. Okt. 1994; vormittags

Frau Sasse berichtet folgenden Fall.

Sie arbeitet in einem Büro, in dem fünfzehn Ingenieure/Ingenieurinnen, sieben Zeichnerinnen und eine Sekretärin arbeiten. Die Bürostruktur bezeichnet sie als eine, die sich vom 'organisierten' zum 'unorganisierten' Zustand hin verändert. Der Chef wird von den MitarbeiterInnen weitgehend abwesend wahrgenommen. Pro Woche ist er, auf mehrere Wochentage verteilt, insgesamt etwa ein bis zwei Tage im Büro anwesend. Mit der Devise 'Im Büro soll jeder alles machen können' vermittelt er den MitarbeiterInnen eine Umgangsweise, in der ein hohes Maß an Verantwortlichkeit und Selbständigkeit gefragt und in der Freiräume für inhaltliche Auseinandersetzungen gewährt sind. Für die MitarbeiterInnen bedeutet dies einerseits einen erheblichen Arbeitsaufwand, das Büro zu organisieren, andererseits ergibt sich daraus die Möglichkeit, Überlegungen zur die Art und Weise der Büroorganisation zu führen.

Anlaß für den nun beschriebenen Fall war die Anfrage einer Gemeinde nach einem Angebot für einen Landschaftsplan. Diese Anfrage wird von Frau Sasse bearbeitet. Beim Erstellen des Angebots orientiert sie sich formal an einem alten Angebot des Büros, formuliert aber wesentliche Arbeitsinhalte entsprechend ihrer fachlichen Ansprüche an einen guten Plan um. Dabei ändert sie u.a. den Teil 'Biotoptypenkartierung', den sie im neuen Angebot 'Realnutzungskartierung' nennt und mit entsprechender Arbeitsbeschreibung versieht. Das erarbeitete Angebot legt sie ihrem Chef vor, der sich damit einverstanden erklärt; zu einer Debatte über Details kommt es dabei nicht. Etwas später ergibt sich eine Situation, in der das Angebot in großer Eile an die Gemeinde abgeschickt werden soll. In diesem Zusammenhang erhält Frau Sasse einen Anruf ihres Chefs vom Autotelefon aus, in dem er eine Änderung des Begriffes 'Realnutzungskartierung' in 'Nutzungs- und Biotoptypenkartierung' fordert, wobei an der Arbeitsbeschreibung nichts verändert werden soll. Der Chef, Mitglied im BDLA, begründet diese Änderung mit dem Hinweis, die Verwendung mühsam etablierter Begriffe in der Kommunikation mit den Fachbehörden für Naturschutz könnte andernfalls in Verwirrung geraten. Frau Sasse kritisiert diese Art des Austausches – die Hektik, das Gespräch per Autotelefon. Nachdem keine Einigung erzielt werden kann, ordnet sie sich schließlich unter, allerdings mit der Forderung, diesen Punkt inhaltlich grundsätzlich zu diskutieren. An dieser Stelle merkt Frau

Sasse an, der Chef habe bei Arbeiten für einen anderen Auftraggeber kein Problem darin gesehen, den Begriff 'Realnutzungskartierung' zu verwenden, woran sie den Vorwurf eines auftraggeber-konformen Verhaltens festmacht. Insgesamt meint sie, ihre Position dem Chef gegenüber gut vertreten zu können, wobei er sich aber die letztendliche Entscheidung vorbehält.

Debatte

Nachdem Frau Sasse ihren Fall als 'klassisches Drei-Personen-Stück' angekündigt hat, geht es in der Diskussion zunächst um die Klärung der Frage, ob es sich dabei nicht doch nur um ein 'Zwei-Personen-Stück' handelt. Als Begründung für diese These wird auf die sehr harmlose Weise der Einführung der 'Dritten Person' verwiesen, die ja in Form der Behörde und des BDLA daherkommt, also eigentlich nicht ernstzunehmen ist. Es wird quasi mit einer 'Schattenfigur' im Hintergrund hantiert, die vordergründig nicht weiter bedrohlich ist. Im weiteren Verlauf wird diese Frage dahingehend diskutiert, daß auch 'fiktive Personen', die in Form von Instanzen (Behörde, Gemeinde, Bürgermeister) eingeführt werden, als 'Dritte Personen' zu verstehen sind. Dabei handelt es sich hier um eine 'Dritte Person', die das Büro über den Kopf des Chefs gefiltert erreicht. Ihre Bedrohlichkeit liegt in eben diesem Vorgang der Filterung, über den sie immer willkürlich, abstrakt und unangreifbar bleibt. Im Hinblick auf die Klärung der Rollenverteilung wird der Fall wie folgt diskutiert:

Der Chef führt in seine Auseinandersetzung mit den MitarbeiterInnen eine 'Dritte Person' ein (Verweis auf die Fachbehörde für Naturschutz), die er gleichzeitig selbst verkörpert (Mitglied im BDLA). Ob diese 'Dritte Person' eingeführt wird oder nicht, ist abhängig von seiner Einschätzung des Auftrages. Die Einführung erfolgt, wie hier geschehen, wenn eine inhaltliche Erörterung über einen Auftrag ansteht. Die Aufforderung zur Selbständigkeit an die MitarbeiterInnen wird dabei zu einem Mittel reduziert, mit dem ihre Motivation erhöht werden soll. Derweil ist das 'Verständnis' des Chefs gegenüber den Positionen der MitarbeiterInnen nur vorgetäuscht, denn eine inhaltliche Debatte wird auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben, mit der Gewähr, daß sie niemals stattfinden wird. Ein solche Auseinandersetzung würde allerdings seitens des Chefs 'literarische Nachweise' für seine Argumente erfordern (vgl. Protokoll vom 3.10.'94). Vielmehr dienen die Scheindebatten dazu, ein gutes Arbeitsklima zu demonstrieren, die letztendliche Entscheidung trifft jedoch der Chef. Notfalls greift er dabei auf die anonyme dritte Person als verdecktes Mittel der Disziplinierung zurück. In diesem Sinne gibt es keinen Anlaß für Frau Sasses Glauben daran, mit der Bearbeitung des folgenden Planes würde sich auch das Verhalten des Chefs ändern.

In der weiteren Diskussion wird die Bedeutung der vom Chef zugelassenen Freiräume für die Bürodebatten deutlich. In ihrem Rahmen können sich die MitarbeiterInnen zwar untereinander 'Lehrer-Schüler-Verhältnisse' organisieren, er selbst jedoch nimmt die Rolle des Lehrers nicht wahr. Dabei bleibt fraglich, ob die engagierte Arbeit, die im Büro geleistet wird, um in die Rolle des 'guten Schülers' zu kommen, anerkannt wird. Deswegen hat auch Frau Sasses Bemühen, über gute Arbeit neue Begriffe einführen zu können, eine unsichere Aussicht auf Erfolg. Die Taktik des Chefs

erhält aber Frau Sasses Hoffnung auf Veränderung aufrecht, ja sie entwickelt darunter sogar einen 'apostolischen Eifer', die ihr wichtigen Inhalte dem Chef zu vermitteln. Dabei gelten die eingeräumten Freiräume nur, sofern keine Widersprüche auftreten. Somit bieten sie nur Raum für 'vorausseilenden Gehorsam'.

Neben der Verweigerung der Lehrerrolle bewirkt die 'Schmeichelei' des Chefs, die der Anerkennung der Büroadbatten besteht, eine Motivationsförderung der MitarbeiterInnen. Indem solcherart motivierte MitarbeiterInnen zu Aufträgen verhelfen, die an ihr persönliches Engagement gebunden sind, stellt sich für den Chef ein ökonomischer Nutzen ein. Dies führt in der Diskussion zur These, daß seine Unzuverlässigkeit Absicht enthält: sein Verhalten mobilisiert bei den MitarbeiterInnen verschiedene Rollen, die mit intensivem Arbeitseinsatz einhergehen, derweil er für neue Aufgaben unterwegs sein kann. Über sein Verhalten, sich die letztendlichen Entscheidungen autoritär vorzubehalten, führt er 'das Kalkül der Modernisierung' ein; das heißt, unter der Verwendung neuer Etiketten sollen alte Inhalte beibehalten werden. Das Endergebnis, unabhängig von der Etikette, soll ein im Büro üblicher Plan sein. Abschließend wird die Frage gestellt, ab wann die Zumutungen dieser Arbeitssituation unerträglich werden. Für die MitarbeiterInnen bringen sie die ständige Überlegung zwischen den wahrscheinlichen Interessen des Chefs und den eigenen Arbeitsinteressen mit sich. An diesem Punkt läßt sich die Verbindung zu der Diskussion vom 3.10.1994 herstellen, in der es darum ging, daß bestimmten Zumutungen von Beginn an widersprochen werden muß.

Protokoll vom 5. Okt. 1994; nachmittags

Herr Zündl erzählt seinen Fall.

Er arbeitete als Mitarbeiter im Büro VUZ. Der Fall findet nach zwei Jahren Mitarbeit statt. Mittlerweile wird es Herrn Zündl erlaubt Aufträge von Beginn an auszuführen und auch Objektplanung zu bearbeiten. Bei dem Fall handelt es sich um eine Objektplanung für die Stadt St. Pfiati. Die Stadt St. Pfiati will die ehemaligen Hafenanlagen umnutzen und neu inwertsetzen. Zu dieser Umnutzung gab es einen langen Planungsvorlauf. Allerdings hatte die Stadt auch Schwierigkeiten, einen neuen Investor zu finden. Der Auftrag, den Herr Zündl bearbeiten sollte, betrifft die Uferstraße. Hier soll eine Promenade gebaut werden. Herr Zündl interpretiert den Auftrag so, daß er beschließt, sich nicht um das Umfeld und den Planungsvorlauf zu kümmern, sondern nur um den Uferbereich. Er wollte besonders über den Rand im Unterschied zum Ortsrand an der anderen Ortsseite nachdenken. Nach seiner Ansicht handelt es sich hier nicht um eine Uferpromenade, d.h. der symbolische Gehalt einer Uferpromenade läßt sich an dieser Stelle nicht vermitteln. In seiner Planung überlegte Herr Zündl, welche Ausstattung dem Gebrauch dieser Uferstraße und v.a. dem Bürgersteig angemessen ist. Er entschied sich für Betonplatten für den Bürgersteig. Diese Ausstattung wurde im Büro debattiert. Der Chef, Herr Karrer, wollte teurere Materialien. Er plädierte für Klinker, hochkant verlegt. Herr Zündl wollte diese aber nicht, sondern blieb bei seinen Betonplatten mit Grauwacke als Bordstein. Diese Frage wurde ausdebattiert. Herr Zündl konnte mit seinen Argumenten die Debatte zu

seinen Gunsten beenden. Beim ersten Termin mit dem Bauamt wurde der Vorentwurf vorgestellt und abgeklärt.

Beim zweiten Termin ist auch der Gemeindedirektor anwesend. Er sieht die alte Diskussion über den Rahmenplan gefährdet, in dem Entsiegelung, Verkehrsberuhigung u.ä. diskutiert worden waren. Er wird vom Bauamt beruhigt. Die Debatte um die Promenade wird neu geführt. Die Behörde hätte gerne Klinker. Sie argumentiert, daß Klinker farblich und von der Komposition besser zum Ortsbild paßt. Herr Zündl greift die Argumentation auf und zeigt, daß das ebenso auf die vorgeschlagenen Materialien zutrifft. Er kann die Behörde von seiner Auswahl durch Argumente überzeugen. In diesem Moment greift der Chef, Herr Karrer, in die Diskussion ein und sagt, daß das Büro den Vorschlag noch einmal prüfen wird. Im Büro angekommen fragt Herr Zündl Herrn Karrer, was der Einwand zu bedeuten hat, da die Materialfrage schon gemeinsam geprüft und eine Einigung erzielt worden war. Er weigert sich, das Material noch einmal zu überprüfen bzw. es gar zu ändern. Herr Karrer wirft Herrn Zündl vor, daß er diese Prüfung nicht vornimmt. Zudem meint er, daß Herr Zündl seinen Zeitplan nicht einhält. Er beginnt Druck auszuüben und behauptet, daß die Zeit knapp sei. So sind zugleich der Plan zu zeichnen und die Texte zu schreiben. Obwohl Herr Zündl eigene Absprachen mit den Auftraggebern hat, macht Herr Karrer ihm immer wieder Zeitdruck. Als Folge verteilt Herr Karrer die Arbeit neu. Herr Zündl wird an seine Texte gesetzt. Ein anderer freier Mitarbeiter, Herr Oehler, soll die Pläne schnell durchzeichnen. Zum Schluß finden sich im Plan die vom Chef bevorzugten Klinker sowie Granitabdeckungen wieder. Alle Anforderungen an Material sind in den Plan aufgenommen bzw. nachträglich geändert. Herr Karrer, der Chef, hat sogar übers Wochenende den Plan nachgebessert.

Debatte:

- Bei Zeitdruck wird die Arbeit auf die jeweiligen Spezialisten verteilt. Deswegen
- macht Mitarbeiter Oehler das Zeichnen. Zugleich gibt es auch für Herrn Oehler Zeitdruck. Zudem weiß er über die gelaufene Debatte nicht Bescheid. Im Büro bezeichnet diese Situation den Zeitpunkt, zu dem verschiedene Leute verschiedene Arbeitsschritte und Teilaufgaben bearbeiten. Nur der Chef hat den Überblick.
- Herr Zündl wollte dem Chef die 'dritte Person' abluchsen. Durch die heimliche Planänderung organisiert der Chef machtvoll seine Rolle als Bürochef. Wenn ein Mitarbeiter den Hintergrund (die dritte Person) aufhebt, wird die Lage bedrohlich für den Chef. Um diesen Hintergrund wiederherzustellen, erhebt er Einspruch beim offiziellen Termin, obwohl die Einigung schon erzielt worden war.
- Durch die Aufhebung der Abmachung beim zweiten Termin wird die Kompetenz vom Mitarbeiter Zündl aufgehoben, da der Chef so tut, als wären dessen Überlegungen ungeprüft.
- Dieses klassische Drei-Personen-Stück ist wohl so deutlich, weil es an einer Objektplanung auftritt. Objektplanung ist immer verbindlich. Im Gegensatz dazu ist die Rahmenplanung viel unverbindlicher, die Interessen sind viel unkonkreter und daher leichter zu verschleiern. Der Chef führt an dieser Stelle den Auftraggeber

ein, um ihm seine eigenen persönlichen Marotten unterzuschieben und sie durchzusetzen.

- Es besteht kein Lehrer-Schüler-Verhältnis zwischen Chef und Mitarbeiter. Herr Karrer ersetzt dieses Verhältnis durch das Angebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit. So entsteht der Trugschluß, daß beide auf der selben Ebene stehen. Das heißt, Abmachungen gelten nur scheinbar für beide. Bei der öffentlichen Sitzung macht der Chef wieder eindeutigen den Chef.
- Die Bedrohung für Herrn Zündl ging bei der zweiten Sitzung vom Herrn aus der Verwaltung aus, der auf der alten Rahmenplanung bestand. Da sie nur über den Uferbereich debattierten, stützt der Bauamtsleiter Herrn Zündl und nimmt ihm die Bedrohung. Dann kommt die Bedrohung durch den Chef.
- Im Büro taucht der Auftraggeber als Drohung auf. Als diese Drohung in der Gegenüberstellung nicht nachzuhalten ist, weil Herr Zündl sich mit dem Auftraggeber einigen kann, überholt der Chef von rechts und verbündet sich mit dem alten Vorstand der Auftraggeber. Das heißt, die erhoffte Koalition zwischen Chef und Mitarbeiter, die der Rückendeckung dienen soll, fällt einem in den Rücken.
- Im Unterschied zu Fall Clara hat das RP keine Absicht, außer sympathisch zu wirken. Herr Karrer will die Debatte im Büro neu aufrollen und dazu die Vereinbarungen zwischen Herrn Zündl und dem Amt zurücknehmen. Es besteht also keine Lehrer-Schüler-Rolle, sondern nur Imponiergehabe. Das Nein ist ein Machtwort.
- Herr Karrer kann die Ansätze von Mitarbeiter Zündl nicht aufnehmen. Somit ist das Nachdenken, von dem er immer redet, nur vorgetäuscht.
- Wichtig ist, daß das Machtwort bei der öffentlichen Sitzung gesprochen wurde und nicht im Büro. Für die Machtergreifung ist die Szenerie wichtig. D.h. die Termine sind geeignet, die Mitarbeiter auszuspielen, weil sie sich gegen den Chef nicht öffentlich wehren können.
- Die Situation ist vergleichbar mit der Visite im Krankenhaus. Die vielen Leute sind autoritär geordnet. Unklare Punkte werden in der Visite nicht erörtert. Die Rollen sollen gewahrt bleiben. Zugleich werden diese Termine dazu genutzt, um eigene Vorstellungen durchzusetzen. So kann z.B. die Stationsschwester, die ja den Fall vorstellt, ihren Vorschlag zur Therapie einbringen. Wer den Fall vorstellt, hat eine machtvolle Position. Danach gibt es nur mehr wenig Möglichkeiten, die Therapie zu ändern. Die Entscheidung fällt also bei der Visite. Diese Entscheidung ist auch abhängig vom Austausch zwischen Stationsschwester und Pflegepersonal. Wenn das Verhältnis gut ist, vertritt die Stationsschwester die gesammelte Erfahrung des Pflegepersonals. Diese Vereinbarung wird hier beim öffentlichen Termin verworfen. Das heißt, wer zuerst etwas vor dem Publikum vorstellt, hat Recht, und nur der Chef hat die Möglichkeit, diese Vereinbarung zu brechen.
- Der Konflikt lag zwischen Verwaltung und Bauamt. Eine Debatte der Rahmenplanung hätte jede weitere Debatte verhindert. Das Raushalten (auf guten Rat hin) hat diesen Konflikt vermieden.
- Es war der Auftrag von Herrn Zündl, der auch mal eine Objektplanung machen wollte. Der Eingriff des Chefs fand im Handstreich statt. Das ist, wie wenn der Arzt

die Stationsschwester in die Pfanne haut und die Direktive an die Hilfsschwester weiterreicht. Mitarbeiter Oehler fungiert in diesem Fall als Hilfsschwester.

- Im Krankenhaus gibt es die Übergabe, d.h. bei Teamwechsel wird jeder einzelne Patient durchgesprochen, der Krankheitsverlauf und die Anordnungen für das, was noch zu tun ist. Die Geschichte des letzten Tages wird erzählt und die Prognose für den nächsten Tag erstellt. Das ist für kontinuierliche Arbeit notwendig. Der Handstreich von Herrn Karrer, dem Chef, verhindert die Übergabe, verhindert die Weitergabe der Geschichte und der Prognose. Direktiven werden vom Chef erteilt, aber keine Erklärungen dazu. Zugleich wird Entscheidungsdruck hergestellt. Also zuerst wird Zeit verschoben, dann wird Zeitdruck gemacht.
- Zudem wird der Ablauf im Krankenhaus schriftlich dokumentiert. Er wird dadurch für alle nachvollziehbar. Es gibt eine Regel, wie die Vermittlung und Arbeitsübergabe stattfindet. Unabhängig davon, ob sie gut oder nachlässig gemacht wird, die Regel wird eingehalten. Der Handstreich des Chefs wäre nicht möglich, wenn die Übergabe im Büro ebenfalls regelhaft wäre. Das heißt, der Zeichner müsste die Übergabe für sich organisieren. An der Stelle hat aber Herr Oehler den Rollenwechsel vom Planer zum Zeichner vollzogen. Die Schuldfrage wird verschleiert, indem die Arbeitskraft gewechselt wird.
- Eine besondere Fähigkeit vom Chef ist die Vergeßlichkeit. Eine LehrerIn kann sich keine Vergeßlichkeit leisten.
- Das Einklagen der Nicht-Schuldigkeit von Seiten der Mitarbeiter käme einer Majestätsbeleidigung gleich. Positiv formuliert: Hier handelt es sich (beim Chef) um die gelungene Abspaltung unbequemer Teile.

Nach der Debatte wurde beschlossen, in Kleingruppen weiterzuarbeiten. Es wurden drei Gruppen gebildet. Eine zu den Zwei-Personen-Stücken, eine zu den Drei-Personen-Stücken

'Das Spielen von Pantomimen erfordert großen Seelenfrieden'

(PIRSIG, R. M. 1974)

Dieses Zitat, von Herrn Hase beigetragen nach dem Pantomimenabend, ist sicher auch das Motto für ein Balint-Seminar. Einige Fälle sind noch nicht 'abgetropft', wie Clara das nannte. Die Verwirrung und auch Erregung der ErzählerIn sind noch nicht zur Ruhe gekommen. Und sie erwarten deshalb von der ZuhörerIn Anteilnahme statt Aufmerksamkeit sowie Bestätigung oder Rat statt Anamnese und Diagnose – also Einsicht in den Verlauf des Falls. Der Versuch, einen der Fälle in einer Aufführung anschaulich und damit über die konkrete Beteiligung hinauszuhoben, wurde dann mit einer Pantomime 'beantwortet'. Damit wurde die Sprachlosigkeit zu diesen Fällen unmißverständlich. Darüber läßt sich nur mehr über die Pantomime und nicht ihre Botschaft nachdenken. Damit ist aus dem Fall ein Fall für die 'Kunstkritik' gemacht worden. Werner hat das in einer kurzen theatralischen Replik kommentiert. Diese, als Mehrpersonenstücke angekündigten Fälle, lassen sich nur als Ein-Personen-Stücke verstehen. Die BerichterstatterIn tritt unabhängig von der Vielzahl der heranzitierten 'Figuren' nur alleine auf und spielt dabei alle Rollen selbst. Vorwegneh-

mend und vielleicht etwas eilig könnten wir hier eine Wahrnehmung konstatieren, die der Chefrolle in der imaginären Drei-Personen-Situation entspricht und sowohl autoritäre wie antiautoritäre Züge vereinigt. Die Hilf- und Sprachlosigkeit, die Verwirrung und Desorganisation, die wir und die ErzählerIn zum Ausdruck gebracht haben und dem Umweg überließeßen – d.h., ein Problem erkennen, dem wir nicht nahekommen konnten und deshalb zunächst mal im Gedächtnis behielten.

"Der Begriff 'Methode' bezieht sich nicht auf die (...) Forschungstechniken, sondern auf die Logik ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen. Der Begriff 'Beruf' meint, in Einklang mit dem alten Wortgebrauch (Berufung), eine ethisch geprägte selbstkritische Reflexion der eigenen Arbeit." (BERGER, P.L./KELLNER, H. 1984: 7)

Balint (1964/91) führt in seine Untersuchung – besser seinen Bericht – über ein Forschungsseminar zur 'medizinischen Allgemeinpraxis' mit dem Hinweis ein, daß sie 'eine ganz erhebliche Entdeckung, auf die wir uns etwas einbilden durften' (ebd.: 15) gemacht hätten. Die Entdeckung, die 'Pharmakologie des hochwertigen Medikaments Ärtztl'n' sei zwar bekannt, aber nicht qualifiziert und dosiert, gilt auf eine merkwürdige Weise für viele andere Berufe auch und wird ausnehmend selten reflektiert.

"(...): in keinem Lehrbuch steht etwas über die Dosierung, in welcher Art der Arzt sich selber verschreiben soll; nichts über Form und Häufigkeit, nichts über heilende oder erhaltende Dosen usw. Noch beunruhigender ist der Mangel an Literatur über die Risiken dieses Medikaments, über die vielfältigen allergischen Zustände, auf die man die Patienten zu beobachten hat, oder über etwaige unerwünschte Nebenwirkungen." (BALINT, M. 1964/91: 15)

Bei den altetablierten akademischen Disziplinen – Jura, Medizin, Philosophie, Theologie – wird diese Frage, immer wieder zweifelnd, kontinuierlich erörtert. Die einzige Disziplin, die diesen Zweifel mit einer Regel der Aufmerksamkeit versehen hat, die im Getriebe mechanistisch verkommen kann, ist die Medizin. Dies gilt, gegen alle angemessene und begründete Kritik an der Mechanisierung und Technisierung der Medizin, weil die Regeln der Vorgehensweise – Anamnese, Diagnose, Therapie, Kattamnese – gültig bleiben und einklagbar sind. Man könnte vermuten, daß dies am 'Gegenstand' und der Prüfbarkeit begründet sei. Das ist nicht falsch, aber auch nicht richtig. Ein Beispiel für die Analogie an einem völlig unpraktischen und hinsichtlich direkter Wirkung irrelevanten 'Gegenstand' sind die Kunstgeschichte und die Sozialpsychologie, die – siehe PANOFISKY und BOURDIEU – mit ihrer Zugangs- und Prüfregel – Vorikonographie, Ikonographie, Ikonologie – eine vergleichbare Regel befolgen, auch wenn hier das Verständnis nicht vom Erfolg der Therapie begleitet wird, weil der Kunstgeschichtler kein praktizierender Künstler ist. Darin ist, im Nachhinein feststellbar, der Ertrag unseres Seminar beheimatet. BALINT geht als Mediziner davon aus, daß die konventionellen Regeln und Fertigkeiten innerprofessioneller Arbeit bekannt und doch im wesentlichen Sinne unumstritten sind. Das wird schon deutlich an den 'Überweisungen', die ja auch immer Kontrolle und Kritik einbeziehen, und an der relativ selbstverständlichen und vermittelten Falldarstellung, die auf ein sicheres Repertoire der Begriffe und Beschreibungen zurückgeht. Bevor wir also zur 'Droge' selbst kommen, wäre für uns deutlicher herauszukriegen, wie die 'Droge' PlanerIn denn hergestellt wird bzw., was denn der Hintergrund der

'Konfusion' ist oder sein könnte. Der Fahrplan fürs Seminar, der nach BALINT gestrickt war, erwies sich an den Fällen als so unpraktisch, daß wir danach den 'Mut zur eigenen Dummheit' (s. BALINT, M. 1964/91: 25) benötigten, damit zu lernen war, was wir zum Lernen mitbrachten. Deshalb haben wir Einsichten gewinnen können, die nicht vorgesehen waren. Wir haben herausgekriegt, daß z.B. die den Medizinern offenbar selbstverständliche 'Lehre' und Einübung/Einführung in die Arbeit genau der Anlaß der 'Konfusion' und persönlichen Verunsicherung ist, die weit und unverarbeitet die explizite Schizotopie der PlanerIn begründen. Clara formulierte den Dissens zwischen einer 'apostolischen' Debatte, die selbstverständlich 'verantwortungsethisch' (BERGER, P.L./KELLNER, H. 1984) geprägt ist und einer werbewirksamen Vermarktung bedrohlicher Verheißungen, die dem Markt und seiner Opportunität verpflichtet ist. Und sie brachte zum Ausdruck, daß in diesem Widerstreit jeder Versuch 'mit fairem Verhalten' – dazu gehört auch eine solide begründete Arbeit – jemanden zu überzeugen, allerbeste Illusion darstellt. Das heißt, der Streit muß mit Argumenten direkt geführt werden und nicht über den Beweis der Arbeitsqualität. Denn diese kann ich nur anführen, wenn ich vorweg die Bedingungen klargestellt habe. Die Maßstäbe werden nicht durch die Arbeit hergestellt. Sie müssen voraus abgemacht werden, damit sie nicht nach Gutdünken variiert werden können. Das ist nicht nur eine Frage des Arbeitsethos und der soliden Prüfung, sondern auch des Selbstschutzes gegen Zumutungen – wie wir das genannt haben.

"Ich schreibe selbstverständlich niemandem vor, wie er erzählen soll, wehre mich nach Möglichkeit nur gegen andere, die mir etwas vorschreiben wollen."
(NADOLNY, S. 1993: 55)

Die AutorInnen solcher Zumutungen sind relativ weit verbreitet und fallen in der Regel durch Freundlichkeit und Jovialität auf, durch unausgesprochene Zustimmung, gar Verständnis, die unversehens in Kritik und Ablehnung umschlagen. Also auch wieder das autoritäre Syndrom, das antiautoritär auftritt.

Die Lehr-Lern-Situation: ein Autoritätsverhältnis

Als SchülerIn kann ich nur Autorität einnehmen, wenn sie mir zugestanden wird. Dazu muß die LehrerIn allerdings auch über Autorität verfügen; Fähigkeiten, die sie vortragen kann, statt sogar vor sich selbst Angst zu haben. Die Geschichten über die 'Zwei-Personen-Situationen', wie sie im Plan des Seminars skizziert sind, stellten sich als problematische und krisenreiche Situationen dar. Und in diesen spielt die Arbeit und deren Qualität so gut wie keine Rolle. Auf der einen Seite im antiautoritären Einverständnis verhaftet, werden die autoritären Reaktionen bedrohlich und Mittel permanenter Bedrohung. Dem Lehrling wird keine Autorität zugebilligt, weil die Chefln sie nicht in Anspruch nimmt. Denn mit der Autorität der LehrmeisterIn übernimmt die Chefln auch Verantwortung für die Autorität des Lehrlings. Bei aller Kritik an der autoritären Organisation in der Medizin: sie ist außer der Prüfung durch die Regeln auch auf Autorität – im Sinne von anerkannter Kompetenz – angewiesen. Während das 'Klima' in den Entwurfsbüros durch haltlose Versprechungen und Offerten verheißt wird, 'lebt' eine Krankenhausstation von der Sicherheit der Verein-

barungen und Abmachungen. Und diese sind, wenn sie denn getroffen werden, begrifflich und damit auch praktisch genau definiert über einen unmißverständlichen Sprachgebrauch: eine Anordnung muß dem Prinzip nach auf geregelte Begriffe begründet sein. Sollte eine Anordnung bisher unregelmäßige Vorgehensweisen ausweisen, bedarf sie der Erläuterung und Erklärung. Dieses Problem besteht für Mediziner offenbar nicht. Und uns war nicht klar, daß dies nicht nur hinsichtlich der Arbeit und der Vereinbarungen in unserer Arbeit unklar ist. Wir haben nicht mal gewußt, daß die für Mediziner offenbar so selbstverständliche Lehre in unserer Profession das Problem vor der 'Praxis' darstellt. Damit wird dieser verdrängte Widerspruch zu einer 'Droge vor der Droge', die üppige Versagensängste organisiert. Und diese Versagensängste werden von allen Seiten mit großspuriger Vertuschung übertüncht.

'Werksinn gegen Minderwertigkeitsgefühl'

E. H. ERIKSON skizziert in der Studie über 'Identität und Lebenszyklus' (1973/93: 98) die Schritte geglückter Identitätsfindung, denen geglückte Lehr-Lern-Beziehungen identisch gesetzt werden können. Bei den Berichten von Zwei-Personen-Situationen (wie wir das genannt haben) sind ausschließlich Anomalien vorgetragen worden. Das ist zunächst mal nicht verwunderlich. Denn geglückte Lehr-Lern-Verhältnisse sind eben kein Grund zur Aufregung. Selbst dann nicht, wenn das 'Glück' nur eine Vortäuschung des Unglücks ist. Bezogen auf die Lehr-Lern-Situationen ist die Unzufriedenheit in der Regel ambivalent. Neben dem Vorwurf zählt auch das Versagen, das von den so oft antiautoritären ChefInnen mit faszinierender Sublimität vorgetragen und suggeriert wird. Ihre Offerte, man könne bei ihnen etwas lernen, deuten sie permanent in den Vorwurf um, daß man nichts gelernt habe und auch weiterhin unfähig bleibe. Das ist die Stabilisierung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses (BALINT) im Sinne antiautoritärer Gegenseitigkeit, in der alle Beteiligten gegenseitig keine Verantwortung übernehmen. Dieses Prinzip zerrütteter Verhältnisse wird im besten Falle übers Honorar gekittet. Die Freiräume des Lernens sind nur über die Erfahrenen und formal Verantwortlichen möglich, wenn diese sich der gleichen Organisation der personalen Qualifikation bewußt sind. Die von ERIKSON (1973/93: 98) skizzierten Schritte des selbstversicherten Lernens, bei dem die LehrerIn die Verantwortung übernimmt:

"Man könnte sagen, daß sie die Persönlichkeit in ihrem ersten Stadium und die Überzeugung kristallisiert: 'Ich bin, was man mir gibt'; im zweiten um die: 'Ich bin, was ich will'; das dritte kann charakterisiert werden durch: 'Ich bin, was ich mir zu werden vorstellen kann'. Nun nähern wir uns dem vierten: 'Ich bin, was ich lerne.'" (ebd.: 98)

Was von ERIKSON plausibel in zeitlicher Folge dargestellt wird, gewinnt Sinn, wenn man damit die dusselige Formel vom 'lebenslangen Lernen' absurd macht. Was als Reihe zum Erwachsenen besteht, tritt beim Erwachsenen in unglaublich vielen Kombinationen auf. Und die können nur auftreten, wenn man die Regel gelernt hat. Im Kompaktseminar Miltenberg (s. AUTORINNENGRUPPE, 1991) haben wir die Metapher geprägt: Wer nicht lehrt, lernt nichts. Wer nichts lernt, kann nicht lehren.

Das Büro-Dilemma

Die ChefInnen versprechen eine Lehre, die sie nicht nachhalten können, weil sie Anweisungen mit Erklärungen verwechseln. Die Verweigerung der versprochenen LehrerInnen bestärkend, lassen sich die SchülerInnen einschüchtern, weil sie an den (s.o.) Überzeugungsaufstieg der Anerkennung glauben und dabei immer enttäuscht werden. Und am Ende die Niederlagen nur bei sich suchen oder delegieren, statt sie ernsthaft bei sich zu suchen.

Zumutungen

Nach den Geschichten bin ich über die Zumutungen, die man sich gefallen läßt, ziemlich irritiert. Wie – bitte – kann jemand eine seriöse Planung machen, wenn man sich das alles gefallen läßt? Zumutungen abwehren, heißt sie umkehren. Die Einsicht ist deshalb noch lange nicht eine begründete und kluge Absicht. Zumutungen sind nicht formal einzuholen. Sie bülden den Unterlegenen die Beweisnot auf. Und nur, wenn ich bei der Zumutung auch die Beweisnot akzeptiere, ist der Widerspruch belangvoll. Die 'Überzeugung' durch den Arbeitsertrag ist trotz allem belanglos, wenn die Bedingungen – nicht die formalen und auch nicht formal – nicht streitbar ausgehandelt werden.

Die Anamnese

Es ist verrückt – aber es ist doch so, daß wir der Anamnese einen anderen Sinn geben konnten. Oder besser: einen, der den Ort/Auftrag etc. und den Arbeitsplatz, die Profession explizit enthält. Darauf sind wir auch ein bißchen stolz (s.o. BALINT). Denn hier sind wir einer spezifischen Anonymitätsklausel auf die Schliche gekommen. Und nebenbei haben wir auch noch gelernt, daß die 'Übergabe' im Krankenhaus neben vielen anderen Regeln immer das Repertoire von Anamnese, Diagnose, Therapie und Katamnese enthält, so daß Verantwortung und Vorsicht immer mitgegeben werden. Die 'Verzettelung' der Verantwortung durch die Einvernahme von Experten erhält in verweigerten Lernverhältnissen den absurden Witz, daß jegliche Anamnese – des Falls, des Auftrags, des Büros – von vornherein unbedacht bleibt und durch Seriosität der Arbeit eingeholt zu werden scheint. Weder Anamnesen noch 'Übergaben' werden zur Selbstverständlichkeit gezählt. So werden automatisch 'autoritäre' Verhältnisse etabliert, bei denen niemand etwas lernen kann. So unglücklich, wie die Lehr-Lern-Verhältnisse sind, laufen dann die Beteiligten auch hinein. Die Anamnese, eine Ikonographie des Symptoms und seiner Geschichte, hat die Aufgabe von der Erscheinung zur Herkunft zu schauen. Alle 'Patienten' lieben diesen Blick hinter die Kulissen nicht, weil sie gerne wünschten, daß die Chronik unangestastet bliebe und der Mangel des Wohlbefindens nur akut – wie eine Grippe – behandelt werde, mit sofort wirksamen Bio- und Psychopharmaka. Die, allseits anerkannte Unordnung wird umstandslos und direkt bekämpft. Was hier ein 'Entwurf' ist (HÜLBUSCH, K.H. 1991), gilt auch für den Arbeitsplatz, weil der Schein nicht das Büro vorstellt. Die Übergabe, die wir ausschließlich am Auftrag debattiert haben, gilt natürlich auch für einen neuen Arbeitsplatz. Nicht, indem man 'Bedingungen' büro-

kratisch diskutiert. Dazu ist nötig, neben den Prinzipien auch die Indizien nachzufragen, damit der Arbeitsplatz, die Erwartung und die Rolle geklärt wird. Zum Arbeitsplatz gehört eben auch die offensive Vertretung der eigenen Rolle bzw. Freiräume, die nicht dem Zufall überlassen werden dürfen. Zum 'Zufall' zählt auch die formale Regelung und die freundliche Offerte über die Bürostimmung und Bürobefindlichkeit.

Arbeitsgruppenergebnisse

Zwei-Personen-Stücke – Rollen- u. Situationswahrnehmung; Protokoll der Kleingruppe: 'Zwei-Personen-Stücke'

Wir haben uns die am ersten und zweiten Tag erzählten Zwei-Personen-Stücke genauer angesehen. Um die erzählten Fälle miteinander vergleichen und in eine Reihe ordnen zu können, sind wir die einzelnen Fälle nochmal durchgegangen, auch zu unserer Erinnerung, und haben dabei eine Auswahl getroffen, bei der die Geschichten (relativ) vollständig erzählt wurden, sodaß wir möglichen Spekulationen über den Verlauf der Fälle weitgehend ausschließen konnten. Als Beispiele wählten wir aus: die Geschichten von Hanna, Frank, Angelika, Herrmann, Walter und Bertram. Um die Rollen der Beteiligten und die Art des Falles zu klären, sind wir bei den Fälle nach folgenden Fragen vorgegangen:

1. Wie sahen die ersten Vereinbarungen aus?
2. Gab es Krisen und wie sahen diese Krisen in den Zweierbeziehungen aus. Wenn es denn welche gab, wie war der weitere Verlauf nach der Krise und wie haben sie sich zugespitzt?
3. Wie sah das Ende der Fälle aus?

Zusammenfassung der Debatte der 'Zwei-Personen-Stücke' vom 6. Okt. 1994

In den Balint-Texten fanden sich keine Parallelen zu der unter Punkt 1. angesprochenen Klärung der Rollen zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses, da von Ärzten ausgegangen wurde, die bereits praktizieren und Berufserfahrung haben, so läßt sich vermuten, blieb dieser Gesichtspunkt unberücksichtigt. Gerade die Einstiegssituation spielt in den Planungsbüros eine entscheidende Rolle, weil darin die Rollenverhältnisse zu Beginn zu klären wären. Die Fälle zeigen, daß die beteiligten Personen die Situation der Rollenklärung zwar unterschiedlich angegangen sind, bei allen ist die mangelnde Offensive zu beobachten. Frank beispielsweise akzeptierte zu Beginn des Arbeitsverhältnisses die Schülerrolle, gleichzeitig nahm sein Chef die Lehrerrolle an. Es entstand die klassische Situation eines 'geglückten' Lehrer-Schüler-Verhältnisses, in der Frank – ähnlich wie im Handwerk – auf die Fähigkeiten des 'Meisters' angewiesen war.

Durch Franks Erfahrungszuwachs veränderte sich die Ausgangssituation und es war dem Chef nicht möglich, darauf angemessen zu reagieren. Anfangs konnte er die Lehrerrolle leicht übernehmen, weil er sie bzw. die des Schülers aus eigener Erfahrung (Lehrzeit in einem Galabau-Betrieb, Gesellenzeit, Studium an einer orthodoxen TU etc.) kannte. Die Rolle des Bürochefs dagegen war ihm fremd und er spielte nicht mehr den Lehrmeister, sondern den machtvollen Chef. Die Erfahrungen zei-

gen, daß dies kein Einzelfall ist und es meist nur begrenzt möglich ist, Kompetenzen innerhalb eines Betriebes oder eines Büros zu erweitern.

Ganz anders stellte sich die Situation bei den 'freundlich-unverbindlich' bezeichneten Arbeitsverhältnissen dar. Diese Verhältnisse zeichneten sich dadurch aus, daß sich beide Parteien unausgesprochen darüber einig waren, nicht über ihre Kompetenzen/Autoritäten zu sprechen. Die SchülerInnen akzeptierten keine Autorität und die LehrerInnen hatten nicht den Mut, als Autoritäten aufzutreten. Eine Rollenklärung, die auf dem Hintergrund der Vorgeschichten hätte stattfinden können, wurde also gar nicht angestrebt. Diese Verhaltensweise ist im klassischen Sinne 'antiautoritär' oder 'liberal'. Der Grund hierfür ist, daß sich beide Parteien hiervon Vorteile versprechen. Für SchülerInnen wird es hierdurch allerdings unmöglich Kompetenzen und damit auch deren Erweiterung einzufordern. Ein in diesem Sinne 'liberaler' Chef signalisiert eine Offenheit, die real nicht besteht. Damit wird er unweigerlich geweckte Hoffnungen enttäuschen. Ein vertrauensvolles Lehrer-Schüler-Verhältnis kann unter derartigen Bedingungen nicht entstehen. Die Arbeitsverhältnisse enden i. d. R. genauso 'neurotisch' wie sie begannen und verliefen. Aber selbst, wenn beim Arbeitsbeginn die Rollen geklärt werden, bleibt ein 'Restrisiko'; es gibt keine Strategie, die mit Sicherheit ein befriedigendes Arbeitsverhältnis zustande bringt.

Kritik an den Fallbeschreibungen

Bei der Einordnung der Fälle wurde die Trennung des Falles Angelika in 'Angelika die Zeichnerin' und 'Angelika die Planerin' kritisiert. Der Fall paßt nicht neben den von Hanna, weil weder Arbeitseinstieg noch Arbeitsverlauf vergleichbar sind. Die Handwerkerin Hanna hätte als Gesellin keine Aufstiegschancen gehabt. Angelika dagegen wollte sich langfristig nicht mit ihrer Zeichnerinnenrolle zufriedengeben, sondern irgendwann auch als Planerin tätig werden. Im Lauf der Zeit forderte sie diese Kompetenzen ein. Dieser Fall gehört demnach zu den PlanerInnenfällen, die nach der 'Tellerwäscherstrategie' vorgehen und sich von der Zeichnerin zur Planerin hocharbeiten wollen. Damit liegt der Hauptunterschied in der Einstiegsstrategie. Auf Kritik stieß auch die fehlende Geschichte von Hermann, der Fall hätte die beiden vorangestellten Erzählungen gut ergänzt, weil er ein weiterer Beleg für die desolaten Zustände in ungeklärten 'liberalen' Arbeitsverhältnissen ist, in denen SchülerInnen über Gebühr Zumutungen in Kauf nehmen müssen. Dieser Geschichte wurde aber in der Gruppe keine weitere Beachtung geschenkt, weil die Verhältnisse aus der Erzählung heraus nicht mehr bzw. nicht genau rekonstruiert werden konnten. Die Kritik an der Entscheidung war letzten Endes auf die Absicht der 'Rekonstruktion' gerichtet, weil dabei der Auftrag: die Fallkonstruktion zu beschreiben und zu analysieren, aus den Augen verloren wurde. So ist uns auch entgangen, daß die Erzählungen von Hanna und Hermann sehr viele Parallelen aufwiesen. Beide hatten eine zufriedenstellende handwerkliche Ausbildung genossen. Bei Beginn des neuen Arbeitsverhältnisses als GesellInnen bestanden beide allerdings nicht auf den mitgebrachten Fähigkeiten. Sie paßten sich an die 'Art des Hauses' an, um anstehenden Konflikten, die aus der Diskrepanz zwischen dem, was sie in der Ausbildung erlernt hatten, und der im neuen Betrieb üblichen Arbeitsweisen bestand, aus dem Weg zu

gehen. Der Konflikt blieb ihnen jedoch erhalten, denn auf diesem Wege konnte keine Klärung erreicht werden.

Die 'Lehrjahre' oder: Lehren und Lernen – Fallbeschreibungen

Der Fall Frank

Frank ist Landschaftsplaner, kann gut zeichnen und bewirbt sich in einem Büro als Zeichner. Er bietet sich im übertragenem Sinne als Lehrling an. Der Bürochef eröffnet hierfür das Angebot, sodaß sich beide auf ein Meister-Lehrlings-Verhältnis einigen können. Dieses Arbeitsverhältnis ist ohne Konflikte, denn Frank ist mit seiner Lehrlingsrolle voll und ganz zufrieden und nimmt vorbehaltlos auf die Rolle an. Der Lehrling Frank trägt dieses direkte Verhältnis, wie es nun einmal das Meister-Lehrlings-Verhältnis ist, psychisch mit. Ratschläge, Hinweise und neue an ihn herangetragene Arbeitsweisen kann er deshalb gut annehmen. Er lernt in einem sympathischen Arbeitsverhältnis viel hinzu und kommt ohne Vorbehalte und ohne psychische Belastungen im Arbeitsalltag gut über die Runden.

Der Fall Angelika

Bei *freundlich-unverbindlichen Arbeitsverhältnissen* ist ein beidseitig antiautoritäres Verhalten mit fehlender Offensive zu beobachten. Der Lehrer verweigert seine Rolle und damit die Autorität, die ihm zugemutet und auch verschwiegen erwartet wird. Umgekehrt wird in einem derartig antiautoritären Arbeitsverhältnis von den Schülern zwar vordergründig autoritäres Verhalten eingeklagt, aber letztlich von vornherein nicht erkannt. Hierfür würde exemplarisch der Fall von Angelika stehen. Die Einigung der beiden Parteien erfolgt auf der liberalen Ebene des ungeklärten Rollenverhältnisses. Der Mut zur Klärung des Arbeitsverhältnisses erfordert ein Gespräch über Autorität. Keine BürochefIn füllte seine Rolle offensiv und mit Autorität aus. Darum konnte auch niemand diese Rolle wirklich als Bestandteil der Arbeitssituation einfordern. Sie kann lediglich bei einem konkretem Anlaß angefordert werden. Damit wären wir wieder beim Fall von Frank angelangt. Der Beginn der Arbeit im Büro kommt den Lehrjahren gleich, wobei die Dauer der Lehrzeit ungeklärt bleibt. Damit ist erst einmal unklar, wie die mit dem Lernzuwachs einhergehende Kompetenz vergrößert wird und wann die Lehrzeit beendet ist. In autoritären Büros ist die Abwehr unzumutbarer Anträge und Verhältnisse einfacher und meist sofort möglich, weil die Rollen der Beteiligten geklärt sind und die Zumutungen in einem solchen Verhältnis offensichtlich sind. In liberalen, antiautoritären Verhältnissen sind die realen Verhältnisse überdeckt, so daß sie schwer zu erkennen sind. Ein liberaler Chef erklärt weder seine Rolle im Arbeitsverhältnis noch die Arbeitsbedingungen (Lehrinhalte, Lernzuwachs, Dauer, Kompetenzen). Das müßte auf jeden Fall Mißtrauen hervorrufen, weil wir als Lehrlinge in einer völlig ungeklärten Situation stehen.

Ein weiterer Fall: Das Ende einer Lehrzeit im Planungsbüro

Walter und Bertram arbeiten seit mehreren Jahren in einem Planungsbüro. Das Arbeitsverhältnis begann schon während der Studienzzeit der Lehrlinge. Sie absolvier-

ten in besagtem Büro ihr Praktikum, das Bestandteil ihres Studiums war. Die Rollen waren anfangs geklärt, schon allein weil sie einen Praktikantenstatus innerhalb des Büros innehatten. Dieses Arbeitsverhältnis dauerte mehrere Jahre an. Die beiden haben mittlerweile ihr Studium abgeschlossen und einen akademischen Titel erworben. Mit zunehmender Kompetenz, Routine und Selbständigkeit reichte ihnen die zugestandene Rolle nicht mehr aus, und sie forderten ihre Chefs zur erneuten Rollenklärung auf. Sie formulierten Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit und stellten die Bürochefs vor die Alternative: Entweder eine gleichberechtigte Partnerschaft auf der Basis einer Teilhaberschaft am Büro oder eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses, um sich selbständig zu machen. Die Entscheidung fiel den Bürochefs nicht leicht, zumal zwischen den beteiligten Personen ein langjähriges, partnerschaftliches Arbeitsverhältnis bestand. Erschwerend kam die langjährige Freundschaft hinzu, die das Arbeitsverhältnis prägte. Dennoch entschieden sich die Chefs gegen die Teilhaberschaft und damit für eine Trennung, weil sie davon ausgingen, daß es ihnen in der Konstellation nicht möglich sein würde, die Rollen neu zu definieren, zu verteilen und auszufüllen. Die Befürchtung, daß sie bei einer Teilhaberschaft unwillkürlich ihre alten, bisher gewohnten Rollen beibehalten würden, erschien ihnen zu groß. Das gilt auch für die Gefährdung und Zerrüttung der Freundschaften. In der Trennung sahen sie letztlich auch eine Chance für eine zukünftige Zusammenarbeit.

Wie beginne ich ein Arbeitsverhältnis?

Wie der Fall von Angelika gezeigt hat, nützt einem die Abwartestrategie nichts, denn die Dinge klären sich nicht von allein. Auch die 'Strategie des Tellerwäschers', das 'Hocharbeiten', ist wenig aussichtsreich, wenn die Bürochefs keine Klärung über neue Rollen nach dem Kompetenzzuwachs anstreben. Unorganisierte Arbeitsverhältnisse sind auf Dauer unakzeptabel, weil jeder Lehrling zum Gesellen avanciert und spätestens dann überlegt, wie die desolante Arbeitssituation geklärt werden kann. Die Überlegung, ein annehmbares, zumutbares Verhältnis zu erwirken, in dem die eigenen Kompetenzen anerkannt werden, tauchte in allen Berichten auf. Um mit Balint abzuschließen, wäre auch darüber nachzudenken, wie wir uns im Zulernen nicht blockieren und Ratschläge einholen können. Das wäre eine Einsicht. Die andere ist die, daß wir als Lehrlinge weitaus stärker an der Zerrüttung in den Büros beteiligt sind, weil bei uns wesentlich mehr Verantwortung liegt, als wir bisher diskutiert haben.

"Von welcher Seite kann man eine Änderung erwarten? Meiner Meinung nach hat der praktische Arzt die schwerere Aufgabe zu übernehmen. Es ist äußerst schwierig zuzugestehen, daß man nun wirklich und unwiderruflich erwachsen ist und daß man in der Mehrzahl der Fälle das volle Gewicht der Verantwortung nicht abschütteln kann, weil es nur noch sehr wenige Leute auf der Welt gibt, die auf diesem oder jenem Gebiet über ein größeres Wissen verfügen und an die man sich in begrenztem Umfang um Rat wenden kann. Diese Last ist um so schwerer zu tragen, als der praktische Arzt nur zu gut weiß, wie oft seine Entscheidung das ganze zukünftige Leben und die Lebensfreude des Patienten beeinflusst." (Balint, M. 1964/91: 145)

Resümee zu den Zwei-Personen-Stücken und LehrerIn-SchülerIn-Verhältnissen

Protokoll vom Donnerstagnachmittag

Der Beginn des Zwei-Personen-Stücks

Nach Balint durchläuft das Verhältnis Arzt-Patient drei Phasen: Der Beginn, das erste Gespräch 'eröffnet' ein Verhältnis Arzt-Patient (-Krankheit), die erste(n) Krise(n) verfestigen oder verändern das Verhältnis, und das Ende der Beziehung ermöglicht nochmal eine Reflexion des Verhältnisses. Die erste Etappe – auch für Landschafts- und FreiraumplanerInnen – der Zwei-Personen-Beziehung ist dann also auch der Beginn des (Arbeits-)Verhältnisses. Für diesen Beginn des Zwei-Personen-Stückes haben wir drei Typen herausgearbeitet:

1. Es gibt ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von beiden Seiten (vermutet):

Der Fall Frank: Frank kommt mit einem klaren Angebot als Schüler ins Büro, in dem der Chef auch die Rolle als Lehrer einnimmt. Frank arbeitet explizit als Zeichner und 'Techniker', auf diesem Gebiet ist der Chef auch Lehrer. Frank weiß was er kann und will, und er bekommt dies auch zugestanden. Der Rahmen der Arbeit (Bezahlung, Angestelltenverhältnis) ist – vorerst – stimmig.

2. Es gibt kein Lehrer-Schüler-Verhältnis. Allerdings ist das Arbeitsverhältnis per Dienstanweisung auch gleich von Beginn an 'geklärt':

Sowohl im Fall Hanna als auch im Fall Angelika wird von Seiten der Chefin gleich die Zumutung organisiert. 'Es wird nach Art des Hauses gearbeitet und dazu gibt es keinen geduldeten Widerspruch'. Sowohl von Hanna wie Angelika wird dieser Zumutung durch die Chefin/den Chef nicht widersprochen. Vielmehr beginnt schon hier das 'Warten auf den nächsten Frühling', das heißt auf den Arbeitsplatzwechsel oder auf 'bessere Zeiten im Büro'.

3. Es gibt kein Lehrer-Schüler-Verhältnis. Allerdings ist das Arbeitsverhältnis völlig ungeklärt:

Es existiert eine 'freundliche Unverbindlichkeit', die von beiden Seiten (potentieller Lehrer/Chef wie Mitarbeiter/Angestellter/Schüler) getragen bzw. organisiert wird. Sowohl im Fall Konrad wie bei Heino und Joseph, die alle als Planer die Arbeitsverhältnisse beginnen, herrscht diese 'freundliche' Unverbindlichkeit, die eigentlich ganz unfreundlich ist, da sie nichts klärt und so bedrohlich für beide Seiten ist. Das heißt, in der 'freundlichen Unverbindlichkeit' ist die Verantwortung für die Arbeitssituation verzettelt. Die verbindliche Basis eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses soll gar nicht erst entstehen, weil es beide Seiten zu sehr bedroht. Dabei sind alle drei Fälle durchaus unterschiedlich:

So versucht Konrad relativ gegenstands- und erfolglos eine Klärung zu Beginn, die aber nicht zustande kommt bzw. kommen kann. Der Versuch wird dann auch nicht nachgehalten. Heino schliddert in das Arbeitsverhältnis über eine (falsche) freundschaftliche und kollegiale Ebene, die keine Distanz, keinen inhaltlichen Streit – vor allem für ihn – möglich macht. Joseph klärt gegenüber dem formal klaren Chef und Lehrer (Professor!) sein Verhältnis nicht, so wie dieser zugleich die (formale) Rolle verweigert. Das heißt, hier 'nützt' beiden Seiten dieses ungeklärte Verhältnis scheinbar am deutlichsten. Doch nur scheinbar, wie der weitere Verlauf zeigen wird.

Kurz zusammengefaßt wird in allen Fällen, die – bis auf den Fall Frank – keine Lehrer-Schüler-Verhältnisse sind, bereitwillig die Verantwortung für eine Klärung der Verhältnisse abgegeben bzw. keine Diskussion über das erwartete Verhältnis geführt (vgl. die Ausschlußuntersuchungen bei Balint). Alle diese Fälle zeichnen sich auch durch eine mehr oder minder klare und bewußte Ablehnung der Chefin als

LehrerIn in der Arbeitsituation aus – quasi ein Stück 'vorausseilender Gehorsam' vor der Person und Arbeitssituation.

Die erste(n) Krise(n)

Der Verlauf der drei Verhältnis-Typen ist wie folgt nachzuzeichnen:

1. Bei Frank kehrt sich das geklärte (Schüler-Lehrer-) Verhältnis in ein ungeklärtes Verhältnis durch eine Veränderung der Arbeitsituation, die extern begründet scheint. Die Rollen der Zusammenarbeit verändern sich stillschweigend und ungeklärt.
2. Bei Hanna und Angelika bleibt das per Dienstanweisung 'geklärte' Verhältnis weiter 'geklärt'. Es gibt keine Möglichkeit der Veränderung außer der Beendigung des Verhältnisses. Die Zumutungen, so die Überlegung der Arbeitsgruppe, werden dabei allerdings immer schwerer zu ertragen. Die Versuche eine andere Rolle einzunehmen, das Verhältnis damit neu zu definieren, müssen (?) scheitern.
3. Bei Joseph, Konrad und Heino ändert sich nichts an der ungeklärten 'freundlichen Unverbindlichkeit' seit Beginn der Zwei-Personen-Stücke. Die (un-) freundliche Unverbindlichkeit besteht in Variationen weiter. Auch wenn z.B. im Fall von Heino am konkreten Gegenstand mal eine Lehrer-Schüler-Beziehung aufblitzt, bleibt das Arbeitsverhältnis unverändert. Das heißt, eine nachträgliche Offensive, der nachträgliche Mut führt nur zu einer situationsbezogenen Klärung, die Unklarheit des Beginns wird keinesfalls eingeholt. Der Grundkonflikt wird weiter ge- bzw. verschleppt.
Alle unverbindlich-ungeklärten Fälle sind dauerhaft, bis in diesen Fällen klar wird, daß es so keine 'Zukunft' gibt. Die Klärung dieser Fälle, wie auch der Zwei-Personen-Stücke mit Dienstanweisung, besteht im Ende des Arbeitsverhältnisses, was aber per se auch nichts klärt, sondern eben nur beendet. Dabei ist noch zu überlegen, wo und wann die tatsächliche Kündigung stattfindet. In der Regel, so die Vermutung der Arbeitsgruppe, findet sie weit vor der ausgesprochenen Kündigung statt – auf beiden Seiten. Da auch zum Ende der Zwei-Personen-Stücke nichts geklärt ist/wird, bleibt das Ende 'neurotisch' und muß an anderer Stelle reflektiert werden (z.B. im Balint-Seminar).

Nicht zuletzt sind alle hier nachbereiteten Zwei-Personen-Stücke in zweierlei Hinsicht zuletzt Drei-Personen-Stücke. Zum einen bringen LehrerIn und SchülerIn immer Erfahrungen, Wissen und andere LehrmeisterInnen (personal und bekannt, oder vermittelt über Inhalte) als dritte Person in das Zweipersonenverhältnis ein. Darüber wird oft schon unausgesprochen eine Bedrohung der jeweils anderen Seite organisiert. Zum anderen ist, besonders in den unverbindlich-ungeklärten Zweipersonenverhältnissen, die für beide Seiten die bedrohlichste Variante darstellen, die Einführung einer dritten Person zur Bedrohung jederzeit möglich. Beim geklärten LehrerIn-SchülerIn-Verhältnis ist das nicht ohne Veränderung der Beziehung, d.h. eine größere Krise, möglich.

Anschließend an diese Zusammenfassung gab es eine kurze Debatte, in der zwei Punkte besonders herausgearbeitet wurden:

- Bei handwerklicher Arbeit ist eine Klärung des Zwei-Personen-Stückes z.B. per Dienstanweisung, oder auch zum LehrerIn-SchülerIn-Verhältnis, schneller möglich und real, da der Gegenstand der Arbeit konkret ist. Die Verweigerung der LehrerInnen- oder ChefInnen-Rollen sind nicht lange möglich, da die ersten konkreten Konflikte am Gegenstand der Arbeit sehr schnell auftauchen.
- Gegen die 'freundliche Unverbindlichkeit' der Planer-ChefInnen, die sich alle falsch 'liberal' gebärden, ist auch die Einforderung der Verbindlichkeit unmöglich. Statt dessen ist eine offensive Herangehensweise im Sinne einer wohlüberlegten 'Strategie ohne Netz

und doppelten Boden' notwendig, d. h. die Planung des Zwei-Personen-Stückes (Prognose). Von Seiten der (potentiellen) SchülerInnen kann also die Rolle im Zwei-Personen-Stück formuliert und gespielt werden. Dabei ist ein Rückgriff auf Vorgeschichten des Arbeitsplatzes hilfreich. Der Mut, ein derartiges Verhältnis anzugehen, die eigene Rolle zu klären und nachzuhalten, bedeutet immer eine Debatte über Autorität(en), vorab und nachhaltig am jeweiligen Gegenstand.

Charakteristisches der Drei-Personen-Stücke – Rollen- und Situationswahrnehmung; Bericht der Kleingruppe

Bei der Interpretation der Drei-Personen-Stücke haben sich zwei Kategorien herauskristallisiert:

1. AuftragnehmerInnen – AuftraggeberInnen – und deren Absprachen
2. BearbeiterInnen – AuftragnehmerInnen – AuftraggeberInnen

Zur ersten Kategorie: Fall der PlanerInnen Clara (vgl. Fallbeschreibung)

Personen: PlanerInnen Clara.: Chefin (AuftragnehmerInnen – AN) und BearbeiterInnen;

Bürgermeister: Auftraggeber (AG), konkrete Person mit verschiedenen Absprachen

Nebenrollen: Herr. Z.: Vertreter konkreter und privater Interessen, organisiert die 'informelle Beteiligung'; Herr D. und Herr V.: Fachärzte

Auftrag: B-Plan für eine Siedlungserweiterung

Es gibt offensichtlich einen langen Vorlauf, innerhalb dessen eine (auswärtige) Personengruppe – unter Federführung von Herrn Z. – ihre (Bau-) Interessen organisiert, ihre Forderungen konkretisiert und in Form von Absprachen verfestigt hat.

Der Schlüssel zum Verständnis des Falles liegt beim AG, also beim Bürgermeister, der (mehrere) Absprachen getroffen hat, die er insofern verschweigt, als er sie unterhalb des kommunalen Verhandlungstisches beläßt, in einem zwar allseits bekannten aber dennoch 'voröffentlichem' Stadium. Dies ist konstituierend für die Situation.

Das Spiel besteht aus verdeckten Karten, verdeckten Spielern und vor allem einem unsichtbaren Spieltisch.

Der Bürgermeister bestimmt weitgehend das Spiel, ohne selbst regulär daran teilzunehmen, er entzieht sich der Einbeziehung. Er kennt die Karten der anderen, die anderen kennen die seinen nicht. Er spielt sein eigenes Spiel, dessen Regeln nur über den Verlauf und vom Ende her zu erschließen sind. Er gibt einzelnen Parteien Hinweise, deutet kommende Spielzüge an (Frage der beidseitigen Gehsteige), so daß die einzelnen SpielerInnen sich noch zusätzliche Trümpfe besorgen können (natur-schutzrechtliche Absicherung).

In dieser – gegenüber der ersten Interpretation des Falles unterschiedlichen – Beurteilung der Rolle des Auftraggebers besteht die andere Lese- bzw. Erzählart der Fallgeschichte, die auch den ursprünglichen Rat wieder mit der Prüfung in Zweifel zieht.

Der Bürgermeister ist in einer machtvollen Position und weiß diese auch zu nutzen, wie das Ende der Geschichte zeigt. Er war sich von Anfang an seiner Macht bewußt. Er läßt die 'KontrahentInnen' ihre Interessen austoben und ihre Rollen spielen, hält

sich bedeckt und beendet sein Spiel in dem Moment, in dem es ihm aus den Händen zu geraten droht, in dem Augenblick, in dem es 'kommunal' werden würde und ihn somit angehe, nämlich als Bürgermeister und Teilnehmer am Spieltisch.

Der Bürgermeister droht nicht mit der dritten Person.

Der Bürgermeister vertritt die Kommune abstrakt und verheimlicht die Regeln und Grundlagen der kommunalen Entscheidungsfindung. Das macht die Bedrohung aus. Er deklariert nie die Position der Kommune.

Die Planerin Clara zeichnet sich durch eine offensive und kompromißlose Vorgehensweise aus. Sie nimmt die Hinweise wahr und für sich ernst, ohne aber die Kommune als Willens- und Entscheidungsfindungsebene einzufordern. Sie hört und überhört gleichzeitig. Es gehört Mut dazu, sich in dieser unsicheren Situation auf das offene Ende einzulassen und der Kommune keine Garantien abzurufen. Als Reaktion versucht die Planerin Clara, in gewisser Weise die 'Kommune' in die Gemeinde mitzubringen, was naturgemäß so nicht geht. Darin besteht ein Aspekt der 'Fachärzte'-Problematik, die als Verteter der 'über- bzw. zwischenkommunalen' Ebene die Kommune eben nicht ersetzen können, ganz im Gegenteil.

Die Rolle der 'Fachärzte' tritt aber über diesen speziellen Aspekt hinaus ganz exemplarisch in ihren zwei Erscheinungs- und Bedeutungsmöglichkeiten auf. Klug von der Planerin Clara angefragt, sind sie 'fachärztlicher' Beistand. Die Planerin stellt die Fragen, überträgt die Antworten auf Ihren Fall. Ihr obliegt die Interpretation. Zum 'Hausbesuch' mitgenommen wird, aber aus der erhofften Unterstützung eine Bedrohung. Die dahinter stehende Vertrauenskrise wird sozusagen faßbar und handgreiflich. Der Fall wird in seiner Gesamtheit auf ein Spezialgebiet reduziert, das auf viele Fragen viele Antworten parat hält. Die Planerin wird dadurch in ihrer fachlichen Kompetenz untergraben. Zusätzlich enthebt sich die Planerin Clara ihres Vorteils, selbst und allein die Fragen zu stellen und für die Interpretation der Antworten zuständig zu sein. Die 'Patientenverwandt- und Bekanntschaft' (die verschwiegenen Absprachen) übernimmt die Konsultation der 'Fachärzte' und fragt ihre eigenen Wehwehchen nach. Herr Z. und seine künftigen Nachbarn übernehmen den Fall und zwar doppelt, nämlich als 'Ärzte' und als 'Patienten'. Interessant und bezeichnend für die Situation ist der Umstand, daß auf die Argumente der Planerin Clara, die sie als Erwiderung auf die angeblichen Einwände des 'Patienten'-Umkreises (Herr Z.) vorbringt, so gut wie nicht eingegangen wird. Diese Notwendigkeit besteht nicht mehr. Diese Einwände waren taktischer Natur, zwingend wegen dem bisherigen Spielverlauf, ein Resultat der Spielkonventionen. Das alte Spiel wird wegen neu hinzukommender Spieler einseitig abgebrochen, die Karten werden neu gemischt und verteilt, andere Koalitionen tun sich auf.

Die 'Fachärzte' geben bereitwillig Auskunft, ohne den Fall in seiner (Vor-) Geschichte und seiner kommunalen Bedeutung, ohne die alleinige Verantwortung der Planerin Clara zu berücksichtigen. Jenseits ihres eigenen 'Leistens' reichen die 'Fachärzte' Tips und Hinweise auf der Basis des gesunden Menschenverstandes, wechseln ihre Rolle (ja, aber) und begeben sich auf die vertrauliche Ebene 'von Mensch zu Mensch, von Nachbar zu Nachbar, von Kartenspieler zu Kartenspieler'.

Die Botschaft ist 'Wir sind wie ihr'. Die Hinweise gehen in die Richtung 'Wie können wir die ärztliche Sorge- und Sorgfaltspflicht umgehen'. Das heißt, einerseits wird in diesem Fall über die formale Kompetenz der 'Fachärzte' (es könnte auch eine naturwissenschaftliche sein) die planerische Kompetenz (also 'ärztliche') der Frau Clara in Frage gestellt und andererseits für überflüssig erklärt, getreu dem Motto: 'Die will uns eine Krankheit einreden, die wir gar nicht haben' (nämlich die kommunale Verantwortung des sparsamen Gebrauchs mit dem Gemeindeland usw.). Aus diesem Grund sind auch die Z's für ihre Probleme die besseren Ärzte.

In diesem Moment ändern sich die Bedingungen für den Bürgermeister und sein Spiel in den entscheidenden Punkten. Die Absprachen sind jetzt öffentlich, das B-Plan-Verfahren droht auf dieser Grundlage neu aufgerollt zu werden. Gleichzeitig ist sowohl die Kompetenz der Gemeindeärztin als auch jene der Gemeinde gefährdet. Der Fall wäre ja insofern nochmals auf eine Ebene gehoben, als die privaten Interessen direkt mit übergeordneten Behörden verhandelt und damit die Kommune (in den Personen: Bürgermeister und PlanerIn) übergangen würden.

Der Bürgermeister spricht ein Machtwort. Die Krise wird am Ende des Falles (auch für den Bürgermeister) virulent bzw. mit Auftauchen der Krise beendet der Bürgermeister den Fall. Unsicher ist, ob es – entgegen dem ersten Rat – nicht doch klug war, die Interessen nicht aufzudecken. Die Arbeitsgruppe kam zu der Überzeugung, daß es vermutlich klug war.

Fall des Planers Hase

Personen: Planer Hase. übernimmt einen vom Büro XY verhandelten Auftrag; Chef und Bearbeiter in einer Person

Gemeinde: AG; tritt zuerst als Behörde, später als Bürgermeister auf

Nebenrollen: Büro XY, Fachgutachten (Experten), Naturschutzbehörde

Auftrag: Landschaftsplan

Auch hier existiert ein unmittelbarer Vorlauf in Form eines Fachgutachtens und des bereits durch das Büro XY formulierten Auftrages. Darin stecken verschwiegene Absprachen, nicht deklarierte Übereinkünfte (z.B. über den Umgang mit dem Fachgutachten). Im Unterschied zum vorherigen Fall hat es der Planer mit mehr oder minder anonymen Instanzen zu tun. Hinter den Absprachen stehen keine konkreten Personen und/oder Interessen mehr. Dies ist nach Meinung der Arbeitsgruppe typisch für Rahmenplanungen, die in ihrer relativen Unorganisiertheit Platz lassen für scheinbare Freiheitsgrade und das Verschwinden bzw. die Abstraktion des Konkreten. Diese Anonymität erlaubt es, fiktive Regeln einzuführen, die der Prüfung vorerst sehr unzugänglich sind.

Herr Hase klärt das Verhältnis mit dem Büro XY ('Ich mache den Auftrag anders'), nicht jedoch seinen Auftrag mit dem AG. Das heißt, eine gewisse Uneigentlichkeit des Auftrages, des AN und des AG bleibt bestehen.

Herr Hase besticht, wie Frau Clara, durch eine konsequente Vorgehensweise. Er umgeht bzw. ignoriert vorerst die alten Absprachen, indem er den Fall einfach gemäß seinem Verständnis bearbeitet und sich über die ersten Schritte die Grundlage für seine Diagnose schafft (Siedlungserweiterung). Diese verhandelt er mit dem ei-

gentliche Auftraggeber. Sie kommen zu einer gemeinsamen Einsicht über den Auftrag (die 'Krankheit') und treffen diesbezügliche Vereinbarungen. Bei der folgenden Arbeitsgruppensitzung kommt es zu einer erheblichen Krise. Die alten, nicht geklärten Absprachen melden sich zurück. Jetzt tritt die (Obere Naturschutz-) Behörde quasi als Auftraggeber auf, und das Fachgutachten wird als Grundlage für den Landschaftsplan eingefordert (d.h. die alte Übereinkunft mit dem Büro XY). Die Kompetenz des Herrn Hase wird angezweifelt. Dies enthält einen 'fachärztlichen' Aspekt. Der Landschaftsplan wird von der Facharztbehörde als Angelegenheit der SpezialistInnen verstanden. Deshalb ist im Verständnis der Fachbehörde sie der informelle Auftraggeber und nicht die Gemeinde, die alltäglichen und praktischen Problemen verpflichtet ist. Die 'fachärztliche' Qualifikation wird dem 'Arzt' Herr Hase nicht zugestanden. Die Gemeinde verhält sich abwartend bzw. ruhig, obwohl ihre Vereinbarungen mit Herrn Hase für nichtig erklärt werden. Wer ist der Auftraggeber, wer ist der Auftragnehmer?

Herr Hase weigert sich, die Vertretung der Gemeinderolle zu übernehmen und vorläufige Debatten über Vorabtherapien und Ausschlußuntersuchungen (Biotope) zu führen. Seine Diagnose war begründet und mit dem Patienten abgesprochen. Sie hatte die allgemeinen, die 'tatsächlichen' Sorgen der Gemeinde zur Grundlage (Siedlungserweiterung u.ä.). Auf der getroffenen Vereinbarung, auf dem gemeinsamen Ergebnis der ersten Arbeitsschritte beharrte Herr Hase. Insofern war die Person des Auftragnehmers klar. Und er hielt sein Angebot gegenüber der Gemeinde aufrecht.

In dieser Krise mußte und konnte der Auftraggeber seine Position klären und sich für seine Rolle und Verantwortung als Bürgermeister, als Vertreter der Kommune, entscheiden. Und er tat es (nach diesem kurzen Anfall der 'Regression').

Die Arbeitsgruppe ist der Ansicht, daß die Krise strategisch von Herrn Hase einkalkuliert war. Dieser Fall demonstriert sehr anschaulich, daß Krisen immer auch Angebote und Chancen für beide Seiten enthalten. Sie bieten Anlaß und Möglichkeit zur Klärung, können Abstraktion und Anonymität wieder aufheben. Die fiktiven Regeln (Bedrohung) wurden als solche überführt. Sie mögen für die Fachbehörde Gültigkeit haben, nicht jedoch für die Allgemeinpraxis.

Der Bürgermeister wächst in und mit der Krise, nimmt seine Rolle ernst und wirkt zunehmend offensiv am Gelingen der Planung mit. Am Ende stehen ein gestärkter AG und ein gestärkter AN. Über die Konkretisierung näherte sich dieser Fall von seinen Bedingungen jenem der Planerin Clara.

Ein Unterschied bleibt bestehen. Die ersten Absprachen, die in der Form des Fachgutachtens immer noch vorhanden sind, werden einfach ignoriert und liegen gelassen. Das geht aufgrund des abstrakten Charakters dieser Arbeit. Sie muß nicht zurückgenommen werden, es ist keine Klärung erforderlich. Es gibt nämlich kein konkretes Problem, das sich daran knüpft. Das Fachgutachten wird weder von selbst wirksam, noch wird es bei Nichtbeachtung akut. Seine Dringlichkeit ist schlichtweg erfunden.

Auch Herr Hase war erheblichen Unsicherheiten und Bedrohungen ausgesetzt. Die Geduld gehört zur offensiven Vorgehensweise, die nicht voreilig (zur Entlastung) falsche Debatten führen will, sondern sich zuerst selbst sicher und kundig macht (Diagnose). Dies war wohl die Voraussetzung für die Gelassenheit, mit der Herr Hase die von ihm kalkulierte Krise meistern konnte. Auch in dieser Situation war die Gelassenheit Bestandteil der Sicherheit, die dem Patienten Zeit und Luft gab für seine Entscheidung.

Zur zweiten Kategorie: Fall der Planerin Elfriede Nowotny

Personen: Planerin Elfriede Nowotny: Auftragnehmerin, Chefin und Bearbeiterin in einer Person

Amtsleiterin Aloysia Stingl: Auftraggeberin

Maria Potoczek: Sachbearbeiterin

und die Stadtverwaltung der Stadt Schembrun in einer Nebenrolle

Auftrag: Gutachten 'Frauenundwohnenunds'o'

Die Auftraggeberin tritt zunächst als Person in Erscheinung, später nur noch als Zensur- und Kontrollinstanz der Sachbearbeiterin (im Namen der Stadtverwaltung). Das Wesen der Zensur besteht in der Verneinung dessen, was da so kommt, und nicht in der Erklärung dessen, was Frau will. Die Unverbindlichkeit eines Gutachtens ist noch größer als die eines Landschaftsplanes. Und aus dieser Unverbindlichkeit will die Auftraggeberin aus dem Auftrag eine Art Objektplanung machen. Die Sachbearbeiterin hat die Rolle der Mitarbeiterin in einem 'unorganisierten Büro' (zweite Kategorie der 'Drei-Personen-Stücke'). Zwischen ihr und der Chefin tauchen einige Indizien auf, wie sie für das verweigerte 'Lehrer-Schüler-Verhältnis' typisch sind.

- Die Zeitverschleppung gegenüber der Auftragnehmerin, Frau Nowotny wirkt auf die Sachbearbeiterin als Zeitstreß, weil sie es ja ist, die mit der Planerin Absprachen und Termine einzuhalten hat. Die Strategie der Zeitlässigkeit und des Zeit-Stresses stellt Zwangssituationen her und produziert die Notwendigkeit von Ad-hoc Entscheidungen.
- Das Einverständnis mit inhaltsleeren Einwänden (ja, aber), die Klugheit vortäuschen;
- Das Versprechen des Sich Kümmerns – das Vertrösten

Die Einwände gegen die fertige Arbeit sind formaler Natur (Zitate, Form der Abbildungen usw.). Der Inhalt sollte hinter der Form verborgen bleiben, damit die Stadtverwaltung der Stadt Schembrun (und die Chefin) nichts bemerkt. In diesem Fall kommt es, im Gegensatz zu den vorherigen Fällen, zu keiner offenen Krise. Interessant ist, daß die Arbeit selbst nach der Abgabe irgendwie kein Ende findet (formale Nachbesserungen für eine Veröffentlichung, langwierige Verhandlungen um den Nachfolgeauftrag). Das permanente verschleppen der Krise steht in unmittelbarem Zusammenhang damit. Die Planerin, Frau Nowotny, konnte die Arbeit nur überstehen, weil sie relativ sicher in ihrem Verständnis und ihrer Vorgehensweise war. In der Diskussion wird betont, daß krisenreiche Situationen lehrreicher sind, als Arbeiten, die ohne jeglichen Widerstand irgendwie im Sand verlaufen.

Protokoll vom 6. Okt. 1994

Mit einem Hinweis auf den Fall von Frau Sasse wird noch einmal die Strategie der Chefs genannt, die Mitarbeiter durch Einvernahme gefügig zu halten. Dann wird der Bericht der Kleingruppe 'Drei-Personen-Stücke' mit dem Fall des Planers Zündl fortgesetzt:

Zuerst wurden noch einmal die Rollen geklärt. So hatte Herr Zündl die Rolle des Bearbeiters, Herr Karrer ist Chef und Auftragnehmer. Das Bauamt ist der Auftraggeber und die dritte Person. Ebenso ist Mitarbeiter Oehler als Zeichner eine dritte Person. Die Modernisierungsphase ist abgeschlossen bzw. die Debattierphase wird abgeschlossen nach dem Motto "genug geredet, jetzt wird gearbeitet". Das Repertoire ist jetzt aber genug, um Konkurrenzvorteile zu sichern. Es beginnt die Etablierungsphase. Jetzt darf Mitarbeiter Zündl auch Objektplanung nach HOAI, Leistungsphase 1 und 2 machen, d.h. er darf in die heiligen Hallen des Chefs eintreten. Was wie eine Belobigung wirkt (und von Herrn Zündl auch so interpretiert wird), ist real eine Prüfung, ob Herr Zündl sich an das Büro angepaßt hat. Nach soviel Zeit müßte ihm die 'Art des Hauses' bekannt sein. Die scheinbare Modernisierung führt nur dazu, die neuen Begriffe nahtlos in die gewohnte Arbeit einzufügen. Die Debatte über das Material zeigt, daß Herr Zündl nicht angepaßt und gefügig ist. Auch die Drohung mit dem Auftraggeber hilft nichts. Als letzte Warnung des Chefs kommt der Hinweis, daß die Frage noch nicht eindeutig geklärt sei. Als das nichts hilft, erfolgt der Handstreich des Chefs. Der Eingriff in die Diskussion und die Rücknahme der Abmachung ist die Machtdemonstration. Von da an werden die Arbeitsverhältnisse zerrütet, um die Chefrolle zu restaurieren. Zeitdruck wird eingeführt. Mit dem Argument des Zeitdrucks wird die Rationalisierung im Büro eingeführt, d.h. die Arbeitsverteilung im Sinne der Spezialisierung. Nur der Chef behält den Überblick und erteilt die Anweisungen. Der Informationsfluß unter den Mitarbeitern wird unterbrochen. Dabei wird Herr Zündl degradiert – an seine Texte gesetzt. Mitarbeiter Oehler erhält die Anweisung und den Plan vom Chef. Über die Schuldfrage wird die Dauerbedrohung für alle außer für den Chef organisiert. Man sollte nicht übersehen, daß der Chef leichteres Spiel hat, weil die Mitarbeiter leichtfertig einer internen Konkurrenz ums Ansehen frönen.

Debatte

Herr Zündl hat für sich die Übergabe nicht organisiert, also die 'Art des Hauses' nicht geprüft. Daher entstehen immer Debatten mit dem Versuch, durch faire Arbeit den Chef zu überzeugen. Durch den Handstreich wird die 'Art des Hauses' wieder explizit eingeführt, die in der Praxis die ganze Zeit vorhanden war. Die Modernisierung hat nur zur Verwirrung des Chefs beigetragen, der sich nun auf eine sichereres, weil vertrautes Terrain zurückzieht. Die 'Art des Hauses' war von Herrn Zündl nie analysiert und zur Debatte gestellt worden. Herr Zündl hat sich, wie Frau Sasse, auf die Zusage des Chefs verlassen, daß er schon interessiert ist und alles 'neu' machen wolle. Er hat darüber vergessen, die Bürogeschichte, die Arbeit des Büros zu prüfen und zu debattieren. Dadurch hat er immer nur seine eigene Arbeit zur Debatte gestellt. Die Verweigerung der Übergabe ist ein Trick der Chefs, bei Null anzufangen.

Die Hofierung der neuen Mitarbeiter hilft, diese zu motivieren und sich nicht um die Geschichte zu kümmern. Damit ist der Fall 'Herr Zündl' dem Fall 'Frau Sasse' ähnlicher als wir gedacht hatten. Auf die Geschichte zurückzukommen wird zum Sakrileg. Dabei ist die Anamnese ein Weg, das Gedächtnis zu bewahren. Es ist eine Berufsanalyse, bei der Gegenstand, Herkunft des Gegenstandes, professionelle Beteiligung und zuletzt die eigenen Arbeit geprüft werden. Die Diagnose entspricht dem Plan. Sie prüft die Anamnese und schlägt die Therapie vor, schaut also in die Zukunft. Die Therapie ist die Prüfung der Diagnose in der Ausführung, Anamnese und Diagnose zusammengefaßt in einen konkreten Vorschlag. Das ist die Voraussetzung für die Prüfung der eigenen Arbeit.

Nach einer kurzen Rauchpause wurde das Wort an die Gruppe, die die Begriffe von Balint aufbereitet, weitergegeben.

Darstellung der von Balint geprägten Begriffe und Übertragung der Arbeitsweise auf die Berufsreflexion für LandschaftsplanerInnen

Arbeitsbericht der 'Balint-Gruppe' vom 6. Okt. 1994

1. Darstellung der von Balint geprägten Begriffe

Als Arbeitsergebnis erwarteten wir, daß nach kurzer Klärung und Erläuterung der von Balint definierten Begriffe ein Vergleich zur planerischen 'Fallarbeit' zu ziehen sei – wo lassen sich Übertragungen anstellen, wo gibt es Abgrenzungen. Bei der Diskussion wurde es notwendig, tiefer und intensiver in den Text, auch in die Fallbeispiele hineinzulesen. Schwerpunkt ist daher zunächst die Beschreibung und Erläuterung der von Balint eingeführten Begriffe. Balint erklärt seine Begriffe durch Situationsbeschreibungen. Zentrales Thema ist die Frage nach der Wirkung der 'Droge Arzt'. Entscheidend ist hierfür die Antwort des Arztes auf die Angebote der PatientInnen. Sie wirkt als zusätzlicher Faktor für das Schicksal der sich entwickelnden Krankheit (vgl. BALINT, M. 1964/91: 38 u. 61).

Die spontanen Angebote des Patienten – der unorganisierte Zustand

Die Beziehung ÄrztIn – PatientIn beginnt, sobald die ÄrztIn die PatientIn annimmt. Von der PatientIn wird dieses Verhältnis zunächst mit der Erwartung eingegangen, daß die ÄrztIn sich umfassend und ernsthaft mit ihrem Problem befaßt. Insofern handelt es sich um ein vertrauensvolles Verhältnis. Die PatientIn bietet der ÄrztIn eine oder unterschiedliche Krankheiten bzw. verschiedene Symptome mit der Absicht an, darüber eine Einigung zu erreichen. Ihr dringendstes Anliegen ist, den Namen der Krankheit zu erfahren. Die Frage nach der Therapie ist zweitrangig. Die Phase, in der es zwischen ÄrztIn und PatientIn (noch) nicht zu einer Einigung gekommen ist, nennt Balint den '**unorganisierten Zustand der Krankheit**'. Die Dauer dieser Phase ist individuell unterschiedlich. Eine besondere Form des Anbietens einer Krankheit stellt das **Präsentiersymptom** dar: Die eigentliche Krankheit wird schwer zugänglich gemacht, indem Symptome und Krankheiten anderer Personen (z.B. Kind/ PartnerIn) vorgeschoben werden. Zur Thematisierung des eigentlichen Behand-

lungsgegenstandes kann es nur kommen, wenn die Ärztin dieses sehr indirekte Angebot aufdeckt (vgl. BALINT, M. 1964/91: 42-62).

Reaktionen der ÄrztInnen auf die Angebote der PatientInnen

Auf die Angebote der PatientInnen reagieren die ÄrztInnen zunächst mit einer obligatorischen Folge von körperlichen Untersuchungen (Ausschlußuntersuchungen). Sie bevorzugen, eine organische Krankheit zu diagnostizieren. Je nach Ausgang dieser Untersuchungen gibt es folgende Möglichkeiten für den weiteren Verlauf der Behandlung:

- Die Ärztin bestätigt ein Angebot der PatientIn oder bietet eine andere Krankheit an. Es kommt zu einem Kompromiß zwischen ÄrztIn und PatientIn.
- Die Antwort der ÄrztIn lautet 'kein Befund'. Diese Reaktion bewertet die PatientIn als Verweigerung der Diagnose. Es kommt zum Konflikt zwischen ÄrztIn und PatientIn, da für die PatientIn diese Ablehnung einen Vertrauensbruch darstellt.
- Die ÄrztIn zieht ExpertInnen hinzu, kommt also zunächst zu keinem Ergebnis. Folge ist die 'Verzettelung der Verantwortung' (vgl. ebd.: 104 ff.).

Verzettelung der Verantwortung

Oft lösen schwierige Fälle eine Vertrauenskrise aus. Diese veranlassen die praktische ÄrztIn, sich, um Unterstützung suchend, an FachärztInnen zu wenden. Auslöser für die Krisen können Zweifel am Wissen sein oder die Zweifel der PatientInnen am Wissen der praktischen ÄrztIn. Im zweiten Fall ist die Absicht der ÄrztIn, durch FachärztInnen ihr 'therapeutisches Potential' zu verstärken. In jedem Fall setzt nun der Prozeß der '**Verzettelung der Verantwortung**' ein. Die Verteilung der Verantwortung an viele FachärztInnen führt in der Regel dazu, daß letztendlich niemand die Verantwortung für die PatientInnen übernimmt. Die Verantwortung wird anonymisiert. Indem die praktische ÄrztIn die Verantwortung abgibt, entlastet sie sich, geht aber neue Abhängigkeitsverhältnisse ein. Für die PatientIn kommt es durch die Wirkung der '**geheimen Anonymitätsklausel**' zum Vertrauensbruch. Die ÄrztIn stellt mit diesem Verhalten gleichzeitig die '**Verewigung des Lehrer-Schülerverhältnisses**' her. Sie fällt in ihre SchülerInnenrolle zurück, sieht mit Respekt und Bewunderung zu den FachärztInnen auf und verweigert damit, 'wirklich und unwiderruflich' erwachsen zu werden. Denn das bedeutet, daß das volle Gewicht der Verantwortung nicht abgeschüttelt werden kann (vgl. ebd.: 145). Die PatientIn trägt aber oft auch ihren Teil an der Verzettelung bei. In manchen Fällen ist sie die eigentliche InitiatorIn. Mit der Konsultierung einer ÄrztIn nach der anderen verhindern sie aktiv, daß eine längerfristige, vertrauensvolle Verbindung eingegangen werden kann. Balint formuliert, wie das Rollenverständnis der praktischen ÄrztInnen aussehen müßte. Dabei ist am wichtigsten, daß sie die volle Verantwortung für die PatientInnen übernimmt. Weiter müßten sie lernen,

"(...), die Befundberichte der Spezialisten sicher aber verständnisvoll zu kritisieren und die darin ausgesprochenen Empfehlungen richtig zu bewerten.

(...), die Grenzen zu erkennen, innerhalb deren er gerechterweise von den Spezialisten Rat und Hilfe erwarten kann." (Balint, M. 1964/91: 143 f.)

Dieses bewertet er als sehr schwere Aufgabe.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die 'Verewigung des Lehrer-Schülerverhältnisses' in unserer Profession in den letzten 30 Jahren stark ausgeprägt wurde. Die Beistände spielen Autoritäten und insbesondere Experten, die in Prüfungsordnungen in den Status von Vertretern der Grundlagenwissenschaften erhoben werden.

2. Übertragung der Arbeitsweise Balints auf die Berufsreflexion für LandschaftsplanerInnen

Die Arbeit der Gruppe bezog sich auf die Diskussion und Vermittlung wesentlicher Teile von Balints Einsichten im Plenum. Darüber hinaus waren wir bestrebt, einzelne entnommene Themen auf unsere Profession bzw. die Absichten und Ziele unserer professionellen Debatte zu übersetzen und nach Möglichkeit zu übertragen.

Der unorganisierte Zustand

Der Patient eröffnet das Gespräch. Während des unorganisierten Zustandes, d.h. bevor es zur Deklaration der Diagnose/Krankheit kommt, werden dem Arzt seitens des Patienten unterschiedliche Krankheiten 'angeboten' bzw. 'vorgeschlagen'. Die Dauer der Unorganisiertheit ist individuell bezogen auf den Patienten unterschiedlich. Der Patient wünscht dringlich, daß seine Krankheit einen Namen/Begriff/Thema bekommt. Die für Balint entscheidende Frage aber ist: Wie soll der Arzt auf die angebotene Krankheit reagieren? Dies ist bedeutungsvoll, weil die Art der Reaktion das Schicksal der sich entwickelnden Krankheit entscheidend mitbestimmt. (Bezug: Organisation der Einstiege in die Berufsarbeit, z.B. neuer Arbeitsplatz/Wie wird begonnen?)

Balint beschreibt drei Reaktionsmöglichkeiten:

- Der gut verarbeitete und akzeptierte Kompromiß,
- die obligatorische Maßnahmenreihe, der der Patient zustimmt (Ausschlußverfahren),
- kein Befund (Ende der Kommunikation/offene Kontroverse, die ja für uns wichtig würde).

Nach Balints Erfahrung liegt ein Sonderfall des Angebotes von Krankheiten im sog. 'Präsentiersymptom', d.h. dem Vorschieben eines anderen als des eigentlichen Symptoms oder dem Vorschieben des Symptoms einer anderen Person (Kind – Mutter). Das Präsentiersymptom kennzeichnet bzw. macht u.U. deutlich, daß die Krankheit bzw. ihre Thematisierung äußerst schwierig zugänglich ist. Das Präsentiersymptom muß in der Regel vom Arzt als solches erst entlarvt werden, um zu den Krankheitsursachen durchzudringen. Der organisierte Zustand ist erreicht, wenn beide Seiten eine bestimmte Krankheit als begründet annehmen (Das hätte den Charakter einer beidseitig erarbeiteten Vereinbarung über das Thema). Wichtig dabei ist die Deutung und Erklärung (Kontextualisierung), die der Arzt sozusagen als seinen Beitrag

zur Organisation eingebracht hat, als erster Teil der Behandlung (der Arzt als Droge bzw. Medikament). Darauf folgt der Maßnahmenteil der Behandlung, die Therapie.

Analogien für die Berufsreflexion

Für uns gab es anfangs zwei Hauptthemen, wo wir von Balint lernen können:

- wie die Vereinbarungen über die Inhalte bzw. den Gegenstand des Arbeitsauftrages (die Krankheit) zustande kommen und
- das Thema der Verantwortung für die Arbeit, aus dem sich andere Themen, wie die Delegation und die Verzettelung, als Folgen ergeben können. Zur Übernahme der Verantwortung für die eigene Arbeit gehört das Vertrauen in die Arbeitserfahrung, die Lerntadition. Eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit ist aber auch, daß wir als Gegenüber verlässliche Partner haben, was sowohl die Partner innerhalb als auch außerhalb des Büros betrifft.

Zur Übertragung der Arbeitsweise

Was Balint für seinen Berufsstand empfohlen hat (die von ihm initiierte und methodisch durchgeführte Berufsreflexion), eröffnet uns die Möglichkeit, der Vorgehensweise (Beschreibung der Fälle, Gruppe trägt durch freie Assoziation/Einfälle die Interpretation zusammen) zu folgen. Zunächst einmal, sich aus der persönlichen und oft hoch emotionalisierten Involviertheit heraus- und Distanz einzunehmen. Die Distanz ermöglicht die Wahrnehmung von Rollen und Verhaltensmustern. Insofern verhilft der mit Balint veränderte Blick zu einer veränderten Wahrnehmung bekannter und vertrauter Phänomene, Geschichten und Prozesse. Balint setzt bei den Ärzten ein hohes Berufsethos voraus. Die Berufsreflexion, so wie sie Balint gemacht hat, basiert bezogen auf die Arbeit in der Gruppe, auf drei wichtigen Grundvoraussetzungen:

- Die Gruppe hat vereinbart, daß eine kritische Reflexion und das Verständnis der eigenen Arbeit, insbesondere der Rollen und Prozesse, Gegenstand der Betrachtung ist, d.h. alle haben sich bereit gefunden, mit der Absicht des Weiterlernens und Voneinanderlernens ihre Arbeit einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.
- Es geht nicht um Kollegenschelte, nicht um Wertungen, sondern die Erkenntnis und das Verständnis, wie jemand in die Situation gekommen ist.
- Es geht nicht um Tiefenpsychologie, d. h. Einzelpersonen individualpsychologisch zu beleuchten und über etwa die Einführung von Deutungen machtvoll innerhalb der Gruppe zu agieren, sondern um das Einbringen und die Unterstützung durch eigene Arbeitserfahrungen. Die Reflexion ist nur individuell zu organisieren und zu tragen. Sie kann nicht von Institutionen (Hochschule/BLDA etc.) 'verordnet' werden.

Literatur:

Autorinnengruppe (1991): Ein Stück Landschaft – sehen, verstehen, abbilden, beschreiben – zum Beispiel Miltenberg am Main. Notizbuch 20 der Kasseler Schule. Kassel

Balint, M. (1984/91): Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart

Berger, P.L./Kellner, H. (1984): Für eine neue Soziologie. Frankfurt/Main

Bordieu, P. (1983): Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/Main

Bordieu, P. (1985): Sozialer Raum und Klassen. Frankfurt/Main

- Erikson, E. H. (1973/95):** Identität und Lebenszyklus. Frankfurt/Main
- Hülbusch, K. H. (1991):** 'Entwerfen oder Planen'. Notizbuch 22 der Kasseler Schule: 174-181. Kassel
- Nadolny, S. (1993):** Das Erzählen der guten Absichten. München
- Panofsky, E. (1979):** Ikonographie und Ikonologie. In: Kaemmerling, E. (Hrsg.): Bildende Kunst als Zeichensystem. Köln
- Pirsig, R. M. (1978):** Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main
- Veblen, Th. (1958/89):** Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. Frankfurt/Main

Karl Heinrich Hülbusch/Christine Anna Vetter

Kommentar zur Nachbereitung

Einige Monate nach der Seminarwoche und der Fertigstellung des Readers trafen wir uns im März 1995 zur Nachbereitung. Es war schwierig, an die intensiv und mit großer Dichte geführte Debatte während der Seminarwoche anzuknüpfen. Wir nahmen unser Arbeitsprodukt (den Seminarbericht) zur Hand und versuchten mit den verschiedentlich mitgebrachten Anregungen und kleinen Geschichten, auch spontanen Assoziationen und Einwüfen, die bisher geführte Debatte zu vertiefen und fortzusetzen. Mehrere Schwerpunkte und Stränge traten in den Vordergrund:

Zum einen weitere Überlegungen zu den sogenannten Drei-Personen-Stücken, zum anderen gab es längere Debatten um das – vielleicht könnte man das so nennen – 'Atmosphärische' in den Büros bzw. an den Arbeitsplätzen, und zum dritten kamen wir immer wieder auf die professionelle 'Rückendeckung', sprich die charakteristischen Merkmale und Anforderungen beruflicher Solidität und Souveränität, zurück.

Der Schattenkampf

Die von uns vermuteten Drei- und Mehr-Personen-Stücke sind bei näherer Prüfung ausschließlich Zwei-Personen-Stücke. Diese Uminterpretation folgte dem von uns ernster als bisher genommenem 'fiktiven' Charakter der dritten Person oder der eingeführten dritten 'Instanz'. Das heißt, in den Auseinandersetzungen ist die dritte 'Person' als 'Pappkamerad', der jederzeit austauschbar ist, aufgetaucht. Dieser soll lediglich dazu dienen, das Arsenal der argumentatorischen Bewaffnung u. a. auch durch die Herstellung von Bündnissen zu vergrößern. Die Bündnisse dienen der gegenseitigen Bedrohung durch Machtausübung. Erfahrung wird hier nur strategisch eingesetzt. Jede Erörterung gerät zur Inquisition und zur Dienstanweisung. Es spielt dabei keine Rolle, ob der "Pappkamerad" oder die dritte Instanz in Form einer anzuerkennenden Norm (Gesetz/Verordnung) oder als machtvolle, real existierende, aber in der Situation nicht anwesende Person eingeführt wird. Die Bündnisse richten sich gegen eine oder mehrere dritte Personen oder auch gegen irgendwelche Einstellungen oder sonstige als Gefahren behandelten Inhalte (vgl. Bauriedl 1980: 119). Zu diesen Schattenkämpfen paßt die zunehmende Verwirrung über die Gegenstände,

die verhandelt werden sollen, die u. a. in der Verdinglichung der Diskussion ihren Ausdruck findet:

"Auf allen Bewußtseinsstufen verwandelt die Verdinglichung das Konkrete ins Abstrakte und konkretisiert dann das Abstrakte. Verdinglichung verwandelt auch Qualität in Quantität." (Berger, P. L. u. Pullberg, H. 1965: 108)

"Der Himmel ist blau! Kann sein".

Diese Geschichte einer Antwort – von Werner aus einer Schrift über 'Frauen im Widerstand' beigetragen – stellt die demagogischen Machtverhältnisse heraus. Der Dogmatismus der Sachzwänge schlägt in die Arbeitsbeziehungen durch und stellt Selbstverständlichkeiten in Frage. Das finden wir dann unmißverständlich und unübersehbar in der zufälligen und vagabundierenden, dem Geschmack, der Mode oder Neuheit verpflichteten Anwendung von Begriffen wieder.

Das 'Atmosphärische' der Arbeitsplätze und das verdeckte Reglement

Wir meinen damit mehr als die gängige Vorstellung von 'Betriebsklima'. Es geht auch nicht um Befindlichkeit in dem Sinn, sondern eher um verdeckte, der direkten Auseinandersetzung nur schwer zugängliche Normen und Regeln, z.B. innerhalb eines Büros oder einer Abteilung. "Die (...) gültigen Normen sind dann so 'selbstverständlich', daß sie nicht mehr ausdrücklich ausgesprochen werden, sondern nur noch atmosphärisch wahrnehmbar sind" (Bauriedl 1980: 224). Zum Beispiel kann ein bestimmter 'Ton' im Umgang geboten sein, oder eine allseits zum Ausdruck gebrachte Liberalität und Jovialität, die häufig mit dem manipulativ-positivistischen Charakter von verdeckten Verhaltensanforderungen einhergeht (vgl. Bauriedl 1980: 88 f.). Joviale Umgangsformen sollten immer argwöhnisch machen, weil sie Vertraulichkeit und gegenseitige Übereinstimmung suggerieren, damit der mutigen Vereinzlung der Anlaß genommen wird. Eile und Arbeitsdruck sind ebenfalls Mittel zur Zerrüttung der Arbeitssicherheit und haben noch den 'guten' Nebeneffekt, für ein schlechtes Arbeitsgewissen zu sorgen. Wie im Krankenhaus mit der 'Funktionalpflege' (s. Beitrag Herta) die Schematisierung der Arbeit Oberflächlichkeit und Unzufriedenheit produziert, wird über autoritäre Interventionen in Büros und Verwaltungen der Arbeitsbeitrag und der Ertrag der Arbeit zerstört und enteignet. Widerstand aus gutem Grund belastet sofort das Betriebsklima und die Atmosphäre, so daß in der Regel die Aufrechterhaltung des autoritären Wohlwollens verhaltensbestimmend wird. Bürokratisch-autoritäre Zugriffe auf die Arbeit haben die Absicht, die Arbeit der einzelnen Personen unkenntlich zu machen und daher den 'Stil', die 'Art des Hauses', die 'Handschrift' zu personifizieren. Die Sanften sind nett, wenn man ihre Sprüche und die Jovialität nimmt und danach handelt, auch wenn jeden Tag ein (verschwiegener) Stellungswechsel die Gefolgschaft auf eine Probe stellt, weswegen die 'Agressivität der Sanftmütigen' in der Debatte zum geflügelten Wort wurde.

Der Mut zur Vereinzelung*

In diesem Feld der demagogischen Unverbindlichkeit seine Integrität und seine Erfahrung zu wahren, setzt Mut voraus. Mut zur Erfahrung, also auch zur Bearbeitung von Niederlagen und heftigen Bedrohungen, mit denen immer zu rechnen ist, wenn die konformistische Modernität auch nur von weitem kritisiert wird und die Kollaboration zwischen BürochefIn und formaler AuftraggeberIn aufgedeckt werden könnte.

Notwendig ist der Mut zur Übernahme der 'Beweisnot' gegen die akzeptierte und allseits konsensfähige Praxologie – das haben wir immer schon so gemacht! Und? Hier insbesondere ist die solide professionelle Arbeit gefragt. Die handwerkliche Fertigkeit, das zugehörige Wissen und die Methode (Philosophie und Logik der Vorgehensweise) sind die Voraussetzung solider beruflicher Arbeit. In Berufen, deren 'Produkt' nicht, einem praktischen Gegenstand vergleichbar, direkt und leicht zu prüfen ist, hat die kontinuierliche Reflexion oder 'Gewissensforschung' über die Arbeit die Aufgabe, die Distanz zwischen den Zeiten oder zwischen 'Tatort – wie Leidensort' (vgl. Ullrich, O. 1979/88) ganz bewußt zu vergegenwärtigen. Diese Vergegenwärtigung und Prüfung des Produktes der Arbeit erfordert selbst in der Ausführungsplanung jahrelanges Nachkarten (Nachsehen), und kann nur gelingen, wenn die Prognose sorgfältig abgeleitet und begründet ist. Das setzt aber voraus, daß wir die Arbeitsverhältnisse durchschauen und den Mut finden, autoritären wie antiautoritären Zwangsverhältnissen in der Arbeit zu widerstehen.

Dieser Mut kann auch gelernt werden, wenn wir die Strategien der Einschüchterung durchschauen, Vorwänden – auch den eigenen – auf die Schliche kommen und Situationen einschätzen lernen. Th. Bauriedl empfiehlt zur Herstellung und Sicherung der individuellen Integrität den Mut zur Vereinzelung, 'damit ich meine intuitive Erfahrung herstellen kann' (vgl. Bauriedl 1980: 192). Wir haben den notwendigen Mut, Niederlagen eingeschlossen, für die Arbeitsituation erweitert:

Der Mut zur Vereinzelung ist gleichzusetzen mit dem Mut zum Zwei-Personen-Stück gegenüber autoritären 'Instanzen'.

Literatur:

Balint, M. (1964/91): Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart

Bauriedl, T. (1980/93): Beziehungsanalyse. Das dialektisch-emanzipatorische Prinzip der Psychoanalyse und seine Konsequenzen für die psychoanalytische Familientherapie. Frankfurt/Main

Berger, P. L. u. Pullberg, H. (1965): Verdinglichung in der soziologischen Kritik des Bewußtseins. in: Soziale Welt. Jahrgang XVI/1965: 97-112. Göttingen

Ullrich, O. (1979/88): Technik und Herrschaft. Frankfurt/Main.

* An dieser Stelle möchten wir das Buch von Thea Bauriedl 'Beziehungsanalyse', Frankfurt am Main 1980, empfehlen. Was sie zur Familientherapie schreibt, erlaubt viele Analogien und Hinweise zur Auseinandersetzung mit der professionellen planerischen Identität und den vorgefundenen Arbeitssituationen.

Andrea Appel

WIE DER APOSTOLISCHE EIFER ZUSCHLÄGT

1. Einleitung

Ich habe im vergangenen Herbst einige Gartenplanungen gemacht und habe diese Prüfung zum Anlaß genommen eine Reflexion über diese Arbeiten zu machen. Es geht mir um ein Nachdenken über den 'Auftrag Hausgartenplanung' und zwar bezogen auf den Verlauf der Verhandlungen, weil nämlich, und das ist meine Ausgangsthese: Der Verlauf/der Ablauf der Verhandlungen zwischen PlanerIn und AuftraggeberIn entscheidend mit dem Erfolg, mit dem Mißerfolg oder Scheitern eines Auftrags zu tun hat. Und wenn das zutrifft, bedeutet das, daß der Verlauf, die "Psychologie der Fälle" sozusagen, den inhaltlichen Fortgang der Auftragsarbeit bestimmt.

Ich beziehe mich mit dieser These zum Ablauf der Verhandlungen zwischen PlanerIn und AuftraggeberIn auf die Analysen von Michael BALINT, die er in seinem Buch "Der Arzt, der Patient und die Krankheit" beschreibt. Balint beschreibt die Prozesse der Beziehung Arzt/Ärztin und PatientIn, aus der er typische Konflikt-Konstellationen herausgearbeitet und benannt hat. Die Konfliktsituationen und -konstellationen ergeben sich daraus, wie die Symptome einer Patientin/eines Patienten zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn verhandelt werden. Das heißt: Welche Symptome, "Beschwerden", Befürchtungen, welche Zweifel, Fragen, Ängste und Erwartungen hat die PatientIn und vorallem - und das ist die entscheidende Frage, wenn es um den Ablauf der Verhandlungen geht: Werden sie - und wie werden sie verhandelt. Das ist eine Frage nach der Methode und den Absichten des Arztes/der Ärztin, mit den Symptomen, den Fragen, den Erwartungen der PatientInnen umzugehen.

Wenn es um den Verlauf der Verhandlungen bei einer Gartenplanung geht ist es die Frage, wie die PlanerIn die Fragen, die "Beschwerden" und Erwartungen der AuftraggeberInnen verhandelt, d.h. wie sie darauf reagiert.

Ich habe BALINTs Methode der Fallstudien und seine Beschreibung bestimmter Konflikt-Konstellationen als Leitfaden genommen, um über den Verlauf meiner "Fälle" nachzudenken. Das, was dabei herausgekommen ist, will ich in drei Teilen vorstellen:

- Mit dem ersten Teil will ich versuchen einen Rahmen zu bauen aus den typischen Merkmalen oder besser gesagt aus den typischen Situationen die die Auftragsverhandlungen betreffen. Dabei habe ich mich auf die Charakterisierung der Ausgangssituation und des ersten Gespräches beschränkt, weil an dieser Stelle der Verlauf der Verhandlungen in eine bestimmte Richtung, wömoglich nach bestimmten "Mustern", beginnt.

- Im zweiten Teil will ich den Verlauf eines Falls beschreiben und im Zusammenhang mit den Vorüberlegungen interpretieren. Diesem Teil, "meinem Fall" sozusagen, gehört die Überschrift meines Vortrags: "Wie der apostolische Eifer zuschlägt". (Also: "Wie mein apostolischer Eifer zuschlägt").

-Im dritten Teil geht es um die Schlüsse, die ich aus diesem Fall-Beispiel gezogen habe, oder, um es als Frage zu formulieren: Was sagt der Verlauf dieses Falls über meine Arbeit? Soviel als Einleitung.

2. Worauf ich mich beziehe

Ich will noch vorweg die Arbeiten benennen, auf die ich mich mit diesem Vortrag beziehe, die mir als Leitfaden und als Aufmerksamkeiten neben Michael BALINTs Analysen wichtig waren: Das ist einmal Christine A. Veters Vortrag beim Stammtisch der AG Freiraum und Vegetation im November 1991 zum Thema 'Auftragsverhandlungen', wo es um die Psychologie des Erstgespräches am Beispiel eines öffentlichen Auftrags ging; weiter das Seminar von Inge Meta Hülbusch im WS 1993 zu 'Frauen-Garten-Geschichten', wo es um die Bedeutung der Gartengeschichten im Zusammenhang mit den Biographien, um den Zusammenhang mit den Familiengeschichten und den biographischen Vorlieben ging; und außerdem der Vortrag von Helmut Böse-Vetter beim Stammtisch der AG Freiraum und Vegetation im Februar 1994 'Über die Schwierigkeiten die Freiraumplanung in die Objektplanung zu übersetzen', wo es um die Frage ging, warum die freiraumplanerischen Inhalte beim Wechsel auf die

Objektebene so leicht auf der Strecke bleiben.

I. Zur Charakterisierung der Ausgangssituationen und des ersten Gespräches bei der Hausgartenplanung

- Die Ausgangssituationen

Es ging bei meinen Aufträgen in zwei Fällen um Gärten, die zu einem Neubau gehören, wo die AuftraggeberInnen vor einem Grundstück stehen, das einmal ein Garten werden soll. In einem Fall ging es um einen Hausgarten, den die AuftraggeberInnen gerade erworben hatten; ein alter, gealterter Garten, der für die AuftraggeberInnen "neu" ist und den sie sich erst aneignen müssen. In zwei weiteren Fällen ging es um Hausgärten, die schon seit Jahren im Besitz der AuftraggeberInnen sind und wo Umbaumaßnahmen/ Veränderungen am und im Haus mit Anlaß waren, auch im Garten Veränderungen vornehmen zu wollen.

Die Anfrage zu einer Gartenplanung kommt, wenn ich jetzt von diesen Beispielen ausgehend verallgemeinere, in einer Zeit der 'Wechselfälle', wie Neubau, Umbau oder Umzug, die eine Veränderung der Lebenssituationen notwendig gemacht haben. Das heißt, die Ausgangssituationen, durch die die Verhandlung zwischen PlanerIn und AuftraggeberIn zustande kommen, sind häufig ein Moment der 'Krise', ein Moment der Unsicherheit, wo es Fragen gibt, wo es etwas neu zu organisieren gibt, was mit dem alltäglichen Leben, mit den Familiengeschichten, mit dem alltäglichen Gebrauch eines Alltagsortes zu tun hat.

Die Frage ist, wie deutlich und ob überhaupt die Anfragen der AuftraggeberInnen diese 'Krise', die Fragen und Unsicherheiten formulieren. Besser gesagt: Meine These ist, daß die geäußerten Fragen, die beschriebenen Probleme und "Beschwerden" sehr häufig nicht diese Anlässe benennen, sondern sich anders formulieren. Machen wir an der Stelle einen Sprung zu BALINT und einen Schritt hin zum ersten Verhandlungsgespräch und den möglichen Folgen: Balint beschreibt, daß in einer großen Zahl der Fälle die Symptome, die ein Patient/eine Patientin mit in die Sprechstunde bringt, vorgeschobene Symptome sind, hinter denen sich ein anderes, unbenanntes Problem verbirgt. D.h. die PatientInnen kommen mit einer Krankheit im "unorganisierten Zustand", wie Balint das nennt, und machen dem Arzt/der Ärztin ein "An-

gebot", einen Vorschlag, was es denn sein könnte, um den "unorganisierten Zustand" zu "organisieren". Der Patient erwartet, zu Recht natürlich, ernst genommen zu werden und er erwartet, daß der Arzt/die Ärztin hilft. In der Regel erwartet der Patient/die Patientin diese Hilfe der "konditionierten Erwartungshaltung" entsprechend als eine "obligatorische Folge von Maßnahmen", d.h. eine rein physische Betrachtung der Beschwerden, einen Namen für die Krankheit (das "Organisieren") und eine Behandlung/ ein Rezept/ eine Therapie. In der Regel entspricht der Arzt dieser Erwartungshaltung (die er oder besser gesagt die Profession der Medizin-erInnen selbst organisiert hat). Die Folge ist, daß das eigentliche Problem/ die Ursache, Symptome zu haben, nicht nachgefragt wird. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß ein neues Symptom oder auch das alte wieder auftritt und die "Folge obligatorischer Maßnahmen" sich wiederholt/ wiederholen muß. D.h. die Behandlung ist nicht nachhaltig und in diesem Sinne auch nicht ökonomisch. So wird sozusagen die "Dauerkundschaft" und der Pflegefall organisiert.

Eine weitere Variante, auf das Angebot des Patienten/der Patientin zu reagieren, ist die "Gesundheitsdiagnose", bzw. die Diagnose: "Kein Befund - Es ist alles in Ordnung." In diesem Fall werden die Symptome und Beschwerden nicht ernst genommen und mit einem "ist-doch-alles-in-Ordnung" vom Tisch gefegt. Auch bei dieser Diagnose zählt eine rein physische Betrachtung des Problems. Für den Patient/die Patientin ist damit der Gang zum nächsten Arzt/ zur nächsten Ärztin vorprogrammiert. Das Ergebnis, der "Erfolg" ist also ähnlich wie nach der "Folge obligatorischer Maßnahmen".

Was PatientInnen in der Regel nicht erwarten, weil es in der Regel auch nicht praktiziert wird, ist der Versuch von Seiten der ÄrztInnen, das eigentliche Problem aufzuspüren, d.h. die Symptome in einen Zusammenhang zu stellen mit der Geschichte der PatientInnen. Und zwar durch eine sorgfältige "Anamnese" als ersten Schritt, durch genaues zuhören und nachfragen, um zu einer "tieferen Diagnose" zu kommen, wie Balint es nennt:

"Nach unseren Erfahrungen ist es so: wenn der Arzt im Stile der üblichen Anamnese fragt, so erhält er eben eine Antwort auf seine Fragen - aber weiter auch nichts. Wenn er zu einer

"tieferen Diagnose" kommen will, so muß er erst einmal lernen zuzuhören.(...) Die Fähigkeit zuzuhören ist unbedingt eine Kunst und verlangt eine wesentliche, wenn auch begrenzte innere Umstellung des Arztes."
(BALINT, Michael 1991: 171)

So. Machen wir nun wieder einen Sprung zurück zu den AuftraggeberInnen und ihren Gärten.

Die These war gerade, daß die von den AuftraggeberInnen geäußerten Fragen und genannten Probleme häufig nicht die eigentlichen Anlässe benennen, also die "Krise"; was ja auch verständlich ist. Die Frage ist dann für die PlanerIn, wie genau muß sie zuhören, nachfragen und weiterfragen, wenn sie die AuftraggeberInnen wirklich ernst nehmen will und schließlich auch, wenn sie ihre eigene Arbeit ernst nehmen will und sie nicht als "obligatorische Folge von Maßnahmen" versteht.

Es geht zunächst darum, die Ausgangssituation/die Vorgeschichte nachzufragen, an der die PlanerIn ja nie beteiligt ist; sie kommt erst hinzu, wenn die Vorgeschichten sich zu einem "Angebot" verdichtet haben, das nicht immer den Realitäten der Vorgeschichten entspricht. (vgl BALINT, Michael, 1991: 38 und 42 ff) Bei diesem "Angebot" müssen wir als PlanerInnen damit rechnen, daß ein ganzes Stück "konditionierter Beschwerden" und "konditionierter Erwartungen" in diesem Angebot der AuftraggeberInnen steckt. Die Konditionierungen haben wir den grünplanerischen und gartenkünstlerischen Verheißungen zu "verdanken" oder besser gesagt: anzulasten.

Ich will jetzt versuchen, den Verlauf des ersten Gesprächs zwischen PlanerIn und AuftraggeberIn zu charakterisieren und zwar als eine Gelegenheit, das "Angebot" zu verstehen. Anders gesagt: Als eine Gelegenheit, durch Zuhören und Nachfragen zu einer "Anamnese" zu kommen.

- Das erste Gespräch

Ich könnte auch sagen: Das erste Gespräch ist die Führung durch den Garten:

Es geht bei dem ersten Gespräch darum, von beiden Seiten aus gesehen, sich kennenzulernen, sich sozusagen "zu prüfen", um zu wissen, auf wen man sich da einläßt. In den meisten Fällen beginnt das Gespräch mit Fragen, die ich die "Prüfungsfragen" ge-

nannt habe; Fragen, um ins Gespräch zu kommen, um zu sehen, mit wem man es zu tun hat und sicher auch, um Kompetenzen zu prüfen. (Z.B. Fragen nach der Krankheit eines Baumes oder was man gegen die Läuse an den Rosen machen kann...)

Während der "Führung" durch den Garten werden die Geschichten zu dem Garten erzählt, die für die AuftraggeberInnen in dem Moment relevant sind. Dies verläuft recht unterschiedlich, je nach Temperament der Leute bzw. je nach dem, was sie (re-) präsentieren möchten. Sie erzählen jedoch in jedem Fall ein Stück ihrer Garten- und Familiengeschichte und formulieren dabei ihre Fragen, ihre Probleme, Beschwerden und Wünsche, die sie veranlaßt haben, eine PlanerIn zu Rate zu ziehen. In der Regel werden gleich "Angebote" gemacht (s.o.), Vorschläge von Seiten der AuftraggeberInnen, wie sie sich die "Lösung ihres Problems" in etwa denken. Mit dieser "Lösung" sind sie mehr oder weniger unsicher und diese "Lösung" enthält mehr oder weniger stark und mehr oder weniger versteckt die Verheißungen grünplanerischer Gartenbilder.

Das erste Gespräch ist die Gelegenheit, zu hören, ob die Fragen, die wahrgenommenen Probleme und Erwartungen in einem Zusammenhang geäußert werden oder ob der Zusammenhang nachgefragt werden muß. Das bedeutet anders gesagt: Läßt sich das "Angebot" der AuftraggeberInnen "was das Problem ist" und der Lösungswunsch einschätzen, d.h. ist die Situation verstehbar und ist es angebracht, sich und die AuftraggeberInnen auf "Angebot" und Lösungswunsch festzulegen. In BALINTS Worten: Ist es angebracht, den "unorganisierten Zustand" auf das Angebot der AuftraggeberInnen hin zu "organisieren", also festzulegen und sich sozusagen zu "verbünden". (Vgl. BALINT, Micheel 1991: 16, 38, 174) Oder wird es notwendig, die falschen, nicht einlösbaren Verheißungen der Grünplanung zu diskutieren, um falsche Erwartungen aus dem Weg zu räumen oder mindestens zu benennen, damit die Reihe von "Folgelasten" benannt werden können: also im schlimmsten Fall ein arbeitsaufwendiger und kostspieliger Pflegefall.

Wenn ich mir anschau, welche Fragen und Erwartungen beim ersten Gespräch geäußert werden, ergibt sich meistens eine Mischung.

Eine Mischung aus:

- Fragen zur Handhabbarkeit des Gartens (also eher handwerkliche Fragen beispielsweise zur Pflege; häufig sind dies die "Prüfungsfragen" zu Anfang)
- Fragen zum alltäglichen Gebrauch, die die Organisation, die Einrichtung von Orten im Garten betreffen
- Fragen zur "Verschönerung", häufig als Wunsch nach einer "Idee" für den Garten ((hier also die Fragen nach der "modischen Würze", nach der Möblierung des Gartens.)

Soweit zunächst einmal zur Beschreibung von Ausgangssituation und Erstgespräch. Was bedeutet das jetzt? Es bedeutet, daß an diesen Stellen des ersten Gesprächs der Verlauf der Verhandlungen festgelegt wird, d.h.: der Fortlauf der Verhandlungen und der Erfolg der Beratung hängt entscheidend von der Reaktion der PlanerIn auf diese "Mischung" ab.

Wenn ich jetzt noch einmal an den Sprung zu BALINT denke, würde ich das folgendermaßen charakterisieren:

Wird auf die Fragen und Erwartungen reagiert, indem die "obligatorische Folge von Maßnahmen" eingeleitet wird, die im Grunde von den jeweiligen grünplanerischen und gartenarchitektonischen Moden diktiert wird? Das wäre dann in der Regel eine konzentrierte Reaktion auf die Fragen zur "Verschönerung" oder nach einer Idee für den Garten, also: alles ist machbar, Hauptsache wir haben eine Idee, die "in" ist!

Oder wird die "Gesundheitsdiagnose" erteilt, das Urteil: "kein Befund - mit Ihrem Garten ist doch alles in Ordnung", nach dem Motto: "Machen Sie mal weiter so!". Das ist dann gar keine Reaktion auf eine Frage - (zumindest im Ergebnis betrachtet) - sondern eine Reaktion auf die ausschließliche Wahrnehmung des Gartens, nicht der AuftraggeberInnen.

Beides, die "obligatorische Folge von Maßnahmen" und die "Gesundheitsdiagnose", läuft darauf hinaus, daß die AuftraggeberInnen mit ihren Fragen nicht ernst genommen werden. Die "obligatorische Folge von Maßnahmen" läßt sich mit Wunscherfüllung vergleichen, professioneller Wunscherfüllung, die die Erwartungen und Wünsche der AuftraggeberInnen unreflektiert und nicht nachgefragt hin-

nimmt und versucht, die falschen und nicht einlösbaren Versprechen der Grünplanung einzulösen. Auf diese Art und Weise wird aus dem Garten in der Regel ein Kunstwerk, ein Ausstellungsstück oder Denkmal gemacht und in der Regel immer ein Pflegefall. Um es noch einmal anders zu sagen:

Die AuftraggeberInnen werden auf diese Art und Weise nicht ernst genommen, weil sie im Glauben falscher professioneller Versprechungen gelassen werden ohne zumindest darauf aufmerksam gemacht zu werden, welche Folgen diese oder jene "Wunscherfüllung" hat.

Auf die Geschichte der "Gesundheitsdiagnose", die zwar die "Wunscherfüllung" verweigert, aber genauso eine ernsthafte, tiefergehende Betrachtung der Situation, komme ich gleich bei meinem Fallbeispiel noch einmal zurück.

Wenn ich Gartenplanung nicht als Kunst und nicht als Denkmalpflege verstehen will und nicht als Wunscherfüllung oder Ideeenlieferung, also nicht als Einlösung professioneller Versprechungen, sondern wenn ich Gartenplanung verstehe, als einen Rat, den ich auf Anfrage gebe, dann ist es notwendig, die Anfrage zu prüfen, um zu einer "tieferen Diagnose" (BALINT, s.o.) zu kommen. Und um zu dieser tieferen Diagnose zu kommen, muß ich mir zum einen den Garten genau ansehen und ich muß - und darum geht es mir hier hauptsächlich - genau zuhören, den AuftraggeberInnen zuhören, wenn sie ihre Gartengeschichten erzählen, wenn sie ihre Fragen, Beschwerden und Erwartungen formulieren.

Ich kann also den Garten nicht ohne seine Menschen verhandeln, d.h.: Ich brauche eine "Anamnese", ich könnte auch sagen eine Beschreibung der Realitäten, die für mich als PlanerIn zunächst mal den Zusammenhang herstellt zwischen den AuftraggeberInnen, ihren Fragen und ihren Garten. Nocheinmal anders gesagt: So wie BALINT formuliert, daß es darum geht, die Symptome eines Patienten/ einer Patientin in Zusammenhang zu stellen mit deren Geschichte, was bedeutet, herauszufinden, welche Rolle eine Krankheit im Leben des Patienten/der Patientin spielt, läßt sich vergleichbar sagen: Es geht darum, herauszufinden, welche Rolle ein Garten im Leben der AuftraggeberInnen spielt.

Es geht darum, die Fragen, die Erwartungen und die "Marotten"

der AuftraggeberInnen in Zusammenhang zu stellen mit ihrer Gartengeschichte. Und diese Gartengeschichte ist immer ein Stück biographische Geschichte, ein Stück Familiengeschichte, ein Stück des täglichen Lebens und der täglichen Arbeit. Für diese Geschichten einen verlässlichen Rahmen zu organisieren, in dem die Notwendigkeiten, die Wünsche, die Marotten und Vorlieben - der "Geschmack" - der GartennutzerInnen für sie brauchbar aufgehoben sind, ist die Aufgabe der Gartenplanung.

Wenn ich jetzt über den Verlauf der Hausgartenplanungen nachdenke, die ich gemacht habe, ist es so, daß, so wie die Erwartungen der Leute eine Mischung sind aus den vorhin genannten Erwartungen, meine Reaktionen und Einschätzungen eine Mischung waren aus den eben genannten. Das Ergebnis der Beratungen war dann, je nach Dosis dessen was überwog, mehr oder weniger glücklich. Ich will den Fall einer "Überdosis an Gesundheitsdiagnose" als Beispiel nehmen und komme zum zweiten Teil meines Vortrags:

II. Wie der apostolische Eifer zuschlägt

Ich will, ausgehend von den Überlegungen des I.Teils, den Verlauf einer Gartenplanung beschreiben oder besser gesagt eines Beratungsgesprächs. Es geht mir dabei nicht darum zu überlegen: was wäre gewesen wenn... sondern genauer hinzusehen, was war und was ich im Nachhinein durch die Reflexion des Falles über meine eigene Arbeit gelernt habe. Ich will den Fall zunächst beschreiben und dann interpretieren.

Die Vorgeschichte war folgendermaßen:

Der Auftrag wurde mir von einem Bekannten vermittelt, der Gärtner ist. Die AuftraggeberInnen hatten ihn zu Rate gezogen und nach einem Gespräch dort vor Ort gab er den Auftrag an mich weiter mit der Beschreibung, das sei ein recht schwieriger Fall, der Garten habe seiner Meinung nach kein Konzept und die Leute wissen nicht so recht, was sie wollen. Ich verabredete einen Termin mit den AuftraggeberInnen. Sie wohnen im Neubaugebiet, in einer Doppelhaushälfte, seit knapp zwei Jahren. In der Nachbarhälfte wohnt eine Familie mit der sie gut befreundet sind. Bei der Führung durch den Garten war ich ziemlich begeistert, was inner-

halb eines Jahres von den GartennutzerInnen eingerichtet und organisiert worden war. Im Laufe des Gesprächs stellte sich heraus, daß das Urteil, der Garten habe "kein Konzept", von dem Gärtner stammt, der dann als Konzept vorgeschlagen hat, einen Gemeinschaftsweg zwischen den Gärten anzulegen (wo sich noch keine sichtbare Grenze befand). Und es stellte sich heraus, daß die Fragen der AuftraggeberInnen anfangs recht konkrete, handwerkliche gewesen waren (Obstbäume: wohin und welche und eine Heckenpflanzung...); das Urteil "kein Konzept" hatte dann stark verunsichert und die "Idee Gemeinschaftsgarten" ins Spiel gebracht. Ich versuchte also das Urteil zu revidieren, versuchte zu beschreiben, daß der Plan schon im Garten ist, ging über die "Idee Gemeinschaftsgarten" hinweg und betonte, einen Zaun zu ziehen. Ich schlug vor es bei einem Beratungsgespräch zu belassen, nachdem ich die schon vorhandene Einteilung des Gartens als "Plan des Gartens" beschrieben hatte. Meine Einschätzung war, daß eine Planung meinerseits da nicht nötig ist, d.h. meine Einschätzung war, daß die Leute schon recht genau wissen, was sie wollen, sonst hätten sie nicht innerhalb eines Jahres einen solchen Garten organisiert. Die AuftraggeberInnen waren damit einverstanden, es bei einem Beratungsgespräch zu belassen; ich war mit dem Verlauf des Gesprächs zufrieden und hatte den Eindruck, die Unsicherheit der sogenannten Konzeptlosigkeit wieder "beseitigt" zu haben... Hab' ich so gedacht... Nach ein paar Wochen erfuhr ich von dem Gärtner, daß die Leute sich wieder an ihn gewandt haben, um die nächsten Schritte ausführen zu lassen: Obstbaumpflanzung, Raseneinsaat, Erneuerung der Staudenpflanzungen, Heckenpflanzung. Es war nicht mehr die Rede davon, das Konzept des Gartens zu suchen, es war auch nicht mehr die Rede von einem Gemeinschaftsweg, aber es war auch nicht mehr die Rede von einer Abgrenzung/ einer Grenze zwischen den beiden Grundstücken. Allerdings wurden die "gärtnerischen Maßnahmen" gleich in beiden Gärten vorgenommen; ich nehme an, daß sie einfach als Gemeinschaftsgarten verhandelt und "behandelt" wurden.

Wenn ich das jetzt interpretiere, in einem ersten Schritt in nicht so tiefer Tiefe, heißt das für den Verlauf auch der Inhalte: Der Gärtner, der als erster zu Rate gezogen wird, macht

aus den handwerklichen Fragen gestalterische Fragen, d.h. er führt eine andere Ebene ein. Sein "Befund" dieses Gesprächs bzw. des Gartens ist: Kein Konzept und dem folgt andeutungsweise der Versuch, eine "Idee" zu liefern, nämlich: Gemeinschaftsweg". Nach diesem Ebenenwechsel folgt von ihm die "Überweisung" an die zuständige Person, an die PlanerIn.

Das Gespräch mit dem Gärtner hat also dazu beigetragen, ein "Problem", einen Befund zu organisieren.

Mein Urteil war, nachdem ich den Garten gesehen hatte: falsche Diagnose; der Garten hat einen Plan. Ich versuchte also eine Rückführung und erteilte dann die Gesundheitsdiagnose. Das bedeutet eine "Ablehnung des Angebots und des Auftrags und signalisiert das Ende der Beziehung PlanerIn/AuftraggeberIn.

Wenn ich mir meine Einschätzung dieses Verlaufs nochmal einen Schritt weiter, in tiefere Tiefe interpretiere heißt das: Ich habe zwar hingesehen, aber ich habe nicht zugehört.

Das Urteil "kein Befund"/ die Gesundheitsdiagnose, die ich mit "apostolischem Eifer", wie BALINT das nennen würde, erstellt habe, hat verhindert, daß Fragen gestellt werden konnten, daß

Zweifel geäußert werden konnten, daß die AuftraggeberInnen selber ins Erzählen und Fragen kommen konnten. Ich habe, kurz gesagt, die Möglichkeiten des Zuhörens als Gelegenheit und Notwendigkeit des ersten Gesprächs nicht wahrgenommen. Die ausführlich vorgetragene Gesundheitsdiagnose hat dagegen aus dem ersten Gespräch eher einen Bekehrungsversuch, eine Überzeugungsarbeit gemacht - jetzt mal etwas überspitzt gesagt, weil die Tendenz deutlich genug war. - Und die "Gesundheitsdiagnose" macht aus dem ersten Gespräch gleich das letzte. Ich könnte die Überschrift an der Stelle erweitern: dieser Fall ist ein Beispiel dafür, "wie der apostolische Eifer zuschlägt und verhindert, daß Fragen gestellt werden können."

Wenn ich das jetzt nocheinmal in der medizinischen Terminologie versuche auf den Punkt zu bringen, dann hatte der "apostolische Glaubenseifer" (vgl. BALINT, Michael, 1991: 289, 290), der den AuftraggeberInnen mit Begeisterung ihren Garten erklärt, die Wirkung einer Überdosis. Und die Gesundheitsdiagnose eine nur sehr begrenzte Wirkung, wie sich gezeigt hat; d.h. der Gang zur nächsten PlanerIn / in diesem Fall der Gang zurück zum Gärtner

war vorprogrammiert.

Als Ergebnis für die AuftraggeberInnen muß der Verlauf dieser Auftragsverhandlungen ein "Verwirrspiel" - das ist noch nett gesagt - gewesen sein, wo zwei Personen, ein Gärtner und eine Planerin mit unterschiedlichem apostolischen Eifer über ihren Garten eifern und keiner/keine der beiden die Fragen, Zweifel, Befürchtungen ernst nimmt oder überhaupt zuläßt.

III. Was der Verlauf dieses Falls über meine Arbeit sagt

Wenn ich jetzt zum Schluß, als Fazit, für mich überlege, was dieser Verlauf über meine Arbeit sagt, was sozusagen das Ergebnis meiner Arbeit ist, dann würde ich das so formulieren (wieder etwas überspitzt, weil die Tendenz deutlich genug war): Dieser Fall war eher ein Versuch, den Garten vor seinen eigenen Leuten zu retten, als ein Versuch, die AuftraggeberInnen vor den Verheißungen der Grünplanung und Gartenkunst "zu retten" und sie mit ihren Wünschen, Erwartungen und Fragen auf diese Weise erst zu nehmen. Und dieses "retten" - in Anführungszeichen - bedeutet eine Auseinandersetzung mit den professionellen Leitbildern (z.B. mit dem Leitbild Gemeinschaftsgarten) und läuft zwischen PlanerIn und AuftraggeberIn ganz bestimmt nicht konfliktfrei ab.

So ist dieser Fall auch ein Beispiel der Konfliktvermeidung, mit dem Ergebnis, daß durch das "apostolische Eifern" die Philosophie zu Ideologie gerät, d.h. daß der inhaltliche Fortgang der Arbeit zur Ideologie gerät.

Anders gesagt: Wenn ich einen Ort/einen Garten beschreibe und einschätze ohne auch die Leute/die AuftraggeberInnen einzuschätzen und ohne ihre Zweifel und Erwartungen überhaupt zuzulassen, dann kommt statt einer Beratung eine Bekehrung und vor allem eine Konfliktvermeidung dabei heraus. Das geht in die Richtung des "vorausseilenden Gehorsam", den Helmut Böse-Vetter in seinem Vortrag (s.o.) als Phänomen beschreibt, das genauso gegen mögliche Konflikte absichert, wobei dann die freiraumplanerischen Inhalte auf der Strecke bleiben. Hier ist es dann "vorausseilende Bekehrung", die keine Fragen mehr zuläßt.

Bis in diese Tiefe habe ich mich zunächst einmal begeben.

Ich will abschließend noch einen Gedanken hinzufügen, den Sten

Nadolny formuliert. Dieser Gedanke ist ähnlich wie die Frage nach dem inhaltlichen Fortgang der planerischen Arbeit bei einem bestimmten Verlauf der Verhandlungen: Nadolny sucht nämlich nach den "Unfallursachen bei der erzählerischen Fortbewegung und trifft dabei auf die "guten Absichten".

Also zum Schluß: Sten Nadolny, Das Erzählen und die guten Absichten.

"Was ist gegen Gutes zu sagen? Nichts, wenn es dort ist, wo es hin gehört. Wenn es nicht sozusagen ein Gutes ist, das fremdgeht. Das irgendwo eingreift und ein dort sich entwickeltes Gutes stört. Und dann gibt es noch das nur scheinbar Gute, das behauptete Gute, das willfährige Gute. Das Gute, das mehr gute Absicherung ist als gute Absicht, aber so will ich es hier trotzdem nennen: "gute Absichten", denn sie treten gern im Plural auf. Sie sind tückisch, weil sie sich wie Computerviren auf raffinierten Wegen in die literarische Arbeit einschleichen. Bereits "schreiben zu wollen" oder "erzählen zu wollen" ist unter Umständen nur eine gute Absicht und kann sich verheerend auswirken. Ich lasse sie hier beiseite. Die Selbstgefährdung ist noch größer, wenn jemand den Vorsatz hat, "schön" oder gar "Literatur" zu schreiben. Geradezu selbstmörderisch ist es, hinzugehen und "auf die großen Fragen unserer Zeit antworten" zu wollen. Aber mit diesem Vorsatz wird kaum jemand einen Roman beginnen, zumindest kein Autor. Es gibt aber noch die ganz bieder und unschuldig aussehenden guten Absichten, die mit dem Schreiben nichts zu tun haben und deswegen einen soliden Eindruck machen. Sie ähneln gewissen anerkannten Bürgertugenden und leuchten jederman ein, haben überhaupt so etwas Allgemeinmenschliches oder wenigstens "Soziales". Diese, meine Damen und Herren, sind bei der erzählerischen Fortbewegung die häufigste Unfallursache." (NADOLNY, Sten 1990: 43)

HELMUT LÜHRS: Der subjektive Faktor Berufspraktische Studienarbeit der BPS II im Wintersemester 81/82

EINLEITUNG

Besonderes Element bei der Konstituierung des Studiengangs ASL waren die BPS I und II. Sie sollten ein tragendes Moment in der Realisierung des Anspruchs der Verbindung von 'Theorie' und 'Praxis' im Hochschulstudium sein. Die leidvolle Geschichte dieses Studiengangs ließ auch die BPS eher zu einem notwendigen Muß - wenn nicht Übel -, als denn zu einer konkreten Form inhaltlicher Auseinandersetzung mit planerischer Wirklichkeit und theoretisch-wissenschaftlichen Arbeits- und Denkinhalten werden.

"Eine Aufgabe, die im Konzept der Integrierten Gesamthochschule gestellt ist, resultiert aus der Frage, wie sowohl Praxisbezug und Anwendungsorientierung als auch Theoriebildung im Rahmen wissenschaftlicher Arbeit in einem Studiengang hergestellt werden können. Damit wird angestrebt, die herkömmliche Trennung "praxisbezogener" Studiengänge (Fachhochschule) und "theoriebezogener", wissenschaftlicher Studiengänge (Hochschule/Universität) aufzuheben und eine einheitliche grundlegende Hochschulausbildung zu vermitteln. ... Durch die BPS soll eine enge Verzahnung zwischen Hochschulausbildung und beruflicher Praxis hergestellt werden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Ausbildung sollen an den Problemen der Praxis gemessen werden, und umgekehrt sollen die Probleme der Praxis und die Veränderungen in der Berufswelt in die Hochschulausbildung einfließen. Dadurch soll die Arbeitsplatzflexibilität der Studenten erhöht werden. Der Gefahr einer unreflektierten Anpassung an die jeweils aktuelle Praxis soll durch die kritische Aufarbeitung der Erfahrungen und ihre Verallgemeinerung im Rahmen eines Begleitstudiums vorgebeugt werden" (Studieninformation zum integrierten Studiengang ASL 78/79:29,20).

Die Realität am Fachbereich sieht anders aus. Angefangen bei der Vermittlung der Praxisplätze, die ein "all-semester"-wiederkehrendes Ausschwärmen Kasseler Studenten über die gesamte Republik bewirkt, bis zur wissenschaftlichen Begleitung in der Hochschule müßte eher die Rede von der Verwaltung des 'organisierten Chaos' als von bewußter Entscheidung und Integration berufspraktischer Erfahrung im Studiengangeszusammenhang sein.

Das Interesse der Hochschullehrer an der Betreuung von Begleitseminaren ist denkbar gering. Somit wird die konkrete Gefahr, die mit der Einführung berufspraktischer Studien in die Hochschulausbildung vermieden werden sollte - Vorwegnahme des Praxisschocks, unreflektierte Ausrichtung des weiteren Studiums an den während der Praxis individuell gesammelten Erfahrungen - um so größer.

SUBJEKTIVER ERFAHRUNGSBERICHT

Das Büro, in dem ich beschäftigt war, arbeitete fast in allen Bereichen, die in irgendeiner Form mit landschaftsplanerischen Fragestellungen zusammenhingen: Bauleitplanung, Rekultivierung, landschaftspflegerische Begleitpläne, agrarstrukturelle Vorplanungen etc.

Beschäftigte im Büro: 1 Chef, 2 Diplomingenieure, 2 Zeichnerinnen, 1 Praktikant

Die Bürostruktur ist extrem autoritär organisiert. Der Chef selbst ist an der konkreten Entstehung einzelner Pläne nicht beteiligt. Er hat 'nur' die Oberaufsicht, gibt Rahmenbedingungen vor - sowohl graphischer als auch inhaltlicher Art -, an denen nicht zu rütteln ist. Er steht zwei Büros vor, einem in Mannheim, wo vorwiegend an Objektplanungen gearbeitet wird, und dem Büro in Rheinhausen, das sich hauptsächlich mit Landschaftsplanung im weitesten Sinne befaßt. In jedem Büro wiederum sitzt ein 'Chefplaner', der die inhaltliche Arbeit organisiert. Im Büro Rheinhausen ist der zweite Dipl.-Ing. Fh erst seit sechs Monaten im Betrieb (er sollte noch während meiner Praktikumszeit entlassen werden). Seine Arbeit war eine reine Zuarbeitsfunktion für den Chefplaner mit sehr geringer eigener Verantwortung und Mitgestaltungsmöglichkeit. Arbeit vor Ort findet für die Angestellten praktisch nicht statt. Das Auftragsgebiet wird anhand von Kartenunterlagen und mit Hilfe von Luftbildern bearbeitet. An Besprechun-

gen mit Auftraggebern habe ich während der Praktikumszeit nur einmal - und das mehr oder weniger zufällig - teilgenommen; dies war rein Angelegenheit des Chefs und des Chefplaners. Die materielle Ausstattung des Büros war relativ gut, jedoch geprägt von einer fast manischen Sparwut, die sich z.B. in halbstündigen Debatten (besser gesagt: Anschauern des Chefs) über drei zuviel gekaufte Din-A 4 Hefte äußerte. Die Auftragslage des Büros war sehr gut. Daraus resultierte ein starker Arbeitsdruck, der nicht selten insbesondere den Chefplaner bis tief in den Abend und manchmal die ganze Nacht durcharbeiten ließ.

Meine Arbeit im Büro wurde akzeptiert. Ich hatte mir von Beginn an vorgenommen, mich weitgehend in die Bürostrukturen einzufügen (auch wenn mir das oft schwergefallen ist und nicht immer durchzuhalten war). Ich wollte in den Planungsprozess möglichst weitgehend Einblicke gewinnen, und dies war nur über eine relative Anpassung möglich. Ich konnte an fast allen Planungen, die während meiner Praxiszeit im Büro bearbeitet wurden, teilnehmen und hatte im Rahmen der strikt vorgegebenen "Handlungsleitlinien" eine relative Bewegungsfreiheit.

Die Planung und die Planungsansätze selbst in Frage zu stellen, war nicht möglich. So hat es beispielsweise bei der Anwendung der Nutzwertanalyse für ein Siedlungsgutachten, wo ich die Aufgabe hatte, dieses Verfahren als weiterentwickeltes für die Stadt Ebersteinburg durchzuspielen, nicht eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Sinn oder Unsinn dieses Verfahrens und dessen Konsequenzen gegeben. Immanent war eine solche Diskussion möglich, soweit der hohe Arbeitsdruck Zeit dafür ließ.

Auch wenn während der Praxis viele Wissenslücken - insbesondere bei der zeichnerischen Darstellung - deutlich wurden (sicherlich ein hauptsächlich individuelles, aber auch ausbildungsbedingtes Problem), fühlte ich mich insgesamt in Kassel gut ausgebildet. Die meisten der fachtechnischen Probleme, vor die ich mich zum Teil zum ersten Mal gestellt sah, konnte ich mir in relativ kurzer Zeit selbst aneignen und zur Zufriedenheit lösen.

DIE NUTZWERTANALAYSE ALS LANDSCHAFTSPLANERISCHES BEWERTUNGSMODELL

Einige Bemerkungen vorweg

Zum ersten Mal konfrontiert mit diesem Bewertungssystem während meiner Praxiszeit, mußte ich mit Schrecken feststellen, daß dieses Modell in den meisten Büros in Baden-Württemberg - aber wohl nicht nur dort - zur üblichen Planungspraxis gehört. Prinzipiell stellt es den Versuch dar, mit scheinbar objektiven Mitteln subjektive Entscheidungen zu organisieren. Ein Unternehmen, das sich in vielen Planungstheorien - seien sie nun praxis- oder wissenschaftsorientiert - wiederfindet. (Genannt seien hier beispielsweise nur die ökologische Risikoanalyse, Kosten-Nutzen-Analysen, ökologische Bewertungsmodelle in Bezug auf die Erholungseignung einer Landschaft etc.). Stellvertretend für diese Modelle möchte ich hier anhand der Nutzwertanalyse (im folgenden NWA genannt) aufzeigen, wie mit angeblich wissenschaftlicher Neutralität der Zugriff zentraler Instanzen auf direkte Lebenszusammenhänge in ganzen Regionen planungstheoretisch organisiert bzw. legitimiert wird.

Charakterisierung des Modells

Um sich dem Charakter des Modells ein wenig zu nähern, soll zunächst in zwei Ebenen unterschieden werden:

1. Die Form, in der ein solches Modell gedacht wird.
2. Die praktische Struktur des Modells und die Konsequenzen im Planungsprozess selbst.

Die Art für das Denken ...

"Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Voraussetzung zu beginnen, also z.B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsakts ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung (als) falsch. ... Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen. ... Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozess der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens ... sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren" (MARX, K. 1857/58:36/37).

Diesen zwei hier beschriebenen Wegen des Denkens ist der erstere wohl eindeutig dem noch zu behandelnden Modell zuzuschreiben. Sollte dem Denken doch eigentlich - im Wege abstrakter Bestimmungen - die Funktion zugeordnet sein, ein genaues Erkennen des Konkreten, des Wirklichen zu ermöglichen, da wir aus dem Denken unser Handeln ableiten; so ist diese Funktion bei der NWA auf 's Äußerste pervertiert. Ihr Ausgangspunkt selbst ist schon ein Abstraktum, das reale Verhältnisse in vorgegebenen Strukturen unreflektiert antizipiert und auf dieser Grundlage eine Theorie bildet, deren Rückführung zum Konkreten - tatsächlich Konkreten - gar nicht möglich ist, somit dann auch als Abstraktum in seiner konkreten Form, also z.B. als Siedlungseinheit Nummer so und soviel, die jedoch mit den realen Verhältnissen dort, wo sie installiert wird, wenn überhaupt, nur dort zufällig etwas zu tun hat, 'unten' wieder ankommt.

Kurze Beschreibung der Funktionsweise der Nutzwertanalyse

Die NWA als Entscheidungsmodell wird in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angewandt; insbesondere im militärischen Sektor und in der Wirtschaft. Ein besonderes Gewicht bei der Entwicklung der NWA zu einem Entscheidungsinstrument für die Landschaftsplanung kommt Prof. Dieter EBERLE (Uni Mainz) zu. Anhand seiner Ausführungen (und auch weil während der Praxis nach seinem Modell vorgegangen wurde) sollen hier kurz Aufbau, Funktionsweise, Ziele und die innere Begründung der, auch von EBERLE in ihrer Standardversion als unzulänglich angesehenen NWA, dargestellt werden.

Ziele

"Das Ziel ... ist die Verbesserung von planungspraktischen Entscheidungsprozessen, bei denen die Weichen für die zukünftige Weiterentwicklung der regionalen Siedlungsstruktur gestellt werden" (EBERLE, D.:4).

Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur wird über die Regionalpläne Baden-Württemberg definiert, die unter anderem "Bereiche mit verstärkter Siedlungsentwicklung" sowie "Orte mit Eigenentwicklung" ausweisen. Diese Siedlungsstrukturmuster werden in der praktischen Planung dann aufgrund von Bewertungs- und Entscheidungsverfahren von unterschiedlichem Niveau entwickelt. Hier knüpft EBERLEs Untersuchung an, die eine 'Verbesserung' solcher Bewertungs- und Entscheidungsprozesse zum Ziel hat. Begründet wird die Untersuchung gerade dieses planungsmethodischen Bereichs mit der fast "völligen Stagnation" (EBERLE) der wissenschaftstheoretischen wie praktisch planerischen Entwicklungen auf dem Gebiet "quantitativer Planungs- und Entscheidungsmethodik." Weiter gibt es nach EBERLE zwar im Wissenschaftsbereich inzwischen einzelne neue Modelle auf diesem Gebiet, so hat jedoch eine

Transformation "von neuen Methoden ... in den Praxisbereich" (ebenda:5) kaum noch stattgefunden.

Zur Methodik

EBERLE stellt dann sogenannte "offene Modelle" als neuere Entwicklung sozialpsychologisch orientierter Ökonomen, die "die Beschränkung der Rationalität (!!) des Individuums hervorheben und einbeziehen" (ebenda:5ff.) "harten Modellen" gegenüber, die durch "hohe Rationalitätsanforderungen an die Benutzer, d.h. an Politiker" (ebenda) gekennzeichnet sind.

"So werden z.B. vielfach bei Bewertungsmodellen (harte sind hier gemeint; Anm. d. Verf.) Politiker einfach überfordert, wenn sie etwa im Rahmen von Nutzwertanalysen die Bedeutung von 1 m² Grünfläche gegenüber 1 m² Parkplatz in abstrakter Form gewichten sollen" (ebenda:5ff.).

"Im Mittelpunkt des weiteren Forschungsinteresses der Planungstheorie sollten deshalb unter anderem speziell diejenigen Methoden oder Methodenteile stehen, die an den Nahtstellen zwischen Entscheidungsvorbereitung und dem eigentlichen politischen Entscheidungsprozeß zum Einsatz kommen (z.B. Bewertungsverfahren wie die Nutzwertanalyse). Gerade solche Entscheidungshilfen können sich, wie noch dargelegt wird, keineswegs nur an der Informations- und Komplexitätsverarbeitung von professionellen Planern orientieren, sondern müssen, sofern sie der Entscheidungsvorbereitung und der rationalen Entscheidungsstrukturierung dienen wollen, auch die Leistungsfähigkeit der Entscheidenden in Rechnung stellen" (ebenda:5 ff.).

Dieser hier noch sprachlich bescheiden angesprochene Punkt zieht sich als - wie ja auch beabsichtigt - roter Faden durch die Arbeit; in den folgenden Seiten kommt seine Bedeutung noch direkter und unverhohlener zur Geltung. So stellt EBERLE fest, daß durchaus ein vorhandenes Angebot (insbesondere die NWA) an Bewertungs- und Entscheidungsverfahren zu verzeichnen ist, diese jedoch zum einen nur zögernd angenommen oder sogar ablehnend von 'Entscheidungsträgern' behandelt werden, zum anderen bei ihrer Anwendung erhebliche Disparitäten zwischen Entscheidungsprozessen und dem tatsächlichen Verfahrensablauf bestehen.

EBERLE führt hier verschiedene Erklärungsmöglichkeiten auf:

"Eine der möglichen analytischen Erklärungsebenen für den Ablauf von Entscheidungsprozessen stellt speziell das Individuum (z.B. den entscheidenden Politiker) und seine kognitiv beschränkten Fähigkeiten der Informationsaufnahmen und der Problemverarbeitung in den Mittelpunkt von Erklärungsversuchen" (ebenda:8/9) (die Arbeit wimmelt nur so von solchen Unverschämtheiten; Anm. d. Verf.).

Ist dieser Erklärungsversuch hier noch als möglicher dargestellt, so macht EBERLE - eigentlich von Beginn - sich diesen zu eigen, als Erklärung jenes Phänomens der Ablehnung der NWA in politischen Gremien. Dem folgend läßt sich schließen, wer nicht bereit ist, "1 m² Wasserfläche" gegen "1 m² Waldfläche" zu wichten und dies für einen ausgemachten Unsinn hält, dem kann dann nur noch ein eklatanter Mangel an kognitiven Fähigkeiten zur Bewältigung der Informationsflut bei der Entscheidung komplexer Probleme attestiert werden.

Ich denke, auf die hier zum Ausdruck kommende bornierte Haltung des Herrn Eberle braucht nicht weiter eingegangen werden - sie spricht zu deutlich für sich selbst. Wichtiger scheint mir der Umstand zu sein, der sich aus dem Zusammenhang mit dem im vorangegangenen Abschnitt Gesagten ergibt:

Die formale Trennung von Sein und Sollen, Information und Interesse. Wissenschaft hat "wertfreie" Erkenntnisse zu produzieren, auf deren Basis dann das Individuum oder das politische System nach politischen Kriterien zu entscheiden hat.

"Es stimmt ja einfach nicht, daß sich die Funktionen des konsultierenden Politikers und des beratenden Sachverständigen strikt trennen lassen und jemals getrennt gewesen wären. Dies scheint nur dann so zu sein, wenn wir eine ganz spezielle, stark formalisierende, im Grunde wohl juristische oder büro-

kratische Betrachtungsweise anwenden. Die Entscheidung ist dann nur noch das formelle Geben eines Befehls oder das Leisten einer Unterschrift durch eine Person, die nach einem ganz bestimmten Verfahren nachher verantwortlich oder haftbar gemacht werden kann" (BAHRDT, H.P.:163)

"Nicht nur deutsche Wissenschaftler ..., die an politisch wichtigen Staatsaufträgen arbeiten, sagen gern: 'Wir formulieren nur die Alternativen, die es gibt. Die Politiker sind es, die entscheiden.' Das ist geradezu ein Stereotyp, mit dem sie immer wieder ihre eigene Rolle in der Politik zu umschreiben suchen, wenn man sie danach fragt. Aber in dieser Formel steckt doch eine selbst gewählte, unechte Naivität, in die sie sich deshalb flüchten, weil ihnen der wahre Sachverhalt mit Recht ein wenig unheimlich ist. Es dürfte ihnen nicht schwerfallen, sich klar zu machen, daß die Entscheidung nicht ein einmaliger, punktueller Akt einer Person (oder eines abstimmenden Gremiums) ist, sondern, insofern es sich um einen komplexen Sachverhalt handelt, ein langer Prozeß ist, im Verlaufe dessen sich fortlaufend immer wieder etwas entscheidet und auch viele ausdrückliche Teilentscheidungsakte vollzogen werden. Viele solcher faktischen Teilentscheidungen haben selbstverständlich schon stattgefunden, als die Wissenschaftler an der Ausarbeitung der Alternativen arbeiteten" (ebenda:164).

Dennoch wird in den vorhandenen institutionellen Formen der politischen Wirtschaftssteuerung z.B. in Westdeutschland, implizit die Praktikabilität des dezisionistischen Modells unterstellt" (ULLRICH, O.:353).

Ein Beispiel für die Funktionsweise der NWA

Die Kommunale Vereinigung für Wasser- und Abfallwirtschaft VEDENA untersuchte 1977 im Auftrag des Landkreises Esslingen die Vor- und Nachteile von drei Mülldeponiestandorten. Die folgenden drei Alternativen wurden dabei nutzwertanalytisch bewertet:

Al.1: Nürtingen - Kirchert

Al.2: Frickenhausen - Nürtingen - Schöllenhobel

Al.3: Hochdorf/Notzingen

Zur Anwendung kam die Standardversion der Nutzwertanalyse mit kardinalen Zielerfüllungsgraden und einer kardinalen Gewichtung. Aus der sehr 'komplex' aufgebauten NWA soll im folgenden der zentrale Schlußteil herausgegriffen werden (vgl. EBERLE:36).

Beurteilung der Standorte mit Erfüllungsgraden

Kriterium	Standort Nummer		
	I	II	III
Beeinflussung der Umwelt im Nahbereich des Standorts	60,8%	57,0%	48,8%
Beeinflussung der Umwelt im Fernbereich des Straßenverkehrs	50,0%	55,0%	80,0%
Kosten	90,0%	94,0%	100,0%

Als Gewichtungssystem wird von den Verfassern des Gutachtens mit einem Hinweis, daß dies die Sicht der betroffenen Bürger sei, folgende Präferenzskala vorgeschlagen:

- Umwelt im Nahbereich: 60 P.
- Umwelt im Fernbereich: 25 P.
- Kosten: 15 P.

Die Zusammenfassung von Zielerfüllungsgraden und Gewichten ergibt dann folgendes Ergebnis:

Beurteilung der Standorte mit Teilbewertungspunkten

Kriterium	Teilbewertungspunkte Standort Nummer		
	I	II	III
Umwelt im Nahbereich	36,5%	34,2%	29,3%
Umwelt im Fernbereich	12,5%	13,8%	20,0%
Kosten	13,5%	14,1%	15,0%
	62,5%	62,1%	64,5%

"Aus dieser Tabelle läßt sich entnehmen, daß der Standort Nummer II am besten geeignet ist" (EBERLE:36ff.).

Dieses Beispiel veranschaulicht in seiner Einfachheit sehr schön die Funktionsweise einer Nutzwertanalyse und macht in hohem Maß deutlich, wie weit sich dieses Verfahren - unter der Vorgabe unumstößlicher Objektivität - von der Realität entfernt.

Zwar sind die Rechenoperationen als solche tatsächlich objektiv, nur sind sämtliche Vorgaben genauso subjektiv, vor allem aber in ihrer Aussage dermaßen verkürzend, daß mit ihnen sinnvoll nichts mehr anzufangen ist. Aber auch immanent treibt dieses Verfahren irrwitzige Blüten; so bedeutet der Schritt der Addition automatisch in der Rechenoperation selbst eine Gleichsetzung nicht vergleichbarer Tatsachen mit dem Ergebnis, in unserem konkreten Fall, daß die Alternative II als am besten geeigneter Standort sich erweist, obwohl nach den eigenen Vorgaben offensichtlich der Alternative III dieser Rang zukäme.

Nun hätte ich dieses Verfahren, insbesondere auch seine Weiterentwicklung auf ordinalem Niveau gern zum Siedlungsgutachten für Ebersteinburg ausführlicher dargestellt. Dies scheiterte jedoch am Büro, wo keine Bereitschaft bestand, mir die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ich denke jedoch, daß auch anhand dieses kurzen Beispiels die Grundzüge der Funktionsweise einer Nutzwertanalyse deutlich geworden sind. Diese gelten grundsätzlich genauso für eine Nutzwertanalyse auf ordinalem Niveau, nur daß ihre Funktionsweise sehr viel subtiler und immanent schwerer angreifbarer ist.

Literatur

- BARDT, H.P. 1966: Die wissenschaftspolitische Entscheidung. In: KRAUCH (Hg.) 1966: Beiträge zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Heidelberg
 EBERLE, Dieter: Die Standardversion der Nutzwertanalyse, ARL. Hannover
 MARX, Karl 1857/58: Grundrisse.... In: TÖMMEL, Ingeborg. Der Gegensatz von Stadt und Land. Urbs et regio, Kassel
 Studieninformation zum integrierten Studiengang ASL 1978/79
 ULLRICH, Otto 1979: Technik und Herrschaft. Frankfurt am Main

Das Gegenteil von gut ist – gut gemeint*

Eine Lerngeschichte

1. Einleitung	Seite 89
2. Indizien und Thesen	90
3. Exkurs: Subsistenz	91
4. Ohne Grund und Boden	92
Außenlenkung	93
Schulzeit	95
Kreislaufgespräche	96
Die Einführung der Ungerechtigkeit	96
Der sozialdemokratische Trugschluß	98
Entmutigungen	100
5. Die HelferIn	100
Grenzen	102
Die Reproduktion der Bedürftigkeit	103
6. Folgerungen	104
Literatur	105

1. Einleitung

"Mit der Berufswahl reagieren wir auf die neurotische Aura der Landespflege. Die Motive zur Berufswahl sind die Studier- und Arbeitsperspektiven oder anders gesagt: die Lernbiographien sind die Lerngeschichten der Zukunft." (Schneider, G. 1989: 122)

Die neurotische Aura der Landespflege spricht mich an, weil sie mir die Erfüllung der ebenso neurotischen Erwartungen verheißt, die ich aufgrund meiner Lernerfahrung an meinen Beruf stelle. Mein Motiv für die Berufswahl war der Wunsch, die 'Welt zu verbessern'. Ich habe Landespflege an einer Fachhochschule studiert.

Bei meinen ersten Kontakten mit LandschaftsplanerInnen der 'Kasseler Schule' am FB 13 der Gesamthochschule Kassel habe ich gelernt, daß die von der Landespflege propagierten 'Guten Taten' mit dem Motiv der 'Weltverbesserung' in der Theorie und Praxis der Landespflege konterkariert werden. Die Weltverbesserung kann nicht das Motiv der Profession sein. So erscheint mir auch mein Motiv für die Berufswahl als Lug und Trug, und ich vermute, damit anderes gemeint als gesagt zu haben. Daraufhin bin ich mit folgenden Fragen an diese Studienarbeit herangegangen:

- Welches Motiv habe ich propagiert?
- Welches Indiz gibt es dafür, daß ich damit anderes gemeint habe?
- Welche Erwartungen habe ich tatsächlich an meinen Beruf gestellt?
- Was bedeuten diese Erwartungen für meine Arbeit als Landespflegerin und als Landschaftsplanerin?
- Was bedeuten sie für mich persönlich?
- Was kann ich als Landschaftsplanerin lernen?

*Überarbeitete Fassung von 1991; Name der Autorin anonymisiert

2. Indiz und Thesen

Ein wichtiges Kriterium für meine Berufswahl war der Wunsch etwas Sinnvolles, Gutes zu tun; das war für mich nach meiner damaligen Wahrnehmung etwas, das dazu beiträgt, gesellschaftliche Mißstände oder persönliche Probleme anderer zu beheben. In meiner Oberstufenzeit, bei meiner Arbeit in der kirchlichen Jugendarbeit und auch in der Diskussion mit meinen FreundInnen und Eltern beschäftigten wir uns häufig mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und deren sozialen und psychischen Wirkungen. Dabei stießen wir immer wieder auf Wirkungen, die sowohl das physische als auch das psychische Leben von Menschen bedrohten. Diese Bedrohung als Ausdruck von Unterdrückung und Enteignung von Menschen durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme beeindruckte mich emotional sehr, so daß ich Angst und Wut empfand, wenn ich mir das Ausmaß der Unterdrückung vorstellte. Ich selbst wurde jedoch weder körperlich bedroht, noch fühlte ich eine direkte psychische Bedrohung durch meine Eltern oder das Gesellschaftssystem. Als Einzelkind bin ich behütet aufgewachsen. Wir lebten in relativer Sicherheit. Meine Eltern waren nie von Arbeitslosigkeit bedroht. Sie konnten ihre Ausgaben gemäß feststehender Einnahmen planen, so daß unser direkter materieller Lebensbedarf, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung etc., immer gesichert war. Es gab zwar ab und zu finanzielle Engpässe, die aber nur zusätzliche Luxusleistungen wie Menge und Güte der Kleidung, Urlaub, Essen gehen, Autoanschaffungen etc. betrafen. Meine Eltern waren in der Lage zu entscheiden, ob sie dies oder jenes 'brauchten' oder 'haben' wollten. Auch emotional fühlte ich mich immer sicher. Meine Eltern liebten mich, und ich hatte den Eindruck: Letztlich sind sie immer für mich da. So fühlte ich mich nicht von Unterdrückung betroffen und bin privilegiert. Ich kannte Unterdrückung und Enteignung als gesellschaftliches Problem und wollte mich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse anderer einsetzen. Ich wollte also durch meine 'Hilfe' die 'Welt verbessern'. Heute frage ich mich allerdings, woher ich damals die Motivation genommen habe, so selbstlos handeln zu wollen und mich um Probleme anderer zu kümmern. Die Tatsache, daß ich selbst mich nicht von Unterdrückung und Enteignung betroffen fühlte und so selbstlos handeln wollte, begreife ich als ein Indiz für ein anderes, verdecktes Motiv für meine Berufswahl. Denn die propagierte Absicht, selbstlos 'gute Taten' zu vollbringen, reicht für die Berufswahl und einen relativ geradlinigen Ausbildungsweg, wie es meiner ist, als Motiv nicht aus. Zu meinem tatsächlichen Motiv und einigen seiner Ursachen formuliere ich folgende Thesen, denen ich in den weiteren Kapiteln nachgehen werde:

- Der Status der selbstlosen Weltverbesserin wurde mir in der Schule, in der kirchlichen Jugendarbeit und während einer rollenspezifischen Erziehung als Frau angeboten.
- Ich habe ihn angenommen, denn die philanthropische Weltverbesserungsstrategie verschaffte mir eine Legitimation für mein 'Da-Sein' über eine Arbeit, die mir die Möglichkeit bot, Selbstbestätigung durch Anerkennung von anderen zu erlangen. Gleichzeitig ermöglichte sie mir einen vermeintlichen Ausweg aus meiner Ohnmacht
- Ohnmächtig fühlte ich mich, da mein Wissen und Können nicht dazu geeignet war, materiell und psychisch selbständig zu sein, weder für den täglichen Ge-

- brauch noch für einen professionell-planerischen Bezug auf den Alltag.
- Ziel der Weltverbesserung ist nicht die 'soziale, gute Tat', sondern Machtausübung zur Legitimation des eigenen 'Da-Seins'.

3. Exkurs: Subsistenz

Grundlage für die materielle und psychische Eigenmacht ist die Subsistenzproduktion. Im Gegensatz zur 'Mehr'-Wertschöpfung der Warenproduktion ist sie auf die Produktion des 'Seins' und seiner Qualitäten in Eigenarbeit gerichtet. Die Subsistenzproduktion beschränkt sich, wie es vielfach verstanden wird, nicht auf die Herstellung des materiellen Bedarfs, sondern produziert auch geistige, soziale und psychische Fähig- und Notwendigkeiten zum Leben. Sie ist Alltagsarbeit, d. h. sowohl die Arbeit der Produktion und Verarbeitung von Nahrungsmitteln und von Werkzeugen als Hilfsmittel, als auch die Arbeit des Hausens, des Gebärens und der Betreuung von Kindern, des Lernens und Lehrens, des Herstellens und Erhaltens von Beziehungen und der Erarbeitung einer Position, zu der sowohl Verständigung als auch Distanzierung notwendig ist. Es sind all die Arbeiten, die wir nicht verkaufen und für deren Produkte wir nicht bezahlen müssen. So ermöglicht die Subsistenzproduktion es uns auch, mit den 'Wechselfällen des Lebens' (Steinhäuser, U. 1990) klarzukommen, d.h.

"Ereignisse im Leben, die sich nachhaltig verändernd auf den Alltag auswirken: (...) Mit dem Eintreten von Wechselfällen sind häufig Einschränkungen verbunden: der ökonomisch-finanziellen Möglichkeiten, der räumlichen Mobilität oder gar beides." (ebd.: 55)

Zwar bekannt als Überlebensstrategie, ist die Subsistenzproduktion aber auch eine tragfähige Lebensweise, die es ermöglicht, den Alltag selbstbestimmt zu leben (vgl. Mang, H., Ring, W. 1989). Selbst für eine Gesellschaft, die von der Warenproduktion lebt, ist die Subsistenzproduktion existentiell. Sie wird jedoch als "unbezahlte Kehrseite (Schattenseite, Schattenarbeit) der Produktion (Lohnarbeit)" (ebd.: 71) gesellschaftlich als Arbeit nicht anerkannt – weil vermeintlich nicht wertbildend – und so ausgebeutet.

"Reproduktionsarbeit (Schattenarbeit) beinhaltet ebenfalls diese unmittelbare Lebensarbeit (wie die Subsistenzproduktion, d. Verf.), wird jedoch dadurch unter dem kapitalistischen Ver-Wertungsprozess subsumiert, daß sie für die kostenlose Erhaltung der Lohn-Arbeitskraft mißbraucht wird." (ebd.: 71)

"Im Gegensatz dazu ist Subsistenz für uns sowohl das Gegenteil wie auch die dauernde Grundlage der modernen Industriegesellschaft und der in ihr vorherrschenden Warenproduktion. Ohne Subsistenz- keine Warenproduktion, aber ohne Warenproduktion sehr wohl Subsistenz. Subsistenzproduktion ist in allen Gesellschaften nötig, weil sie die alltäglichen und dauerhaften Grundlagen des Lebens – in Mangelzuständen des Überlebens – schafft. Das heißt nicht, daß Subsistenz immer die gleiche Form hätte (vgl. Kap. I und V im Band). Im Gegenteil, die Formen der Subsistenz sind historisch großen Veränderungen unterworfen (gewesen). In welcher Gestalt die Subsistenz auch immer auftritt, sie wird auch in der Zukunft die Grundlagen von Leben, Ökonomie und Gesellschaft bilden. Von der modernen Warenproduktion kann man dies nicht behaupten. Nicht die Subsistenz sondern die Warenproduktion ist das, was wir uns schon bald nicht mehr werden leisten können, weil sie nichts hervorbringt, sondern lediglich vorhandenes in Geld und Kapital transformiert und dabei zerstört. Dies wird an der Ökologiefrage und der sogenannten Rohstofffrage (vgl. Kap. III im Band) besonders deutlich. Denn es sind ja nicht die wie auch immer gearteten Bedingungen der Subsistenz, sondern die der Wa-

renproduktion, die zu derartiger Verschwendung und Vernichtung, Verelendung und Entfremdung geführt haben." (Werlhof, C. 1983)

Über die Alltagsarbeit als notwendige Arbeit zum Leben, die 'Lebenskunst', den eigenen Lebensbedarf selbst zu erarbeiten, besteht die Chance, Unabhängigkeit, Sicherheit, Selbstbewußtsein, Eigenmacht zu erlangen im Sinne von: des eigenen Lebens mächtig zu sein.

"Aber nur die Fähigkeit, das Leben mit eigenen Kräften zu erhalten, setzt Individuen und Gemeinschaften instand, Entscheidungen darüber zu fällen, wieviel Macht sie über sich anerkennen wollen." (Gronemeyer, M. 1988: 32)

Als Fähigkeit, subsistent zu leben, betrachte ich somit das 'handwerkliche' Können (im Sinne von: zu wissen, wie ich die Dinge tun kann) Arbeiten auszuführen, die ich nicht verkaufen oder kaufen muß. Das heißt, daß ich auch mich, meine Arbeitskraft und meine Überzeugung nicht verkaufen muß. Lernen ist dabei eine wichtige Fähigkeit zur Subsistenz. Es bedeutet selbst zu sehen und zu verstehen, wie die Dinge sind und wie ich sie bewältigen kann. Der Lernerfolg und die Routine, etwas gesehen, verstanden und richtig gemacht zu haben, gibt Selbstsicherheit und Selbstbewußtsein.

"Fehler in diesem Sinne sind kein falsches Wissen, sondern der bereitgestellte Anlaß weiterzulernen." (AutorInnenkollektiv 1991: 185)

Es ist dann möglich, mit Liebe und Lust an die Arbeit zu gehen. Aufgrund von anderen, in meiner Umgebung überwiegenden Überzeugungen und wirtschaftlichen Bedingungen, habe ich diese Fähigkeiten nur bedingt kennengelernt und mir angeeignet.

4. Ohne Grund und Boden

Meine Eltern haben mir über Jahre eine gewisse psychische und materielle Sicherheit über Anerkennung und Liebe und die Deckung meines Lebensbedarfes gegeben. Beides vermittelte mir zunächst das wichtige Gefühl geborgen, behütet und sicher zu sein. Über diese Versicherung kann ich die Fähigkeit subsistent zu leben aber nur bedingt erlernen. Die materielle Sicherheit erlosch mit dem Ablauf des ersten Studiums. Auch die Anerkennung und Liebe der Eltern reicht für Selbstsicherheit nicht aus. Erfahrung von Kompetenz, sich materiell und psychisch 'über Wasser halten zu können', sind dazu notwendig. Meine Eltern arbeiten beide als kaufmännische Angestellte, also im Handel und nicht selbständig. Da mir meine Eltern weder Land noch Handwerksbetrieb überlassen konnten, welche bei kundiger Bewirtschaftung die 'Möglichkeit' zum Überleben bieten, und die finanzielle Kalkulation meiner Eltern und meine schulischen Leistungen es zuließen, wollten sie mir das Abitur und ein Abitur und Studium ermöglichen, falls ich es mochte. Sie hätten einen Realschulabschluß und eine anschließende Berufsausbildung aber genauso akzeptiert. Für mich war jedoch klar, daß ich mit meinen Freundinnen (meiner 'peer-group', vgl. Riesmann, D. 1954: 54) aus der Grundschule aufs Gymnasium wollte. Damit hatte ich eine akademische Ausbildung für mich relativ festgelegt. Ich habe mich auch immer als Akademikerin gedacht, dabei aber als Angestellte. Selbst einen Betrieb oder ein Büro zu haben, habe ich mir nie vorgestellt, da meine Eltern auch immer

betonten, daß man/frau dazu viel Startkapital bräuchte, daß ich ja nicht hatte. Die 'akademische Auswendiglernelei' führt, im Gegensatz zur Erlangung von Selbständigkeit durch Aneignung von Erfahrungswissen, zur Zurückung von Arbeitskräften. So erschien mir meine materielle Fähigkeit zum Überleben, in dem akademisch Auswendiggelernten zu liegen und davon abhängig zu sein, ob meine Arbeitskraft wirtschaftlich verwertbar und politisch an die offizielle Wertgebung angepaßt ist.

Auch meine psychische Kompetenz zu leben war zum Teil auf Sand gebaut. Meine Eltern haben mir ein Grundgefühl, geliebt zu werden, und moralische Werte vermittelt. Diese habe ich so verinnerlicht, daß ich sie permanent mit mir herumtrage und öfter auf sie zurückgreifen kann und muß. Angeleitet durch sozialdemokratisch geprägten Unterricht am Gymnasium habe ich jedoch frühzeitig begonnen, die moralischen Werte der Elterngeneration in Frage zu stellen und zu relativieren. Dabei habe ich nicht gelernt mir andere moralische Werte als Basis für mein Verhalten anzueignen. Ich wußte nur, was ich nicht will, aber nicht was ich will. Hieraus folgt Verunsicherung und ein Gefühl der Ohnmacht. Diese Verunsicherung durch mangelnde konkrete Perspektiven verstärkte meinen Glauben an die Propaganda der Schule und Universitäten, ich könnte mich 'höheren Zielen' widmen, um darüber Anerkennung und Selbstbestätigung zu erhalten. Ich habe mich für soziale, pflegerische Dienste (Landes'pflege') rekrutieren lassen.

Außenlenkung

In traditionsgeleiteten Gesellschaften (vgl. Riesmann, D. 1956) wird materielle und psychische Sicherheit über festgelegte ökonomische Aufgaben und tradierte Riten, Bräuche, Religionen und Verhaltensregeln vermittelt. In innengeleiteten Gesellschaften (vgl. ebd.) steigt die soziale und räumliche Mobilität. Neben der traditionellen Weitergabe von Land, Handwerksbetrieben und dem zur Bewirtschaftung notwendigen 'Handwerkszeug' existiert eine zunehmende Arbeits- und Klassenteilung, aus der neue Berufe hervorgehen. Hier ist die Toleranz gegenüber anderen Existenzen und Traditionen notwendig. Konformitäts- und Verhaltenssicherung wird nicht über einen gesellschaftlichen Verhaltenskodex – wie in traditionsgeleiteten Gemeinschaften – erreicht, sondern erfolgt über gesellschaftlich geprägte, aber individuell von den Eltern an das Kind vermittelte Werte, Normen und Moralvorstellungen, die einen starren, 'aber in hohem Maße eigenen Charakter' (ebd.: 46) ausbilden. Es wird ein 'seelischer Kreiselkompaß' in Gang gesetzt, wie Riesmann es beschreibt.

"Indem der Einfluß durch die primäre Gruppe gelockert wird – jene Gruppe, die einerseits die Jungen sozial prägt, andererseits das Verhalten der Erwachsenen steuert – wird ein neuer psychologischer Mechanismus 'erfunden', der der offenen Gesellschaft angemessen ist. Diesen möchte ich als einen seelischen 'Kreiselkompaß' bezeichnen.

Nachdem dieses Instrument einmal von den Eltern und anderen Autoritäten in Gang gesetzt ist, hält es den innen = geleiteten Menschen 'auf Kurs', selbst dann, wenn die Tradition, die seinen Charakter geformt hat, seine Verhaltensweisen nicht mehr diktiert. So ist der innen = geleitete Mensch in der Lage, immer wieder jenes empfindliche Gleichgewicht zwischen den durch seine Lebensziele gestellten Forderungen und den Stößen, die er bei der Auseinandersetzung mit der Außenwelt empfängt, herzustellen. Der Vergleich mit dem Kreiselkompaß darf jedoch, wie jeder andere Vergleich, nicht wörtlich genommen werden. Es wäre falsch, wenn man sich den innen = geleiteten Mensch als unempfindlich für die öffentliche Meinung in Bezug auf die äußeren Verhaltensweisen

vorstellen und meinen würde, daß er unfähig wäre, aus seinen Erfahrungen zu lernen. Er ist sehr wohl in der Lage gewisse Signale von außen zu empfangen und zu verwerten, vorausgesetzt, daß sie mit der beschränkten Manövrierfähigkeit, die ihm sein Kreiselkompaß gestattet, vereinbar sind. Sein Steuerorgan arbeitet nicht vollautomatisch." (Riesmann, D. 1956: 47 f.)

Heute leben wir in einem Stadium der Außenlenkung.

"Will man unsere sozialen Charaktertypen den verschiedenen sozialen Schichten zuordnen, kann man sagen, daß die Innen = Lenkung den Charaktertypus des 'alten' Mittelstandes darstellt – es ist der Bankier, der Händler, der kleine Unternehmer, der Ingenieur usw., während die Außen = Lenkung zum typischen Charaktermerkmal des 'neuen' Mittelstandes wird – personifiziert durch den Bürokraten, den kaufmännischen Angestellten usw. (...) Während die Anzahl der in der Urproduktion und der Grundstoffindustrie – Landwirtschaft, Schwerindustrie, Güterverkehr – Beschäftigten und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung sinkt, steigt die Anzahl und der Prozentsatz der Büroangestellten und der öffentlichen und privaten Dienstleistungsberufe. Des Lesens und Schreibens kundig, gebildet und mit den lebensnotwendigen Gütern durch eine sich immer weiter verbessernde Land- und Maschinenwirtschaft versorgt, wenden sich die Menschen in erhöhtem Maße dem 'tertiären' Bereich der Wirtschaft zu. Das Luxus = Gewerbe und andere Arten der öffentlichen und privaten Dienstleistungen florieren auf Grund der Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung, während ähnliche Einrichtungen in früheren Zeiten den 'höfischen' Kreisen vorbehalten waren." (ebd.: 53)

Es besteht ein hohes Maß an sozialer und räumlicher Mobilität, welches eine 'freie' Berufswahl und sozialen Aufstieg verspricht und zur Aufrechterhaltung des nachindustriellen Wirtschaftssystems dient. Gleichzeitig sind in dieser Rollenmobilität die psychischen Bedingungen von Ohnmacht und Anpassung angelegt, weil niemand sich seiner sozialen Rolle und seines Lebensortes sicher sein kann. Immer wieder müssen Leute soziale Rollen und Lebensorte aufgeben, um zu Diensten zu sein. Es kommt zu Verhaltensunsicherheit, Anpassung, um Anerkennung zu erhalten und schließlich Ohnmachtsgefühlen.

"Viele Menschen sehen sich durch diese Entwicklung gezwungen, neue Wege zum Erfolg einzuschlagen und ihr Verhalten noch mehr zu 'sozialisieren', um zu Erfolg und besserer Anpassung an den Ehepartner und an andere Menschen zu gelangen. Mit diesen Wandlungen gehen ähnliche in der Familienstruktur und den Methoden der Kindererziehung einher. In den großstädtischen Kleinfamilien – vor allem mit der Verbreitung der 'verständnisvollen' Kindererziehung auf immer weitere Schichten der Bevölkerung – lokern sich die alten Formen der Disziplin. Im Zusammenhang mit den neuen Verhaltensweisen gelangt jetzt die Gruppe der Zeitgenossen, 'Kameraden' und 'Kollegen' (peer-group) zu großer Bedeutung, und die Eltern sehen in dem Vergehen gegen innere Wertsetzungen einen geringeren Fehler, als wenn das Kind unbeliebt oder nicht in der Lage ist, mit anderen Kindern gut auszukommen. Der Druck, den die Schule und diese Gruppe ausüben, wird darüber hinaus noch verstärkt (...)." (ebd.: 54)

Die geringen Möglichkeiten zu materieller und psychischer Subsistenz rufen eine Verunsicherung hervor, zu deren Aufhebung verstärkt die eigene moralische Position erarbeitet werden muß, d. h., daß ich meinen Erfolg unabhängig vom Auftragsvolumen und der Alimentation definieren muß. Statt dessen kann ich mich fragen, was ich dabei gelernt habe. Als 'Ausgleich' erscheint es jedoch zunächst leichter das Angebot vermeintlicher 'Absicherung' der Schulen und Universitäten als Institutionen von Staat und Wirtschaft anzunehmen, die mir Rechtfertigung und Bestätigung versprechen, 'jemand zu sein'. Da aber auch die Lehre vielfältigen Moden unterworfen

ist, steigt der Ruf nach Leitbildern, Ideologien und sicheren beruflichen Positionen und das Gefühl der Ohnmacht.

"Das gemeinsame Merkmal der außen = geleiteten Menschen besteht darin, daß das Verhalten des Einzelnen durch die Zeitgenossen gesteuert wird; entweder von denjenigen, die er persönlich kennt, oder von jenen anderen, mit denen er indirekt durch Freunde oder durch die Massenunterhaltungsmittel bekannt ist. Diese Steuerungsquelle ist selbstverständlich auch hier 'verinnerlicht', und zwar insofern, als das Abhängigkeitsgefühl von dieser dem Kind frühzeitig eingepflanzt wird. Die von dem außen = geleiteten Menschen angestrebten Ziele verändern sich jeweils mit der sich verändernden Steuerung durch die von außen empfangenen Signale. Unverändert bleibt lediglich diese Einstellung selbst und die genaue Beachtung, die den von den anderen abgegebenen Signalen gezollt wird. Indem der Mensch auf diese Weise ständig in engem Kontakt mit den anderen verbleibt, entwickelt er eine weitgehende Verhaltenskonformität, aber nicht wie der traditionsgeleitete Mensch durch Zucht und vorgeschriebene Verhaltensregeln, sondern durch die außergewöhnliche Empfangs- und Folgebereitschaft, die er für die Handlungen und Wünsche der anderen aufbringt." (ebd.: 55)

Schulzeit

In der Schule habe ich all das gelernt, was mir angeboten wurde. Ich habe darauf vertraut, daß das Versprechen 'das was ihr hier lernt, lernt Ihr nicht für die Lehrer, sondern für euer Leben' stimmt. So hat mir die Schule zunächst ein Wissen vermittelt, auf das ich zurückgreifen kann. Ich kann aus der allgemeinen Kenntnis verschiedener Fachrichtungen entscheiden, ob ich eine Vertiefung der ein oder anderen Disziplin für mein weiteres Lernen notwendig halte oder nicht. Trotzdem war dies eine Faktenspeicherung ohne Frage nach Gebrauch der Fakten und der Möglichkeit, die Fakten im Alltag oder dem der Familie prüfen zu können. Dadurch habe ich sehr viel schnell wieder vergessen. Diese Faktenspeicherung mit dem Versprechen 'wenn ihr das alles wißt, dann seid Ihr gute LandespflegerInnen, dann seid Ihr 'wer', ist mir später an der Fachhochschule wiederbegegnet. Naturwissenschaftliche Fächer, wie Mathe, Physik, Chemie habe ich einfach gelernt, konnte aber nie besonders viel mit ihnen anfangen, da mir die Auswendiglernerei von Formeln und Zahlen immer zu abstrakt, von meinem Leben zu entfernt waren. Erst Humanbiologie und Ökologie weckten meine Aufmerksamkeit. Angestrengt habe ich mich natürlich mit dem Ehrgeiz, gute Noten und darüber Anerkennung zu bekommen, obwohl meine Eltern nie besonders gute Noten von mir verlangten, da sie ihre eigenen schlechten noch in Erinnerung hatten und trotzdem wußten, mit dem Leben zurechtzukommen. Anders aber war das Gelernte kaum zu prüfen. Spaß und gefühlsmäßiges Interesse hatte ich an den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und Sprachen. Die Sprachen konnte ich für die Verständigung und den Ausdruck gebrauchen. Gleichzeitig bezogen sich die Themen wie auch bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern häufig auf die Vermittlung von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen und für mich damit, allerdings irrtümlich, auf das 'Verstehen meines Lebens in dieser Welt'. Diese falsche Annahme entspricht dem sozialdemokratischen Programm wie es Werner W. Ernst beschreibt (das Gymnasium, das ich besuchte war fest in sozialdemokratischer Hand):

"Als politische Inhalte gelten in der Regel die allgemein vorgestellten politischen Grundsätze wie 'Freiheit', 'soziale Gerechtigkeit', 'Gleichheit', 'Solidarität' und die abstrakten

'strukturellen' Richtwerte, wie 'qualitatives Wachstum', 'Vollbeschäftigung', 'Preiswertstabilität', 'Budgetausgleich', die beide an die Stelle konkreter, subjektiver und erfahrungsbedingter Erkenntnisse und Haltungen treten. Das hingegen, was in unserer Gesellschaft als 'individuell' gilt, wie 'Nutzen', 'Bedürfnis', 'Interesse', ist in Wahrheit die entfremdete Form eines zur Abstraktion aufgestiegenen 'bürgerlichen Subjekts'. Dieses 'lebt' von der (fiktiven) Voraussetzung, daß das vermeintlich Individuelle mit den allgemeinen sozialen Standards (moralische Normen, gesellschaftliche Richtwerte) vermittelt ist." (Ernst, W. W. 1990: 23)

Das 'zur Abstraktion aufgestiegene bürgerliche Subjekt' (ebd.) versucht mit der Beschäftigung mit politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse, seine Position in der Welt, im Leben, zu definieren, zu erschaffen und zu rechtfertigen, da es sich aufgrund des Glaubens an den Fortschritt und die darauf folgenden ökonomischen Umstrukturierungen aus der selbständigen, auf Selbstbestimmung basierenden (innen-geleiteten) und primärproduktiven Lebenstradition (Bauerntum, Handwerk), also aus dem Alltagsleben herausgelöst hat. Die Bestätigung des 'Da-Seins' ist dann auf Anerkennung angewiesen und erfolgt über die Einnahme machtvoller Positionen im Dienste der Menschheit, des Allgemeinwohls. Neben der Möglichkeit, in einer fachübergreifenden Disziplin wie der Landespflege mein Allgemeinwissen und Organisationstalent gebrauchen zu können und Kontakt zu Menschen zu haben, war das Kriterium für meine Berufswahl der Wunsch die 'Welt zu verbessern', um eine berufliche Position zu erhalten, die mir Selbstbestätigung durch Machtbesitz und Anerkennung verschafft und meine Verhaltensunsicherheit und mein Ohnmachtsgefühl ausgleicht.

Kreislaufgespräche

In der Schule, mit Freunden und Eltern diskutierte ich zum Beispiel die monotonen Arbeitsbedingungen in der Industrie, die Freizeitgesellschaft, die Ausbeutung der sogenannten 'Dritten Welt', die neuesten Nachrüstungsentscheidungen der Regierung, die Grundwasserbelastung oder den Abfallberg. Meine Mutter und ich nannten diese Gespräche nach einiger Zeit 'Kreislaufgespräche', da sie sich immer im Kreis drehten, wir am Ende wieder am Anfang waren und zwar Ansatzmöglichkeiten für Veränderungen sahen, jedoch der Ansatz an einem Punkt des Kreises der Veränderung des gesamten Gesellschaftssystems bedarf und einer Revolution gleichkäme, die wir als unrealistisch einschätzten und auch nicht wollten. Gleichzeitig wußten wir, daß die Entscheidungsbefugnisse für Ansätze einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung nicht in unserer Hand lagen. So konnten wir die Auseinandersetzung über die Qualitäten der eigenen Arbeit beruhigt vertagen. Wir waren ohnmächtig, weil wir unsere Macht falsch verstanden. Unseres Alltages, unserer Arbeit sind wir mächtig, weil wir den Ort, die Leute, die Situation und die Aufgaben kennen und bewältigen können. Wir können sehen, was geht und was nicht geht. An den Verhältnissen, die über die konkreten Orte und Situationen hinausgehen, werden wir stets scheitern.

Die Einführung der Ungerechtigkeit

Viele Leute können bei etablierten und ständig verfeinerten Herrschaftsstrukturen nur ansatzweise selbstbestimmt über ihr Leben verfügen. Ich wollte in einer gerechten Welt leben. Ich kannte jedoch nicht die Prinzipien der Ungerechtigkeit, bzw. wie

sie eingeführt wurde. Auch wenn ich mich bisher nicht intensiv damit beschäftigt habe, möchte ich doch versuchen sie kurz zu beschreiben. John Berger beschreibt 1984 im 'Historischen Nachwort' seines Buches 'SauErde', daß bäuerliche Familien bevor sie ihre eigene Nahrung produzieren können, stets gezwungen sind, zunächst die Nahrung anderer zu produzieren. Die Gerechtigkeit wird aufgehoben, indem die Subsistenzproduktion als 'Reproduktionsarbeit' Ort der Ausbeutung für die kapitalistische Akkumulation ist. Die Einführung der Ungerechtigkeit beginnt nach Karl Marx mit der 'ursprünglichen Akkumulation' und der Schaffung 'freier Lohnarbeiter'. Joseph Bergmann beschreibt 1989 den Beginn der ursprünglichen Akkumulation mit der Entdeckung des Metalls und mit dem Beginn des Tausches zwischen luxuriösen und notwendigen Gütern. Der Wunsch, das Luxusgut Metall zu besitzen, erfordert die Akkumulation von materiellen Werten, um die Gewinnung und Verarbeitung des Metalls vergüten zu können (vgl. Bergmann, J. 1989).

"Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel. (...) Andererseits aber werden die Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind." (Marx, K. 1890/1982: 742 f.)

Die ursprüngliche Akkumulation ist die Befreiung von der Leibeigenschaft und Hörigkeit, die, welch glücklicher Zufall, einherging mit der Befreiung von der Scholle. Sie ist die Aufhebung der Allmende und die 'Befreiung' von Dienstbarkeit und Zunftzwang.

"Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel." (ebd.: 791)

Die Enteignung des Kapitalismus durch sich selbst findet jedoch nicht statt; und die Ungerechtigkeit endet nicht mit Marx' Rezept der Aufhebung des Privateigentums und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bei Beibehaltung der Lohnarbeit unter der Kontrolle des Staates. Aber der Staat ist ja das Volk!? Die Errungenschaften der kapitalistischen Ära ist die Akkumulation des Kapitals, und zwar nicht nur auf der Basis der 'freien' Lohnarbeit, sondern überwiegend auf der Grundlage der Ausbeutung der Subsistenzproduktion und derer, die diese Arbeit tun: "die unfreien, farbigen, weiblichen Nichtlohnarbeiter dasamt der Alten und der Kinder." (von Werlhof, C. 1983/88: 121)

"Nicht 10% freie Lohnarbeiter, sondern 90 % unfreie Nichtlohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren 'Produzenten', sind die 'Norm', der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet. (...) Es ist ja nicht wahr, daß 'Arbeitslose' nicht arbeiten. Sie sind Lohnlose, Einkommenslose und müssen daher viel mehr arbeiten als die Beschäftigten, um überhaupt zu überleben. (...) Da eine einzelne Tätigkeit zu wenig abwirft, müssen sie viele auf einmal tun: sie sind gleichzeitig Kleinbauern, und Saisonarbeiter, Kleinhändler und Kleindienstleistende, Produzenten und Verkäufer selbst hergestellter Waren, Prostituierte und Teilzeitlohnarbeiter, Vertrags- und Heimarbeiter, kurz, alles das, was erst jetzt bei uns nach und nach für den 'weißen' Mann die Norm werden wird." (ebd.: 121)

Nach John Berger glauben bäuerliche Familien nicht, daß diese Ungerechtigkeit immer bestanden hat.

"Am Anfang war ein primärer Zustand von Gerechtigkeit gegenüber der primären Arbeit, nämlich die primären Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Alle spontanen Bauernaufstände haben das Ziel gehabt, den Zustand einer gerechten, bäuerlichen Gesellschaft wiederherzustellen." (Berger, J. 1984: 276)

"Eine Alternative ist nur in Sicht, wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht einfach nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich die Produktionsmittel, wiederzubekommen: unsere Körper und unsere Kinder, unsere Häuser und unser Land, unser Wissen, unsere Kreativität und die Resultate unserer Arbeit. Wir wollen das, Männer und Frauen, ohne dafür 'am Draht' zu hängen. Dazu brauchen wir allerdings nicht nur keine Proletarier, sondern auch keine Hausfrauen (und keine 'Landespflege mit dem Sozialcharakter der domestizierten Frau'; vgl. Schneider, G. 1989; Anm. d. Verf.)." (von Werlhof, C. 1983/88: 131)

Hierzu muß ich Gegenstand, Ort und materielle Bedingungen, den Weg, das Handwerk, kennen.

"Überholen nun, das setzt nicht nur Unzufriedene voraus, denen der Lauf, gar Stand der Dinge nicht Genüge tut. Und es setzt nicht nur ein Wünschen und Erwarten voraus, samt der Fähigkeit, Träume nach vorwärts zu haben. Das ist freilich nötig, um Dinge nicht in den Sinn zu nehmen, wie sie sind, indem man sich vor ihnen schlechthin ergibt, statt gegebenenfalls vor ihnen zu erbrechen. Weiter ist nötig, daß das Überholen nicht abstrakt bleibt, nur putschhaft vortäuschend oder auch ein Glück vormachend, von dem überhaupt nicht gewußt wird, wie man hingelangt. So etwas ist erst schwärmen und überholt nur scheinbar, obwohl sein vorwärts besonders heftig aussieht; es überholt aber nicht, sondern überschlägt. Damit dies vermieden, dazu muß man allerdings auch mitmachen, freilich nicht die Dinge, wie sie sind, wohl aber wie sie gehen, real möglich gehen könnten, wie ihre Tendenz ist. Kein Überholen kann dies außer acht lassen, ja am wichtigsten ist auch in diesem Betracht die Beachtung der Straße. Anders gewendet: ohne Anwesenheit im Lauf der Dinge kommt Vorwegnehmen ganz wo anders hin, als es wollte." (Bloch, E. 1967: 123)

Als Landschafts- und Freiraumplanerin besteht meine Arbeit überwiegend darin, die materiellen Bedingungen für die Subsistenzarbeit der Leute am Planungsort, zu bedenken. Aus subsistentiellen Tätigkeiten lerne ich für diesen Beruf, der zu den Volkswissenschaften gehört: So

"(...) bezeichnen wir ein für außeruniversitäre (außerwirtschaftliche) Adressaten alltagsbedeutsames und (in mehrerer Hinsicht) existenztragendes Wissen: (...)." (Hard, G. 1981: 86)

Denn die Arbeit der Landschafts- und Freiraumplanung ist es, die Spielräume und Möglichkeiten der materiellen Bedingungen für die Subsistenzarbeit der Leute am Planungsort zu verstehen und freizuhalten. Das Verständnis der 'Frei'-Räume erfolgt über die Beobachtung vor Ort im Vergleich zu Erfahrungen, Gesehenem, Gelesenem und Verstandenem.

Der sozialdemokratische Trugschluß

Ich bin zunächst den Verheißungen wissenschaftlicher 'Methodologie' auf den Leim gegangen, deren verschwiegene Voraussetzungen die Verschleierung und Verschärfung herrschaftlicher (staatlicher) Kontrolle und Macht beabsichtigten. Werner W. Ernst (1990) beschreibt in dem Artikel 'Wo steht die Sozialdemokratie' über die Methoden der Sozialdemokraten:

"Die Bemächtigung der Inhalte erfolgt über die formale oder Herrschaftsform. Diese besteht in der bloßen Verfügbarkeit über Wissen = Information, während Wissen in seiner konkreten Ortsbezogenheit bestünde – ohne Herrschaftszwecken untergeordnet zu werden. Ich nenne die via Herrschaft stattfindende Urteilsform: Unterstellung und die beherrschende und ihrerseits beherrschende Information: entstelltes Wissen. (...) An deren Stelle [Eigen-Ständigkeit (Ortsbindung) und Eigen-Sinn (Subjektbindung); Anm. d. Verf.] tritt entstelltes Wissen (vom Ort losgelöste, abstrakte Information) und die unterstellende (der Herrschaft unterstellte) Urteilsform. Die alles gleichsetzende, ort-lose formale Form hat keinen konkreten Inhalt. Das, was sie als Inhalt vorstellt, ist die Absehung, Abstraktion von Inhalten. Das heißt: Die Abstraktion läßt von Inhalten reden, ohne sie nur im entferntesten kennen zu müssen. Und nur als Unbekannte (x, y, z) sind sie auch gleichzusetzen. Es geht um Verfügen können und nicht um Kenntnis im Sinne des Bekannten." (Ernst, W. W. 1990: 24)

In den Kreislaufgesprächen haben wir 'entstelltes Wissen' ausgetauscht. Darin steckte die Erwartung, über die großen Zusammenhänge der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensverhältnisse der Leute zu verstehen. Gleichzeitig ist daran die Erwartung geknüpft, Handlungsmöglichkeiten aus dem Verstehen abzuleiten, die zu einer gerechteren Welt beitragen, in der Menschen nicht unterdrückt werden. Diese Erwartungen sind fiktiv. Um diese fiktiven Vorstellungen zu bestätigen und das Konkrete nicht sehen zu müssen, werden deduktive, ungenaue Methoden gewählt, die immer nur das Eingebildete widerspiegeln. Lebensverhältnisse können mit 'entstelltem Wissen' nicht verstanden, sondern nur 'unterstellt' werden. Um zu Verstehen und etwas zu bewirken, müssen der Gegenstand, der Ort, die Leute, die Situationen genannt werden. Die sozialdemokratische Methode ist eine deduktive, d.h., daß Handlungsmöglichkeiten für besondere Situationen (nämlich von konkreten Menschen an konkreten Orten) aus 'unterstellten', propagierten, allgemeinen Zugängen abgeleitet werden.

"Alle Helden der Ilias sind (verzeihen sie den Ausdruck) auf diese Art hereingelegt worden. Die Götter hatten das Phantom der Helena geschaffen, und dieses Trugbild sahen die Griechen auf den Mauern Trojas. Als die Stadt eingenommen war, verflog es. Übrig blieb lediglich eine alte Frau, die in der Tat Helena hieß, aber um derentwillen selbstverständlich niemand hätte sterben wollen." (Giono, J. 1989: 59)

"Es ist die Herrschaft des 'Allgemeinen' über das 'Besondere.'" (Ernst, W. W. 1990: 25)

Die besonderen Situationen vor Ort werden nicht genannt. Dadurch kann die Theorie des Allgemeinen nicht durch die Kenntnis des Besonderen erweitert werden. Es ist eine Illusion (hier liegen die wirklichen Aufgaben!), die sozusagen von 'oben' kommt. In dem ich deduktiv versuche, gesellschaftliche Verhältnisse zu betrachten, die es ja gar nicht gibt, um daraus Handlungsmöglichkeiten für Veränderungen abzuleiten, komme ich zur Notwendigkeit eine gesamtgesellschaftliche Veränderung der Verhältnisse erwirken zu müssen. Diese läßt sich nur durch diktatorische Maßnahmen verordnen, aber nicht erreichen. Das permanente Streben nach Veränderung und Verbesserung ist stets unterdrückerisch und enteignend, da es am Allgemeinwohl orientiert die Erfahrungen und Entscheidungsfreiheiten von Menschen negiert.

"Die Großnasen (hier die Deutschen; Anm. d. Verf.) kennen keinen Kreislauf. Die Großnasen glauben verbissen daran, daß alles sich ständig ändern muß, und selbst die Vernünftigeren sind nicht von der Meinung abzubringen, daß, wenn etwas sich ändert, es auch besser wird. Hat die Welt schon so einen Aberglauben gesehen? Dabei bräuchte

man nur die unverwüstlichen Gesetze der göttlichen Mathematik anzuwenden. Wenn du eine Münze in die Höhe wirfst, steht die Chance 1:1, mit welcher Seite sie nach oben zu liegen kommt, wenn sie herunterfällt. Wenn ich – sei es im Privatleben, sei es im Staatswesen – etwas ändere, steht die Chance 1:1, ob das Neue besser oder schlechter ist als das Gewesene. Das, meint man doch, leuchtet dem Dümmlsten ein. Nicht so den Großnasen. Sie sind nicht davon abzubringen, daß das Neue immer zwangsläufig besser ist als das Alte.

Fort-Schritt (...) sie schreiten fort, sie schreiten fort von allem. Sie schreiten fort von sich selber. Warum? frage ich mich. Wohl nur, weil es ihnen nicht gefällt, bei sich selber zu sein. Und warum gefällt ihnen das nicht? Wohl weil sie sich – und nun das wieder mit Recht – als widerwärtig empfinden. Aber was für ein Unsinn, von sich fortzuschreiten. Sie ändern ja nur die Umgebung, nicht sich selber. Und das scheint mir der Kernpunkt zu sein: die Großnasen sind weder in der Lage noch willens sich selber zu vervollkommen (...), sie experimentieren lieber mit ihrer Welt herum."

(Kao-tai in: Rosendorfer, H. 1986: 72 f.)

Entmutigungen

Ich wollte, wie anfangs beschrieben, in meinem Beruf etwas 'Gutes tun'. Ich habe gelernt, entstelltes Wissen wichtiger als meine Alltagserfahrung zu nehmen. So habe ich mir nur wenig Handwerkszeug für den Alltag bzw. für den Beruf, der sich auf die Alltagsarbeit bezieht, angeeignet. Statt eine alltagspraktisch und handwerklich gute Arbeit abzuliefern, versuchte ich, beruflich die Welt zu verbessern. Dies bedeutet, daß mein Blick immer auf lediglich propagierte Verhältnisse der Gesellschaft und der Problematisierung, auf sogenannte Fernziele gerichtet war, statt auf meine Arbeit als Planerin. Die Ignoranz der deduktiven Methode gegenüber orts- und personen gebundenen Situationen organisiert die Enteignung der Leute von Tradition, Erfahrung, Alltag und gesteht ihnen so keine Autonomie zu. Und so verliere auch ich den Kontakt zu mir, zu meinem Leben und dem Leben anderer. Ich weiß dann nicht mehr was ich will, was ich kann, was mir Spaß macht. Ich verliere meine Position und meine Grenzen. Ich entmündige und enteigne mich meiner selbst. Da jede Handlung mit dem Allmachtsanspruch der Weltverbesserung fehlschlägt und nichts bewirkt, bzw. stets die Enteignung der Leute fortschreibt, reproduziere ich mein Versagen, meine Ohnmacht und mein schlechtes Gewissen. Es ist eine Entmutigung durch Wertstarrheit, wie Pirsig es beschreibt. Mit dem starren Blick auf die Wertvorstellungen, die aus der Betrachtung allgemeiner Verhältnisse deduktiv gewonnen sind, verliere ich den Blick für die Situation und deren Handlungsspielräume im Alltag und am Arbeitsort der Planerin.

"Das zeigt sich oft in einer voreiligen Diagnose, wenn man überzeugt ist, man wüßte wo der Fehler liegt und dann festsetzt, wenn sich das als Irrtum herausstellt. Dann muß man neue Anhaltspunkte finden, aber dazu muß man sich erst von seinen vorgefaßten Meinungen freimachen. Wenn man mit starren Wertvorstellungen geschlagen ist, erkennt man die richtige Antwort womöglich auch dann nicht, wenn man sie direkt vor der Nase hat, weil man einfach die Bedeutung der Antwort nicht erfäßt." (Pirsig, R. M. 1987: 322)

5. Die HelferIn

Ich wollte 'Gutes tun', indem ich dazu beitrage, gesellschaftliche Mißstände oder persönliche Probleme anderer zu beheben. Etwas gutes 'tun' zu wollen, die Betonung liegt auf 'tun', bedeutet, sich durch Taten die Bestätigung verschaffen zu wollen, gut zu 'sein'. Statt meine 'Ticks' zu akzeptieren, wollte ich mich vor mir selbst

bestätigen und durch andere bestätigt werden. Indem ich für das Wohlbefinden anderer arbeiten will, nehme ich an, daß die Arbeit, die ich für mich leiste, die die Leute für sich tun, nicht gut sei. Für das Wohlbefinden anderer zu arbeiten, andere zu versorgen, ist die Maxime des Sozialstaates, nämlich anderen die Arbeit abzunehmen. So werden die Leute für unfähig erklärt. Dies wird materiell durch den Entzug von Freiräumen durchgesetzt, indem z. B. den Leuten keine Gärten zugestanden werden. Ihnen wird gesagt: Ihr braucht nichts mehr zu tun, wir als Institution (Stadt, Wohnungsbaugesellschaft etc.) übernehmen die Arbeit. Die Folge des Entzugs der Freiräume ist administrative Pflege und Kontrolle. Zusätzlich zu den Freiräumen werden die Leute auch ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten beraubt.

Wolfgang Schmidbauer (1987) beschreibt in 'Die hilflosen Helfer' das Helfersyndrom. Das Helfersyndrom ist ein Verhalten, daß überwiegend bei Angehörigen der helfenden Berufe, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, Krankenschwestern und -pflegern etc. anzutreffen ist. Dieses 'Helfen' vergleiche ich mit meinem Wunsch, 'Gutes für andere zu tun'. Für Schmidbauer ist das Helfersyndrom Folge eines gestörten Selbstgefühls der HelferInnen, das er auf eine narzißtische Kränkung zurückführt. Als Narzißmus definiert Schmidbauer

"(...) die gefühlsmäßige Einstellung eines Menschen zu sich selbst bzw. die Rolle des Selbst(gefühls) in der Person." (Schmidbauer, W. 1987: 48)

Die 'narzißtische Kränkung' ist vergleichbar mit Balints 'Störung der primären Beziehung' (vgl. Balint, M. 1964/91)

"Er begründet sie mit einem Mangelzustand, den das Kind in der Beziehung zur Bezugsperson erfahren hat. (...) Die Störung der primären Beziehung/Liebe nennt Balint 'Grundstörung'. Sie ist 'ein Mangel in der Grundstruktur der Persönlichkeit, ein Defekt oder eine Narbe.' (Balint, 1987: 98)" (Schneider, G. 1989: 126)

Ich verstehe an dieser Stelle die narzißtische Kränkung nicht wie die klassische Psychologie als individualpsychologische Erfahrung. Statt dessen dienen mir meine Erfahrungen als Indiz, daß die narzißtische Kränkung, Subsistenzfähigkeit nicht zu erlernen, eine politische und wirtschaftliche Methode ist, welche der stetigen Reproduktion einer Gesellschaft dient, in der Menschen nicht selbstbestimmt handeln sollen. Huuuch, da bin ich wieder in die Tinte getappt. So werden fiktive gesamtgesellschaftliche Verhältnisse, die ganze große Welt in einem Zug beschrieben. Der Alltag ist realer und differenzierter. Ich meine vielmehr, daß die Störung der primären Beziehung keine rein individuelle Erfahrung ist, sondern meine Lerngeschichte im Vergleich mit landespflegerischen "Taten" und deren Folgen als Indiz dient, daß die narzißtische Kränkung eine LandespflegerInnen gemeinsame Erfahrung ist. Sie ist Folge einer Deformation der Mutter-Kind-Beziehung, wie Nancy Chodrow sie 1986 beschrieb (vgl. ebd.: 119 ff.), und Folge weiterer Verhinderungen von Autonomiebestrebungen durch Ausschluß von befähigendem Wissen in den Schulen, Lehre, Beruf, Universitäten usw. So dienen die Verhaltensformen der drei 'LandespflegerInnen-Typen', die da sind: der Auftraggeber-Typus, der Helfer-/Anwalt-Typus, der Entdecker-/Erfinder-Typus, deren Definition im Wunschträume-Seminar im WS 1988/89 an der GH Kassel erarbeitet wurde (vgl. Schneider, G. 1989: 123), der Kompensation der narzißtischen Kränkung. Individuell dagegen ist die Moral, d. h. die eigenen

Verhaltensgrundsätze. Denn ich kann, indem ich kritische Distanz zu meinen Lernerfahrungen, der mir vermittelten gesellschaftlichen Moral, dem daraus hervorgehenden Verhalten und der Bewertung der Folgen, eine eigene Moral bilden und dazu notwendige Lernerfahrungen suchen und finden.

Wird eine narzißtische Kränkung erlebt, ist die einfachste und urtümlichste Möglichkeit einer drohenden Erschütterung des Selbstgefühls zu entgehen die 'Regression, d.h. die Rückkehr in den narzißtischen Primärzustand' (ebd.) oder zu seinen Surrogaten.

"In diesem Urzustand besteht eine Einheit zwischen Mutter und Kind. (...) Der mütterliche Organismus sorgt während der Schwangerschaft automatisch und zwangsläufig dafür, daß die Bedürfnisse des Kindes befriedigt werden, daß es sich sicher, warm, satt und geborgen fühlen kann." (Schmidbauer, W. 1987: 49)

Surrogate sind Phantasien oder Handlungen, deren Thema die Verschmelzung, das grenzenlose Aufgehen ist, z. B. im heißen Bad, beim Sonnenbaden, Fliegen usw. Im narzißtischen Primärzustand erleben sich Säuglinge als ohnmächtig und die Eltern als allmächtig. Der Wunsch nach Rückkehr in den Primärzustand und die Verschmelzung mit den Bezugspersonen, führt jedoch auch zu der Vorstellung, selbst allmächtig zu sein. Es kommt zu Allmachts- und Größenphantasien. Eigenschaften der großartigen Eltern werden als ideale Seiten, Werte und Normen der Bezugspersonen verinnerlicht und zum Ich-Ideal ausgebildet. Das Über-Ich wird aus Werten und Normen geformt, die von Bezugspersonen als Anforderungen an Menschen herangezogen werden. Der Wunsch nach Verschmelzung mit der allmächtigen Bezugsperson führt zu einer Überbetonung des Über-Ichs und des Ich-Ideals.

"Die Über-Ich-Entwicklung hat für das Helfer-Syndrom große Bedeutung. Das zwanghafte, durch die Identifizierung mit dem Über-Ich und Ich-Ideal-System erreichte Helfen geht mit einem schwerwiegenden Verlust an Einfühlungsfähigkeit einher und behindert dadurch in vielen Situationen die eigenen Ziele.

Was sich der narzißtisch ausbalanciert lebende Mensch durch die Verinnerlichung eines positiven Ich-Ideals selbst geben kann, muß der narzißtisch Gestörte versuchen, außen zu finden." (Schmidbauer, W. 1987: 56 f.)

Grenzen

In einigen Arbeitssituationen habe ich mich dem oder der jeweiligen Chefln mit geradezu preußischem Glauben an Autoritäten und ihrer Perfektion hinsichtlich des landespflegerischen Repertoires unterworfen, in dem ich jede Arbeit ohne Wenn und Aber ausgeführt habe. Dabei habe ich in einer Art Allmachtsglauben hoffärtig und Anerkennung erhoffend meine Fähig- und Belastbarkeiten negiert und dabei so hohe Ansprüche an mich selbst gestellt, daß ich diesen nur noch hinterherlaufen konnte, statt in kleinen Schritten eine handwerklich und 'methodisch' gute Arbeit abzuliefern. Durch die Unkenntnis meiner Grenzen und die illusionistisch hohen Ansprüche habe ich mir meine Ohnmacht und der Chefln zusätzlich zur formalen Machtposition weitere Macht über mich organisiert. Gleichzeitig habe ich mich um die Möglichkeit der selbstverantwortlichen Positionsbestimmung gebracht, über die Distanz erst möglich wird.

"Dabei ist die einzige Möglichkeit sie oder ihn zu erreichen: Du selbst – d.h., anders – zu sein und von daher im Bereich der eigenen deutlich erkennbaren Grenzen die Gemeinsamkeit und das Zusammentreffen zu suchen." (Roeck, B.-P. de 1990: 47)

Mit Kenntnis meiner Grenzen kann ich abwägen, ob ich mir zutraue, sie zu überschreiten und ob das gut für mich ist. Das Helfer-Syndrom ist ein Weg, eine narzißtische Störung zu bewältigen. HelferInnen entwickeln aufgrund ihres Wunsches nach Rückkehr in den Primärzustand durch die Vorstellung, mit der Bezugsperson zu verschmelzen, ihr gleich zu sein, die Allmachts- und Größenphantasie, dem eigenen Ich-Ideal und Über-Ich, d. h. auch den Anforderungen von außen, stets gerecht werden zu können. Das 'philanthropische Ideal' 'zuerst für andere, statt für sich selbst zu arbeiten' bietet den HelferInnen die Möglichkeit, Dank und Anerkennung von 'Hilfsbedürftigen' als Ersatz für die eigene Selbstsicherheit zu erlangen. Um die Bestätigung und Anerkennung aber gewährleistet zu sehen, ist es notwendig die Notlage der 'Hilfsbedürftigen' ständig zu reproduzieren. HelferInnen sind auch 'Erfüllungsgehilfen'.

Die Reproduktion der Bedürftigkeit

In der Landschafts- und Freiraumplanung besteht ein abstraktes, verschleiertes Auftragsverhältnis. Formale ArbeitgeberInnen und GesprächspartnerInnen, aber keine NutzerInnen, sind häufig Ämter und Institutionen, die Bestätigung und Anerkennung versprechen, wenn Ihre Aufträge gemäß ihren fiktiven und nicht am Gebrauch orientierten Entwurfsvorstellungen ausführe. NutzerInnen und somit informelle AuftraggeberInnen sind jedoch die Leute vor Ort, die über falsche Planungen (Entwürfe) von LandespflegerInnen und formalen AuftraggeberInnen zu Betroffenen, Hilfsbedürftigen degradiert werden. Führen LandespflegerInnen ihre Aufträge gemäß den Weisungen der formalen AuftraggeberInnen aus, um Anerkennung zu bekommen, reproduzieren sie zum einen die eigene Unfähigkeit, da die Planungen nicht gebrauchsfähig sind, d. h. sie auch nicht geprüft und für gut befunden werden können. Daher resultiert die Praxis der LandespflegerInnen, nicht an den Ort ihrer Tat zurückzukehren, da sie sich mit ihrer eigenen Unfähigkeit konfrontiert sähen. Zum anderen inszenieren sie die Unfähigkeit und Betroffenheit der NutzerInnen. Angeblich unfähig die 'gutgemeinten' Entwürfe zu verstehen und angemessen zu 'genießen', sind sie in Wirklichkeit betroffen von der nicht 'Verplanung'. Über die ständige Verbesserung, Nachbesserung permanenter Modernisierung der Entwurfsvorstellungen wird jeweils die neu hergestellte Geschichte des Gebrauchs vor Ort zerstört und die Betroffenheit wie Aufträge und Möglichkeiten zur Selbstbestätigung reproduziert.

"Es kommt zu einer Vermeidung von Beziehungen zu Nicht-Hilfsbedürftigen und zu einer indirekten Äußerung von Aggression gegen Nicht-Hilfsbedürftige."
(Schmidbauer, W. 1987: 92)

Denn die Ablehnung der Hilfe wird als Undankbarkeit sowie Streit und Kritik als persönlicher Angriff wahrgenommen.

Die HelferIn ist eine Rolle, die besonders von Frauen gelebt wird. Die Frauen, ans Haus gebunden, eine Hausarbeit ausübend, die negiert ihren gesellschaftlichen Stellenwert verloren hat (vgl. hierzu Werlhof, C. v./Mies, M./Bennholdt-Thomsen, V.

1983/88) sollen sich der Erziehung der Kinder widmen und versuchen, als einfühlsame Mutter, Haus- und Ehefrau Bestätigung zu erhalten. führt die Das Helfersyndrom ist gemäß unserer Rollenzuweisung und -annahme bestimmt.

"Die feministische Betrachtung des Individuierungsprozesses hat die Dynamik und die Prozesse aufgezeigt, die dafür verantwortlich sind, daß in patriarchalen Verhältnissen eine grundsätzliche 'Deformation' in der (Geschlechter-) Beziehung entsteht, die Ich-Stärke, Abgrenzung und damit Autonomie verhindert: die Mutter gibt die Verachtung und Abwertung des weiblichen Geschlechts in der Mutter-Kind-Beziehung weiter: an die Töchter in der Ideologie der Unterwerfung und an die Söhne in der Ideologie der Herrschaft (vgl. Chodrow 1986). (...) Das asymmetrische gewaltsame Geschlechterverhältnis hat die 'Reproduktion des Mutterns' zur Folge wie Chodrow (1986) diesen Vorgang nennt." (Schneider, G. 1990: 55)

Keller (1986) beschreibt, daß Frauen

"(...) aufgrund Ihres eigenen unterentwickelten Ich-Gefühls die wachsende Autonomie des Kindes als Verlust oder Zurückweisung empfinden." (Keller, E. F. 1986: 114)

Um diese Zurückweisung nicht erleben zu müssen, weiter helfen zu können, unterdrücken Mütter die Autonomiebestrebungen der Töchter und Söhne. Die patriarchale Bewertung der geschlechtlichen Arbeitsteilung ruft die unterschiedlichen Ausdrucksformen hervor, die das unterentwickelte Ich-Gefühl ausgleichen sollen. Die patriarchal-weibliche Rolle ist die domestizierte Hausfrau, die als Helferin die 'Reproduktionsarbeit' leistet und die patriarchale Aufgabe der Männer ist es, die marktfähige Produktion zu beherrschen und dabei durch unterdrückerische Machtausübung das unterentwickelte Ich-Gefühl auszugleichen. Sie verlangen Dank und Anerkennung für ihre glorreichen Taten.

6. Folgerungen

Die Weltverbesserungsstrategie ist ein Konstrukt, das nicht durch reale Betroffenheit motiviert ist, sondern eine diffuse Angst und Ohnmachtsgefühl ausgleichen soll (Ablaß). Hierzu ist 'entstelltes Wissen' gelernt und verbreitet, um unangreifbar und versichert zu sein. Gleichzeitig soll die Objektivierung des Wissens beweisen, daß die produzierte Arbeit notwendig und wertvoll für das Allgemeinwohl ist, um auch die materielle Position zu sichern. Die deduktive Methode, die bei Beschäftigung mit den allgemeinen 'Verhältnissen' und deren 'Veränderung' wie 'Verbesserung' propagiert, dient nicht dem Verstehen, sondern der Enteignung der Leute von Lebenstraditionen. Über die unumgänglichen Fehlschläge wird wieder Ohnmacht und gleichzeitig die Betroffenen und die zu verbessernden Verhältnisse reproduziert. Die HelferIn ist die zugehörige psychologische Kategorie über die helfende, pflegende Berufe (Landes-'Pfleger') den Sozialcharakter einer domestizierten Frau bekommen. (vgl. Schneider 1989)

So, wie neben der Landespflege immer auch eine Debatte kluger Planungstheorie und klugen Handwerkes stattgefunden hat, sind neben der Weltverbesserungsstrategie und der Rolle der HelferIn auch andere Fähigkeiten erlernt worden. Im Seminar "Wunschträume" an der GH Kassel (vgl. Schneider, G. 1989: 122) sind in den einzelnen Berufsbiographien jeweils Anteile der verschiedenen LandespflegerInnen- und LandschaftsplanerInnen-Typen (vgl. ebd.: 123 f.) erzählt worden. Die beim Erinnern, Erzählen und Interpretieren eingenommene kritische Distanz ermöglicht es,

das breite Spektrum der eigenen Fähigkeiten, die Verhaltensweisen, in denen ich verhaftet bin und die Fähigkeiten, die brachliegen, wahrzunehmen. Damit ist es auch möglich neu zu wählen und die Lernerfahrungen, Motive zur Berufswahl und ihre Auswirkungen auf die professionelle Arbeit produktiv zu wenden, statt sie leidvoll zu ertragen. Sie brauchen dann nicht mehr Angst auszulösen, sondern können Anlaß werden zu lernen (vgl. ebd.: 123). Das bewußte und reflektierte Erinnern des Spektrums der Motive und Fähigkeiten gibt auch den Mut und die Sehnsucht, die schmerzhaften Erkenntnisse, die Täuschungen und den Selbstbetrug zu überwinden und die brachliegenden Fähigkeiten aufzugreifen und immer mehr zu erweitern. Es entsteht Sehnsucht und Mut mit 'Liebe zur Sache an die Arbeit zu gehen', wie Pirsig es beschreibt, d.h. mit persönlichem Interesse, Konzentration, Ruhe, Gelassenheit und Beteiligtsein (vgl. Pirsig 1978).

Es ist wie bei dem Jungen Peter in dem autobiographischen Roman 'Der Plan von der Abschaffung des Dunkels' (Hoeg, P. 1995), der nachdem er die Liebe kennengelernt hat, vom Leben nicht mehr lassen will.

"Katarina, August und ich sind einander begegnet, danach war es nie mehr möglich, total aufzugeben. Ich habe darüber nachgedacht, warum.
Ich glaube, es war Liebe. Ist man ihr einmal begegnet, dann will man nicht mehr sinken. Dann sehnt man sich für immer nach dem Licht und der Oberfläche."
(Hoeg, P. 1995: 260)

Bei der professionellen Arbeit liegt die Pointe gerade darin,

"(...), daß Bewußtsein und Distanz gegenüber den historischen Zufällen der eigenen Studier- und Lerngeschichte, daß Bewußtsein und Distanz etwa gegenüber dem Zufall, welche Fächer und welche Geographie man wann, wo und wie bei wem studiert hat – daß diese Distanz und diese Bewußtheit auch notwendige Voraussetzung der Objektivität gegenüber 'den Sachen selbst' sind, welche man unterrichtet oder lehrt: Während gerade ungebrochenes Bewußtsein von 'Objektivität' und '(Fach-)Wissenschaftlichkeit' bei der 'Weitergabe des Gelernten' ein unkontrolliertes Übermaß von Subjektivität in den Unterricht bringt." (Hard, G. 1981: 80)

Und hierin besteht ein Unterschied zwischen der Landschafts- und Freiraumplanung und der Landespflege, zwischen Planung und Entwurf: Über die bewußte Wahrnehmung der eigenen Subjektivität kann ich meine Werturteile in der Landschafts- und Freiraumplanung zur Debatte stellen und prüfbar machen. Während über den Objektivismus der Landespflege die eigene Subjektivität lediglich getarnt und die Werturteile verschleiert werden.

Wobei neben den bei Hard genannten historischen Zufällen auch die gewählten Wege bewußt und mit kritischer Distanz zu reflektieren sind.

Literatur:

- AutorInnenkollektiv (1991):** Ein Stück Landschaft sehen, verstehen, beschreiben; z. B. Miltenberg/Main. Studienarbeit im Studiengang Landschafts- und Freiraumplanung, GH Kassel. Kassel
- Balint, M. (1964/91):** Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart
- Berger, John (1984):** SauErde – Geschichten vom Lande. Frankfurt/Main, Berlin
- Bloch, Ernst (1967):** Tübinger Einleitung in die Philosophie. Frankfurt/Main
- Chodrow, Nancy (1985):** Das Erbe der Mütter – Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter. München
- Ernst, Werner W. (1990):** Wo steht die Sozialdemokratie? – Ideologische Anmerkungen zu den sozialdemokratischen Positivitätsvorstellungen idealistischer und materialistischer Ausprägungen. In: Zukunft 9/90

- Giono, Jean (1979):** Die Terrassen der Insel Elba. Frankfurt/Main
- Gronemeyer, Marianne (1988):** Die Macht der Bedürfnisse. Reflexionen über ein Phantom. Reinbek bei Hamburg
- Hard, Gerhard (1981):** Einleitung in das Thema und Überlegungen zum Hochschulunterricht im Fach Geographie. In: Hard-Ware, Notizbuch 18 der Kasseler Schule, 1990. AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Kassel
- Hoeg, Peter (1995):** Der Plan von der Abschaffung des Dunkels. München
- Hülbusch, Inge Meta (1978):** Innenhaus und Außenhaus – umbauter und sozialer Raum. Heft 33 der Schriftenreihe der OE 06, Architektur/Stadt- und Landschaftsplanung, GH Kassel. Kassel
- Keller, Evelyn Fox (1986):** Liebe, Macht und Erkenntnis – Männliche oder weibliche Wissenschaft? München/Wien
- Mang, Harald u. Ring, Wilfried (1989):** Guter Rat ist nicht teuer. Diplomarbeit am FB 13 der GH Kassel. Kassel
- Marx, Karl (1890/1982):** Das Kapital. Band 1. Berlin
- Pirsig, Robert M. (1978):** Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main
- Riesmann, David (1956):** Die einsame Masse. Darmstadt
- Roek, Bruno-Paul de (1985/90):** Gras unter meinen Füßen. Reinbek bei Hamburg
- Rosendorfer, Herbert (1983/86):** Briefe in die chinesische Vergangenheit. München
- Steinhäuser, Urta (1990):** Planen für die Wechselfälle des Lebens. In: Notizbuch 16 der Kasseler Schule, AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Kassel
- Schmidbauer, Wolfgang (1980):** Die hilflosen Helfer – Über die seelische Problematik der helfenden Berufe. Reinbek bei Hamburg
- Schneider, Gerda (1989):** Die Liebe zur Macht – Über die Reproduktion der Enteignung in der Landespflege. Notizbuch 15 der Kasseler Schule, AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Kassel
- Werihof, Claudia v./Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983/88):** Frauen – Die letzte Kolonie. Reinbek bei Hamburg
- Werihof, Claudia v. (1988):** Was verstehen wir unter Subsistenzperspektive? – Einleitungsreferat. In: Reader zur Tagung 'Subsistenzperspektive – Ein Weg ins Freie?' Akademie Bad Boll

Karina Dessine*

Die Doppelrollen der Bauzeichnerin im Büro

Vorweg	Seite 107
Lernbiographie – Zeit, Stationen	107
Begründungen zur Bauzeichnerin	107
Erfahrungen – Zuweisungen – Lehrling und Bauzeichnerin	107
Allzweckverwendbarkeit – für alles gut und doch nie gut genug	108
In der Rollenhierarchie	109
Hierarchie und Konkurrenz	109
Konkurrenz, Aufstieg, Lohn	110
Studieren, wohin?	110
Stationen, Situationen – Wünsche, Ziele	111

* Name der Autorin anonymisiert

Vorweg

So, nun ist es vollbracht. Im Nachhinein find' ich's recht hinterlistig (nicht negativ gemeint), mir dieses Thema zu stellen, auf das ich mich so leichtfertig einließ. Teilweise hat es mich sehr berührt, was ich da alles aufarbeiten mußte. Da hat es mich sehr beruhigt, daß ich diese sehr persönliche Arbeit nicht veröffentlichen muß. Abschließend finde ich es doch gut, mich damit beschäftigt zu haben. Ich habe mir vieles klargemacht und so vielleicht verarbeitet.

Lernbiographie – Zeit, Stationen

- Allgemeine Hochschulreife
- Lehre im Büro für Garten- und Landschaftsplanung
- Praktikum im Garten- und Landschaftsbau
- 2 Jahre als Bauzeichnerin im Planungsbüro
- Danach Studium

Begründungen zur Bauzeichnerin

Nach dem Abitur war ich ziemlich planlos, was meine Zukunft anbelangt. In der Schule erhielten wir keinerlei Vorbereitung auf das 'Danach'. Ich wußte nicht einmal, daß der Notendurchschnitt solch eine Bedeutung haben könnte, was sicher auch ein wenig naiv oder gedankenlos war. Ich wußte, ich will einen kreativen, abwechslungsreichen Arbeitsbereich. Nach aufreibendem, hektischem Hin- und Hergrübeln, blieben zwei Ideen:

- Design/Kunst
- Landespflege/Architektur

Nachdem ich mir einige Kunsthochschulen angesehen und mit Studenten gesprochen hatte, verwarf ich Design/Kunst. So stellte ich mir mein Studium nicht vor. Außerdem fühlte ich mich nicht 'begnadet' genug. Architektur schied aus, weil sie mir zu starr, statisch war; ich wollte etwas Bewegliches, bei dem es natürliche Entwicklungsprozesse gibt, die beobachtet und bedacht werden müssen. So fühlte ich mich bei der Landschaftsplanung genau richtig aufgehoben. Allerdings erschien es mir zu riskant, gleich so ein langes Studium anzufangen, in Anbetracht der Kürze meines Entscheidungsprozesses. Also entschied ich mich, etwas Handfestes – eine Lehre in einem Planungsbüro – anzufangen, wo ich mir meine spätere Tätigkeit ja vorstellte.

Erfahrungen, Zuweisungen – Lehrling und Bauzeichnerin

Als Lehrling bei einem cholерischen Gartenarchitekten alter Schule, der sich Frauen sowieso nur hinterm Herd, niemals auf der Baustelle vorstellen konnte und der zudem Vorurteile gegen Abiturienten mit ihrem 'Wasserkopf' hatte, machte ich die bisher härteste Zeit durch. Aber mangels anderer Erfahrungen dachte ich, so müsse das Arbeitsleben wohl sein und da muß ich durch, denn alle meine KollegInnen machten diese Tortour ja auch widerspruchlos mit. Gelernt habe ich sehr viel, sogar über Pflanzen, was in der Ausbildung selten ist. Gelobt wurden wir fast nie, nur dann, wenn ich 'schöne Bilder' malte, und das hatte ich schnell raus. Es machte viel Spaß, und gezeichnet habe ich schon immer gerne und ganz gut. Durch Interesse, eine gewisse zeichnerische Begabung und den Ehrgeiz, aus dieser unangenehmen Situation herauszukommen, gelang es mir, mit interessanten Aufgaben im Bereich

Freiraumplanung beauftragt zu werden, was mir Anerkennung und somit eine schonendere Behandlung brachte. Auf diese Weise schaffte ich mir eine 'Nische' innerhalb der Bürostrukturen, die mir angenehm war. Ich fertigte fast ausschließlich Entwurfszeichnungen, wobei ich relativ große Freiheiten hatte, was die Präsentation betraf. Am Ende sah ich auf der Baustelle ein Produkt, das meine Arbeit bestätigte. Auch in einem größeren Büro, in dem ich später als Ausgelernte arbeitete, forderte ich diesen Arbeitsbereich für mich. Ich probierte vieles aus, sah mir Wettbewerbsausstellungen an, Zeitschriften etc., was vom Büro sehr gefördert wurde. So entwickelte sich ein neuer Zeichenstandard innerhalb der Freiraumplanung im Büro. Das Zeichnen als 'schönen Schein' der Realität sah ich nicht. Es ging mir mehr um die Zeichnung an sich, als Bild.

Mit der Landschaftsplanung konnte ich als Zeichnerin nicht viel anfangen, obwohl sie mich inhaltlich sehr interessierte und ich oft mit den PlanerInnen über ihre Projekte redete. Diese Diskussionen fanden jedoch meist außerhalb der offiziellen Bürozeiten statt, denn inhaltliches Interesse war von ZeichnerInnen nicht verlangt und störte den reibungslosen Zeitplan. Allerdings hatten die meisten Zeichnerinnen, die ich kennengelernt habe, auch kein Interesse an dem, was sie da gerade zeichneten. Vielleicht hatten sie sich darin gefügt, kein Interesse haben zu dürfen. Ich kam zu der Ansicht, eine interessierte Zeichnerin mit Erfahrung würde sich neben den 'Studierten' im Büro auch als Planerin bewähren können. War ich penetrant genug mit der Fragerei, erzählten die PlanerInnen und Chefs schon Näheres. Denn irgendwann hatten sie verstanden, daß es mir tatsächlich wichtig war. Bloß meistens fehlte einfach die Zeit, weil die Aufträge lange 'auf Halde lagen' – sie mußten reifen, wie wir spotteten – und dann kurz vor dem Abgabetermin hervorgeholt wurden. Da bekamen wir Zeichnerinnen ein für uns recht 'abstrakt' bekrizteltes Transparent und mußten schnell ein paar Pläne daraus machen. Nun – ich hatte meinen Job, der mir Spaß machte und konnte die unangenehmen Dinge einigermaßen ignorieren. Es war ja nur für begrenzte Zeit. Denn ich wartete auf meinen Studienplatz, was im Büro allgemein bekannt war.

Allzweckverwendbarkeit – für alles gut und doch nie gut genug

Die Bauzeichnerin ist innerhalb der Bürostruktur ein vielseitig verwendbares 'Element'. Sie muß stets wandelbar sein, sich anpassen und dabei ein breites Aufgabefeld abdecken. Bei ruhiger Auftragslage macht sie neben der Zeichnerei alles was anfällt: vom Kaffeekochen, Kopieren bis zu Botengängen, die gar nicht unangenehm waren. So konnten wir dem Büroalltag unverhofft entfliehen. Wird es aber hektisch wegen Termindrucks, dann müssen die Zeichnerinnen plötzlich Aufgaben übernehmen, die sonst eindeutig im Planerbereich einsortiert sind. Da kam ich mir oft vor, wie ein Chamäleon, das blitzschnell von grau auf rot wechseln muß. Plötzlich Details entwickeln o. ä. und dann aber husch, husch zurück in die Ausgangsposition der 'funktionierenden Ausführenden'. Interesse am Inhalt wurde häufiger als störend empfunden, hatte ich den Eindruck, denn das war Aufgabe der PlanerInnen, und solange die das im Griff hatten, reichte es ja.

Mußten die Zeichnerinnen Aufgaben der PlanerInnen übernehmen, wurde diese inhaltliche Information allerdings vorausgesetzt. Woher die dann kam, war egal. Auf

die Frage einer Zeichnerin, ob sie einen Tag lang mit ins Gelände gehen könnte, kam die Antwort: "Sie können das ja in den 'Sonntagsausflug' mit dem Mann einbeziehen". Was sie dann auch tat, um das Gebiet, an dem sie seit Monaten herumzeichnete, überhaupt mal gesehen zu haben.

In der Freiraumplanung ging's mir da besser, denn da mußten wir ja häufig raus zum Messen, Nivellieren o.ä. Später als mein Chef gemerkt hatte, daß ich mit Mehr- und Hintergrundwissen effektiver arbeite, nahm er mich auch auf Termine mit, was immer sehr spannend war. Doch immer wieder wurden mir Grenzen klar; der Chef hatte das letzte Wort, egal ob es begründet war oder nicht. Natürlich haben wir über Entwürfe und Planungen geredet, aber die letzte Entscheidung lag immer beim Chef, was eine konsequente Folge der Bürostruktur ist, denn es ist ja sein Büro und seine 'Verantwortung'. Jedenfalls, wenn im Büro die im folgenden beschriebene Hierarchie besteht und die Entscheidungen nicht am Ende einer ausreichenden Diskussion stehen, sondern vom Chef gefällt werden. Vielleicht begründet das auch die hohe Fluktuation in den Büros. PlanerInnen direkt von der Uni/FH, voller Energie, Idealen und Ehrgeiz wollen sich so richtig einbringen und reiben sich an den festen Strukturen der Macht – kapitulieren und versenken ihre Wünsche – oder gehen wieder.

In der Rollenhierarchie

Die Bürostruktur gliederte sich in vier Rollengruppen: die Chefs, die PlanerInnen, die ZeichnerInnen und die Sekretärinnen. Wobei die Sekretärinnen ihren 'eigenen' Fachbereich haben und so etwas gesondert stehen. Ein Schema könnte so aussehen:



Die Chefs sind die anerkannten Autoritäten, denen sich alle unterordnen. Die PlanerInnen definiere ich als Gruppe auf einer Stufe, ohne einzelne besonders zu erhöhen, was für den Konkurrenzdruck wichtig ist. Die ZeichnerInnen stehen am unteren Ende dieser Hierarchie, die sich in Unter- und Überordnung innerhalb der Sozialstruktur im Büro ausdrückt.

Hierarchie und Konkurrenz

Innerhalb dieser Hierarchie gibt es Konkurrenz. Sowohl innerhalb der Rollengruppen als auch zwischen den Rollengruppen, z.B. bei vermeintlichen Kompetenzüberschreitungen. Die PlanerInnen sind jeder einzeln mit Projekten betraut, die ihnen von den Chefs zugeteilt werden und die diese dann besser oder weniger gut bearbeiten. Die Projektbesprechung findet dann meistens mit dem 'betreuenden' Chef und der einzelnen BearbeiterIn statt. Durch diese Isolierung der Einzelnen entsteht bei den PlanerInnen Unsicherheit und Druck – was machen die anderen? Ist das gut genug, was ich mache, bin ich zu langsam? Durch diese Art von Zuteilung stärken die Chefs ihre Machtposition noch zusätzlich. Denn mit dem Einzelnen ist leichter umzugehen als mit einer diskussionsstärkeren Kleingruppe. Bei den ZeichnerInnen gibt es die Konkurrenz in einfacherer, offensichtlicherer Form. Da gibt es beliebte und unbeliebte Arbeiten, die nach verschiedenen Kriterien verteilt werden. Gewis-

senhaftigkeit, zeichnerisches Können, 'Denkvermögen', Sympathie. Ich persönlich hatte mit beiden Formen der Konkurrenz Probleme. Dadurch, daß ich fast ausschließlich für den einen der beiden Chefs direkt arbeitete, umging ich den 'Machtbereich' der PlanerInnen und drang häufig in ihren Kompetenzbereich ein (z.B. das Entwerfen). Die ZeichnerInnen konnten solch ein Ausbrechen aus der zugeschriebenen Rolle natürlich auch nicht tolerieren. So bekam ich mit verschiedenen Rollen beider 'Seiten' Probleme. Aber ich gewann den Eindruck, daß diese Hierarchie von vielen Kollegen gewollt wurde, weil sie auch Sicherheit und eine Richtlinie bedeutet. Eine Zeitlang konnte ich diese Atmosphäre ertragen. Aber ich fieberte dem Studium entgegen.

Konkurrenz, Aufstieg, Lohn

Grundlage der Konkurrenz sind Belohnung und Bestrafung. Belohnung findet statt durch Zuweisung begehrter Projekte, Gehaltserhöhungen, offene Anerkennung. Passiert nichts dergleichen, eine/r sitzt ständig an den gleichen undankbaren Projekten, weiß jede/r, daß sie/er nicht zur Zufriedenheit gearbeitet hat. Wobei das Maß der Qualität allein von den Chefs bestimmt wird. Deren Maß wiederum entwickelt sich aus der Reaktion der Auftraggeber, was sich dann so potenziert, daß es an den Zielvorstellungen und Idealen des Studiums vorbeigeht, denn jedes Glied der Kette (Angestellte – Chefs – Auftraggeber) vermeidet die Konfliktpunkte, die inhaltlich vielleicht nötig sind, schon im voraus, um den Ablauf möglichst reibungslos zu gestalten ('vorausleider Gehorsam'/Adorno). Da ich bei meiner Arbeit mehr den zeichnerischen, pseudokünstlerischen Aspekt sah und dies wohl auch bis zum Äußersten trieb, wurde meine Arbeit als gut anerkannt und belohnt. Daß diese 'Bilder', die ich da malte, mit der Wirklichkeit oft nicht viel zu tun hatten, gar über sie hinwegtäuschten, machte ich mir nicht klar. Es machte mir einfach Spaß. Die Anerkennung in Form von Lohnerhöhungen und sonstigen Ver- / Begünstigungen verstärkte meine Probleme mit den Kollegen. Trotz all dieser Erfolge war ich eben Bauzeichnerin und froh, als ich meinen Studienplatz hatte. Sehr zum Erstaunen meiner Chefs wollte ich nämlich auch nach insgesamt fünf Jahren Wartezeit noch studieren, obwohl ich doch mitten in einer Büro-Karriere steckte.

Studieren, wohin?

Und jetzt, als Studentin der Landschaftsplanung in Kassel? Habe ich noch den nötigen Idealismus für diesen Beruf, kann ich ihn wiedererlernen? Das Studium reißt mich mit, öffnet viele Türen, die im Berufstrott verschlafen waren. Doch im Hinterkopf habe ich noch bei allem die Arbeit im Büro und ich denke, daß die in den meisten Büros ähnlich aussieht und auch schwer veränderbar ist. Wohin studiere ich? Hin zu einer bewußten, selbstbewußten, nutzerorientierten Planerin, hoffe ich, die nicht nur auftraggebergerecht plant. Und in der Landschaftsplanung – kann ich noch nicht sagen, muß ich mich erst mal orientieren. Zur Zeit versuche ich, mir eine Meinung zu bilden, was ich von Landschaftsplanung überhaupt halte, so wie sie derzeit betrieben wird und welche Ziele vielleicht sinnvoller sind und mit welchen Mitteln die erreichbar sind.

Stationen, Situationen – Wünsche, Ziele

Eine Alternative zu der von mir dargestellten Arbeitssituation lernte ich in den letzten Semesterferien kennen: Ein Eine-Frau-Büro, vor einem Jahr eröffnet. Die Planerin hatte sich in ihrer vorherigen Tätigkeit in einem Büro einen guten Ruf durch sorgfältige, gute Arbeit geschaffen, durch den sie nun als Selbständige mit Aufträgen versorgt wird. Dadurch, daß sie z.Z. noch allein oder mit einer PraktikantIn arbeitet, ist sie mit ein oder zwei landschaftsplanerischen Projekten, je nach Umfang, gut ausgelastet, die sie sich aus dem Angebot quasi auswählen kann. In einem großen Büro muß ja jeder Auftrag angenommen werden, weil durch den Riesenapparat Abhängigkeiten entstehen, daß einfach viel zu viel produziert werden muß, um nicht vielleicht bei der nächsten Auftragsvergabe nicht mehr bedacht zu werden. Dadurch entsteht der Streß. In dem Eine-Frau-Büro ist es möglich, einen Auftrag auch zur persönlichen Zufriedenheit zu erledigen. Das heißt, sie kann Inhalte mitbestimmen bei der Auftragsvergabe und ist in jeder Planungsphase beteiligt/verantwortlich, allein abhängig von sich selbst. Allerdings würden mir die Diskussionen mit Kollegen, Widersprüche fehlen. Möglich wäre auch eine projektbezogene Zusammenarbeit zweier selbständiger PlanerInnen. Mein Ideal von einem Arbeitsplatz wäre ein Zwischending, vielleicht drei bis vier gleichberechtigte PlanerInnen, in einer Struktur, die Zeit läßt, sich auszutauschen. Wobei sicher die Gefahr besteht, daß das wächst, weil z.B. viele interessante Aufträge kommen, o.ä.

M^a Elena Granda-Alonso

Zur Kleingruppenarbeit*

Nach den Berichten zu urteilen, wurde in den Kleingruppen sehr verschieden gearbeitet. Das ist zunächst mal unproblematisch, solange daraus keine Irritation oder keine unverständene Beweisnot hergestellt wird. Da ist zunächst die eilige Behauptung zu prüfen, daß 'ohne These nichts gewesen' wäre. Diese 'These' vom Stilbruch geht orthodox vor, weil demnach unbesehen so vorzugehen sei, wie man das schon immer gemacht hat. Gegen diese leichtfertige Sicherheit steht eine anspruchsvolle Regel zur Verfügung: 'Maße sind vor Ort zu prüfen'. Im Gegensatz zum Kompaktseminar, das lehrzweckhalber mit einem stabilen Korsett der Arbeitsweise ausgestattet wird und darin auch auf eine üppigere Arbeitserfahrung und Routine verweisen kann, ist das PlanerInnenseminar bekannter, aber unsicheren Aufmerksamkeiten gewidmet. Dazu sind wohlgernekt Vokabeln zu lernen und zu präzisieren, wie auch die Abbildung, Wiedergabe und Erklärung der Beobachtungen und Einsichten noch gefunden werden müssen. Diese Brisanz, die auf bekannte Ikonographie und Ikonologie gestützt ist, macht die Neugier und das Vergnügen der Routiniers am PlanerInnenseminar aus. Der beobachtende Zugang – mit einigen Fragen der Seminaran-

* Überarbeiteter Beitrag aus der Studienarbeit zum PlanerInnen-Praxisseminar 'Wie aus Ton, Steine Erden Decken und Beläge werden' in Weimar 1993.

kündigung über die schematische Regelerklärung hinausgehoben – fordert (auch) lehrend die Profis und kann die weniger routinierten TeilnehmerInnen mitnehmen. Die PlanerInnenseminare sind betont 'unsicher' geplant. Das ist eben so anspruchsvoll wie der kurze Zeithorizont von einer Woche. Darin aber ist vorausgesetzt, daß die KollegInnen aus der Büropraxis sich die Zeit zur Teilnahme nehmen und gleichzeitig ihre Erfahrungen und Arbeitsgeschichte erörtern. Diese Übung geht im durchaus falschen und selbstverschuldeten Zeitstreß der Büroarbeit unnötig schnell verloren. Das kann nicht bruchlos und ohne Hinterhalt vor sich gehen, weil mit der Aufmerksamkeit des Seminars die Arbeitssicherheit gefragt ist und die schematische Vorgehensweise nachgefragt wird.

Damit muß notwendig akzeptiert sein, daß die Leute mit der üppigsten berufspraktischen Arbeitserfahrung auch die Betreuung der Kleingruppen übernehmen. Die machen das nach ihrer 'Routine'. Es ist wichtig, daß darin die Arbeitsweise am Arbeitsplatz enthalten ist. Anders gesagt: daß die 'Praktiker' mal explizit in eine lehrende Situation geraten, die ihnen qua Stellung in der Arbeitshierarchie eher als Dienstleister bekannt ist. Hiermit wird der 'Stillbruch' verdoppelt. Übrigens ist das auch der unerkannte oder übersehene Stillbruch eines jeden Kompaktseminars, der die gelernten Rollen herausfordert und gleichzeitig irritiert – jeglicher Orthodoxie widerspricht, was die Situation nicht so leicht macht, wie es manche gerne hätten.

Wenn bei einem PlanerInnen- oder Kompaktseminar – ich nenne das mal so – normative Schreibtischthesen, die i. d. R. ja nichts anderes als Vorbehalte wider den Gegenstand, den Ort, die Situation sind, die Herrschaft übernehmen, erübrigt sich die 'Reise' an den fremden Ort. Mit Andrea APPEL formuliert ist dann das mitgebrachte Wissen, die Erfahrung und die Kenntnis nicht mehr eine Hilfe der Annäherung, sondern Instrument der Kolonisierung und hermetischen Okkupation. Dieser Hermetik des abgeschlossenen Bildes, der die Methode nicht Hilfsmittel der Prüfung und Vorgehensweise, sondern Bestätigung des Vorurteils ist, steht die hermeneutische Annäherung gegenüber. Die Hermeneutik ist – wie Gerhard HARD das schön zusammengefaßt hat –

"(...) die Kunst, einen Betrachter den Gegenstand auf eine solche Weise verständlich zu machen, daß er nicht nur den Gegenstand besser sehen und verstehen lernt, sondern auch die Art und Weise, wie dieser Gegenstand gemeinhin und von ihm selber gesehen und verstanden wird." (HARD, G. 1985/90: 273)

Der Zweifel, ob ich denn sehe, was zu sehen und zu interpretieren ich vorgebe, ist der Hermeneutik methodisch eingeschrieben (vgl. PEIRCE, Ch. 1905/91): auch Sicherheit muß immer neu geprüft werden – und mit dieser Unsicherheit ist ganz sicher zu sein.

Die gelassene Art

Die ruhige Art geht bedächtig vor. Die KleingruppenbetreuerIn läßt sich Zeit, damit an ganz zufälligen Beispielen des Gegenstands Wissen und Erfahrung aller Beteiligten zusammengetragen und durch Beobachtung ergänzt und erweitert werden kann. So lernen alle gemeinsam Vokabeln und die ersten Schritte der Grammatik und der Syntax. Dabei steht sofort nach dem ersten Schritt, dem Hinsehenlernen, Aufmerksamkeitsschaffen und dem Wahrnehmen des unterschiedlichen Materials, Bearbei-

tung und Verwendung, das 'Vokabelnernen'. Erst das gibt mir die Möglichkeit der Ansprache, also 'die Dinge beim Namen nennen zu können', was wiederum überhaupt erst eine Verständigung mit den anderen TeilnehmerInnen und sowohl Aufnahme und Sammlung für den Vergleich möglich macht. Als Auswahlkriterium für Aufnahmen und Beispiele reichte uns das Interesse an bzw. das Augenmerk auf einen 'Ort' oder 'Gegenstand' (z. B. eine besonders schöne Mauer, eine auffällige Pflasterung, ein unbekanntes Material oder eine 'besonders typische' Zonierung einer Straße). So begannen wir die Arbeit einfach dort, wo sich die Kleingruppe zusammenfand, an besagter Friedhofsmauer. Daran lernten wir (Neulinge) das erste Gestein (Muschelkalk), Bearbeitungsformen des Natursteins (scharrieren, bossieren), sowie das Einbaukriterium (lagerhaft) kennen. Unsere Kleingruppe machte sich also während und durch die Aufnahmen mit einem in Weimar vorkommenden Gestein vertraut. Dabei wiesen vielverwendete Steine fast 'nebenbei' darauf hin, welche Gesteine in der unmittelbaren Nähe Weimars vorkommen. Gleichzeitig mit dem Kennenlernen der Gesteine registrierten wir seine Verwendung (welches Material wurde wofür verwendet, wo und wie eingebaut) und beschäftigten uns mit der Art und dem Wieso der Bearbeitungsformen (Möglichkeiten und Notwendigkeiten). Auch die Geologie wurde – soweit bekannt – angesprochen und über 'Herstellungszeit', Brauchbarkeit und Alterungsfähigkeit debattiert.

Im Nachhinein ist mir klargeworden, daß bei den Aufnahmen auch verschiedene Schwerpunkte in der Bearbeitung gesetzt wurden. Bei den Mauern achteten wir stärker auf die verschieden verwendeten Materialien und besprachen die Bearbeitungsform der Steine und die handwerklichen Fertigkeiten im Zusammenhang mit der Alterungsfähigkeit intensiver als z. B. bei der Aufnahme eines Straßenschnittes oder Hausvorplatzes. Bei diesen stand die Baustruktur, Zonierung sowie die Brauchbarkeit im Vordergrund, obwohl wir auch hier an besonderen Fällen, z. B. erhalten gebliebenen, alten Bauwerken im Originalzustand, also bei offensichtlicher alter Handwerksarbeit, Technik und Handwerk erörterten oder bei Arbeiten neueren Datums die handwerkliche Ausführung kritisch begutachteten.

Vom Ende der Geschichte

John BERGER erzählt in seiner 'Geschichte für Äsop', daß jede Geschichte nur vom Ende, dem Ertrag her erzählt werden kann. Das mag den Beginn einer Erzählung bestimmen. Trotzdem wird die ErzählerIn, weil gute, d. h. 'wahre' und verständige Geschichten nur hermeneutisch erzählt werden können, das Ende der Geschichte nicht in der vorgesehenen Weise erreichen. Wenn das 'Ende der Geschichte' dominant gemacht wird, macht die ErzählerIn (GruppenbetreuerIn) für sich und die anderen den Fehler der Eile, der eifertig genannt werden kann und abstrakt bleibt. Eine Richtung, die Routiniers gerne nehmen und in der Bürotätigkeit so viel eiligen Unmut hervorbringt, der an der Menge 'Radierung' abgelesen werden kann, besteht in der Vorwegnahme, die eingehalten werden will. Es wäre falsch, wenn die BetreuerIn mit der Vorwegnahme hinter dem Berg hält. Aber darauf zu insistieren, wird bedrohlich.

Die stressige Kleingruppe

Unserer Einschätzung nach mußten wir bei 'Null' anfangen, um überhaupt die höhere Kunst der 'Sehfertigkeit' zu erwerben. Damit meine ich die Fähigkeit, zu ermes-

sen, welche Steine sich für welche Anwendungen eigneten, woran dies zu erkennen ist (Indizien) und was das für den Gebrauch und das Handwerk bedeutet. An dieser Stelle haben wir uns alle mit Beobachtungen und Einschätzungen ziemlich zurückgenommen und lauschten den Geschichten unserer BetreuerIn. Wir verließen uns darauf, daß die BetreuerIn als 'einzige Kundige' uns (schon) die handwerkliche Seite der Steinbearbeitung und Verwendung erzählt und gingen unausgesprochen davon aus, daß die Erzählungen stimmten. Rückblickend zeigte sich, besonders nach dem ersten Arbeitsbericht (Zwischenberichte aus den Kleingruppen am Samstagabend) aus den Gruppen, daß die Geschichten unserer KleingruppenbetreuerIn fast ausschließlich die gängige Praxologie zum Inhalt hatten. Dies vermuteten wir zwar intuitiv – jeder mehr oder weniger – konnten aber keine greifbaren Beweise dafür entdecken. Die Geschichten klangen zunächst immer schlüssig, warfen auch fast keine Fragen auf, und die darin enthaltenen Widersprüche – zwischen der Erzählung und dem was zu beobachten war – waren nicht aufzudecken. Daß wir diese Widersprüche noch nicht einmal in Ansätzen aufdecken konnten, hat für mich in erster Linie damit zu tun, daß die BetreuerIn die eigenen Geschichten selbst wenig hinterfragt und neu geprüft hat, deshalb auch unsere (unfertigen) Fragen an der Stelle garnicht verstand oder verstehen wollte. Weiterhin denke ich, daß unsere Zurücknahme die dominante Rolle der BetreuerIn gestärkt hat; d. h., daß wir sie in ihrer Rolle als einzig 'Kundige' hofiert haben mit dem Ergebnis unserer 'Unkundigkeit', weil wir eigene Beobachtungen tendenziell leichtfertig verworfen haben.

Bei 'Null' anfangen heißt automatisch, daß wir unsere mitgebrachten Erfahrungen über Bord werfen müssen, was wir teilweise getan haben. Das heißt nämlich, sich in eine abhängige und tendenziell arbeitsunfähige Situation hineinzumanövrieren. Nicht bei 'Null' anfangen hätte zunächst geheißen, die kleinen Lernschritte zu akzeptieren und die eigenen Beobachtungen, auch wenn sie noch so unbedeutend erscheinen, ernst zu nehmen, weil das immer bei einem neuen Thema bzw. fremden Arbeitsgegenstand als erste Schwierigkeit auftritt. Denn dies stellt erst den Zugang und die Vertrautheit als Arbeitsvoraussetzung zum Thema her.

Wir wollten zu viel, vor allem auf einmal

Die ersten Spaziergänge am ersten und zweiten Tag unternahmen wir gemeinsam. Das hatte den Vorteil, daß alle dieselben Beispiele gesehen hatten. Unsere verschiedenen Aufmerksamkeiten und Fragen, die aus den Beobachtungen vor Ort entstanden, konnten im Gespräch gleich geklärt werden. Gleichzeitig suchten wir plausible Begündungen für die Frage: Welches Material wurde wann, wie und wofür verwendet ?, um so die erste Sammlung zum Gegenstand zu organisieren. Die Route entsprach dem Ausgangsspaziergang vom Vortag. Angefangen haben wir beim historischen Friedhof, gingen durch die (modernisierte) Altstadt, kamen über das gründerzeitliche Quartier in die Bahnhofsvorstadt, in die 20er-Jahre-Siedlung am Zeppelinplatz. Die Nachkriegsquartiere haben wir aus mangelndem Interesse ausgespart. Absicht war, die Eindrücke vom Vortag in einem zügigen Spaziergang aufzufrischen, verschiedene Situationen nochmal zu vergegenwärtigen, um dann wiederum zu überlegen, welche Beispiele und Situationen noch einmal zu vergegenwärtigen wären, um dann wiederum zu überlegen, welche Beispiele und Situationen wir konkret aufarbeiten wollten.

Es kam alles ganz anders

Unser Beispiel – die Bruchsteinmauer auf dem historischen Friedhof – zeigte den Widerspruch zwischen dem ersten Sammeln von Material, was auch mal zügiger und unvollständiger verlaufen kann und muß, um den Überblick zu organisieren, und dem Interesse der detaillierten Beschreibung und genaueren Prüfung der ausgewählten Beispiele.

Ausgehend vom Beispiel der Bruchsteinmauer und den Erinnerungen an verschiedene Beispiele und Situationen vom Ausgangsspaziergang, einigten wir uns darauf, während unseres zügigen Durchstreifens der Route vom Vortag, mit dem Kennenlernen des Kalksteins in seinen verschiedenen Ausformungen und Anwendungen zu beginnen. Über den Kalkstein, als recht einfach zu erkennender und zu beschreibender Stein, wollten wir uns den Zugang zum Material und zur Be- und Verarbeitung des Materials erarbeiten. Hierbei wollten wir auch etwas über Geologie, Entstehungsgeschichte, Vorkommen und Herkunft der verschiedenen Kalksteine lernen. Parallel dazu sollten – gemäß unserer anfänglichen Absicht – auf dem Spaziergang weiterhin Situationen und Beispiele für die Verwendung und Bearbeitung von anderen Natur- und Kunststeinen gesammelt werden. Wie wir sehr bald merkten, beanspruchte die präzise Beschreibung der Beispiele viel Zeit, eben die Zeit, die wir aufgrund unserer Unfertigkeiten benötigten. Hieraus entstand die Befürchtung, der Druck und schließlich der Streß, als einzige Arbeitsgruppe am Ende der Woche keine Arbeitsergebnisse 'präsentieren' zu können. Dies führte dann zum Konflikt und zur Frage der richtigen Arbeitsweise, die keiner von uns hat beantworten können, weil die Frage so nicht zu beantworten ist. Was im Moment richtig oder falsch ist, hängt letztlich von unserem Zugewinn an Gelerntem, von den Beispielen, unserem Interesse und den Fragestellungen ab. Beide Arbeitsweisen sind richtig. Der schnellere Durchgang gehört zum Sammeln der Beispiele und schafft einen Überblick. Beim genaueren Beobachten erfolgt die Prüfung. Das war uns nicht bewußt, denn sonst hätten wir auch gelassener an die Arbeit gehen können. Aus Angst aber, keine Ergebnisse zu 'produzieren', haben wir uns in mehrere Kleingruppen aufgeteilt, mit der Absicht, 'effektiver' zu arbeiten. Effektiv in zweierlei Hinsicht: erstens um noch mehr Beispiele zu sammeln, zweitens aus der Unzufriedenheit, die in der Kleingruppe entstanden ist, weil die Debatten sehr undiszipliniert und entsprechend schleppend verliefen. Hier brauchte es erst recht einer oder mehrerer Personen, die die Beispiele miteinander verknüpfen konnte, um Prinzipien oder aufeinanderfolgende Fragen herauszuarbeiten. Allein das Zuhören bei ca. drei bis vier verschiedenen Gruppen erforderte sehr viel Geduld, um die vielen Beispiele und Tagesergebnisse zusammenzutragen. Dies haben wir nicht aufgebracht, genauso wenig wie wir imstande waren, richtig miteinander zu arbeiten und zu lernen. Stimmung und Lernsituation in unserer Kleingruppe wurden, entsprechend wachsender Unzufriedenheit, geladener, angespannter und immer unfruchtbarer. Ich denke auch, daß unsere Gruppe von der Besetzung her nicht gut zusammengestellt war bzw. bei so viel verschiedenen Leuten es jemanden gebraucht hätte, der über die persönlichen Vorbehalte die Gruppe zusammenhielt, um die Arbeitsfähigkeit zu stützen. Aber das weiß man/frau erst hinterher und nützt eigentlich recht wenig, weil ein nächstes Mal nicht

ausgeschlossen werden kann. Für mich stellt sich hier schon die Frage, wie ich künftig in derartigen Situationen besser zurande komme, mein Beitrag zur Geschichte und meinen Möglichkeiten innerhalb einer knappen Woche zu meinem Spaß und individuellen Lernerfolg zu kommen.

Wie wenig fruchtbar wir gearbeitet haben, wie zäh und lustlos wir an die Arbeit gingen, wurde für mich noch einmal in den letzten Tagen sichtbar, als ich unsere Debatten und Erkenntnisse aus der Kleingruppe zusammenschreiben wollte. Bis auf die großen Thesen nichts gewesen. Die vielen kleinen Beispiele, z.B. die Aufnahme von der Bruchsteinmauer auf dem historischen Friedhof, die Beispiele in den gründerzeitlichen Quartieren oder die gründerzeitlich überformten Beispiele in der Altstadt haben wir nicht auf die Reihe bringen können. Der Ehrgeiz, der in unserer Kleingruppe nach dem Abend der Zwischenberichte auftrat, hatte von da an fatale Folgen für unsere Arbeit. Danach entstand erst die Überlegung sich aufzuteilen. Danach mußten in unserer Kleingruppe ähnlich 'bedeutungsschwangere' Thesen erarbeitet bzw. aufgegriffen und verfolgt werden. Es mußten viel mehr Beispiele gefunden werden, viel schneller als wir bis dahin – unseren Möglichkeiten angemessen – auf die Reihe gebracht hatten und vor allem ergebnisorientiert.

Heuristische Vorgehensweise

Pädagogisch ist eine vorsichtige Proklamation der Fragen ebenso angemessen, wie die an der Beobachtung formulierte Aufmerksamkeit. In beiden Dramaturgien ist es der BetreuerIn aufgegeben, immer wieder die Ableitung von der Beobachtung herzustellen. Und vor allem sind es die 'dummen Fragen', die erst zu nehmen sind. Sie stellen sich bei näherem Hinsehen durchaus klug dar und geben eine Gelegenheit zur Erörterung der Widersprüche.

Die KleingruppenbetreuerIn oder LehrerIn ist in der hervorragenden Situation, aus der 'Lehre' zu lernen. Also, z. B. in der Zusammenfassung der Beobachtungen immer wieder auf die Einsichten zu verweisen. Und dabei ist es durchaus wichtig und lehrreich, immer wieder gelassen auf die offensichtlich unerfahrenen Fragen einzugehen. Das heißt: eine Frage ist durch eine Erörterung, eine Geschichte zu belegen, statt daß sie auf dem kürzesten Weg erklärt wird. Der BetreuerIn ist immer zu raten, die Frage selbst zu einer Geschichte der Frage zu erheben. In dieser Geschichte können dann die Beobachtungen repetiert und gleichzeitig wieder vorbereitet werden.

Vom Widerspruch zum Verständnis

Ein gutes Pflaster erkennen wir (noch) intuitiv, ein schlechtes auch. Aber wir wissen nicht, was die Merkposten sind. Das geht nach der alten Bestimmungsfrage: 'das siehst du'. Das ist richtig und falsch zugleich. Wir haben in Weimar gelernt, zwischen einer Pflastertapete und einem Pflaster zu unterscheiden. Das heißt wir haben auch zu unterscheiden gelernt zwischen Dekoration und Handwerk (Funktion wäre hier schlicht falsch, weil die Funktion mehr Dekoration enthält als sie vorgibt (E. BLOCH, Erbschaft dieser Zeit). Weil wir an den Beispielen genau gelernt haben hinzusehen, haben wir hinter dem Handwerk die Ökonomie und die Zeitgeschichte aufgeblättert.

Vom Verständnis zum Widerspruch

Wenn wir das kapiert haben, erhält die Materialverwendung eine wesentlich unpräziosere Bedeutung. Wir lernen die Ökonomie (i.w.S.) verstehen; oder auch die Ökonomie des Gebrauchs gegen die Ökonomie des Vorwands zu unterscheiden.

"Beim einen wie beim anderen erkennt man das Handwerk und seinen Hauptzug: den Geiz; das Handwerk wendet nie einen Stein zuviel auf." (ALAIN 1923/85: 176)

Wer also zu viele Steine, falsche Steine, unverständige Techniken anwendet, wird erlappt, wenn ich das Handwerk verstanden habe. In diesen Weg sind wir in Weimar von der Anschauung zum Grunde gekommen, und wir haben dabei verstanden, daß es fruchtbar und sinnvoll ist, aus dem Vergleich den Widerspruch gegen die eilige Selbstverständlichkeit zu formulieren.

Vorauseilender Gehorsam

Fragen stellen heißt für die BetreuerInnen auch sich selbst in Frage zu stellen. Die Eile der Schlüsselfertig-Erklärung eilt doppelt voraus. Sie erklärt das, was für richtig und macht aus allen Beteiligten willige Unterteufel, die dem Produkt und der Dienst-anweisung unterworfen werden – obwohl es dafür keinen Anlaß gibt: 'das haben wir immer schon so gemacht und erklärt'.

Bei einem Handwerksseminar ist diese Gefahr gegenüber planerischen Seminaren besonders groß. Und gleichzeitig wird die Diskrepanz zwischen der Interpretation, die zur Werbeformel einer obskuren Theorie degradiert wird, und der der Ökonomie der Produktion besonders ausgeprägt. Die 'Stadtrand-Seminare' lassen sich praxologisch kaum vereinnahmen und ummünzen. Ein Handwerksseminar verleitet zur Dominanz des Machens, dem die Interpretation als Applikation beigelegt wird. Die Propaganda des Verkaufs, die Praxis im Erfolg angesiedelt, lähmt die MitarbeiterInnen. Aus SeminarteilnehmerInnen werden so angestellte BefehlsempfängerInnen, die sich unter Druck setzen lassen und Lernen gegen verwertbaren Gehorsam eintauschen.

Die BetreuerIn

muß ihren Vorteil zurücknehmen, damit sie auch in die Verlegenheit kommt, neue Einsichten zu gewinnen. Das kann gerade bei liebgewordenen Sicherheiten durchaus schmerzhaft sein. Bei den 'Theorie'-Erklärungs-Verständnis-Seminaren ist diese Situation für die PraktikerIn ungefährlich, wenn sie denn nicht mit den stadtentwerferischen Vorwänden (zur Erinnerung Miltenberg), die leicht zu enttarnen sind, daherkommt. Bei Fragen der konkreten Herstellung und Arbeit ist das schwieriger. Von dieser Beobachtung ausgehend sollten wir bei den PlanerInnenseminaren gerade der Objektplanung mehr Aufmerksamkeit widmen und der Theorie wie der Erklärung mehr Sorgfalt in der Begleitung zukommen lassen. Dabei ist es nicht gerade einfach, den Widerspruch zu einer Arbeitssituation zu formulieren und praktisch umzukehren. Darin taucht genau die Unsicherheit auf, die den normalen Büroalltag beherrscht. Die 'Chefs' hören schon lange nicht mehr zu. Die anderen haben sich an das Verhältnis gewöhnt, das ja auch entlastet – neben dem Ärger. Der 'Ertrag', sagen wir besser – das Vertrauen in die Arbeit – ist ungepflegt. Weshalb sie denn vorweggenommen wird. Das ist es auch, was im Büro das Vergnügen an der Arbeit, am Lernen, Verstehen, Produzieren so unsäglich leidlich macht. Die 'Chefin' der Kleingrupp-

pe muß sich selbst und den Beteiligten einiges zugute halten. Daß dies gelingt, ist allerdings ihre Aufgabe. Wenn die BetreuerIn Angst hat, transportiert sie diese Angst. Und das ist die Voraussetzung für unnötig stressige und unfruchtbare Arbeitssituationen – übrigens immer, auch wenn es statt bei einem PlanerInnenseminar um einen Auftrag geht.

Lehren

Ein bißchen Konkurrenz steckt in der Neugier immer drin. Aber zur klugen Neugier gehört auch der Mut zur Anregung, zur Assoziation, die ein Wort ein Gedanke wachruft. Vielleicht sollten wir bei den PlanerInnenseminaren den konkreten objektplanerischen Anlaß beibehalten, damit wir diese Gelassenheit, die nichts mit Nachlässigkeit gemein hat, üben können.

Literatur:

Alain (1923/85): Spielregeln der Kunst. Frankfurt/Main

Berger, John (1991): Velazquez Äsop. Erzählungen zur spanischen Malerei. Frankfurt/Main

Bloch, E. (1985): Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/Main

Karla Scharlotte

DER STIL DES AMTES*

Einleitung: Was will ich an diesem Vortrag lernen?	Seite 118
Ein Zwei-Personen-Stück	
In den Rollen treten auf: Das 'Amt' und die Angestellte	119
Der Mordversuch – Enteignung der Erfahrungen und Fähigkeiten	120
Die 'Linie' des 'Amtes' ist nicht definiert	120
Der Verweis auf die 'Linie' verhindert die Debatte	121
Der Amtsleiter nimmt die Rolle des Lehrers nicht ein	121
Die 'Verewigung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses' (Balint 1964/93)	122
Jovialität	122
Beispielsituationen	123
Debatte	124
Literatur	127

EINLEITUNG: WAS WILL ICH AN DIESEM VORTRAG LERNEN?

Ich möchte heute von meiner Arbeitssituation im Amt erzählen. Diese stellt sich, wie wir während des Balint-Seminars an vielen Arbeitssituationen festgestellt haben und wie K. H. Hülbusch dies in seiner Ausarbeitung für den Arbeitsbericht des Seminars formuliert hat 'als problematische und krisenreiche Situation dar, in der die Arbeit und ihre Qualität so gut wie keine Rolle spielt' (vgl. Arbeitsbericht des Seminars, Kapitel 'Das spielen von Pantomimen erfordert großen Seelenfrieden' – Pirsig, R. M. 1978). Daher möchte ich für diesen Vortrag meine Arbeitssituation reflektieren, d.h.

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages; Name der Autorin anonymisiert.

verstehen, was sich abspielt. Dies hat den Zweck, die Zumutungen, die darin enthalten sind, zu erkennen und ihre Bedeutung zu verstehen, um entscheiden zu können, wie ich den Zumutungen gegenüberstehe, ob ich mich wehren kann und will. Das heißt dann, nach der von Helmut Lührs formulierten und geprüften These 'Das Verständnis ist der Plan' (vgl. Lührs, H. 1994), meine Arbeitssituation planen zu können und ihr nicht hilflos gegenüberzustehen. Hierzu möchte ich einleitend noch zwei Textstellen aus 'Das Erzählen und die guten Absichten' von Sten Nadolny (1990) zitieren:

"Wer nicht selbst die Opferrolle übernimmt, die andere ihm vielleicht zugedacht haben, der hat in der Regel eine bessere Chance, tatsächlich frei zu bleiben: logisch zu handeln, Unvermeidliches mitzutragen, Vermeidbares abzulehnen. Gemäß dieser Binsenweisheit halte ich viel davon, alle Fragen des Kulturbetriebs mit einer stoischen Formel anzugehen: sich wehren, wo man die Möglichkeit hat, eine Zumutung zu beseitigen. Hat man keine Möglichkeit: überlegen, ob man sich fürs Mitmachen entscheiden muß oder ob man sich Feinde machen und trotzdem weiterarbeiten kann. Aber darüber zu jammern, daß es den Betrieb gibt und daß er Macht besitzt: nein. Er ist, wie man bei den gläubigen Christen sagt, 'verhängt', er ist da, vorgegeben. Tröstlich immer wieder die *Selbstbetrachtungen* Marc Aurels, und darin etwa der sehr kurze Eintrag im achten Buch: 'Und wenn du gleich platzen solltest, sie werden nichtsdestoweniger ebenso handeln.' Oder die berühmte Wunschformel: Ändern, was man ändern kann; ertragen, was man nicht ändern kann: weise genug sein, das eine vom anderen zu unterscheiden.'" (ebd.: 113)

"Ich brauche jetzt vielleicht nicht mehr allzuviel über das mir Selbstverständliche zu sagen: das Engagement, auch das literarische, beginnt bei der Schärfe unserer Wahrnehmungen oder es ist irrig und wenig wert. Zur Wahrnehmung und ihrer schöpferischen Aufnahme in Geschichten, Romane und Leben brauchen wir die größtmögliche Unabhängigkeit des erwachsenen Individuums, die größtmögliche Abwesenheit von Druck. Es nützt nichts, wenn wir das 'dem Druck' und 'der Macht der Verhältnisse' zu sagen versuchen – die hören nicht! Wir müssen es uns selbst sagen, denn uns betrifft es, wir müssen uns ihnen entziehen. Und allenfalls dadurch, daß es uns gelingt, können wir andere dazugewinnen, es auch zu versuchen." (ebd.: 119 f.)

In einer Debatte zu Helmut Lührs' Dissertation 'Die Vegetation als Indiz der Wirtschaftsgeschichte' haben wir festgestellt, daß wir aus seiner Arbeit etwas lernen können, weil er an der Arbeit etwas für sich lernen wollte. Dementsprechend gehe ich einfach davon aus, daß ihr auch etwas aus der Reflexion meiner Arbeitssituation lernen könnt. Im übrigen werden m.E. an dieser Arbeitssituation auch Prinzipien deutlich, die in Arbeitssituationen zwischen Behörden untereinander, Behörden und Planungsbüros ebenso hergestellt werden.

EIN ZWEI-PERSONEN-STÜCK

In den Rollen treten auf: Das 'Amt' und die 'Angestellte'

Das 'Amt' behauptet, es habe eine 'Linie'. Die Linie ist jedoch nicht formuliert. Die Angestellte kommt neu in das 'Amt'. Sie hat eine fundierte Berufsausbildung und etwas Berufserfahrung. Die Angestellte versucht mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten eine möglichst kluge Arbeit zu machen. Sie begründet ihre Arbeit. Sie formuliert auch Widersprüche und begründet diese ebenfalls. Das 'Amt' verweist die Angestellte auf die 'Linie' des 'Amtes'. Das 'Amt' wirft der Angestellten vor, das 'Amt' missionieren zu wollen. Das 'Amt' wirft ihr vor, mit Fragen und Debatten den reibungslosen Ar-

beitsablauf zu behindern. Das 'Amt' bedroht die Angestellte, daß sie nicht in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wird, wenn sie sich nicht mit der 'Linie' des 'Amtes' identifiziert. Das 'Amt' ist autoritär. Das 'Amt' empfiehlt der Angestellten, selbst zu überlegen, ob der Arbeitsplatz unter diesen Voraussetzungen eine Perspektive für sie habe. Denn das 'Amt' schätzt die Angestellte so ein, daß sie permanente Dienstanweisungen nicht ertragen könne. Eine eigene Kündigung der Arbeitsstelle in der Probezeit sähe im Lebenslauf besser aus. Das 'Amt' hält die Angestellte jedoch für intelligent. Das 'Amt' lobt die Angestellte, wenn sie gehorsam ist und nicht widerspricht. Das 'Amt' ist wohlwollend, manchmal. Die Angestellte wird mit dem Verweis auf die 'Linie' an die Kandare genommen.

DER MORDVERSUCH – VERSUCH DER ENTEIGNUNG DER ERFAHRUNGEN UND FÄHIGKEITEN

Kurz zur Arbeitsorganisation: Ich schreibe im wesentlichen naturschutzfachliche Stellungnahmen zu Bbauungs- und Flächennutzungsplänen. Meine Stellungnahme gebe ich an eine Kollegin, die die Stellungnahmen der einzelnen Fachämter zu einer Gesamtstellungnahme zusammenordnet. Die Gesamtstellungnahme wird vom Amtsleiter, der gleichzeitig mein direkter Vorgesetzter ist, unterschrieben.

Die 'Linie' des 'Amtes' ist nicht definiert

Der Amtsleiter kritisiert häufig meine Stellungnahmen mit der Behauptung, daß diese nicht der 'Linie' des 'Amtes' bzw. den 'Belangen des Naturschutzes' entsprächen. Dies ist eine pauschale Äußerung, der keine Argumente und Begründungen folgen. Die behauptete 'Linie' des 'Amtes' ist nirgends aufgeschrieben, nicht nachlesbar und damit auch nicht definiert. 'Definiert' hieße gemäß Duden, durch Auseinanderlegung und Erklärung des Inhalts genau bestimmt zu sein (vgl. Duden 1974). Der Verweis auf die 'Linie' oder die 'Belange des Naturschutzes' läßt mich im Regen stehen bzw. verunsichert mich: "Was habe ich da nicht kapiert?" Der Amtsleiter schickt mich auf die Suche und verweist mich damit auf die Praxis des 'Amtes', von der ich zunächst mal eine Interpretation und Konkretisierung der Naturschutzgesetzgebung am Einzelfall und Gegenstand erwartet habe.

Die Gesetze selbst sind so formuliert, daß sich vieles hinein- oder hinausinterpretieren läßt. Das heißt, sie enthalten Gummiparagraphen. Die Gesetze reichen jedoch für eine freiraum- und landschaftsplanerische Arbeit als fachlich-politischer Beitrag zur Abwägung kommunaler Entscheidungen nicht aus. Michael Sobeck hat das in seiner Diplomarbeit 'Der Landschaftsplan zum Bbauungsplan' anhand des Bundesnaturschutzgesetzes herausgearbeitet (vgl. Sobeck, M. 1988). Andererseits hat Henrike Mölleken jedoch in ihrer Diplomarbeit 'Die Verschwendung städtischer Bauflächen' in einer Interpretation eines Paragraphen des Baugesetzbuches verdeutlicht, daß dieser zwar zunächst als Gummiparagraph erscheint, aber real eine bestimmte Ideologie transportiert, die als verschwiegene Voraussetzung in den Gesetzen enthalten ist (vgl. Mölleken, H. 1994: 53 ff.). In der Praxis des 'Amtes', also in den sanktionierten Stellungnahmen, finde ich hinter Anregungen und Empfehlungen versteckte Anweisungen, die entweder gar nicht oder mit ebensolchen Gummi- oder 'Plastikwörtern' (Pörksen, U. 1989) wie in den Gesetzen 'nicht' begründet werden. Die Voraussetzungen für die Arbeit an den Stellungnahmen und die Anregungen in

den Stellungnahmen sind also diffus und ungeklärt. Sie sind verschwiegen und nicht definiert. Das ist der Charakter der 'Linie'.

Der Verweis auf die 'Linie' verhindert die Debatte

Aus dem Beschriebenen läßt sich schließen, daß die Abweichung von der Linie, die mir vom 'Amt' vorgeworfen wird, gar keine Abweichung ist. Vielmehr dient der Vorwurf dazu, eine Debatte und schlüssige Argumentation zu verhindern. Die Argumentation scheint für das 'Amt' unbequem und bedrohlich zu sein. Daß die Debatte unterbunden werden soll, wird noch deutlicher, wenn ich weiter nachfrage und argumentiere. Hier benutzt das 'Amt' vier weitere, z.T. verdeckte z.T. offen autoritäre Verhinderungsstrategien:

Sehr subtil wird die Debatte auf eine grundsätzliche, vom Gegenstand losgelöste, abstrakte, unangreifbare und damit unbegreifbare Ebene geführt. Die vom Gegenstand losgelöste Debatte wird mir dann zum Vorwurf gemacht. Ich wolle missionieren und störe mit meinen Fragen und Debatten den Arbeitsablauf. Wohlwollend bestätigend, aber offen autoritär ist es, wenn der Amtsleiter sagt: "Ja sie haben recht, aber ich entscheide anders". Die direkt autoritäre Variante ist die Anweisung: "Hier brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren, ich entscheide das jetzt so." Die letzte Rettung, wieder verschwiegen, wenn dem Amtsleiter gegen meine Argumente nichts mehr einfällt, ist, kraft unterzeichnender Gewalt meine Stellungnahmen durch 'Plastikwörter' umzuformulieren, so daß der Inhalt nicht mehr greifbar und nicht mehr streitbar ist.

Das absichtsvolle – wenn auch unbewußte – Resultat dieser Strategien ist, daß der Chef, der die Macht hat, jederzeit per Dekret (Anweisung) über das, was geschrieben wird, willkürlich entscheiden kann. Für mich bedeutet das, daß mir meine Argumentation, d.h. das, was mir richtig erscheint und damit richtig ist, wie Nadolny (1990: 10) das formuliert, enteignet wird. Führe ich meine Argumentation fort, droht mir permanent die Zensur per Dienstanweisung und wird die Kontrolle über meine Arbeit ständig aufrecht erhalten. Versuche ich nach der verschwiegenen 'Linie' zu arbeiten, gerate ich in den 'vorausseilenden Gehorsam', d.h. ich überlege permanent, wie der Amtsleiter entscheiden würde, was ihm genehm ist, was er akzeptiert. Selbst dann ist meine Arbeit nicht gesichert, weil seine Entscheidung eben willkürlich, die Voraussetzung verschwiegen ist und die Linie permanent neu definiert werden kann. Bei offiziellen Äußerungen verhalte ich mich, wie wir das am Fall der Frau Nowotny beim Balint-Seminar am Beispiel von Frau Protoczek gesehen haben, formal und versichere mich beim Amtsleiter ständig rück. Greife ich auf das gängige Maßnahmenrepertoire zurück, kann ich dieses nicht begründen, weil es nicht begründbar ist. Weil nichts begründbar ist, habe ich das Gefühl, daß mir Fehler unterlaufen können. Das heißt, ich arbeite permanent in einer verunsicherten Situation. Das Ergebnis ist, daß ich in die Zwangslage versetzt werde, mir bezüglich jeder Frage die Entscheidung bei einem anderen (vorzugsweise dem Amtsleiter) einzuholen, mich also abzusichern, womit die Macht des Chefs gestärkt und legitimiert wird.

Der Amtsleiter nimmt die Rolle des Lehrers nicht ein

Der Chef nimmt hier also die Rolle des 'fachkundigen Beistands', wie Balint (1964/91) es nennt, oder die Rolle des wirklichen Lehrers nicht an, d.h. er berichtet

nicht, was er in meinen Argumentationen sieht, und gibt mir keine Hilfestellung für die weitere Bearbeitung meiner Aufgabe. Statt dessen besetzt er die Rolle des autoritären Chefs, der willkürlich Anweisungen und Belehrungen gibt. Dies führt zur 'Verzettelung der Verantwortung' (Balint 1964/91). Erstens ist nicht klar, wer der verantwortliche Ansprechpartner für die jeweilige Stellungnahme ist. Zweitens ermöglicht es dem, der die Macht hat, also dem Chef, Erfolge der Arbeit für sich zu verbuchen und Mißerfolge der Angestellten zuzuweisen.

Die 'Verewigung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses' (Balint 1964/91)

Die oben beschriebene Enteignung der Erfahrung und Fähigkeiten führt zu einer 'Verewigung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses' (ebd.), da der Chef durch die Verhinderung der Debatte permanent seine Macht stärkt (ohne Autorität zu besitzen), meine Autorität nicht anerkennt und meinen Zuwachs an Autorität verhindert. Diese autoritäre Verhaltensweise ist das, was Marianne Gronemeyer in ihrem Buch 'Die Macht der Bedürfnisse' als 'diagnostische Macht' bezeichnet. (Ich fände hierfür allerdings den Begriff 'dekrétive Macht' zutreffender.):

"Wer sich das Recht anmaßt, wem es auch zugestanden wird, zu dekretieren, was als normal gelten soll, der verfügt über diagnostische Macht." (Gronemeyer, M. 1988: 35)

und später

"Auch sie (die diagnostische Macht, Anm .d. Verf.) erhält sich durch die systematische Zersetzung der Daseinsmächtigkeit und Selbsterhaltungskompetenz der Machtunterworfenen; nicht dadurch, daß sie die Mittel enteignet, sondern dadurch, daß sie ihnen das Recht verwehrt; nach selbstgesetzten Zielen ihr Leben einzurichten." (ebd.: 36)

Gerda Schneider schreibt:

"Macht und Unterdrückung werden nach Bauriedl (1986: 102) durch die 'Produktion von Unbewußtheit' hergestellt und aufrechterhalten." (Schneider, G. 1989: 118).

Deshalb muß die 'Linie' aufrechterhalten, d.h. die Voraussetzung verschwiegen und die Debatte verhindert werden. Hier wird deutlich, wer zu missionieren versucht.

Jivialität

Zwei Strategien zur Verhinderung der Debatte kommen mir scheinbar wohlwollend entgegen. Dies ist zum einen die Strategie, die Debatte aufzugreifen und vom Gegenstand auf die abstrakte Ebene zu führen und zum anderen das 'Ja, Sie haben recht, ich aber entscheide das anders'. Karl Heinrich Hülbusch schreibt im Kapitel 'Das spielen von Pantomimen erfordert großen Seelenfrieden' im Bericht zum Balint-Seminar:

"Die AutorInnen solcher Zumutungen sind relativ weit verbreitet und fallen durch Freundlichkeit und Jivialität auf, durch unausgesprochene Zustimmung, gar Verständnis, die unversehens in Kritik und Ablehnung umschlagen. Also auch wieder das autoritäre Syndrom, daß sich antiautoritär gebärdet." (ebd.: 51)

Auch Marianne Gronemeyer schreibt:

"Wiewohl sie (die diagnostische Macht, Anm.d.Verf.) unnachgiebig über den Einhalt ihrer 'Ordres' wacht, zieht sie es vor, den sanften, integrativen Weg ihrer Durchsetzung zu beschreiten. Sie ist mehr auf Besserung aus als auf Bestrafung, handelt lieber pädagogisch als punitiv, gemeindet lieber ein, als daß sie verstößt." (ebd. 1988: 36)

"Die diagnostische Macht tritt von allem Anbeginn ihren Untertanen mit freundlichem Gesicht gegenüber und mit dem Versprechen, sie wenn nicht zur Höchstform, so doch zu höherer Form menschlicher Existenz zu führen, ihrem Wesen näher zu bringen."
(ebd.: 37)

Das 'Amt' ist wohlwollend.

Als Beleg der vorangegangenen Ausführungen werde ich noch drei Beispielsituationen beschreiben.

BEISPIELSITUATIONEN

1. Situation

Bei dieser Situation handelt es sich um eine Debatte zwischen dem Amtsleiter und mir über einen Teil einer Stellungnahme zu einem Bebauungsplan. Dieser hatte sinngemäß folgenden Inhalt:

Direkt angrenzend an ein Schulgrundstück und von diesem aus mitgenutzt, liegt eine Rasenfläche, die von Kindern als Bolzplatz genutzt wird. Zwischen Schulgrundstück und Bolzplatz befindet sich ein Zaun mit breiten waagerechten Latten wie um eine Pferdekoppel. Der Bebauungsplan sieht an Stelle des Zaunes die Anpflanzung eines 10 m breiten Gehölzstreifens vor. Während einer Ortsbesichtigung habe ich jedoch festgestellt, daß entlang des Zaunes eine mehr oder weniger lückige Trittvegetation wächst. Hieraus und aus vorgeleisteter Arbeit (vgl. z.B. Muchow, M. 1935/80) habe ich geschlossen, daß die Kinder auch am Rand des Bolzplatzes stehen, sich an den Zaun lehnen bzw. auf ihm rumturnen und dem Spiel auf dem Platz zuschauen. Die Pflanzung des Gehölzstreifens anstelle des Zaunes würde diesen Gebrauch und damit die wichtige Qualität des Zaunes zerstören. Darauf habe ich in meiner Stellungnahme hingewiesen und angeregt, auf die Hecke zu verzichten. Statt dessen kann, wenn eine Pflanzung erfolgen soll, der Gebrauch des Zaunes durch die Pflanzung einer Baumreihe bzw. das damit hergestellte Baumdach unterstützt werden.

Der Amtsleiter hat diesen Teil der Stellungnahme mit Vorwänden und Plastikwörtern abgewiegelt, die Hinweise seien zu detailliert, dies entspräche nicht den 'Belangen des Naturschutzes' und der Naturschutz könne nicht die Pflanzung eines Gehölzstreifens ablehnen. Ich habe dem widersprochen, wobei mich diese Vorwände vom Gegenstand weg auf eine abstrakte unprüfbare Ebene geführt haben. Am Ende habe ich gemotzt, man müsse ja nicht immer alles Vorhandene zerstören, um dann Neues entwerfen zu können. Letztenendes hat der Amtsleiter den Teil der Stellungnahme mit 'Plastikwörtern' umformuliert.

2. Situation

Es fand eine Besprechung zwischen dem Amtsleiter, dem Abteilungsleiter und mir statt. Mir lag ein Landschaftsplan zur Stellungnahme vor. Die Besprechung diente dazu, dem Amtsleiter und dem Abteilungsleiter den Landschaftsplan und meine Stellungnahme vorzustellen und eine Arbeitsbesprechung zwischen VertreternInnen von Gemeinde, Planungsbüro und Naturschutzbehörde vorzubereiten. Um die Voraussetzungen für die Abgabe einer Stellungnahme zum Landschaftsplan zu klären, habe ich während der Besprechung zunächst erläutert, mit welcher Fragestellung,

Dramaturgie und Methodik ich einen Landschaftsplan bearbeiten würde. Diese Erläuterung und die Debatte über die Inhalte eines Landschaftsplanes wurde vom Abteilungsleiter mit der Anweisung verweigert, er wolle mit mir jetzt nicht darüber diskutieren, wie ein Landschaftsplan bearbeitet werden soll, sondern etwas über den vorliegenden Landschaftsplan erfahren. Grundlage für die Bearbeitung des Landschaftsplanes sei der Landschaftsrahmenplan des Kreises und die "Hinweise der Fachbehörde für Naturschutz zum Landschaftsplan" (NLVA 1989), die das 'Amt' für sich als bindend begreife.

3. Situation

In meinen Stellungnahmen zitiere ich Fachliteratur, um die vorgeleistete Arbeit zu benennen, meine Aussagen durch die Einreihung in eine bestehende Planungsdebatte zu stützen und prüfbar zu machen und Hinweise auf vertiefende Literatur zu geben. In einer Amtsbesprechung hat der Amtsleiter mich angewiesen, auf Zitate und Quellenangaben von Fachliteratur, mit Ausnahme von Gesetzestexten, Kommentaren und Behördenschriften (z.B. Hinweise der Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege zum Landschaftsplan) zu verzichten. Begründet wurde diese Anweisung mit der Behauptung, 'wir sind die Experten und haben die Zitation nicht nötig'.

DEBATTE

Im folgenden fasse ich die dem Vortrag folgende Debatte zusammen. Hierbei haben wir im wesentlichen drei Fragen diskutiert.

1. Enthalten die Gesetze tatsächlich die Ideologie als verschwiegene Voraussetzung?
2. Spielt die Frage des 'Lehrer-Schüler-Verhältnisses' in einer autoritären Arbeitssituation noch eine Rolle?
3. Wie kann ich in einer autoritären Arbeitssituation überleben, wenn ich die Arbeit qualitativ nehme und nicht formal und eine kluge, befriedigende Arbeit für mich organisieren?

1. Meiner Interpretation, daß viele Gesetze zwar schwammig formuliert sind, so daß eine inhaltliche Auslegung möglich ist, jedoch eine Ideologie als verschwiegene Voraussetzung transportiert wird, wurde widersprochen. Die Gesetze sind ein formaler Rahmen, der inhaltlich gefüllt werden muß und kann. Die Auslegung erfolgt personell, d.h. durch die, die qua Amt die Macht haben, sie auszulegen. Das heißt, das ich die Gesetze als Sachbearbeiterin entsprechend meines Wissens und meiner Erfahrungen inhaltlich auslegen kann (muß). Das heißt auch, daß die Auslegung durch den Amtsleiter eben auch als Auslegung zu verstehen ist, und nicht als in den Gesetzen transportierte Ideologie. Wenn der Amtsleiter ohne inhaltliche Debatte über eine andere Auslegung der Gesetze entscheidet, erfolgt dies aufgrund 'seiner' autoritären und landespflegerischen Ideologie, bzw. aufgrund der autoritären Organisation der Verwaltung. In der autoritären Organisation der Verwaltung kann die niedrigere Ebene (z.B. die Sachbearbeiterin) nicht ohne die höhere (z.B. Amtsleiter) sein, da über das Arbeitsergebnis immer von der höheren Ebene entschieden wird. Die niedrigere Ebene arbeitet nur zu. Wogegen in einer hierarchischen Arbeitsor-

ganisation, die scheinbar 'niedrigere' Ebene (Schüler/in) in der scheinbar 'höheren' Ebene (Lehrer/in) enthalten ist. Das heißt, daß die SchülerIn ihr Projekt bearbeitet. Dabei wird ihr von der LehrerIn bei den einzelnen Arbeitsschritten geraten. Die SchülerIn arbeitet den Rat in ihr Projekt ein. Wie sie den Rat einarbeitet, ist Ergebnis der Vermittlung durch die LehrerIn und der Bereitschaft der SchülerIn, den Rat anzunehmen oder umzusetzen. Hierdurch übernimmt die LehrerIn die Verantwortung für das Arbeitsergebnis, zum einen für den Rat, daß dieser funktioniert, aber auch für die Vermittlung, d.h. dafür, daß der Rat von der SchülerIn verstanden und umgesetzt werden kann. Für den Fall, daß die SchülerIn den Rat trotz guter Vermittlung nicht annehmen will, also die Autorität der LehrerIn nicht anerkennt, behält sich die LehrerIn die Entscheidung über das Arbeitsergebnis vor. Das bedeutet, daß die SchülerIn die LehrerIn für die Qualität und die Vermittlung des Rates in die Verantwortung nehmen kann. So ist die Verantwortung nicht verzettelt und kann bei Mißerfolg der Arbeit nicht auf die SchülerIn abgewälzt werden. Am Erfolg des Arbeitsergebnisses im Falle einer gelungenen Arbeitsbeziehung sind jedoch beide beteiligt, die LehrerIn aufgrund der Qualität des Rates und seiner Vermittlung, die SchülerIn aufgrund mitgebrachten Wissens, der Bereitschaft, den Rat anzunehmen und damit die Autorität der LehrerIn anzuerkennen, und in dem Verständnis und der Umsetzung des Rates.

2. Ich habe gesagt, daß der Amtsleiter die Lehrer-Rolle nicht annimmt. Hiermit habe ich implizit die Annahme dieser Rolle durch den Amtsleiter eingefordert. Hierzu wurde entgegnet, daß in einem autoritären Arbeitsverhältnis kein 'Lehrer-Schüler-Verhältnis' entstehen kann. Ich kann die autoritäre Seite des Arbeitsverhältnisses nicht auflösen, daher auch kein 'Lehrer-Schüler-Verhältnis' einfordern. Der Amtsleiter, der qua Amt die Befugnis und Macht hat, trifft die Entscheidungen. Es ist nicht möglich dem 'Amt' vorzuwerfen, daß es eine 'Linie' behauptet. Das 'Lehrer-Schüler-Verhältnis' läßt sich nicht einfordern, da es dies qua Amtsorganisation nicht gibt. Hierzu Nadolny, wie ich bereits selbst in meiner Einleitung zitiert habe:

"Es nützt nichts, wenn wir das 'dem Druck' und 'der Macht der Verhältnisse' zu sagen versuchen – die hören nicht! Wir müssen es uns selbst sagen, denn uns betrifft es, wir müssen uns ihnen entziehen." (Nadolny, S. 1990: 119)

3. Wie läßt es sich also in einer autoritären Arbeitssituation überleben und der Widerspruch produktiv organisieren? Wenn ich die Arbeit ganz ernst nehme, sitze ich in der Patsche. Es gibt keine inhaltliche Debatte und keine Lernunterstützung. Erfolg und Niederlage sind gleichbedeutend, die Entscheidung trifft der Chef, ob ich inhaltlich richtig argumentiere oder vorwegnehmend schreibe, was er will. Der Beweis kann in einer autoritären Arbeitssituation nicht angetreten werden. Dies ist zwar ärgerlich aber nicht fatal, d.h. ich muß mich dieser Situation nicht ohnmächtig ausliefern. Es wurde geraten, die Debatte gegenüber dem autoritären Chef immer neu anzufangen, statt den Versuch zu starten, eine produktive kontinuierliche Arbeit aufzubauen. Also z.B. nicht den vorliegenden Landschaftsplan zu debattieren, da dies eine Bedrohung für das 'Amt' darstellt, sondern statt dessen immer wieder, wie ein Landschaftsplan gemacht wird. Hierbei läßt sich ein Spiel als Forschungsgegenstand organisieren, also 'mal gucken, was sie heute machen'. Beim Spiel geht es

nicht darum zu gewinnen oder am Ende Recht zu haben. Es geht darum zu lernen, wie ich mit den autoritären Chefs 'spielen' kann und wie ich selber in die Offensive komme. Hierzu braucht es keinen heftigen Streit, sondern eine Vorgehensweise und Argumente, die den autoritären Chef und seine Anweisungen auflaufen bzw. ins Leere laufen lassen. Und es braucht kabarettistischen Witz, also Spaß am Spiel. Dabei ist es zunächst einmal wichtig, die Arbeit selbst ganz ernst zu nehmen, selbst zu wissen, wie die Arbeit gut gemacht wird, was ich richtig finde, aber immer mitgedacht, daß das bei der Obrigkeit nicht ankommt, daß sie zensiert. Dann gilt es, die Begründungen hoch aufzuhängen, radikal zu argumentieren, damit mehr Argumente überbleiben, die nicht gestrichen werden können. Auch läßt sich die Debatte so vorbereiten, daß man, wenn man merkt, 'die machen einen rund', sofort das As auf den Tisch legen kann und sie zwingt, ihre Karten zu zeigen. Um an den Debatten lernen zu können und die Erinnerung zu stärken, ist es letztlich wichtig, den Sieg und die Niederlagen, die Sprüche und Widersprüche für sich selbst schriftlich zu rekapitulieren und zu kommentieren. So kann ich den Ablauf der Debatte reflexiv begleiten und verstehen, und ich kann ihn, weil ich weiß, was abläuft, einplanen und damit meine Sicherheit anders organisieren.

Der Rückhalt, um in einer autoritären Arbeitssituation zu überleben, läßt sich über sich selbst, den 'Mut zur Vereinzelung' wie Christine Anna Vetter es in Anlehnung an Thea Bauriedl (1993/80) einmal genannt hat, und in Kenntnis der Profession, sowohl der Freiraum- und Landschaftsplanung als auch der Landespflege, ihrer Geschichte und Variationen organisieren. Das bedeutet, wie Berger und Kellner (1984) es beschrieben haben, eine professionelle Distanz in der vorgefundenen Situation einzunehmen und die Situation mit der Profession im Hinterkopf zu betrachten, für sich zu verstehen, zu interpretieren und aufzuarbeiten.

"Anders gesagt, wenn ich sotto voce in meiner Rolle als Soziologe die Situation interpretiere, ist in meinem Geist die gesamte Disziplin (oder vielmehr der Ausschnitt, der für dieses Forschungsmaterial theoretisch relevant ist) unsichtbar präsent – sozusagen als stiller Partner in der Situation." (ebd.: 29 f.)

Also lesen und sich immer wieder professionelle Debatten, z.B. beim Stammtisch, bei Seminaren und zwischendurch organisieren.

Es wurde die These aufgestellt, daß ein Zusammenhang zwischen der externen Bedrohung, z.B. durch autoritäre Situationen, und der Angst sich zu streiten besteht. Denn in unserer Profession gibt es kaum professionelle Debatten zwischendurch. Es werden immer Betriebsgeheimnisse aus der Arbeit gemacht. Diese ist ein Problem der Neidkultur.

Letztlich ist noch zu ergänzen, daß die im Vortrag anhand der Verwaltung beschriebene, autoritäre Situation genauso in Planungsbüros zwischen Chefn und Angestellten und Chefn und angestellten freien MitarbeiterInnen zu finden ist. Ein Unterschied zwischen Büro und Verwaltung ist jedoch die Definition von Erfolg und Macht. Während in den Büros der Erfolg mit gutem 'Ruf' und 'Cash' gleichgesetzt wird, hat dieser in der Verwaltung die psychologische Bedeutung der Belobigung, da hier die Arbeitsplätze ziemlich gesichert sind, nach Tarif bezahlt wird und Arbeitgeber (Staat) und Chef (Amtsleiter etc.) nicht personell vereint sind. 'Ruf' und 'Cash' als Ausdruck

von Macht der Büros und als Mittel, Macht zu erlangen, werden in der Verwaltung nicht benötigt, weil über Macht qua Amt verfügt wird.

Literatur:

- AutorInnenkollektiv (1994):** Balint-Seminar – Die PlanerInnen und ihre Arbeitssituation. Vervielfältigtes Mskr., Bericht des 9. PlanerInnen-Praxisseminars Kassel.
- Balint, Michael (1964/91):** Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart.
- Bauriedl, Thea (1993/80):** Beziehungsanalyse. Das dialektisch-emanzipatorische Prinzip der Psychoanalyse und seine Konsequenzen für die psychoanalytische Familientherapie. Frankfurt/Main.
- Berger, Peter L./Kellner, Hansfried (1984):** Für eine neue Soziologie. Frankfurt/Main.
- Gronemeyer, Marianne (1988):** Die Macht der Bedürfnisse. Reflexionen über ein Phantom. Reinbek bei Hamburg.
- Lührs, Helmut (1992):** Das Verständnis ist der Plan. Unveröff. Mskr. Kassel.
- Lührs, Helmut (1994):** Die Vegetation als Indiz der Wirtschaftsgeschichte. AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Notizbuch 32 der Kasseler Schule. Kassel.
- Mölleken, Henrike (1994):** Die Ver(sch)wendung städtischer Bauflächen. Unveröff. Mskr. Diplomarbeit am FB Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel.
- Nadolny, Sten (1990):** Das Erzählen und die guten Absichten. München.
- Pirsig, Robert M. (1978):** Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main.
- Pörksen, Uwe (1989):** Plastikwörter – Die Sprache einer internationalen Diktatur. Stuttgart.
- Schneider, Gerda (1989):** Die Liebe zur Macht – Über die Reproduktion der Enteignung in der Landschaftspflege. AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.). Notizbuch 15 der Kasseler Schule. Kassel.
- Sobeck, Michael (1988):** Der Landschaftsplan zum Bebauungsplan. Unveröff. Mskr. Diplomarbeit am FB Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel.

Jürgen Wohlfarth

Das Elend des landschaftspflegerischen Begleitplanes

Abschied vom Projekt des Fordismus und die Lage der Ökologen

Ein Gespenst geht um – das Gespenst eines sich entfaltenden öko-industriellen Kapitalismus. Zwei Tendenzen zeichnen sich ab: die Herausbildung einer "staatstragenden Ökologie", die als ideeller Gesamtkapitalist Naturschutz, den Ausgleich von Umweltkonflikten zwischen verschiedenen Branchen betreibt und die Entwicklung der "industrietragenden Ökologie", deren Geschäft die Produktion von "Gift und Gengift" (Alle Zitate BLOCH/MAIER/BÄTZING 1984: 9; siehe auch BECK 1988: 226 ff.; ENZENSBERGER 1973: 10 ff.). Ökologie, ökologische Planungstheorien erweisen sich als ein notwendiges Schmiermittel im Wandel des reflexiv werdenden Kapitalismus (BECK 1986), der seine eigenen fordistischen Attribute modernisiert (HIRSCH/ROTH 1986; HARVEY 1987: 109-131), denn

"(...) die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren."

Zudem gilt auch für den entfesselnden, marktwirtschaftlichen, äußerst flexiblen Kapitalismus unserer Tage:

"Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller

gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst (...)" (beide Zitate MARX/ENGELS 1970: 46)

Diese Produktionsumwälzungen schlagen sich auch in den neuen bunten Kleidern des Kapitalismus nieder: Ganzheitlichkeit, Systemdenken, Eklektizismus, 'Anything goes' in der postmodernistischen Architektur, Design, Ökologie usw., neue Konzepte von Image und Raumbilder der Inszenierung des Ländlichen in Stadt und Land. Die ökologischen Planungstheorien auf deutschen Boden und die französisch geprägte Postmodernismusdebatte stellen sich als ein und dasselbe Überbauphänomen dar, dem ökonomischen und technologischem Wandel vorausgehend, ihn begleitend, nur in verschiedener Gestalt. Beide Stränge zeugen von einer besonders affirmativen Stellung zur Entfesselung der Produktivkräfte, in Absehung der Abhängigkeit zur Kapitalbewegung. RAULET ('TAZ' vom 28.6.1986) warf den französischen Denkern Animismus, das Nicht-mehr-erkennen-Können, wer Subjekt, was Objekt ist, vor, was an die Vorwürfe von FEUERBACH und MARX gegen die Phänomenologie von HEGEL, Subjekt und Prädikat zu verwechseln, erinnert. STOLZENBURG (1984: 17) beschrieb die gleiche Verwechslung, den 'Reduktionismus' der ökologischen Planungstheorien, vom Doppelcharakter der kapitalistischen Produktionsweise abzusehen und den Umweltverschmutzungen durch quantifizierende Besteuerungsmodelle, Bewertungsindexe, Ausgleichsabgaben, Stadtökosystemen etc. legitimatorischen Glanz zu geben.

Die Ökologie ist der Zwillingbruder der Ideologie, auch von ihr durchdrungen, die 'der Rechtfertigung des gegenwärtigen Zustandes und der Erfindung von neuen Finessen' dient,

"(...) wie zum Beispiel Ideologiebildung seit eh und je dem Interesse des Profits diene, indem sie die Sache in ihrem Sinne auslegte, die Frage in ihrem Sinne stellte und eine andere Fragestellung überhaupt nicht zur Tür hereinließ. Diese Finessen werden – das ist das Merkwürdige – nicht früh genug durchschaut, sondern geglaubt. Man weiß zum Beispiel noch nicht einmal bei einer so guten Sache wie bei der Ökologie, wie viel hier Ideologie ist. Was könnte zum Beispiel das Großkapital von der Ökologie haben? Etwas doch. (...) Da steckt Ideologie drin. Ein gesundes Mißtrauen kann aber sehr oft hinter die Schliche führen. Mit einem Mal ist etwas gar nicht wahr, sondern das Gegenteil ist wahr. Man muß ein gutes Gedächtnis haben, dann fällt einem auf, daß vor soundsovielen Jahren etwas anders lautete, oft von den gleichen Personen gesagt, auch bei großer Ehrenhaftigkeit dieser Personen, also ungewußt." (BLOCH 1978: 24 f.)

Zur Erinnerung: "Die herrschenden Gedanken einer Epoche sind die Gedanken der herrschenden Klasse" (MARX 1969: 46), die Gedanken der Ökologie überschneiden sich stark mit den Gedanken der herrschenden Klasse. Dieser dezisionistische Schluß fordert die Entzauberung der Ökologie als reine Megawissenschaft der Natur (GAMM 1986; ULRICH 1981), fordert die Überprüfung der ökologischen Theorie und Praxis nach ihren Ideologien, aber auch die Herausfiltrierung der brauchbaren, handhabbaren Teile. Die Schuppen der Ökologie an sich müssen allerdings von den Augen fallen. Ökonomische Prozesse und das staatliche Aufgreifen des 'Zurück zur Natur', zur schönen Landschaft (UVP, Naturschutzgebiete, Biotopkartierung und -vernetzung usw.) sind in ihrem bedingendem Zusammenhang zu sehen, dazu bedarf es einer Einbindung der Ökologie in eine gesellschaftliche Theorie.

Eine Betrachtung der aktuellen Diskussion verdeutlicht die Verknüpfung von ökonomischem Wandel und ökologischer Nachrüstung. Im Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18.7.1989 konstatiert BARBIER in einem Leitartikel drei Ziele einer ökologischen Marktwirtschaft mit neuen Steuerungsmitteln wie Umweltlizenzen, Umweltsteuern: Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes BRD, Einnahmesicherung für den Fiskus, sparsamer Umgang mit den Ressourcen der Natur. Die Knappheitstheorie der Naturressourcen, die an Volk ohne Raum erinnert, lautet bei ihm: "Wer viel verbraucht, zahlt viel, wer den Verbrauch nach Möglichkeit vermeidet, zahlt wenig." Diese Sätze umgedreht, wird deutlich, welcher Wind hier pfeift: Wer viel zahlen kann, kann viel verbrauchen, wer wenig zahlt, wenig Geld hat, hat wenig zu verbrauchen. Den Druck auf die organische Zusammensetzung des Kapitals, den die Aufhebung der Externalisierung der Kosten ausüben wird, empfiehlt er mit Senkung von Steuerlasten auf die Faktoren Arbeit und Kapital zu reduzieren. Dazu passen die derzeitigen Bemühungen des Kapitals, Arbeits- und Tarifverträge zu flexibilisieren. Der Umbau auf eine ökologische Marktwirtschaft – entsprechend einer marktwirtschaftlichen Ökologie – in der BRD schüfe zwar auf Kapital- und Arbeitnehmerseite 'Gewinner und Verlierer' (siehe auch BECK 1988), aber dem BRD-Kapital gegenüber anderen Ländern ausgezeichnete Extra-Surplusprofite in kommenden Produktionsschlachten der neuen flexibleren Akkumulationsregimes. Dies spricht auch die damalige niedersächsische Finanzministerin und spätere Treuhänderin der DDR-Betriebe ,BREUEL, in 'Die Zeit' vom 24.3.1989 an:

"Je schneller wir umweltfreundliche Produkte und Verfahren entwickeln und bereitstellen, umso größer sind unsere Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Ländern."

Der z.Z. beginnende Abschied vom Fordismus und seinem als häßlich empfundenen Gesicht der Massenprodukte, Umweltvernutzung, Flächenzonierungen usw. zu den neuen Konzepten des Postfordismus, der ökologischen Marktwirtschaft, High-Tech ist die Flucht nach vorne der Produktivkräfte. Mit ADORNO (1979: 355) "ist zu konzedieren, daß der Kapitalismus in sich selbst", im Akkumulationsregime, "Ressourcen entdeckt". Die ökologische Holocaust-Stimmung, die den Untergang des Abendlandes von SPENGLER widerspiegelte, wird mit neuem technokratischem Elan verlassen.

Gerade dort wo die Ökologen glauben, aufklärerische Positionen inne zu haben (KAULE 1986: 16 ff.; SUKOPP 1987), holen sie, hegelianisch gesehen, dem kapitalistischen Geist die Kastanien aus dem Feuer, handeln sie im Auftrag der List der kapitalistischen Vernunft, verhält "das Objektive zum Subjektiven sich ironisch" (BLOCH 1980: 26), entstehen die eingegrenzten Gehege und Reservate für 'bürgerliche Affen' der Ökologie. In diesem Kontext befindet sich besonders die landschaftspflegerische Begleitplanung kapitalistischer Verwertungsprozesse, staatlicher Infrastrukturmaßnahmen in ihrer ökologischen Heilsverfallenheit in einem von ihr nicht durchschauten, fast ödipalen Dreieck mit Vater Kapital/Staat und Mutter Natur.

2. Der Landschaftsschaden – auch eine relativierende Art Schadensabwicklung

Gäbe es ihn nicht schon, den Landschaftsschaden, so würde er vom Berufsstand der Landschaftspflege, des GaLaBaues, des Naturschutzes erfunden werden, bietet er doch ideale Beschäftigungsfelder für Beschäftigt-werden-Wollende. Allerdings ge-

nügt der Profession nicht mehr der alte, bloß zu bepflanzende Landschaftsschaden (HÜLBUSCH 1967), gesucht wird indessen "aus der Sicht des GaLaBaues eine Vielzahl von zukunftsweisenden Aufgabenfeldern" (v. JUTRCZENKI 1986: 19) von Re-kultivierungs- und Renaturierungsmaßnahmen, die "sich auch an neuen Zielsetzungen orientieren: die Verbesserung des Arten- und Biotopschutzes, der Biotopentwicklung, des Bodenschutzes (...)" (ebd.). Ein Glück, daß es da Eingriffe gibt, die den planerischen Vorstellungen und finanziellen Eigeninteressen des Berufsstandes entgegenkommen. Diese affirmative Haltung bedingt auch das berufstypische Wegsehen von den Ursachen des Eingriffes, die Unhinterfragtheit des Auftrages und das Starren auf die Auswirkungen in der Landschaft, den Eingriffsfolgen an sich, dem Landschaftsschaden, der allein zum obskuren Objekt der planerischen Begierde wird.

Nicht die Landschaftsschadensverursachung steht im Blickpunkt, denn es herrscht der professionsmäßige Glaube, die Reparatur sei durch interdisziplinäre Zusammenarbeit geleistet: "Landschaftsarchitekten zeichnen für die Planung zuständig, Fachbetriebe des Garten- und Landschaftsbaues für die Bauausführung sowie für die Unterhaltungs- und Entwicklungspflege." (ebd.: 20) Grund zum Streiten gibt es nur beim Auftreten von Konkurrenz aus anderen Sparten (Straßen- und Tiefbau, Land- und Forstwirtschaft, Umweltverbände, ABM), die ebenfalls den Landschaftsschaden beheben will. Dorn im Auge sind die "Wettbewerbsvorteile für bestimmte Bereiche: beispielsweise können landwirtschaftliche Betriebe infolge von Subventionen und Steuererleichterungen kostengünstiger kalkulieren" (ebd.: 20). Da bleibt, um die Nase im Auftragsgeschäft vorn zu behalten, nur übrig, auf Teufel komm raus "Fachkenntnisse, insbesondere auf landespflegerischer und ökologischer Ebene fortlaufend" (ebd.) zu vertiefen. Kein Wunder, daß es bei einer solchen fortlaufenden Wissensanhäufung zu keinem eigenem Standpunkt mehr kommt, die Frage des Wer, des Warums bei derart auftragsfixierten Interessen keine Rolle mehr spielt, das Denken in Warenkategorien obsiegt.

Das erklärte "ökologische Leitbild" (DARMER 1971: 174) der landschaftspflegerischen Begleitplanung ist die "vollständige Kaschierung der industriell verursachten Verwüstung" (HÜLBUSCH 1981: 200) Mit dieser Intention gerät die landschaftspflegerische Begleitplanung in unauflösbare Widersprüche, "denn nicht grundlos hängt jeder *Aufputz* mit Verdecken und Lüge zusammen" (BLOCH 1985 EM: 196). Die landschaftspflegerische Begleitplanung, verhaftet in einer kontemplativen "statt einer betroffenen Haltung" (ebd.), orientiert an den Erscheinungen und desinteressiert am Wesen des Eingriffes, die Geschichte der Phänomene und der Orte vernachlässigend, trägt mit ihren Re-kultivierungen zur "politischen Schönfärberei" (ebd.), zum ideologischen Vernebeln bei, denn ein zugepflanztes wie "ein gemaltes, gar besungenes Elend verlangt kein unangenehmes Mitleid mehr und keinen Antrieb, die so malerischen Slums von ihren Wurzeln her aufzuheben" (ebd.). Die malerisch heile Welt der Edellaubwald-Rekultivierung (HÜLBUSCH 1981: 200) hat diese Radikalität negiert, den Stachel, den Dingen auf den Grund zu gehen, verloren. Landschaftspflegerische BegleitplanerInnen gebärden sich reduktionistisch als "Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus" (BLOCH 1977: 271), die eine Flickschusterei des

Oberflächenzusammenhanges betreiben.

Daß dabei vor lauter Wald, sprich Edellaubwald, keine Bäume, sprich Birke, vor lauter Bäume kein Wald, sprich Vorwald, gesehen werden, zeigt HÜLBUSCH (s.o.) in trefflichen Beispielen. Dem Mangel, die Dinge auf den Be-Griff zu bringen, entsprechen handwerkliche Unfertigkeiten, die durch Technik hinweg kompensiert werden sollen. (Einige Aporien einer pflanzensoziologischen und vegetationskundlichen Unkenntnis werden im folgenden Kapitel behandelt.)

Bei KONOLD (1983: 162-171), der die Kritik an der (Mülldeponien-) Rekultivierung durch Baumpflanzungen teilt – aber nur in der Reduktion auf eine bessere Rekultivierungstechnik schwieriger Standorte – wird diese Doppelbödigkeit auffällig. Kritik wird aufgenommen, um weiter kritiklos zu bleiben. Darin gleicht sie den postmodernen Sprachspielen der Delegitimierung, der Dissonanz und der Immaterialität (LYOTARD, 1985 und 1986). KONOLD hält kritisch Rückschau auf die Versprechungen der Deponiedurchsetzer und Rekultivierer. So verweist er auf die "lateralen Gaswanderungen und die auf den Deponieoberflächen abfließenden Sickerwässer" (S. 163), die Problematik des ungeklärten "Eigenlebens" (ebd.) und "Langzeitverhaltens" (S. 162). Sein Schluß lautet, "daß die in zahlreichen Publikationen angestrebten Rekultivierungsziele als Wunschdenken bezeichnet werden müssen, sei es Rückgliederung, Eingliederung in die umgebende Landschaft, Wiederherstellung des gestörten Landschaftsbildes, land- und forstwirtschaftliche Nutzung oder gar Erholung" (S. 163). Solch aufgeklärter Geist kann dann auch die "Vermittlung des Glaubens an die Machbarkeit einer mittelfristigen Wiedereingliederung oder Nutzung (...) lediglich als politisches Instrument apostrophieren, das den Behörden die Durchsetzung eines neuen Deponiestandortes in der Öffentlichkeit erleichtern soll" (S. 164). Hier spricht der Geist, der die Kritik, entleert ihres Kernes, als sprachliche Hüllen in seinen Diskurs integriert, einen perfiden Schein von antithetischem Sein zu Marke trägt.

"Was von sich aus autonom, kritisch, antithetisch zu sein beansprucht, und was freilich diesen Anspruch nie ganz rein bewähren kann, muß verkümmern, wenn seine Impulse in ein ihnen Heteronomes, von oben her Vorgedachtes, bereits eingegliedert sind; wenn es, womöglich, den Raum zum Atmen von den Gnaden dessen empfängt, wogegen es rebelliert." (ADORNO 1979: 133)

So wirft KONOLD schön antithetisch ein, daß "langfristig alle Maßnahmen dahin zielen werden – dies muß das erklärte politische Ziel sein (!) -, den Müllanfall zu verringern, den Müll zu separieren und in optimaler Weise wiederzuverwenden" (KONOLD 1983: 164), dagegen bricht die Heteronomie den antithetischen Schein von Sein, denn es ist "der Öffentlichkeit nahe zu bringen, daß wir langfristig mit diesen Fremdkörpern in der Landschaft leben müssen, daß Müll von allen in zu großer Menge produziert wird" (ebd.), und daß wegen ungenügendem Recycling "die Deponieforschung zu forcieren ist" (ebd.). Der Paradigma-Klau geht hier um, bei dem auch bei der Deponiebegrünung das "Un"-Kraut als Rekultivierungsmittel zum Geschäft (HÜLBUSCH 1981: 200) wird, bei dem die mit der Spontanvegetation verbundene Information über den Eingriff, die Lesbarkeit, die Leute keine Rolle spielt, zur 'Kulissenschieberei' analog zur 'Fassadologie postmoderner Architektur' (beide HÜLBUSCH 1989), zum ökologischen Designproblem verkommt.

Die Spontanvegetation auf Deponien gerät der gleichfalls postmodernistisch ambitionierten landschaftspflegerischen Begleitplanung zum "ökologischen Potential" (STEIOF 1987: 516) der Eingriffs-Ausgleichsmechanismen, da sie mittels der List der Vernunft 'ökologischer' und artenreicher ist als die jahrzehntelangen Rekultivierungsversuche der (modernen) Begleitplanung (MÜLLER 1986: 29-31; STEIOF 1987: 516-519; KONOLD 1983: 162-171). Darum spielt der Eingriff keine große Rolle mehr, wo z. B. "Agrarsteppen" – landläufig zur Denunziation freigegeben -, betroffen sind, deren Artenarmut gegen die Bauern gewendet wird, ohne nach den Gründen zu fragen. Beispielsweise für GROHS (1985: 41) ließ "der desolate Naturhaushalt [einer sogenannten 'Steppe'; d. V.] nicht erkennen, (...) aus welchem Grund die Aufhaltung grundsätzlich nicht möglich sein sollte (...)." Der Eingriff bietet der biotopistischen Wiederaufbaugeneration der Ökologen die 'einmalige' Chance, zu versuchen, 'artenarme' in 'artenreiche' Landschaften zu verwandeln. Die wortakrobatische Antithetik findet ihre allzu schnelle Synthese, 'wo die Entscheidung für eine Deponie gefallen ist', indem

"(...) die in der Rekultivierung vorhandenen ökologischen Chancen genutzt werden sollten, um ein Höchstmaß an Ausgleich für den durch eine Deponie zweifellos gegebenen Eingriff in die Landschaft zu erreichen." (NEUMANN 1983: 67)

Die ökologische Chance Spontanvegetation wird nicht als synthetischer Indikator, als lesbarer Informationsträger über den Eingriff, die Verdrängungen verstanden, sondern als reine Oberflächengestaltung, als mißverständenes Design (vgl. BURCKHARDT 1985: 41-131).

"Im Mißbrauch des Wortes 'Design', das als Gestaltung der reinen Oberfläche verstanden wird, steckt ein Grundirrtum. Wer nicht den Menschen, sondern den Dingen Gehör schenkt, blendet die sozialen und ökonomischen Entscheidungen aus (...)." (MÖNNINGER, 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 21.4.1989)

Die postmoderne Kulissenschieberei mit der Spontanvegetation und Heckenpflanzungen fungiert als Medium ohne Botschaft. "Sie spricht eine Gagasprache, deren Elemente unendlich distinktiv, aber nicht mehr signifikativ sind: eine Kunst der bedeutungslosen Unterschiede" (ebd.; siehe auch HÜLBUSCH 1989). Damit schaffen es die Rekultivierer, Renaturierer und landschaftspflegerischen Begleitplaner über das Ganze – das nach ADORNO das Unwahre ist – des Eingriffs-Ausgleichs Sachzwänge herzustellen und die lokalen Rechnungen der Leute, der Bauern vorort zu unterlaufen. Die Ökologen sind an den MARXschen Satz gefälligst zu erinnern, 'über die Ware nicht die Hersteller der Ware zu vergessen'. Analog gilt, über die Landschaft nicht die Hersteller (Nutzer) der Landschaft, über die Ökologie nicht die Leute zu vergessen! Ein Skandal, daß es die postmodernistisch nachgerüstete Begleitplanung, auch mit der Spontanvegetation als Patinamittel, schafft, eine Ökologie ohne Menschen zu betreiben!

"Was der Freiraumplanung, der Landschaftsplanung und dem Naturschutz fehlt, ist eine gesellschaftliche Theorie als Basis ihrer Arbeit; und es ist eine gesellschaftliche Theorie, die es ermöglicht, ja fordert, daß darin ganz lebendige Menschen und ihre Ansprüche – ihre alltäglichen Notwendigkeiten, ihre Geschichte und ihre Alltagskultur vorkommen, ernst genommen werden. Daß Menschen in der Abwägung der Umweltverträglichkeit hinter einer Feuchtwiese 'rangieren', ist (...) ebenso unerträglich wie die grüne Kaschierung z. B. einer Wiederaufbereitungsanlage." (HÜLBUSCH 1983: 169)

KERNER ('Zeit-Magazin' vom 12.8.1988) schildert das Schicksal der von der Bundesbahnneubaustrecke Hannover-Würzburg betroffenen Familie Endres und berichtet von der Arbeit der Landschaftspflegerischen Begleitplanung. "Den Bauern kümmerst es wenig, wenn Bernd Albrecht aus dem BÜZ (Bauüberwachungszentrum, d.V.) anreist, um mit ihm abzusprechen, wie die geplante 'Biotopbrücke', eine grüne Leiter für Pflanzen und Tiere, auf der zukünftigen Deponie verlaufen soll. Für die Lebensqualität der Familie Endres hat der landschaftspflegerische Begleitplan keine echte Bedeutung mehr". (S. 24). Die unterschiedlichen Betroffenheiten, Umgänge stellen sich dar: "Eine Schafstelze hüpf arglos zum lehmigen Ufer des kleinen Tümpels. Landschaftspfleger Manfred Becker ist ganz begeistert. Das Tier, das er an dem gelb gefiederten Bauch erkennt, sei viel seltener als die Bachstelze, erläutert er. Ganz in der Nähe plätschert es über treppenförmig angeordnete Wasserbausteine in einen Graben: ein künstliches Biotop, von Menschenhand geschaffen" (S. 19). Gegenüber der planerischen Idyllensicht, dem Nebel des Ökologismus, kommt Gerhard Endres auf den Punkt: "Ich habe keinen Rechtsanspruch auf Sicht, Ruhe, Weg und Klima". Zudem verweigert sich die konkrete Alltagssituation den oft lautschreierisch verkündeten Technologien der Lärmkompensation: "Auch die von der Bahn bezahlten Lärmschutzfenster versagen, wenn die Familie im Sommer bei offenem Fenster schlafen will." Er zieht sein Fazit zwischen seiner Alltagssituation und der Landschaftspflegerischen Begleitplanung: "Hier dumme Bauern, dort großer Fachmann" (alle S. 24). Triumphierender das Expertenresümee des Projektleiters Professor Karger: "Für die Landschaft haben wir viel erreicht." ('Hessisch-Niedersächsische Allgemeine' vom 20. 7.1989). Der Mensch dagegen wird aus- und eingesperrt, die landschaftspflegerische Begleitplanung errichtet neben ihrer Kaschierungsarbeit ein quasi ökologisches Panoptikum des biotopischen Raumregimes (FOUCAULT 1979: 251-292) mit einer rigorosen Parzellierung, ein postmodernes "Modell eines Disziplinierungsanlage" (ebd.: 253) einer hyperrealen Natur: Zutritt verboten. Wildwuchs.

Ökologisch abgesegnet trägt die Landschaftspflegerische Begleitplanung (LBP) den Zugriff auf die Lebenswelt mit ihren relativ kontinuierlich-stabilen, entlastenden Gewohnheiten, als Ort der Vertrautheit und Sicherheit, als Raum mit gedeuteten und bedeutenden Konventionen, Institutionen und Grenzen, in unverantwortlicher Weise mit, verhindert das Identifizieren der alltäglichen Lebenswelt zur Heimat.

"Heimat ist ein Zukunftsbegriff. Die konkrete Nähe einer Welt, welche die Menschen selber hergestellt haben und in der sie sich wohlfühlen, weil sie *ihre* Welt ist." (NEGT 1987: 19)

Für NEGT ergibt sich aus der permanenten und immer mehr beschleunigten Modernisierung der Lebensverhältnisse:

"Vertreibung und der unbändige Wille, sich gegen die Enteignung der eigenen Lebenswelt zur Wehr zu setzen. Der Kampf um Heimat ist ein Kampf des tätigen, arbeitenden Menschen für die Vertrautheit einer Welt, in der er sich in den von ihm produzierten Gegenständen, im gegenständlichen gesellschaftlichen Reichtum, wiedererkennt und in seinen Wesenskräften anerkannt findet." (ebd.: 19)

Der Berufsstand der Landschaftspflege ist erst dann wirklich 'ökologisch', wenn er beitragen kann, in Theorie und Praxis von den materiellen, sozialen, physischen und

psychischen Lebensbedingungen der Menschen ausgehend,

"(...) einen entschiedenen Kampf gegen die Zerstörung der Lebenswelt zu führen. Die gegenständliche Realität, die die Menschen umgibt und in der sie sich aufgehoben finden, ist und bleibt das stärkste Motiv ihres Widerstandes gegen die kapitalistischen Mechanismen der Integration ihres Bewußtseins und Verhaltens in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Politische Kultur, ohne die es langfristig einen Kampf um die Durchsetzung kollektiver Rechte nicht geben kann, gründet sich darauf, daß Vernunft und Gefühl, Verstand und Sinne in ihrem praktischen Zusammenhang anerkannt werden, und für die Menschen in ihrem Alltag gegenständliche Betätigungen gefunden werden, welche die Fremdheit der Dinge und Personen aufhebt. Das würde die Wissenschaft in die Lebenswelt einbeziehen, und Heimat, als organisierendes Zentrum dieser Lebenswelt, würde heute eine orientierende Funktion der Befreiung gewinnen." (NEGT 1987: 23)

Der Eingriffs-Ausgleich – zwischen ökologischem Abfallhandel und kategorischem Imperativ der Ökologie

Kernstück des landschaftspflegerischen Begleitplanes ist der Eingriffs-Ausgleich als landschaftspflegerisches Kompensationsmittel einer wissenschaftlich verbrämten Auflage des Kinderspruches 'Heile, heile Gänse, es wird ja wieder gut'. Es treten beim Eingriffs-Ausgleich offenkundige Widersprüche auf, unterschiedlich bemerkt und bewertet. STRAUCH (1987: 35) hält den Begriff des Ausgleiches im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) für einen reinen Rechtsbegriff. Auch GASSNER (1984: 86) geht davon aus, daß "mit dem Wort Ausgleich" der Gesetzesgeber mehr verspricht, "als er halten kann. Was tatsächlich realisierbar ist, ist lediglich eine approximative [annähernde, d. V.] Kompensation der Eingriffsfolgen, wobei der Ausgleich nur bezüglich ausgewählter ökologischer Funktionen erfolgt und als Konsequenz davon andere Funktionen ohne Kompensation bleiben." Es zeigen sich für beide die Widersprüche auf der Ebene zwischen den Forderungen und der Ausgleichspraxis. Doch hat der Gesetzesgeber den Eingriffs-Ausgleich nicht aus sich selbst heraus geboren, die Spur zurückverfolgt führt in den Schoß der landschaftsplanerischen Profession.

"Hinter den sog. 'Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen' steht insgesamt eine von der Profession der Landschaftsplanung maßgeblich entwickelte 'Reparaturideologie', die davon ausgeht, den Ausgleich zwischen der Sicherung der Stabilität eines leistungsfähigen Naturhaushaltes und der Erfüllung der vielfältigen Ansprüche der Gesellschaft zu finden." (HAAFKE, 1983/88: 131)

Die Beteiligung der LandschaftspflegerInnen bei Eingriffen in die Natur findet erstmals ihren Niederschlag bei BUCHWALD 1957 (siehe HAAFKE: 207), was er 1965 näher konkretisiert. Als wichtigste gesellschaftliche Aufgabe sieht er für die Landschaftsplanung den Ausgleich, die Bewältigung der "Spannung zwischen Gesellschaft und Lebensraum" (zit. nach HAAFKE: 208), also z. B. Emissionen und Immissionen ausgleichende Terrains zur Verfügung zu stellen. Die Theorie der ökologischen Ausgleichsräume entwickelt HABER 1972 zu einem Zonierungskonzept räumlich getrennter Nutzungstypen, später ins Bundesraumordnungsprogramm von 1975 aufgenommen. Ökonomisch schwache Räume, der ländliche Raum insbesondere, fungieren von da an als 'ökologische Zellen', als 'Biofilter' der industriellen und städtischen Verschmutzungen, als 'Psychotope' und 'Soziotope' für Erholung suchende StädterInnen, als 'extensive Nutzungen'.

"Die Funktionstrennung innerhalb der Raumordnung erfolgte primär nach ökonomischen Gesichtspunkten, dennoch wird das Konzept allgemein als ökologisch sinnvolle Glieder angesehen da, so formuliert KAULE, 'Zielkonflikte (...) durch Ausweisung von Gebieten mit unterschiedlichen Zielvorstellungen vermieden' werden. Das Konzept der räumlichen Planung wird als 'das Grundprinzip der Konfliktlösung' angesehen, 'im Gegensatz zur Maßnahmenplanung, die Konflikte durch Auflagen bei den Verursachern zu verringern sucht.'" (HAAFKE: 211)

Der Zusammenhang, daß beispielsweise das, was als Schadensstoff in der einen Zone aufsteigt, andernorts als Schadstoff niederfällt, den BewohnerInnen in den betroffenen räumlichen Zonierungen Lebensmöglichkeiten vermindert, bleibt so verborgen, verschwindet im Nullsummenspiel.

Die Reparaturideologie des Eingriffs-Ausgleichs entstammt also genuin aus der Gedankenwelt der landschaftspflegerischen Positionen.

"Die Profession drängt sich mit derartigen Positionen sukzessive als potente Berufsgruppe für die Lösung der zunehmenden gesellschaftlichen Probleme unter dem Stichwort 'Umweltbelastung' auf." (HAAFKE: 208)

Der Widerspruch zwischen Gesetzestext und den bloß approximativen Kompensationen der Eingriffsfolgen liegt also einige Schichten tiefer begründet. Der Grundwiderspruch ist in der Akzeptanz der Schädigungen und Eingriffe zu finden, die unhinterfragt und als selbstverständlich angenommen werden. Aufgabe der Planung, der landschaftspflegerischen Begleitung, der UVP, sei es, und es sei möglich, wird angenommen, den Eingriff in einen Einklang mit der Natur zu bringen. Dazu kommen gesellschaftliche Abstraktionen und Komplexreduktionen, die elende Fixierung auf die bioökologischen Funktionen und Bedeutungen unter Nichtbeachtung lebensweltlicher Notwendigkeiten, die Ideologie des Gesamtbilanzdenkens gegenüber den lokalen Rechnungen.

Pikant ist die Traditionslinie, die HAAFKE in bezug auf HIRSCH/WENZEL sowie RICHTER herausgearbeitet hat. Erst Legitimierung der Naturzerstörung des Eingriffes, dann Naturzerstörung (der Spontanvegetation) durch die landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen.

"Nicht selten werden aus üppigen Staudenfluren und artenreichen Gebüschungen etc. durch den landschaftspflegerischen Vollzug einheitlich grüne Rasen mit locker gruppierten Einzelbäumen und unmotivierten Gebüschwürsten. Eine detaillierte Untersuchung von REICHHOLF hat ergeben, daß z. B. ungepflegte und nicht nach (Landschafts-) Plan gestaltete Dämme nach einer geringen Alterung eine wesentlich höhere Artenvielfalt, die ja vom Naturschutz avisiert wird, aufwiesen, als nach sorgfältigen Plänen bepflanzte und gestaltete Dämme. Für AMBERG sorgt der Landschaftsplaner mit seiner Gründekoration für ein 'Begräbnis 1. Klasse für viele Lebensräume und Lebensgemeinschaften, für die durchaus noch Platz wäre'. Fazit: Der vormals ästhetische Ansatz der Hofgärtnerei hat sich mit fatalen Folgen für die Artenausstattung der 'freien Landschaft' zur ökologischen Hofgärtnerei gewandelt. Der Blickwinkel ist der gleiche geblieben, nur der Hof hat sich geändert." (HAAFKE: 210f)

BUCHWALD drückt sein positivistisches Verständnis vom Verhältnis Vernutzungen - Landschaftsplanung wie folgt aus:

"Landschaftsplanung als ökologisch-gestalterische Planung geht aus von den vorhandenen und geplanten Nutzungen der Gesellschaft, erfaßt in der Wirkungsanalyse deren Auswirkungen auf Standorte (Ökosysteme) und damit auf andere Nutzungen." (1980: 36)

Die landschaftsplanerische Aktivität geht bei BUCHWALD explizit von Eingriffen aus, die nur noch ökologisch optimiert werden sollen. Der Eingriffsprozeß wird damit auf den Fakt des Reparaturausgleichs reduziert, unter dem Übersehen ökonomischer, sozialer und materieller Zusammenhänge, die nicht zur Disposition stehen.

"In der Tat beherrscht nicht die Frage was optimiert werden soll (...), sondern wie (planungsinstrumentelle Konstruktionsvorschriften) die fachimmanente Diskussion. 'Wirkungs- und Risikoanalyse als zentrale Bestandteile der Landschaftsplanung' (BUCHWALD) sind die entsprechenden Stichworte. Methodische Anleihen beim positivistischen Wissenschaftsideal (...) sind unübersehbar." (KRUSEWITZ 1980: 86)

Kein Wunder, daß die Unterlassung von vermeidbaren 'Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft', wie es im § 8 (1) BNatSchG sanft anklingt, in den landschaftsplanerischen Bemühungen keine bzw. kaum eine Rolle spielt.

"Wenn überhaupt Vermeidungsanstrengungen gemacht werden, beschränken sie sich im allgemeinen auf die Auswahl eines vom Naturpotential her weniger wertvollen Standortes oder auf technische Modifikationen in der Ausführung des Projekts. Methodisch und inhaltlich versucht man diese Minderungen durch zum Teil hoch formalisierte ökologische Bewertungsverfahren und zunehmend durch technische Richtlinien in den Griff zu bekommen. Ganz im Einklang mit der herrschenden Rechtsauffassung wird dabei die Grundstruktur des Eingriffsprojektes nicht angetastet, so daß bei dieser Art Minderung immer eine erhebliche Restbelastung bestehen bleibt." (SCHWEPPE 1985: 32 f.)

Die Novellierung des BNatSchG ändert daran nichts, im Gegenteil; nicht ausgleichbare Eingriffe werden auf die bei einem Eingriff eintretenden Zerstörungen von Biotopen, "die für Tiere und Pflanzen der vom Aussterben bedrohten Arten unersetzbar sind" (APFELBACHER 1989: 287) fixiert. Das ist quasi der generelle Freibrief für Eingriffe. Das Minus der nicht stattfindenden Vermeidung, Verhinderung von Eingriffen wird auch vom BDLA in einer Stellungnahme zur Novellierung bemerkt.

"Es ist immer noch keine Eingriffsverhinderungsnorm entstanden. Es handelt sich nach wie vor um eine Regelung zur Bestimmung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen." (ebd. 1989: 15)

Dieser an sich richtigen Diagnose folgt noch lange nicht das richtige Behandlungsmittel. Die Normierung der Eingriffsverhinderung nach BDLA-Art würde sich vielmehr, wie es sich auch abzeichnet, an der Rotlistigkeit, der Seltenheit und der Ungleichzeitigkeit der Naturausstattung orientieren, statt an den sozialen, ökonomischen, materiellen, psychischen, physischen Lebensbedingungen der Menschen.

Die offenkundige Nichtkompensierbarkeit von Eingriffen mit Ausgleich und Ersatzmaßnahmen hat den Gesetzesgeber bewogen, Ausgleichsabgaben monetärer Art zuzulassen. Die Ausgleichsabgabe ist der Versuch, die Naturausstattung in die doppelte kapitalistische Buchführung der Tauschwerte einzubeziehen, ähnlich den z. Z. diskutierten Ökosteuern und Umweltlizenzen. VESTER (1983) gelang die Festlegung des Materialwertes eines Blaukehlchens auf 0,31 DM, den Gemütwert äquivalent einer Valiumtablette auf 0,10 DM. Von ODUM sind ähnliche Berechnungen für Ökosysteme bekannt. Diese Quantifizierung der Natur kommt der ebenfalls quantifizierenden Computerisierbarkeit der Natursimulation entgegen. Qualitäten der Natur, der Planungsmethoden, der Frageaufwerfung spielen dann überhaupt keine Rolle mehr.

"Im bürgerlich kapitalistischen Stadium der Geschichte spielt das qualitative Maßdenken ohnehin eine geringe Rolle, vielmehr setzte sich zunehmend eine Trennung von Qualitativem und Quantitativem durch, mit Zurücksetzung des Qualitativen als eines angeblich unzuverlässig Subjektiven. Und zwar dergestalt, daß gemäß der bloß quantitativen Maßangabe des Profits alle Qualitäten des Gebrauchswerts eingeebnet wurden in das nicht-qualitative Quantum des Tauschwertes; Gebrauchswert selber kommt einzig als vorgelogenes Klischee in der Reklame vor. Marx beschrieb diesen Vorgang der Quantifizierung als das Zur-Ware-Werden aller Menschen und Dinge." (BLOCH 1985 EM: 154)

Eine aufklärerische Position in der Landschaftsplanung hat den Eingriffsbegriff, um ihn voll zu erfassen, zu dialektisieren: Um Eingriffe zu verhindern, hat sie auf Eingriffe zu insistieren. Der zerstörerischen Einmaligkeit ausbeutender kapitalistischer Verwertung ist die stabilisierende Wirkung periodischer Eingriffe gegenüberzustellen. Natur für uns gibt es nur als anthropogen, regelmäßig beeinflusste Dauergesellschaften. Die Konvivialität einer produktiven menschlichen Praxis im Stoffwechselprozeß mit der Natur findet in ihr die Entsprechung als das "Substrat der objektiv-realen Möglichkeit" des "In Möglichkeit Seienden" und des "Nach Möglichkeit Seienden" (BLOCH 1985 LV I: 259). Diese Doppeldialektik des Mensch-Naturverhältnisses von Subjekt-Objekt-Objekt-Subjekt, die wechselseitige Entfaltung und Emporarbeitung an-, mit- und durcheinander hindurch, den Mensch als aktiv bewegend, die Natur als passiv, den menschlichen Bemühungen entsprechend entgegenkommen könnend, ist in der mechanistischen Landschaftspflege am wenigsten verstanden.

Das "In-Möglichkeit-Seiende" der Natur bedeutet, "es läßt sich aus ihr alles Mögliche machen, es läßt sich aber aus ihr nicht alles Unmögliche machen" (ebd.). Das "Nach-Möglichkeit-Seiende" ist die "Bestimmung der bereits gestalteten Materie" (S. 260), "es setzt partielle Bedingungen", es ist sozusagen der Fahrplan: Keine Station ist auslaßbar. Zum Beispiel spiegelt die städtische Spontanvegetation auf gleichem Bodensubstrat in verschiedenen Pflanzengesellschaften die differenzierten Nutzungsansprüche wider; es stellen sich also aus derselben ungestalteten Ausgangssituation verschiedene Möglichkeitsausstattungen her, das ist das In-Möglichkeit-Seiende. Unmöglich dagegen wäre es dabei, daß sich auf einem häufig benutztem Trampelpfad Pflanzengesellschaften der mehrjährigen Staudengesellschaften einfänden. Das Nach-Möglichkeit-Seiende bedeutet, aus einem Halbtrockenrasen ist nicht über Nacht ein Wald zu machen. Der Fahrplan lautet: Einwanderung von Arten der Saum- und Mantelgesellschaften, Verbuschung, Vorwald, Wald. Nichts ist zu überspringen.

Der eigentliche Skandal des kapitalistischen Vernutzungseingriffes liegt neben der Vertreibung bisheriger Nutzer in der Unangeschlossenheit, in der Nichtbeachtung, in der Zerstörung der realen Potenzen der naturbürtigen Ausstattung und Möglichkeiten, im Umschlag zu Kontraproduktivität und destruktivem Nichts. Natur, wenn sie zu sich selbst kommen soll, braucht den konvivialen menschlichen Eingriff. Wäre sie schon mit sich selbst vermittelt, wäre sie nicht mehr veränderbar.

Natursimulationen in kybernetischen Ökodiskursen und alles möglich machen wollendem Biotopmanagement

Sozialwissenschaften und Landschaftsplanung haben einen vergleichbaren Werdegang von den 60er, 70er Jahren in die 80er, 90er Jahre, was die versuchte Profes-

sionalisierung weg von der weichen Disziplin hin zu den harten Fakten angeht, vom Optimismus getragen, bei Planungen entscheidend mitagieren zu können.

"Am Anfang stand die Hoffnung: Verwendung von Sozialwissenschaft [Landschaftsplanung, Zusatz d. Verf.] ist gut, mehr Verwendung ist besser. Will sagen: mit dem dauerhaften Rückgriff auf sozialwissenschaftliches [landschaftsplanerisches, Zusatz d. Verf.] Wissen steigt die Qualität, die Rationalität politischer Entscheidungen. (...) Durch die Anwendung sozialwissenschaftlichen [landschaftsplanerischen, Zusatz d. Verf.] Wissens wird Politik konsensfähiger und die Gesellschaft rationaler, besser, gerechter. Es ist im Rückblick schon erstaunlich, wie unverblümt in den 60er und 70er Jahren in diesem Sinne mit einer Gesellschaftspolitik vom Reißbrett der Sozialwissenschaften [Landschaftsplanung, Zusatz d. Verf.] geworben wurde. Da wurden 'harte Fakten' als Grundlage für staatliche Planungen versprochen oder handfeste Bedarfs- und Ressourcen-Analysen für wenigstens mittelfristige Entwicklungen. Man ging mit der Vorstellung hausieren, daß Sozialwissenschaftler [Landschaftsplaner, Zusatz d. Verf.] Ursache-Wirkungs-Theorien anzubieten hätten, so daß die Politiker wüßten, welche Hebel sie wie legen müßten, um die gewünschten Effekte zu erzielen."
(BECK/BONSS, 'Frankfurter Rundschau' vom 4. 7. 1989)

Ihr Resümé schreiben sie auch den Landschaftspflegern in den Stammbaum:

"Auch die Hoffnung, daß mehr Forschung mehr Konsens und mehr Sicherheit erzeuge, muß wohl zum Berufsoptimismus einer an die Ausrechenbarkeit der Welt glaubenden Wissenschaftlergeneration gezählt werden." (ebd.)

Mit Vernetzungsmodellen, Kybernetik, Systemtheorie, Kreislauftheorien, Biotopkartierung, UVP usw. arbeitet die Ökologie gerade der Ausrechenbarkeit, der funktionalen Instrumentalisierung, dem Glauben der Machbarkeit, der Beherrschbarkeit der Natur entgegen, auch wenn sie vielfach gestartet ist, das Andere, die Spezifikationen, das Irreduzible der Natur, der Naturqualitäten zu retten. GAMM geht davon aus, daß die Ökologie heute längst ihr früheres privatistisches 'Spinner'-Stadium verlassen hat, Allgemeingut geworden ist. Öko ist Up-to-Date, und Up-to-Date ist, 'wem die Stunde schlägt' (HEMINGWAY). Sie scheint der Ökologie zu schlagen, um sie zu schlagen.

"Gedanken, die, isoliert genommen, ihrem Inhalt nach identisch sind, können zu einer Zeit unreif und phantastisch, zur anderen überholt und belanglos sein und doch in einem bestimmten historischen Augenblick Faktoren einer Macht bilden, welche die Welt verändert: Das heißt, die spätkapitalistische Renaissance eines Naturbewußtseins und dessen Relevanz im Kontext gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, muß nicht per se regressiv sein, Symptom kompensatorischer Bedürfnisbefriedigung. Sie kann ebenso Ausdruck eines Widerstandes gegen die fortschreitende Instrumentalisierung und Ausbeutung der Natur sein und darin gesellschaftlichen Fortschritt bezeugen. In dieser Perspektive allererst erscheint die ganze *Zweideutigkeit* der ökologischen Programmatik. Denn sie fordert eine Form fortschreitender Naturbeherrschung und -unterdrückung heraus, die technisch längst bereitliegt und nur des Naturbewußtseins der ökologischen Vernunft bedarf, um endlich politisch und gesellschaftlich anerkannt und durchgesetzt zu werden. Der ökologische Diskurs leistet (objektiv) der Politik der *kybernetischen Aufrüstung von Natur* (und Gesellschaft) *Vorschub*, so vehement er subjektiv auch die entgegengesetzte Ansicht ausdrückt." (GAMM 1985: 51)

Die gesellschaftstheoretische Unbedarftheit der Ökologie, die quantifizierenden instrumentellen Methodologien der Experten-Natur, das verbindet sich auf einmal bruchlos mit dem kapitalistischen Zeitgeist, der die Ökologie als Wachstumschance aufgreift und integriert. Zu kritisieren sind demnach "die ökologischen Hintergrund-

vorstellungen, die einer Technologie 'entgegenarbeiten', deren technisch-instrumentelles Verfügungswissen über Natur alles in den Schatten stellen könnte, was die naturverachtende Rationalität des kapitalistischen Produktionswahns uns bislang beschert hat. Die Naturbeherrschung droht, im imaginären Auftrag der Natur selber, total zu werden." (ebd.) Die Ökologie ist nicht das Megawissen über die Natur selbst. Sie könnte schnell ihre in ihr enthaltene Antithetik verlieren, sich produktionsfördernd neben Ökonomie und Technologie einreihen.

"Meine Vermutung geht dahin, daß je mehr die Ökologie Fuß faßt und die wissenschaftliche Rationalität sich ihrer bemächtigt, sie umso mehr ihre kritische Funktion verliert und zu einer wissenschaftlichen Disziplin unter anderen herabsinkt, in der, wie in anderen Wissenschaften auch, sorgsam darüber gewacht wird, daß sie eine *Wissenschaft* ist, die ihre Lektion, in einer Analyse zu unterscheiden zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, ordentlich gelernt hat." (GAMM 1985: 67)

Den Vor-Schein dieser Naturbeherrschung bildet die Praxis der hyperrealen Natursimulation im Biotopmanagement. Das Biotopmanagement der Ersatzmaßnahmen ist der postmodernistische Stilgestus der Landschaftspflege, ähnlich dem Eklektizismus der postmodernen Architektur beim Stilpuzzle von Erkern, Säulen, Bögen, Kapitellen aus beliebigen historischen Epochen. Kulissenschieberei, die feuchtfröhliche Wissenschaft' (NIETZSCHE) der Feuchtbioptope, die Landschaftsrequisiten der Biotopvernetzung, das

"(...) ist der fröhliche Hedonismus des 'anything goes', der gerade im Bereich des 'Ästhetischen' die Kraft des Faktischen für sich hat. Das Nebeneinander verschiedener künstlerischer Richtungen erscheint dann als legitimer Pluralismus, aus dem jeder sich das Seine herausuchen kann, das Durcheinander von Zitaten aus den unterschiedlichsten Kontexten in einem Werk vereint als ironisches Spiel mit der Tradition." (BÜRGER 1987: 198)

Wenn die Kasseler Schule in ihrer Vegetationssemiotik noch von der Informationshaftigkeit, Lesbarkeit der Einheit von Signifikant und Signifikat, also daß eine bestimmte Pflanzengesellschaft etwas über den Grad der Nutzung, der naturbürtigen Ausstattung, der Produktionsweise aussagt, ausgeht, geht es dem Biotopmanagement bei der Erschaffung von bestimmten Pflanzengesellschaften nur noch um das Bild, die Erscheinung, die Illusion, die Fiktion einer Allegorie.

"Das Bild ist Zitat; aber es zitiert nicht mehr etwas Bestimmtes, denn um dies zu tun, müßte es einen Kontext aufbauen, gegen den das Zitierte sich abhebt. (...) Wenn nun im Zeichen der Postmoderne die Bedeutung, die die Teile verknüpft, nicht nur gelockert, sondern aufgekündigt wird, dann bleibt von der Allegorie nur ein Trümmerhaufen unverbundener Zeichen zurück. Und wenn der Signifikant nicht mehr mit einem Signifikat gekoppelt ist, dann tritt an die Stelle der Referenz der Lauf durch die unendliche Kette von Zeichen." (ebd.)

Daß dieser Trümmerhaufen unverbundener Zeichen uns heute als Biotopvernetzung avanciert wird, ist ein besonderer Treppenwitz des Postmodernismus. Nehmen wir den Mittelpunkt landschaftspflegerischen Denkens und Handels – den Biotop – einmal unter die Lupe. Dabei ist zu beachten, daß unsere heutige Erscheinungswelt durch einen raschen Modewechsel und gleichzeitig mögliche Stilisierungs-Vielfalt gekennzeichnet ist. Dem kann und will sich der ökologisch-ingeniöse Komplex nicht verweigern und entziehen. Ein beliebtes und stark nachgefragtes ökologisch-inge-

niöses Mode-Modell heißt der 'Bio-Top'. Ein 'Bio-Top' ist vielfältig gestaltbar, einsetzbar und scheint universal applizierbar zu sein. Seine Ausformung, seine Gestalt und seinen Standort erhält er nach dem jeweilig modischen Up-to-Date und den jeweiligen Öko-Mega-Trends.

Allerdings ist das frühere Erfolgs-Bio-Top-Modell 'Feucht', noch vor kurzer Zeit im Nierentisch-Design der Nachkriegswohlstandszeit der 50er und 60er Jahre ein absoluter Renner und Selbstläufer, inzwischen längst nicht mehr top, sondern völlig out. Zudem machten sich beim Bio-Top-Modell 'Feucht' einige Fabrikationsmängel schnell bemerkbar: Mäuse bissen sich durch die Schutzfolien; Bio-Top-Modelle ohne Folie trockneten gern bei jeder unpassenden Gelegenheit aus; wenn er sein Was-serkleid denn mal trug, veralgte er gern und, last and least, produzierte er vielfach nur pflanzliche Allerweltsarten, die überall anders auch schon wuchsen und deshalb nur wenig zur Distinktion und Selbstprofilierung ihrer Hersteller beitragen konnten.

Ein Bio-Top-Modell mit heutigen Maßstäben und Standards gemessen, muß allerdings Spitzenleistungen erzielen, muß mit seinem pflanzlichen Output in die Rote Liste, die Hitparade der Ökologie, einziehen können. Die aktuellen Bio-Top-Acts sind die Modelle 'Mager' und 'Trocken', hier scheinen Spitzenplatzierungen in den Roten Listen garantiert zu sein. Die Roten Listen sind sowieso die Inkarnation marktwirtschaftlicher Grundsätze: Je seltener, desto teurer. Wenn wir uns schon Natur leisten und anlegen, dann aber nur mit der Luxusausstattung.

Ein Bio-Top hat es allerdings nicht leicht: Er verliert schnell sein modisches Da-Sein und gerät damit ins gesellschaftliche Abseits oder wird als unvergänglich erscheinender Bio-Topos der dörflich-ländlichen Pastorable eingesetzt und gerät dann in einen Status der Ewig-Gestrigkeit, falls die Karawane der Modepräferenzen weiterzieht. Den Bio-Top erreichen allerdings nicht nur die Gefahren des Alt-Modisch-Werdens, er gerät in der letzten Zeit immer häufiger in schnell auftauchende Netze. Diesen Vorgang nennt man landläufig die 'Bio-Top-Vernetzung'.

Die Bio-Top-Vernetzung ist die biologische, biotische Entsprechung und Neuauflage der Zentralen-Orte-Theorie. Die zentralen Bio-Toppe, die bisher nur einzelne, vereinzelte Punkte in der Landschaft waren, werden mit – von ihren Erfindern und Obersten Feldherren selbst zugegeben – zu dünnen Achsen verbunden und damit als punktuelle Entwicklungspotentiale in der Fläche aufgewertet. Die Intentionen des ökologischen Achsenpaktes sollen folgend sehr ironisierend, damit übertreibend, aber immer noch zutreffend genug charakterisiert werden:

"Über die linienartige Vernetzung zwischen einzelnen Punkten soll z.B. ein Fransen-Enzian auf einem Halbtrockenrasen, entlang einem Vegetationsstreifen mit z.B. Wege- rich und Knöterich, über einige Baumpflanzungen hinweg mit einem Rohrkolben an einer Feuchtstelle in systemtheoretischen Kontakt treten können und soll dadurch die fehlende Entwicklung auf den riesigen Restflächen ausbügeln."

Dennoch scheinen die Widersprüchlichkeiten des Biotopmanagements keinerlei Rolle zu spielen, wenn man seine Dominanz und Akzeptanz in der aktuellen Diskussion anschaut. Die Biotop-Ersatzmaßnahmen geraten ebenfalls in eine unendliche Verkettung, denn der Ersatzausgleich ist ja auch wieder ein Eingriff, der Ausgleich erfordert, der wiederum ein Eingriff ist, der nach einem Ausgleich verlangt, der

wieder usw. usf. HEGEL nannte das 'schlechte Unendlichkeit', ähnlich HÜLBUSCH (1986) den Flächenbrand der Ausgleichsmaßnahmen, der eine Geschößbauweise der Biotope erfordere. Bei BLAB (1985: 136-140), MADER (1985: 6-14) und KAULE (1986: 21 ff. u. 28 ff.) ist die sich selbst widersprechende Beliebigkeit offenkundig. Es herrscht die Ja-aber-Haltung des 'Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie' statt des 'Entweder-Oder' (KIERKEGAARD).

Das zeigt sich z. B. in der MADER'schen Zielvorstellung: '(...) hat das Biotopverbundsystem die ökosystemaren Funktionen der großflächigen Lebensräume wenigstens teilweise mitzutragen. Dies wird nur begrenzt möglich sein'. Dann verkündet er sein ökologisches Wunder: '(...) wird das Biotopverbundsystem mehr oder weniger zum Selbstzweck – System linearer und punktförmiger Strukturen erhält Flächenfunktion (...)' Also Quadratur des Kreises, wenn auch 'ökologisch' gewendet! Es ist an das Aristotelische 'In Möglichkeit Seiende' der Natur zu erinnern:

"Es läßt sich aus ihr alles Mögliche machen, es läßt sich aber aus ihr nicht alles Unmögliche machen." (BLOCH 1985 LV I: 259)

Die Klagen der Ökologen über den Artenrückgang, über die Nivellierung der Landschaft, über den Verlust typischer Pflanzengesellschaften, erinnern an die Klagen der postmodernen Architekten, denn diese

"(...) sind sich der Zerstörung der lokalen Eigenschaften, der Bindung an einen Ort, bewußt; so Porthogesi, der gegen die 'fürchterliche Uniformierung' protestiert, die 'in der ganzen Welt alle Vororte gleichgemacht hat, ohne daß die Bewohner irgendwie ihre eigene Identität über die besondere Identität eines Ortes wiederfinden könnten'." (RAULET 1987: 125)

Dem stimmt KAULE durchaus zu: 'Zur Heimat gehören auch die örtlich unverwechselbaren Arten.' Diagnose, Prognose und Therapie fallen aber weit auseinander, kommen nicht zusammen.

"Sie bemühen sich aber nur um das, was DELEUZE und GUATTARI im 'Anti-Ödipus' als 'Reterritorialisierung' denunzieren – reaktive, oder gar neokonservative Stabilisierungsversuche durch Identitätssurrogate, welche die deterritorialisierende Rationalität der Moderne zu mildern suchen." (RAULET 1987: 125)

Warum sehen Planer nichts und nicht etwas – Notate zur Theorie der planerischen Halbbildung

Warum vergessen die Landschaftspfleger, die Renaturierer, die Ökologen allzu leicht über der Landschaft die Hersteller, die Nutzer von Landschaft und "wann endlich nehmen Planer und Gutachter sich auch als Betroffene ernst?" (HÜLBUSCH u. HÜLBUSCH 1980: 1535). Es ist zum einen der LUKACS-Begriff der 'transzendenten Heimatlosigkeit der Intellektuellen', entsprechend einer Heimatlosigkeit der Ökologen, der Biotopisten aufzunehmen, der den Zustand der Ökologen beschreibt, quasi überall arbeiten zu können, ohne je anzukommen, ohne je da-zu-sein. Zum anderen, daß die wissenschaftlichen Instrumentarien, besonders die deduktiv-analytischen Methoden, "für die sinnlichen Ausdrucksformen der menschlichen Lebenswelt kaum ausgebildet" (NEGT 1987: 20) sind. HAAFKE (1982, zit. nach 1988, 3. Auflage: 96) verdeutlicht die ökologische Okkupation des Landes aus der Vogelperspektive: Biotopkartierungen in Hessen wurden von Weihenstephan aus per

Luftbilddauswertung durchgeführt.

Als Realprobleme treten auf, "daß aktuelle Geschichte noch mehr als aktuelle Landschaft der bloßen Betrachtung schwierig wird" (BLOCH 1985 EM: 18). Floristische Punktkartierungen aber auch pflanzensoziologische Aufnahmen, teilen den Hauptmangel allem bloß Anschauendem. Dieser

"Hauptmangel (...) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv." (MARX 1969: 5)

Dazu kommt die Schwierigkeit, die im Sehen selbst liegt, "das auffallende Minus in der Betrachtung" (BLOCH 1985 EM: 13), muß in Distanz reflektiert werden, braucht eine parteiisch-konkrete Wahrnehmung, die in Praxis einschlagen kann, die zu einer Erkenntnis der aktuellen Geschichte, der aktuellen Landschaft, der werdenden, gewordenen, noch nicht gewordenen Landschaft fähig ist.

An dieser Stelle setzt die mikrologische Vegetationskunde ein, die die Vegetation als synthetischen Indikator aller einwirkenden Einflüsse versteht und als "(...) nicht-kontemplative Drehung (...) – statt des antiquierenden Sinns und des betrügerischen Dilettantismus gegenüber dem Aktuellen – Anwesenheit im Prozeß, mit Sinn fürs Werdende, für das noch Ungewordene (...)" (BLOCH 1985 EM: 20) wirkt. Sie führt über eine ausholende, genaue Beschreibung der Vegetation, dem Spurenlesen der Mikrologie der Lebenswelt über Indizienweise und Kontext-Interpretationen zur Erkenntnis der aktuellen Geschichte, der aktuellen Landschaft und der Produktionsweisen, der Nutzungen von Freiräumen. Diese Art phänomenologischer Vegetationskunde füllt die HUSSERLSche Losung 'Zu den Sachen selbst'. Die deduktiv-analytische Methode der Ökologen und Landschaftspfleger ist dagegen "die allzu große, zwischenraumlose Beschäftigung mit allzu vollen Gegenständen, (...) in der vom Instanzenblick des Fußgängers überhaupt nichts mehr vorkommt" (BLOCH 1972: 34). Der Verlust der Fußgängerperspektive entschlägt sich der Möglichkeit, sich selbst als Experte der eigenen Lebenswelt ernst- und wahrzunehmen.

Wie leicht doch der Experte die Ortsabhängigkeit seiner Ortsunabhängigkeit vergißt, denn "man nimmt sich mit, wohin man geht. Und das in unserer Enge, samt dem begrenzten Ort, worauf man steht." (BLOCH 1985 TE: 20) Es gibt für den Experten lebensweltliche Fixierungen, trotz aller transzendentalen Heimatlosigkeiten. Verlöre er die alltägliche Sicherheit seiner äußeren Fixierung, über deren existentielle Notwendigkeit er sich für Betroffene in seiner Spezialarbeit kaum Gedanken macht,

"(...) erstaunte er, wie völlig nichts er vor sich selbst geworden war. Wie wichtig ihm die kleinen gewohnten Dinge fehlten: Farbe der Wand, das wohlige Viereck des Schreibtisches, der runde Schein der Lampe, die er alle vordem mit sich ins Freie genommen hatte." (BLOCH 1979: 28)

Spezialistentum und damit verbundene Verdummung, Blindheit, stehen in einem sich hochschaukelnden Wechselspiel. Fliegenbeinzählerei fällt mit einer gesellschaftlichen Froschperspektive zusammen.

"Die mit ihr eingehende hochgradige Arbeitsteilung macht den Experten zwar, wenigstens vorübergehend, sicher in seiner Sache, aber ständig unsicherer in der Einschätzung der vordringlichen, allgemeinen Lebenserfordernisse seiner sozialen Umgebung und seiner Mitverantwortung dafür." (LÄMMERT, 'Die Zeit' vom 14.7.1989)

Diese Unsicherheit wird nicht reflektiert.

"Produktive Verunsicherung? Nein: *Business as usual* heißt die Parole: Die Datensammlungen werden aufgestockt und die Theorien ausgefeilt – eine geschäftige Routine, die der Bamberger Soziologe Ulrich Beck zu Recht als 'blinden Realismus' tadelt." (LEGGEWIE, 'Die Zeit' vom 23.6.1989)

Fatal und komisch werden die wissenschaftlichen Versuche, die Welt von oben herab zu deduzieren (wie oft in der Pflanzensoziologie), als gäbe es eine lückenlos abgestufte, homogene und fertig ausgebildete Welt, denn das Dasein ist, "wie auch Hegel bemerkt, keine Gewürzkrämerbude, worin alle Gegenstände an Ort und Stelle eingeräumt sind." (BLOCH 1985 PhA: 51). Vielmehr ist von unten her anzuheben, sind die einzelnen Phänomene auf ihre Signifikanz zu untersuchen.

"Man muß in die Sache selbst hinein, in jede, von Fall zu Fall. Falsch, einen Stoff zu fingern, bis er in die vorgefaßte Form paßt (vgl. ILLNER 1984, d. V.). Noch falscher, nur die Form vorzutragen und sich das Dickicht der immer neuen lernenden Arbeit zu ersparen." (BLOCH 1985 PhA: 31)

Es kommt darauf an,

"(...) sich fragend [zu] verhalten. Die Frage an den Gegenstand hat hierbei eine zureichend vorbedachte zu sein. Sie macht den Umkreis kenntlich, innerhalb dessen die oder jene vermutbare Erklärung vorfindlich sein könnte." (BLOCH 1985 PhA: 21)

Wenig verstanden, da sie nicht gesehen wird, nicht als Frage nach der Bedeutung aufgeworfen wird, ist bei den Deduktionisten die soziale Wichtigkeit der Freiräume, der Niemandsländer, der dysfunktionalen Flächen in ihrer Nichtplanbarkeit. Sonst würden z. B. Spielangebote für Kinder nicht möbliert, Straßen in Landschaften mit Pflastereien, Bänken und Trögen verwandelt werden. Kinderspielplätze, Wohnstraßen führen geradezu ein 'Gewürzkrämerbuden'-Dasein, das für jede Aktivität ein entsprechendes Spielgerät und eine bestimmte Flächenzonierung vorsieht, im Gegensatz zur Offenheit dysfunktionaler Freiräume, Zwischenräume, die je nach Alter, Lust, Anlaß und Bedarf angeeignet und uminterpretiert werden. Diese Freiräume stehen in der landschaftspflegerischen Begleitplanung in permanenter Nichtbeachtungs- und Zerstörungsgefahr. Vogelperspektive, unreflektiertes Zu-nahe-dran-Sein, Reduktionismus, Deduktion, ein fehlendes gesellschaftstheoretisches und ökonomisches Verständnis, ökologische Heilsverfallenheit, affirmative Unhinterfragtheit des Planungsauftrages und 'verwaltungsverdauliche' (OFFE, zitiert nach BECK/BONSS 1989) Planung, das trägt bei zum Elend des landschaftspflegerischen Begleitplanes.

Literatur:

ADORNO, Th. W. (1979): Soziologische Schriften I. Frankfurt/Main.

AMBERG, M. (1980): Naturschutz – die große Lüge. Greven.

APFELBACHER, D. (1989): Die zweite Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz. Natur und Landschaft 6: 285-287.

BARBIER, H. D. (1989): 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 18.7.1989.

BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt/Main.

BECK, U. (1988): Gegengifte. Frankfurt/Main.

BECK, U. und BONSS, W. (1989): Wie streichle ich mein Stachelschwein? 'Frankfurter Rundschau' 151 vom 4.7.1989: 9.

BDLA (1989): BDLA zum Bundesnaturschutzgesetz. Garten + Landschaft 7: 13-15.

BLOCH, E. (1972): Pädagogica. Frankfurt/Main.

- BLOCH, E. (1977):** Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1978):** Das Zeitalter des Systems ist abgelaufen. In: BLOCH, K. & REIF, A. – Denken heißt Überschreiten. Köln, Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1979):** Spuren. Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1980):** Abschied von der Utopie? Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1985 EM):** Experimentum Mundi. Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1985 TE):** Tübinger Einleitung in die Philosophie. Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1985 PhA):** Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie. Frankfurt/Main.
- BLOCH, E. (1985 LV I):** Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie. Band I. Frankfurt.
- BLOCH, J. R., MAIER, W. & BÄTZING, W. (1984):** Einleitung. In: BLOCH, J. R. & MAIER, W. (Hrsg.) – Wachstum der Grenzen. Frankfurt/Main.
- BREUEL (1989):** In: 'Die Zeit' vom 24.3.1989.
- BLAB, J. (1985):** Zur Machbarkeit von 'Natur aus zweiter Hand' und zu einigen Aspekten der Anlage, Gestaltung und Entwicklung von Biotopen aus tierökologischer Sicht. Natur und Landschaft 4: 136-140.
- BUCHWALD, K. (1965):** Landschaftspflege und Naturschutz in der industriellen Gesellschaft. In: FAHRBACH, G.: Naturschutz – eine politische Aufgabe? Stuttgart.
- BUCHWALD, K. (1980):** Landschaftsplanung als ökologisch-gestalterische Planung. In: BUCHWALD, K. & ENGELHARDT, W. (Hrsg.): Handbuch für Planung und Gestaltung der Umwelt, Bd. 3. München, Wien, Zürich.
- BURCKHARDT, L. (1985):** Design ist unsichtbar. In: ebd.: Die Kinder fressen ihre Revolution: 41-131. Köln.
- BÜRGER, P. (1987):** Der Alltag, die Allegorie und die Avantgarde. In: BÜRGER, C. & BÜRGER, P. – Postmoderne: Alltag, Allegorie und Avantgarde: 196-212. Frankfurt/Main.
- DARMER, G. (1971):** Ökologisches Leitbild zur Rekultivierung schwieriger Standorte und Substrate des Tagebaus. Landschaft und Stadt 4: 174-180.
- ENZENSBERGER, H. M. (1973):** Zur Kritik der politischen Ökologie. In: Kursbuch 33: 1-42. Berlin.
- FOUCAULT, M. (1979):** Überwachen und Strafen. Frankfurt/Main.
- GAMM, G. (1985):** Simulierte Natur. In: Konkursbuch 14: 47-74. Tübingen.
- GASSNER, E. (1984):** Eingriffe in Natur und Landschaft – ihre Regelung und ihr Ausgleich nach § 8 BNatSchG. In: Natur und Recht 3: 81-86.
- GROHS, K. H. (1985):** Bergehalde Herden-Süd. Garten + Landschaft 9: 41-46.
- HAAFKE, J. (1982/88):** Naturschutz – Erfahrungen und Perspektiven. Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung, Heft 35. Gesamthochschule Kassel GhK. Kassel.
- HABER, W. (1972):** Grundzüge einer ökologischen Theorie der Landnutzungsplanung. In: Innere Kolonisation 11.
- HARVEY, D. (1987):** Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflexion über 'Postmodernismus' in amerikanischen Städten. Prokla 69: 109-131. Berlin.
- HEMINGWAY, E. (1989):** Wem die Stunde schlägt. Reinbek b. Hamburg.
- HIRSCH, J. & ROTH, R. (1986):** Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg.
- HIRSCH, K. & WENZEL, J. (1978):** Landschaftsplanung als Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen. Landschaft und Stadt 10.
- HÜLBUSCH, I. M. & HÜLBUSCH, K. H. (1980):** Aus- und Einsperrungen oder: Von der Unmöglichkeit, Stadt-Landschaftsökologie zu treiben. Bauwelt 36: 256-261; Stadtbauwelt 67: 1530-1535.
- HÜLBUSCH, K. H. (1967):** Der Landschaftsschaden – Ein Phänomen in der Kulturlandschaft. Diplomarbeit. Hannover.
- HÜLBUSCH, K. H. (1981):** Das wilde Grün der Städte. In: ANDRITZKY, A. & SPITZER, K. (Hrsg.): Grün in der Stadt: 191-201. Hamburg.
- HÜLBUSCH, K. H. (1983):** Wo steht der Naturschutz in Theorie, Forschung und Praxis? In: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege 33: 166-176.
- HÜLBUSCH, K. H. et al. (1986):** Naturschutz durch Landnutzung. Urbs et Regio 42.
- HÜLBUSCH, K. H. (1989):** Fruchtbare Einsichten sollten wir erweitern. In: HEINEMANN, G. & POMMERENING, K.: Struktur und Nutzung dysfunktionaler Freiräume. Notizbuch 12 der Kasseler Schule.

- ILLNER, H. (1984):** Einflüsse unterschiedlicher Bewirtschaftungen auf die Grünlandgesellschaften. Diplomarbeit (Mskr.). Uni Göttingen.
- JUTRCZENKI, J. v., (1986):** Rekultivierung und Renaturierung als Aufgaben des GaLaBaues. TASPO-Magazin: 19-20.
- KAULE, G. (1986):** Arten- und Biotopschutz. Stuttgart.
- KERNER, Ch. (1988):** Grün am Zug. In: 'Zeit-Magazin' 33: 14-24.
- KONOLD, W. (1983):** Die Pflanzenwelt auf abgedeckten Mülldeponien und die Problematik der Rekultivierung. Landschaft und Stadt 4: 162-171.
- KRUSEWITZ, K. (1980):** Landschaftsplanung – Staat – Gesellschaft. Zum Selbstverständnis einer ökologischen Planungsdisziplin. In: ÖKO-INSTITUT (Hrsg.): Landschaftsplanung: Belastete Landschaft – verdrängte Natur: 85-104. Freiburg.
- LÄMMERT, E. (1989):** Wissen ist Ohnmacht. 'Die Zeit' vom 14.7.1989, Nr. 29: 44.
- LEGGEWIE, C. (1989):** Sie wissen fast alles und wissen auch nicht mehr. 'Die Zeit' Nr. 26 vom 23.6.1989: 56.
- LYOTARD, J.-F. (1986):** Das postmoderne Wissen. Graz, Wien.
- LYOTARD et al. (1985):** Immaterialität und Postmoderne. Berlin.
- MADER, H.-J. (1985):** Die Verinselung der Landschaft und die Notwendigkeit von Biotopverbundsystemen. LÖLF-Nachrichten 4: 6-14.
- MARX, K. (1969):** Thesen über Feuerbach/Die deutsche Ideologie. MEW 3. Berlin.
- MARX, K. & ENGELS, F. (1970):** Manifest der kommunistischen Partei. Frankfurt/Main.
- MÜLLER, S. (1986):** Rekultivierung von Mülldeponien. TASPO-Magazin: 29-31.
- ODUM, H. T. (1971):** Environment, power und society. New York.
- NEGT, O. (1987):** Wissenschaft in der Kulturkrise und das Problem der Heimat. Niemandsland 2: 13-23.
- NEUMANN, U. (1983):** Gesichtspunkte des Artenschutzes bei der Rekultivierung von Mülldeponien. Müll und Abfall 15: 64-68.
- NIETZSCHE, F. (1959):** Die fröhliche Wissenschaft. München.
- MÖNNINGER, M. (1989):** Die neue Künstlichkeit. Frankfurter Allgemeine Zeitung 93: 33.
- RAULET, G. (1986):** Interview in der 'Tageszeitung' ('Taz') vom 28.6.1986.
- RAULET, G. (1987):** Natur und Ornament. Darmstadt und Neuwied.
- REICHHOLF, J. (1976):** Dämme als artenreiche Biotope. Natur und Landschaft 7/8.
- RICHTER, G. (1969):** Tätigkeitsberichte des Gartenbau-Ingenieurs. Zitiert in: HIRSCH & WENZEL.
- SCHWEPPE, B. (1985):** Die Eingriffsregelung. Garten und Landschaft 9: 30-35.
- STEIF, K. (1987):** Planungskonzept zur Deponien-Rekultivierung auf der Grundlage ornitho-ökologischer Daten. Natur und Landschaft 12: 516-519.
- STOLZENBURG, H.-J. (1984):** Zur Theorie ökologischer Wirkungsanalysen. Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung 47. GH Kassel.
- STRAUCH, V. (1987):** Griff nach der Eingriffsregelung. Garten + Landschaft 10: 35-40.
- SUKOPP, H. 1987):** Stadtökologische Forschung und deren Anwendung in Europa. Düsseldorfer Geobotanisches Kolloquium 4: 3-38.
- ULLRICH, O. (1981):** Kritische Naturwissenschaft und Ökologie. Ästhetik und Kommunikation 43: 35-39.
- VESTER, F. (1983):** Der Wert eines Vogels. München.

Guter Rat ist nicht teuer*

Einleitung	147
Teil I: Das 'Modellvorhaben Regionalberatung im Schwalm-Eder-Kreis' als Anlass	
1.0 Verschiedene Herangehensweisen	147
Was heißt das für unseren Auftrag?	151
2.0 Der Auftrag des Schwalm-Eder-Kreises an den VER – Beschreibung des Auftrags	151
Das Dienstleistungsangebot	151
Das 'Modellvorhaben Regionalberatung' (VER 1989)	152
Ziele	152
Das Arbeitsprogramm	153
2.1 Interpretation des 'Modellvorhabens' des VER – Absichten des formalen Auftraggebers (Schwalm-Eder-Kreis)	154
Landschaft: Interessengegensatz zwischen externen Ansprüchen und lokalen Lebenswelten	155
Der Auftrag an den VER	157
Absichten des VER und was sie bedeuten	158
Verknüpfung der lokalen Ökonomie zu einem 'Gesamtvorhaben'	158
Auswahlvoraussetzungen für das Projekt	160
Die Bestandsaufnahme	161
Öffentlichkeitsarbeit	163
Die Beratung	163
Bildungs- und Kulturarbeit	163
2.2 Methoden, Potentiale und die 'optimierte Landschaft' – Analyse	164
Kommentar	167
Teil II: Auseinandersetzung um Begriffe als Theoriebildung	
3.0 Persönliches Raten versus institutionelle Beratung – Exkurs als Vorbemerkung: Erfahrungen mit einer Gewerkschaft	167
3.1 Ein 'Vorbild': Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) – Die Institutionalisierung einer Bewegung	169
Bereits im Anfang liegt der Hund begraben	170
Die Kinder beginnen, die nicht stattgefundene Revolution aufzufressen	171
Die freiwillig-erzwungene Etablierung der ÖAR zu einer halbstaatlichen Institution	171
Was von der Regionalentwicklung für die Region noch übrigbleibt	171
3.2 Der Weg der ÖAR als Schicksal des VER?	172
Das Interesse staatlicher Stellen am VER	173
Ökonomische Entwicklungsziele als gemeinsamer Nenner	173
Die folgerichtig falsche Reaktion des VER auf die Aussetzung des ländlichen Regionalprogrammes	174
Die bösen Folgen auf die guten Absichten	175
3.3 Ist der VER noch zu retten? Vorschläge	175
3.4 Rat ist teuer – Eine Laudatio	176
3.5 Guter Rat ist nicht teuer	177
4.0 Entwicklung als neues Lebenselixier?	179

* Leicht überarbeiteter Auszug aus der Diplomarbeit von 1989 (Seite 1-58). Unser herzlicher Dank gilt Heike Lechenmayr fürs sorgfältige Übertragen des Originaltextes auf Computersatz.

Resümee	181
5.0 Gegen-Kultur – Die Kulturarbeit des VER	182
Der Lebensort	183
Spurensicherung	184
Exkurs: Fortschrittskultur und Überlebenskultur	185
Literatur	186

Einleitung

Die vorliegende Arbeit steht in direktem Zusammenhang mit einem zu erwartenden Auftrag des Schwalm-Eder-Kreises an den 'Verein zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen (VER)'. Mit einem 'Modellvorhaben Regionalentwicklung' soll Anschluß an das 'Ländliche Regionalprogramm' gefunden werden.

Im ersten Teil soll, auf diesen Auftrag bezogen, die Vorgehensweise 'Regionalberatung' dargelegt und problematisiert werden. Ziel ist es gewesen, die Funktion von Landespflege und Grünplanung im Zusammenhang mit dem im Arbeitsprogramm zum 'Modellvorhaben' des VER festgelegten Arbeitsziel, Fremdenverkehr und Direktvermarktung, herauszubilden. Das Methodenrepertoire der Landespflege beachtet hierbei stets die Vorgaben administrativer Anweisungen und dient dazu, propagandistisch gut verwertbare Ergebnisse vorzubereiten. Die jeweiligen Projektziele sind nur Träger von Entwicklungsabsichten und Beratungen, die einen Weg aus konstatierten Absichten versprechen. Anhand des Auftrags wird die derzeitige Situation und der momentane Stand der Theoriebildung dargestellt. Hierzu dient auch die Darstellung des landschaftsplanerischen Hintergrundes.

Der zweite Teil beginnt mit der Bestimmung der Perspektiven des VER anhand der Vorbildorganisation 'Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR)' und der Unterscheidung zwischen den verschiedenen Herangehensweisen an Be-Rat-ung. Die Aufarbeitung signifikanter Begriffe macht die grundsätzlich verschiedenen Zugangsweisen zur Regionalberatung deutlich. Vordergründig synonyme Bezeichnungen offenbaren bei genauer Betrachtung deren unterschiedliche Philosophie. Damit wir uns rechtzeitig in die Planung von Direktvermarktungs- und Fremdenverkehrskonzepten einmischen können, bedarf es einer umfangreichen Theoriebildung. Die erfolgreiche Vorbereitung der konkreten Vorhaben setzt allerdings die genauen Kenntnisse der lokalen Verhältnisse voraus und einen reflektierten Umgang mit institutioneller Beratung und Entwicklungsabsichten. Die Theorie entsteht aus dem Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge als vorab durchdachte Praxis.

Teil I: Das 'Modellvorhaben Regionalberatung im Schwalm-Eder-Kreis' als Anlass

1. Verschiedene Herangehensweisen

Die Arbeit der Regionalberater im Schwalm-Eder-Kreis soll zunächst ihren Schwerpunkt im Fremdenverkehr haben, wobei Vorstellungen von 'Eigenständiger Regionalentwicklung' (vgl. Dienstleistungsangebot und Arbeitsprogramm des VER, im Anhang, sowie VER 1986) einfließen sollen. Der VER strebt dabei eine Kombination von Fremdenverkehr und Direktvermarktung/Weiterverarbeitung bäuerlicher Produk-

te bzw. eine Zusammenarbeit von Gastgewerbe und Bauern auf diesem Gebiet an.

Theoretischer Hintergrund ist die Idee von innerregionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen und Wertschöpfungen (vgl. ebd.). Zur Sicherung bäuerlicher Arbeitseinkommen durch Direktvermarktung und zur Verbesserung des Angebotes an (in der Region produzierten) Lebensmitteln sollen darüber hinaus in Homberg (Kreisstadt) und Melsungen (ehemalige Kreisstadt des im Schwalm-Eder-Kreis aufgegangenen Kreises Melsungen) Wochenmärkte eingerichtet werden. Diese Beratungsvorhaben sind sehr dicht an die Erschließung von diesbezüglichen Potentialen und damit an eine konkrete Projektierung und Realisierung angesiedelt, d.h., politisch gesehen, auf die Sichtbarkeit und damit Verwertbarkeit der Erfolge für die Berater, die Politiker und die Verwaltung angelegt. Die Kreisbehörden sind sehr an dieser projektbezogenen Arbeit interessiert und lehnen gleichzeitig die Finanzierung einer breiteren Aktivierungs- und Bildungsarbeit ab.

Gegenstand unserer Arbeit als Landschaftsplaner sind aber nicht kurzfristige und politisch verwertbare Erfolge – oder sollten es zumindest nicht sein –, sondern die nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bewohner, hier des Schwalm-Eder-Kreises. Deren Arbeit zur Lebenserhaltung, zum Überleben, kann durch Planung zwar verhindert, beeinträchtigt oder bestenfalls gefördert, unterstützt und ermöglicht, keinesfalls aber ersetzt werden. Die Versprechungen der Agrarberatung zielten und zielen alle auf den Traum vom Paradies, d.h. auf ein Leben ohne Arbeit. Aber der Traum des Bauern

"(...) ist nicht die gängige Version des Traumes vom Paradies. Das Paradies, wie wir es heute verstehen, ist mit Sicherheit die Erfindung einer relativ müßigen Klasse. Im Traum des Bauern ist Arbeit nach wie vor notwendig. Arbeit ist die Voraussetzung für Gleichheit. Sowohl das bürgerliche als auch das marxistische Ideal von Gleichheit setzt eine Welt des Überflusses voraus; sie fordern gleiche Rechte für alle angesichts eines Füllhorns, eines Füllhorns, das von der Wissenschaft und den Errungenschaften des Wissens errichtet werden wird. (...) Das bäuerliche Gleichheitsideal steht unter der Einsicht, daß eine Welt des Mangels herrscht, und seine Verheißung gilt gegenseitiger brüderlicher Hilfe im Kampf gegen diesen Mangel und einer gerechten Verteilung dessen, was die Arbeit hervorbringt." (Berger, J. 1984: 276)

Dies möchten wir voranstellen, um die Bedeutung der Planungsaufgabe im Schwalm-Eder-Kreis zu umreißen. Die Tatsache, daß sie zu lange auf die Verheißungen der Agrarpolitik und -beratung (Stichwort: 'Vergleichseinkommen') hereingefallen sind, zwingt die Bauern und Bäuerinnen z.B. dazu, darüber nachzudenken, über die Mühsal der Direktvermarktung und das Beherrbergen und Bewirten von Touristen ihr Arbeitseinkommen einigermaßen zu sichern.

Nicht wieder neue Verheißungen über das Land zu verteilen, heißt für Planer, die Folgen von Entscheidungen zu prognostizieren und kritisch zu beleuchten, verschiedene Wege aufzuzeigen und ihre Konsequenzen mit zu bedenken. Erst dadurch werden selbständige Entscheidungen möglich: Von Planung und Beratung 'Betroffene' werden selbst zum Subjekt planerischer Entscheidungen – mit Hilfe von einer Haltung des Ratens auf Seiten der 'Experten', die die letztliche Entscheidungskompetenz beim Ratsuchenden belassen.

Die Wege dürfen aber auch keine Einbahnstraßen sein, d.h. wir als Planer müssen

gemeinsam mit den Bauern bzw. dürfen nicht verhindern, daß Bauern selbst Rückzugs- und Umkehrmöglichkeiten für den Fall einbauen, daß sich der Weg aller Vornahme zum Trotz als Sackgasse erweist. Für die Beratung bezüglich Direktvermarktung bzw. Fremdenverkehr bedeutet das: Die Investitionen müssen so hoch wie nötig, aber so gering wie möglich sein. Außerdem wollen wir die Investitionen so geplant sehen, daß sie bei absehbarem Mißgelingen des Vorhabens mit möglichst geringem Aufwand umgewidmet werden können. Dieses Vorgehen schließt einen hohen Spezialisierungsgrad weitgehend aus. Vielmehr kommt es uns darauf an, zunächst mit den vorhandenen Qualifikationen, Fähigkeiten und Arbeitskapazitäten sowie den vorhandenen Produktionsmitteln zu improvisieren.

Direktvermarktung ist traditionell Verkauf von Überschüssen aus der auf Selbstversorgung gerichteten Produktion. Die Tatsache, daß die bäuerliche Selbstversorgung unter der Industrialisierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion erheblich gelitten hat, ist daher für die Perspektive Direktvermarktung sehr relevant.

Der Fremdenverkehr, insbesondere in ländlichen Regionen, ist noch um einiges heikler. Die Tatsache, daß die Raumplanung weite Teile Nordhessens zu Vorranggebieten für Land- und Forstwirtschaft sowie für Naturschutz und Fremdenverkehr erkoren hat, läßt vermuten, daß sie die Ziele der klassischen Wirtschaftsförderung aufgegeben hat, durch Industrieansiedlungen die 'benachteiligte' Region Anschluß finden zu lassen an die Segnungen der Industrie- und Dienstleistungsregionen, z.B. des Rhein-Main-Gebietes. Das ist eine zweischneidige Sache. Einerseits bleiben die Menschen in Nordhessen weitgehend davon verschont, sich zukünftig diejenigen Ressourcen in Ware verwandelt kaufen zu müssen, die ihnen derzeit noch zu einem großen Teil kostenlos zur Verfügung stehen, z.B. Freiräume, relativ saubere Luft, relativ wenig zersiedelte und zerstörte Landschaft, Möglichkeiten zur Selbstversorgung, sozusagen markt- und geldunabhängige Lebensqualitäten. Andererseits laufen sie Gefahr, sich genau diese Möglichkeiten der improvisierten und autonomen Aneignung durch die genannten raumplanerischen, funktionalisierenden Festschreibungen nehmen zu lassen, indem zur 'Bedürfnis'-befriedigung für harmoniehungrige, weil ihrer eigenen Freiräume und Natur beraubte Städter, die Dörfer und Landschaften zu Denkmälern, Freilichtmuseen von real nicht oder kaum mehr existierenden lokalen Kulturen erklärt werden. Das heißt, daß die administrative Wirtschaftsförderung selbst nicht aufgegeben wurde, ebensowenig ihre Methoden. Vielmehr wurde das klassische Entwicklungsziel 'Industrialisierung' durch die Dienstleistung Fremdenverkehr ausgetauscht.

Unsere klassische Funktion als 'Planungsexperten' wäre, diese Entwicklungsabsicht methodisch und materiell umzusetzen, d.h. räumliche, organisatorische und baulich-materielle Voraussetzungen für eine entsprechende touristische Attraktivität zu schaffen. Gängige Methoden hierzu sind z.B. Dorferneuerung, Naturparkplanung, Denkmal- und Naturschutz, Marketing, Beratung – neuerdings regionalkritisch verbrämt. Materiell drückt sich das in (Beton-) Pflasterorgien, funktionslosen weil funktionalisierten Dorfplätzen, Bleisprossenfenstern und Biberschwanzziegeln bzw. von ehemaligen Bauern und jetzigen Zuschauerempfängern gepflegte – nicht genutzte – Öko-, Feucht-, (Halb-) Trocken-, Orchideen- und Was-weiß-ich-für-Wiesen und Bio-

Ackerrandstreifen aus, also Potemkinschen Dörfern, angelegt, auf daß das Auge des Betrachters nicht beleidigt werde (vgl. Loos, A. 1921: 146 ff.) und die Bewohner sich über ihre schleichende Enteignung hinwegtrösten können. Gerade das wollen wir nicht, weil es zwei Dinge verschleiert:

Erstens die Zerstörung lokaler Agrarstruktur durch immer neue 'Modernisierungswellen'. Dabei ist die oben beschriebene die perfideste, weil sie so 'dörflich' bzw. 'natürlich' tut. Und zweitens die Freiraum- und Naturzerstörung in den Städten. Auf beiden Seiten handelt es sich aber nicht nur um die Zerstörung von materiellen Werten, sondern um die Enteignung von individuellen Entscheidungs- und Interpretationsspielräumen, sowie von angewachsenem Erfahrungswissen. Die selbstbestimmte – autonome – Aneignung der unmittelbaren Umwelt wurde durch scheinbare Zweckrationalität und Monofunktionalität verdrängt.

Die oft gut gemeinte, aber ebensooft folgenschwere 'Entmündigung durch Experten' (Illich, I. et al. 1979) trifft auch die Experten selber. Deshalb wollen auch die oben beschriebenen Planungen nicht gelingen. Noch so hehre Ansprüche verlieren sich in verkitschenden und letztlich wieder funktionalisierenden Objektplanungen, weil wir Planer nicht gelernt haben, daß Freiraumplanung damit anfangen muß, daß wir uns selbst den Spielraum und Freiraum zum Denken und Planen organisieren, der in einem Auftrag fast immer enthalten ist. Planung in diesem Sinne bedeutet, die bestehenden Konflikte aufzuzeigen, die notwendigen Debatten anzufachen und den von externen Entwicklungserwartungen und Modernisierungszugriffen Betroffenen Mittel an die Hand zu geben, offensiv in die Auseinandersetzung zu gehen und autonome Entscheidungen zu treffen. In Abwandlung eines VER-Mottos 'Neue Wege braucht das Land.' schlagen wir vor:

"Eigene Wege hat das Land."

Eine solche Herangehensweise erfordert Kenntnis und Respekt in bezug auf die bestehende lokale Ökonomie.

"Die Realität der Kulturlandschaft besteht im Zusammenwirken zwischen Naturausstattung eines Raumes und gestalteten menschlichen Kräften."
(Uhlig in: Hülbusch, K. H. 1967)

"Landschaft kann also nur in dem Maße als sinnvoller Arbeitsgegenstand begriffen werden, wie sie Grundlage und Ausdruck konkreter Lebensverhältnisse, historisch geplanter Lebensraum von Menschen ist. So ist die Ausstattung der Landschaft und das Verständnis ihrer inneren Zusammenhänge und Wirkweisen nicht Selbstzweck professioneller Tätigkeiten (s.o., Anm. d. Verf.), sondern das Substrat, in dem konkrete lokale Lebensverhältnisse und Abhängigkeiten eingeschrieben sind. Daher ist es möglich, diese in der Landschaft wiederzuerkennen und Lebensverhältnisse, Lebensnotwendigkeiten und Disparitäten zu rekonstruieren, d.h. sichtbar zu machen und zu verstehen." (Busch, D. et al. in: Brookhuis, N. et al. 1988a: 45)

Eine geeignete Methode, diese Kenntnis von der lokalen Ökonomie zu erlangen und die eigenen Absichten zu überprüfen, ist die Realnutzungskartierung.

"Kursive Erforschung des jeweiligen Ortes kann insofern Bedeutung gewinnen, wie sie den Planer als Ratenden instand setzt (vgl. Groeneveld, S., 1984)." (ebd.: 46)

Was heißt das für unseren Auftrag?

Der Berater kommt mit einem vorgefaßten ökonomischen Entwicklungsziel aufs Land und versucht, mit Hilfe seiner Kompetenz als Experte, Überzeugungsarbeit zu leisten. Voraussetzung für diese – sagen wir einmal gutgemeinte, missionarische – Haltung ist aber die Unterstellung, er finde ein 'Nichts' oder eine 'Unordnung', ein 'Chaos' vor, dem es jetzt mit Sofortmaßnahmen abzuhelpfen gelte.

Die Realnutzungskartierung dagegen soll uns helfen, den Ort in dem zu verstehen, was er war und ist und diese Erkenntnis ins Verhältnis zu unseren Absichten zu setzen und als deren kritischen Prüfstein zu verwenden. Darüber hinaus müssen wir uns von der Haltung des wissenden Beraters lösen und uns der eines Ratenden annähern, der beobachtet, fragt und die Folgen der Entscheidungen planerisch vorwegnimmt. Damit verbunden ist die Emanzipation der Ratsuchenden von der zugewiesenen Rolle des von Planung und Entwicklung 'Betroffenen' zum handelnden Subjekt. Für uns bedeutet das jedoch nicht nur eine zusätzliche Bürde, sondern auch eine Entlastung. Es entbindet uns vom Zwang zur wissenschaftlichen Scheinobjektivierung und regionalistischen Verbrämung der administrativen Entwicklungsabsicht und ermöglicht uns die streitbare Auseinandersetzung mit ihr.

2.0 Der Auftrag des Schwalm-Eder-Kreises an den VER – Beschreibung des Auftrags.

Ausgangspunkt des Auftrags ist ein Dienstleistungsangebot des 'Vereins zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen' (VER) an den Schwalm-Eder-Kreis. Das Angebot bezieht sich auf Beratungs- und Organisationsleistungen zu Direktvermarktung und Fremdenverkehr, Schwerpunkt Landwirtschaft, im Rahmen des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes für den Schwalm-Eder-Kreis. Dieser Plan wird z.Z. vom Büro 'Reppel + Partner' bearbeitet. Uns liegt zur Orientierung lediglich ein Gliederungsentwurf für den 'Maßnahmenteil' vor.

Das Dienstleistungsangebot

Zunächst wird in dem Dienstleistungsangebot auf die grundsätzliche Problemstellung ländlicher Entwicklung eingegangen. Darin verweist der VER auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Erhaltung "bestehender Erwerbsmöglichkeiten" bzw. "Stärkung vorhandener Entwicklungspotentiale" und der "Entwicklung ländlicher Regionen in Zukunft überhaupt" (VER. ebd.: 1). Demzufolge beschreibt der VER in diesem Angebot den ökonomisch orientierten Ansatz des Konzeptes der 'Eigenständigen Regionalentwicklung' in Hessen. Als Grundlage ('Potentiale') für diese wirtschaftlich eigenständige Entwicklung sieht der VER 'Produkte, Ideen, Rohstoffe, Gebäudesubstanz, Know-how usw.', die in den ländlichen Regionen selbst vorhanden sind.

Ausgestattet mit Fördermitteln des Hessischen 'Programms zur Schaffung zusätzlicher Einkommen und Arbeitsplätze auf dem Lande' (Ländliches Regionalprogramm) konnte der VER eine solche Beratung und Förderung zwei Jahre lang (1986 und 1987) landesweit durchführen.

Das Dienstleistungsangebot beschreibt kurz Schwerpunkte und Erfolge dieser Arbeit, indem es insbesondere auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen hinweist. Als Beleg für die Notwendigkeit professioneller Beratung führt der VER in

diesem Papier u.a. die Tatsache an, daß "es sich bei über 80% dieser Projekte (...) um echte Betriebs- oder Betriebszweigeneuergründungen handelt – ein Beleg für bisher nicht erschlossene Marktlücken bzw. nicht genutzte Ressourcen auf dem Lande." (ebd.) Mit dem "Wissen und neuen Erfahrungen" aus dieser Beratungsarbeit wirbt der VER für sein Angebot an den Schwalm-Eder-Kreis; er verweist dabei auf den besonderen Vorteil der Kleinräumigkeit (ebd.: 2).

Der VER bietet dem Schwalm-Eder-Kreis Eruierungs-, Motivierungs- und Begleitungsarbeit für Ressourcen bzw. Initiativen an, die sich auf die Bereiche Fremdenverkehr und Landwirtschaft beziehen. Dabei sollen insbesondere Verknüpfungen, möglichst auf lokaler Ebene, angeregt werden, z.B. zwischen Landwirtschaft, Handwerks- und Fremdenverkehrsbetrieben.

Weitere Schwerpunkte setzt das Angebot in den Bereichen Direktvermarktung und Einbeziehung der Regionalberatung (durch Unterstützung wirtschaftlicher und kultureller Initiativen) in die baulich-räumlich orientierte Dorferneuerung, hier insbesondere durch Konzepte "für neue Nutzungsmöglichkeiten leerstehender Gebäudesubstanz (...) unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Wiederbelebung – z.B. durch Fremdenverkehr" (ebd.: 3). Dabei stellt der VER deutlich heraus, daß sich die Arbeit im veranschlagten Zeitraum von zwei Jahren " 'schwerpunktmäßig' auf die 'Ermittlung und Erschließung von Potentialen, Möglichkeiten und Situationen (erstreckt)' " (ebd.: 4). Das heißt, der Auftraggeber kann zunächst nicht mit vorzeigbaren Ergebnissen im Sinne fertiger Produkte rechnen. Auf der Grundlage dieses Dienstleistungsangebotes beschloß der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises Ende letzten Jahres, den Landwirtschaftsetat für 1989 um DM 40.000,- aufzustocken.

In Verhandlungen des Vereinsvorstandes mit Vertretern des Kreises (u.a. Landrat J. Hasheider) wurde vereinbart, daß das Amt für Wirtschaftsförderung und der Fremdenverkehrsverband Kurhessisches Bergland, Ansprechpartner und Kontaktstellen für den VER sein sollen. Als Zeitpunkt für den Beginn der Arbeit des VER wurde kein konkreter Termin verabredet. Vielmehr verweisen die Vertreter des Kreises auf die noch ausstehende Fertigstellung des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes für den Schwalm-Eder-Kreis durch das Büro 'Reppel + Partner'. Für die Arbeit der Regionalberater sollte der VER dennoch ein Arbeitsprogramm mit ungefährem Zeitplan erarbeiten, das Grundlage des Vertrages zwischen Kreis und VER sein soll.

Das 'Modellvorhaben Regionalberatung' (VER 1989)

In der Vorbemerkung ist der wichtige Hinweis darauf enthalten, daß der Fremdenverkehrsentwicklungsplan, der erklärtermaßen die Grundlage der Arbeit sein soll, noch nicht vorliegt. Aus diesem Grund sei das Arbeitsprogramm vorläufig und eine Konkretisierung nötig. Im Interesse einer "Beteiligung der Bevölkerung vor Ort" gelte "dasselbe (...) für seine ständige Weiterentwicklung im Rahmen des Modellvorhabens selbst" (ebd.: 1).

Ziele

Als Ziele des Modellvorhabens werden die "Erhöhung der lokalen bzw. regionalen Wertschöpfung", "Schaffung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten und Verbesserung von Arbeitseinkommen" sowie Erhaltung und Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen, bezogen "auf den Projektschwerpunkt Fremdenverkehr" (alle Zitate: ebd.)

genannt.

Zur Erreichung der Ziele wird ein ganzes Bündel von möglichen Arbeitsformen und -methoden ausgeführt, wobei wieder der Hinweis auf deren notwendige Ortsbezogenheit enthalten ist. Dabei werden wissenschaftliche Methoden, z.B. in der Bestandsanalyse, neben Kulturarbeit in Form von Bildungsveranstaltungen sowie Gruppen- und Einzelberatung genannt. Diese eigentliche Projektberatung und -betreuung wird als Schwerpunkt der VER-Arbeit bezeichnet. Der VER legt Wert auf die Feststellung, daß er bzw. die Regionalberater diesen "integrierten Ansatz" (ebd.: 2) nicht allein in die Wirklichkeit umzusetzen versuchen, sondern mit "anderen Institutionen, Vereinen etc. (...)" und selbstverständlich mit den Beteiligten vor Ort kooperieren will, "soweit es zur Erreichung o.g. Ziele nützlich und notwendig erscheint." (ebd.)

Das Arbeitsprogramm

Das eigentliche Arbeitsprogramm beinhaltet die Methoden und Leistungen, die der VER im Laufe der Projektdauer anwenden bzw. erbringen will. Diese sind zwar als chronologische Schritte aufgeführt, jedoch in Anlehnung an die Forderung der Regionalberater nicht in einen starren Terminplan eingefügt worden. Die Arbeit der Regionalberater soll mit der 'Auswahl eines geeigneten Projektschwerpunktes' beginnen, wobei damit eine Gemeinde oder eine gewisse Anzahl einander benachbarter Dörfer gemeint ist.

Als Auswahlvoraussetzungen gelten das Vorhandensein von Einzelpersonen, Betrieben, Vereinen und Initiativen, die an neuen Formen des Fremdenverkehrs interessiert sind, insbesondere an solchen, die sich auf die speziellen örtlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten stützen und möglichst das Vorhandensein von ersten **innovativen** Ansätzen bezüglich eigenständiger Regionalentwicklung (vgl. VER, 1987: 20 ff.). Ist der lokale Projektschwerpunkt festgelegt – "unter Zugrundelegung des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes (...) in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem Fremdenverkehrsverband" – soll eine weitgehende Bestandsaufnahme in den ausgewählten Orten durchgeführt werden. Zum einen sollen dabei "erforderliche Daten zur Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur" (ebd.: 3) herangezogen, sowie eine auf den engeren Arbeitsgegenstand Fremdenverkehr bezogene 'Markt- und Standortanalyse' erstellt werden. Die Regionalentwicklung des VER soll von Anfang an durch intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Diese soll sowohl der Information über das Projekt als auch der Analyse und Realisierung dienen. Elemente dieser Öffentlichkeitsarbeit sind neben klassischer Medienarbeit besondere Informationsveranstaltungen bzw. Info-Stände bei geeigneten offiziellen Anlässen. Kern des Arbeitsprogrammes ist die eigentliche Beratung, die auf verschiedenen Ebenen und mit einem Bündel von Methoden durchgeführt werden soll, die im Bereich der mikroökonomischen (einzelbetrieblichen) Beratung üblich sind:

"- Konzepterstellung

- Marktanalyse, Marketing, Prüfung der Wirtschaftlichkeit,
- geeignete Kooperations- und Marktpartner finden,
- rechtliche Voraussetzungen prüfen, ggf. geeignete Rechtsform ermitteln,
- Investitions- und Qualifikationsbedarf ermitteln,

- Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten anbieten bzw. organisieren,
- Hilfestellung bei eventuellen Maßnahmen zur Werbung und Öffentlichkeitsarbeit." (ebd.: 4)

Der Bereich Kultur- und Bildungsarbeit lehnt sich im Verständnis des VER-Programms eng an die Realisierung wirtschaftlicher Ziele an. Kultur- und Bildungsarbeit soll im wesentlichen dazu dienen, die 'Menschen vor Ort' (ebd.) zur Mitarbeit an der Verwirklichung des Modellvorhabens zu motivieren. Dementsprechend zielgerichtet sind die ausgewählten Instrumente und Formen wie 'Fortbildung, Erfahrungsaustausch, Gruppenarbeit, Möglichkeiten der Präsentation' (...), Seminare, Exkursionen, 'Gesprächsabende'. (ebd.) Hierzu sollen die Berater regionale und lokale Zielgruppen und Institutionen ansprechen und für eine Zusammenarbeit zu gewinnen suchen. Das beschriebene Arbeitspapier wurde im April des Jahres den genannten Ansprechstellen zur Stellungnahme bzw. als Grundlage für eine Vertragsausarbeitung übergeben, nachdem die Regionalberater in spe und einige aktive Vereinsmitglieder Gelegenheit hatten, Anmerkungen anzufügen.

Seitdem ruht das Verfahren. Auf Drängen von seiten des VER war bisher nur zu erfahren, daß der Fremdenverkehrsentwicklungsplan noch immer nicht fertiggestellt und dementsprechend noch nicht beschlossen sei und sich das Zustandekommen eines Vertrages noch bis in den Spätsommer hinziehen werde. Inzwischen versucht der VER-Vorstand auf politischem Wege, d.h. über Kontaktaufnahme mit dem Landrat sowie der Kreistagsfraktionen von SPD und Grünen, das Modellvorhaben beschleunigt auf den Weg zu bringen, zumal sich die Regionalberater schon seit einigen Monaten – bisher unbezahlt – auf ihre Aufgabe vorbereiten.

2.1 Interpretation des 'Modellvorhabens' des VER – Absichten des formalen Auftraggebers (Schwalm-Eder-Kreis)

Um die Intentionen des Schwalm-Eder-Kreises zu verstehen, mit dem VER einen Dienstleistungsvertrag über ein "Modellvorhaben 'Regionalberatung' im Rahmen des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes des Schwalm-Eder-Kreises" einzugehen, möchten wir einen kleinen Einblick in die Raumordnungsplanung versuchen. Zuständig für die Rahmenplanung ist die Regionale Planungsgemeinschaft Nordhessen (RPN). Ihr Einzugsgebiet umfaßt die Stadt Kassel, die Landkreise Kassel, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner und Schwalm-Eder sowie den Altkreis Rotenburg/Fulda und die Gemeinde Breitenbach am Herzberg (Landkreis Hersfeld-Rotenburg).

In dem bezeichneten Regionalen Raumordnungsplan (RROP) werden weite Teile des Schwalm-Eder-Kreises als Vorranggebiete für Fremdenverkehr ausgewiesen. Die Zuweisung der Fremdenverkehrsfunktion bezieht sich auf 'landschaftliche Gegebenheiten und (...) infrastrukturelle Ausstattung' von Gemeinden oder Gemeindeteilen (RPN, 1979); weiter heißt es hier:

"Der Ausweis als Vorranggebiet bedeutet, daß hier räumliche Veränderungen im allgemeinen nicht zu Lasten des Fremdenverkehrs vorgenommen werden können." (ebd.: 23)

Obwohl im RROP im weiteren eingeräumt wird, daß damit keine 'Festschreibung eines einmal gegebenen (räumlichen, d. Verf.) Zustandes' (ebd.) gemeint sei, setzt sie Raumveränderungen (Baumaßnahmen, Änderung der Landnutzung), Schranken,

soweit diese der zugewiesenen Vorrangnutzung Fremdenverkehr entgegenstehen. Diese Festschreibungen haben allerdings die Bundesbahn nicht am Bau der Schnellbahntrasse mitten durch das Fremdenverkehrsgebiet gehindert, ebenso wenig werden dadurch Flurbereinigungsvorhaben zurückgenommen.

Der ökonomische Umfang, d.h. die Erwartung in wirtschaftliches Wachstum, die nach außen allerdings nur noch über die Zahl der geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze bzw. die angebliche Existenzsicherung für landwirtschaftliche Fortschrittsbetriebe, d.h. über Sachzwänge, legitimiert werden kann, entscheidet darüber, ob ein Eingriff zulässig ist oder nicht. Daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, belegt der Umgang mit Ansprüchen der lokalen Ökonomie:

"Bei Naturparkplanungen (wie auch hier bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Fremdenverkehr; d. Verf.) fällt auf, daß die Nutzungsanforderungen durch die Stadtbevölkerung zumindest verbal berücksichtigt werden. Die aus der lokalen, ansässigen Existenzsicherung ableitbaren Anforderungen, die gleichzeitig Voraussetzung für den extern auftretenden und herangetragenem Nutzungsanspruch sind, bleiben entweder unberücksichtigt oder werden als Anpassungszwang an den Außenanspruch ausgelegt." (Beuter, U. et al. 1972: 10)

Landschaft: Interessengegensatz zwischen externen Ansprüchen und lokalen Lebenswelten

Versteht man unter 'landschaftlichen Gegebenheiten' den materiellen Ausdruck der Geschichte (einschließlich des aktuellen Stands) der sozioökonomischen und soziokulturellen Bedingungen der an einem Ort lebenden und arbeitenden Menschen, so bedeutet die Festschreibung bzw. Veränderungsbeschränkung eine Ausrichtung dieser Bedingungen an externen Ansprüchen. Konkreter: Die Geschichte der Landschaft ist eine Geschichte der Landnutzung. Unter den heutigen ökonomischen Bedingungen der Landwirtschaft gelten die Strukturen bestimmter Gebiete als unrentabel und werden als nicht mehr existenzwürdig angesehen. Gerade diese Gebiete sind es aber, denen eine besondere Anziehungskraft für den Fremdenverkehr zugesprochen wird, eben weil sie in ihrem Bild eine im Verhältnis zum industriellen Standard der landwirtschaftlichen Intensivgebiete 'rückständige Wirtschaftsweise' repräsentieren. Eine von relativer Armut, d.h. vom 'Überleben' (Berger, J. 1984) geprägte bäuerliche Wirtschaftsweise hat also ein Landschaftsbild produziert, das den Erholungsbedürfnissen und ästhetischen Anforderungen von (Stadt-) Menschen zu entsprechen scheint, die ihrer industriell-entfremdeten Alltagswelt in eine scheinbar heilere und menschenfreundlichere Welt entfliehen wollen. Diese Flucht muß letztlich aber ins Leere laufen, weil

"(...) der Stadtbürger von den Werbefachleuten verschiedener Provenienz umgarnt und in Illusionslandschaften dirigiert (wird). Sie stehen allermeist in gar keiner natürlichen dialektischen Beziehung zu seinem alltäglichen geführten Leben. Das ist nicht zuletzt der Grund, warum für den Städter auch die Erholung zur Anstrengung wird, warum er von seinen ausgedehnten Reisen nicht entspannt, sondern desorientiert zurückkehrt, und warum er es schon längst nicht mehr versteht, von den einfacheren Chancen, seine eigenen Landschaften kennenzulernen, Gebrauch zu machen." (Mitscherlich, A. 1965: 85)

Konsequenterweise müssen die beschriebenen Veränderungsbeschränkungen dahingehend interpretiert werden, daß die Raumplanung sich nicht in der Lage sieht,

die ökonomischen und soziokulturellen Lebensbedingungen der Bewohner selbst durch strukturelle Maßnahmen zu verbessern und diesen Mangel dadurch zu kompensieren sucht, daß sie den Bewohnern, insbesondere den Bauern (Stichwort: 'Urlaub auf dem Bauernhof'), die vermeintlich lukrative Vermarktung ihrer unterstellten Rückständigkeit an Touristen andient bzw. sogar durch die Vorrangzuweisung mehr oder weniger vorschreibt.

" 'Also diese alte tracht hat ihnen gefallen?' warf ich ein. – 'Gewiß.' – 'Und sie wünschen daher, daß diese tracht für ewige zeiten erhalten bleibe.' – 'Das ist mein sehnlichster wunsch!'

Nun hatte ich ihn, wo ich ihn haben wollte. 'Wissen sie,' sprach ich zu ihm, 'daß sie ein ganz gemeiner, egoistischer mensch sind. Wissen sie, daß sie einen ganzen stand, einen großen herrlichen stand, unseren bauernstand, ausschließen wollen von allen segnungen der kultur. Und warum? Damit ihr auge, sobald sie sich aufs land begeben, malarisch gekitzelt werde! Warum laufen sie denn nicht so herum? Ah, sie möchten sich schönstens bedanken. Aber sie verlangen von anderen menschen, daß sie ihnen zuliebe in der landschaft staffage spielen, um ihr trunkenes literatenaue nicht zu beleidigen. Ja, stellen sie sich doch einmal hin und machen sie den wurstl für den Hrn. kommerzienrat, der unverfälschte alpen genießen will. Der bauer hat eine höhere mission zu erfüllen, als für die sommerfrischler die berge stilvoll zu bevölkern. Der bauer – der spruch ist schon bald hundert jahre alt – ist kein spielzeug.'" (Loos, A., 1921/87: 146)

Im Schwalm-Eder-Kreis sind vorwiegend Gebiete als Vorranggebiete für Fremdenverkehr ausgewiesen, die den oben beschriebenen Bedingungen und Strukturen zugeordnet werden müssen: die Mittelgebirgsgemeinden und -ortsteile, in denen relativ ungünstige natürliche Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft herrschen (Höhenlage, Neigung, Bodenqualität) und entsprechende kleinteilige Nutzungsstrukturen aufweisen. Mit der Vergabe des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes an ein privates Planungsbüro führt der Schwalm-Eder-Kreis diese rahmenplanerische Vorgabe aus. Die zur Verfügung stehende Gliederung des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes belegt u.E. die o.g. These von der extern beanspruchten und bürokratisch vollzogenen Festschreibung von bestimmten Lebensbedingungen bzw. von deren materiellen Ausdrucksformen (Bauweisen, Landnutzungsformen). Dies gilt insbesondere für die vorgeschlagene Angebotsgestaltung:

"typisch hessisch und traditionsreich"
"ländlich"
"erholungsreich, erlebnisreich"
"mittelalterliche Städte" (Reppel + Partner)

Der letzte Angebotsschwerpunkt bezieht sich insbesondere auf sogenannte "Fremdenverkehrsgemeinden außerhalb der Vorranggebiete für Fremdenverkehr" (RPN, 1979: 23): Frielendorf, Melsungen, Morschen, Willingshausen sowie auf "Städte und Gemeinden (...)" (in denen) der stadtbildbezogene Fremdenverkehr (Städtetourismus) Bedeutung hat" (ebd.: 24): Neuental-Neuenhain und Homberg (Efze). Unsere These ist, daß der Schwalm-Eder-Kreis die Rahmenplanung unhinterfragt übernimmt, im Rahmen seiner Kompetenzen planerisch umsetzt (bzw. umsetzen läßt) und verwaltet. Dabei soll die Planung durch nachweisbaren Erfolg, z.B. durch anhaltende Steigerung der jährlichen Übernachtungszahlen, gerechtfertigt werden. Damit fungiert die Kreisverwaltung nicht nur als Erfüllungsgehilfin, sondern handelt

auch im eigenen Interesse. Der Fremdenverkehr ist praktisch die einzige Wachstumsbranche, und wirtschaftliches Wachstum ist eine wichtige Stütze zur Legitimation und Erhaltung der Machtpositionen. Mit der Vorrangszuweisung schließt sich der Kreis der Entwertung von Freiräumen zur Inwertsetzung für marktökonomische Zwecke. Denn der Zugriffsanspruch auf die Landschaft als Erholungsgebiet hat seine Ursachen in der Stadt.

"Als Folge von steigenden Bodenrenten in der Stadt wurden vor allem (...) ehemals in den Wirtschaftsprozess eingebundene reproduktive Nutzungen unterbunden, die auf dem Land dann in neu organisierter Form kompensiert wurden.

Durch diesen städtischen Zugriff auf ländliche Lebensverhältnisse verstärkten sich die Nutzungskonflikte auf dem Land." (Busch, D. et al. 1988: 24)

Mit der Erfüllung seiner Aufgaben innerhalb der Planungs- und Verwaltungshierarchie versucht nun der Schwalm-Eder-Kreis eine darüber hinausgehende spezifische Profilierung zu verbinden, indem er mit dem VER eine Planungs- bzw. Beratungsinstitution mit der Vorbereitung und Durchführung eines konkreten Projektes beauftragt, die in der Öffentlichkeit als unabhängig und mit der Region verbunden gilt und u.a. für regional angepaßte und 'sanfte' Ökonomieansätze steht.

Der Auftrag an den VER

Für die derzeitige Situation des VER bezeichnend ist, daß er sich den Auftrag in Form eines Dienstleistungsangebotes und eines Arbeitsprogrammes selbst formuliert hat. Dieser Umstand ist zwar nicht ungewöhnlich, hat aber in diesem Falle für den Inhalt der Beratungsarbeit weitreichende Folgen. Um vom Schwalm-Eder-Kreis überhaupt einen Auftrag zu bekommen, hat der Verein sich in seinem Angebot nach dessen derzeitigen Interessenlagen und -schwerpunkten gerichtet, die entsprechend der Vorrangszuweisung eben im Fremdenverkehr liegen. Der Tourismus im Schwalm-Eder-Kreis hat, bezogen auf die Übernachtungszahlen, von 1972 bis 1984 eine Steigerung von 41,4 % zu verzeichnen (HLT 1986 (2): 62).

Das Angebot fügt sich nahtlos in den Rahmen des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes ein. Die besondere Note, die der VER hineinbringt, ist der ideologische Hintergrund der 'Eigenständigen Regionalentwicklung', der seinen konkreten Ausdruck u.a. in der Verbindung des Fremdenverkehrs mit einem traditionellen Arbeitsschwerpunkt des VER, der Direktvermarktung, findet. Hervorzuheben ist, daß zumindest keine präzisen Anforderungen an den VER herangetragen wurden, sondern daß das Arbeitsfeld in Gesprächen zwischen dem damaligen Vorstandssprecher H. Koch und Vertretern des Kreises abgesteckt wurde. Die Angebotsformulierung beruht also, abgesehen von den Ergebnissen inoffizieller Vorgespräche, auf vermuteten Interessen des Kreises, sozusagen in vorauseilendem Gehorsam. Auf eine diesbezügliche Kritik hin wurde von Vorstandsmitgliedern entgegnet, es handele sich ja 'nur' um ein Papier für den Kreis.

Damit hat sich der VER die Möglichkeit genommen, einen eigenen Standpunkt z.B. zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Bewohner des Schwalm-Eder-Kreises zu formulieren und Vorschläge zu machen, wie diese gesichert oder ggf. auch verbessert werden könnten, u.U. auch durch Fremdenverkehr und Direktvermarktung. Mit dieser vorformulierten Position, d.h. konkreten inhaltlichen Vorstellungen, hätte

der VER in Verhandlungen mit den Kreisbehörden treten müssen, mit der voraussehbaren Konsequenz eines Kompromisses. Erst dieses Verhandlungsergebnis durfte Grundlage eines Auftrags werden. Denn so, wie dieser tatsächlich zustande gekommen ist, können Inhalte und Positionen des VER nicht mehr von denen des Kreises unterschieden werden, auch und gerade nicht von den Regionalberatern.

Dieses Vorgehen legt die These nahe, daß es dem VER nicht vorrangig um die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen im Kreis, um Eigenständigkeit geht, sondern um die nachhaltige Sicherung der eigenen Arbeitsplätze, einschließlich des meinigen (W. Ring). Da in der Gruppe der VER-Aktiven keine nennenswerte Kontroverse über das vom damaligen Vorstandssprecher formulierte Arbeitsprogramm stattgefunden hat, müssen wir dieses Programm als derzeitige Positions- und Absichtserklärung des VER insgesamt ansehen und interpretieren. Der durch den Rücktritt des genannten Vorstandssprechers und die neuesten Erfahrungen mit der 'Vorbildorganisation' ÖAR (österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung) hervorgerufene Umstand, daß eine grundsätzlichere Theorie- und Strategiediskussion im VER stattfinden soll, kann hier nicht berücksichtigt werden, da über den Diskussionsprozeß nur spekuliert werden könnte. Vielmehr verstehen wir unsere Arbeit als Beitrag zu dieser Auseinandersetzung.

Absichten des VER und was sie bedeuten

Gegenstand des Modellvorhabens ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region auf der Grundlage 'endogener Potentiale'. Es handelt sich um bisher nicht oder unzureichend genutzte materielle (Rohstoffe, Naturausstattung, Infrastrukturen) und immaterielle (kulturelle Besonderheiten, Qualifikationen, Landschaftsbilder) Ressourcen. (vgl. VER 1986) Die Aktivierung dieser Potentiale wird für notwendig gehalten, weil die Instrumente klassischer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen (Investitionshilfen, Infrastrukturmaßnahmen zur Ansiedlung von Industriebetrieben in sogenannten 'benachteiligten' oder 'peripheren' ländlich strukturierten Gebieten) weitgehend gescheitert sind.

Die verfehlte Strukturpolitik auch und besonders im Bereich der Landwirtschaft führt zu einer Abwanderung meist junger Menschen aus der Region. Dem soll 'die Region' u. a. dadurch begegnen, daß sie sich auf die eigenen Kräfte besinnt (vgl. dazu auch Hahne, U. 1985). Unberücksichtigt bleibt bei dieser Rechnung allerdings, daß Fremdenverkehr nicht dazu geeignet ist, die Abwanderung insbesondere qualifizierter junger Leute zu verhindern, weil hier, insbesondere wegen der Betriebsstruktur, keine entsprechenden Arbeitsplätze angeboten werden dürften.

Verknüpfung der lokalen Ökonomie zu einem 'Gesamtvorhaben'

Das Potential, auf das sich das Modellvorhaben 'Regionalberatung' des VER im Schwalm-Eder-Kreis bezieht, ist die Attraktivität seiner Mittelgebirgslandschaft für Erholungssuchende. Die an die regionalen Bedingungen angepaßten Tourismusprojekte sollen u. a. mit der Direktvermarktung regionaler Produkte verknüpft werden. Von der Verknüpfung verspricht sich der VER die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen auch in Betrieben "der Landwirtschaft, des Handwerks und ggf. des Handels- und Dienstleistungsgewerbes" (VER 1989: 1). Dies heißt nichts anderes,

als daß der VER von vornherein einen möglichst großen Teil der lokalen Ökonomie für sein Projekt zu funktionalisieren beabsichtigt. Als Sachzwang steht das Gelingen des Gesamtvorhabens im Raum. Die externe Bindung an das Modellvorhaben berücksichtigt nicht die daraus möglicherweise entstehende einseitige Abhängigkeit eines ganzen Dorfes von nur einem ökonomischen Standbein, dem Tourismus.

Von der Beratung und Förderung von einzelbetrieblichen und kooperativen markt-orientierten, wirtschaftlichen Projekten erhofft sich der VER eine eigenständige Entwicklung der Region insgesamt. Damit greift sie das Modell des Wirtschaftswachstums als Garant für die Verbesserung der Lebensverhältnisse erneut auf, nur mit anderen Mitteln. Ressourcen, die von der zentralen Regionalplanung und Wirtschaftsförderung nicht erreicht werden, sollen nun durch die Aktivierung 'intraregionaler' (vgl. Hahne, U. 1985) Kräfte mobilisiert werden. Die Mobilisierung dieser Ressourcen, einschließlich der immateriellen innerhalb einer regionalspezifisch modifizierten, d.h. im Grunde sogar erweiterten Wachstumsideologie bedeutet aber, daß weiter autonomer bisher 'unberührter' Überfluß zum knappen Gut erklärt und seine kapitalistische Verwertung vorbereitet wird. Diese Verwertung von allgemein und gleichzeitig sozial oder lokal begrenzt zugänglichen naturbürtigen Hilfsquellen und menschlicher Arbeit zur Herstellung vermarktbarer Waren führt zu ihrer Zerstörung.

"Solange 'Kapital' relativ selten war, konzentrierte es sich in der Regel auf die unmittelbare Mehrwert-, d.h. kapitalistische Warenerzeugung. Wird Kapital aber allmählich in immer reichlicheren Mengen akkumuliert, kommt ein bedeutsamer Teil des gesellschaftlichen Kapitals überhaupt nicht mehr zur unmittelbaren Verwertung, so dringt es immer mehr in nicht produktive, in nicht Mehrwert erzeugende Gebiete ein, um dort Privatarbeit und Kleinbetrieb genauso unerbittlich zu verdrängen, wie es dies vor 200 oder 100 Jahren in der industriellen Produktion getan hat.

Dieser massive Eingriff des Kapitals in die Zirkulations-, Dienstleistungs- und Reproduktionssphäre kann seinerseits zu einer Vermehrung der Mehrwertmasse führen: (...) indem es den Bereich der Warenproduktion ausdehnt, d.h. einen Verkauf an die Stelle des Austausches individueller Dienstleistungen und privater Revenuen setzt."

(Mandel, E. 1972: 354)

Diese Zerstörung, zu denen das 'sanfte Wachstum' die Mitarbeit 'innovativer' Menschen benötigt, ist zwingend. Ein Beispiel dafür ist der sogenannte 'sanfte' Tourismus:

"Ein radikaler Anlauf, die Grenzen, die im Tourismus selber liegen, zu durchbrechen, kündigt sich in den Überlegungen kluger Promotoren und Touristen an, die dem geheiligten Zeremoniell des **sight-seeing** den Garau machen wollen. Sie haben es darauf abgesehen, an seine Stelle, wie es heißt, das **life-seeing** zu setzen. Wie die Leute, die man besucht, in Wirklichkeit leben, das wird als neuer Gegenstand touristischen Interesses eingesetzt.

Die kommerzielle Seite des verlockenden Vorschlags ist es, aus der Hotel-Not, die der Andrang der Reisenden mit sich bringt, eine Tugend zu machen. Man wohnt statt dessen bei Privatleuten, an deren Alltag man teilzunehmen vorhat.

Die Tugend der Gastfreundschaft soll in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden.

Auch dieser Anspruch birgt, getreu der Dialektik des Tourismus, sein Scheitern in sich.

Die Tugend, die man beschwören will, wird vernichtet, indem man sie in Anspruch nimmt. Tourismus ist der Bock, der sie vertrieb, nicht Tourismus taugt zu ihrem Gärtner (Hervorhebung durch d. Verf.)." (Enzensberger, H. M. 1962/73: 200 f.)

Auswahlvoraussetzungen für das Projekt

Das Vorhandensein von Personen, Betrieben usw. mit Interesse an 'neuen Formen des Fremdenverkehrs' und von 'innovativen Ansätzen' (s.o.) als Auswahlvoraussetzung heißt, daß der VER darauf abzielt, den initiativen Rahm, also eine (potentiell) dynamische Elite in der Region sozusagen für seine und des Auftraggebers Zwecke abzuschöpfen und zu promovieren. Die Bevorzugung in diesem Sinne 'fortschrittlicher' Kreise in den Gemeinden sichert oder verbessert noch nicht die lokalen Lebens- und Arbeitsbedingungen insgesamt, sondern zunächst nur den finanziellen Vorteil Einzelner.

"Sicher ist ein gelungenes Wirtschaftsprojekt das beste Beispiel für einen neue Entwicklungschance. Und sicher ist auch eine solide wirtschaftliche Basis ein guter Ausgangspunkt, sich politisch zu engagieren, mit neuem Selbstbewußtsein zu agieren. Allerdings bedeutet wirtschaftliche Projektförderung noch lange nicht die Umsetzung einer 'eigenständigen Regionalentwicklung', sondern kann auch in einer völlig individualisierten Kleinunternehmen- und Kleinkapitalistengründung enden, die regionalpolitisch (will man nicht das abstrakte Argument der Wertschöpfung zur Legitimation heranziehen) nichts bringt." (Herrenknecht, A. 1988: 2 f.)

Dabei fallen u.U. diejenigen Betriebe unter den Tisch, die ein zusätzliches Einkommen zur Erhaltung ihres Betriebes vielleicht notwendiger gebrauchen könnten, aber gerade den 'innovativen' Eliten gegenüber nicht genügend Selbstsicherheit haben und sich deshalb zurückhalten. Es geht uns aber um die Stärkung des Selbstbewußtseins, der Möglichkeiten und des Mutes der Bewohner, eigenständig tätig zu sein, die ihnen zur Verfügung stehenden natürlichen und vorproduzierten Hilfsquellen für die Sicherstellung ihrer Existenz zu nutzen.

Die Auswahl der Dörfer, in denen ein Fremdenverkehrsprojekt wie oben beschrieben durchgeführt werden soll, setzt nach Ansicht des VER u.a. das Vorhandensein von "Interesse vor Ort an der Entwicklung und Erprobung neuer Formen des Tourismus, die sich vor allem auf das örtliche endogene Potential beziehen" (VER 1989: 2) und möglichst bereits "erste innovative Ansätze (dazu) in der Gemeinde bzw. der Region" (ebd.) voraus. Diese Herangehensweise filtert von vornherein diejenigen Personen (-gruppen), Initiativen usw. heraus, die im Sinne des VER 'das Richtige' wollen, ohne daß dieser die Idee an sich in einer breiteren Öffentlichkeit einer kritischen Überprüfung und streitbaren Diskussion unterziehen muß. Die 'Eruierung' von Potentialen trifft sich hier mit den Auswahlvoraussetzungen, denn diese Potentiale sind durch den VER ideologisch vorbestimmt. Damit projiziert der VER die eigenen Vorstellungen von attraktivem Tourismus auf dem Land, also ein externes Interesse, auf die Bewohner vor Ort und setzt sich zunächst nur mit denjenigen auseinander, die der Idee aufgeschlossen gegenüberstehen. Wir ziehen daraus den Schluß, daß es dem VER weniger um Eigenständigkeit, Selbstbewußtsein und Initiative der Menschen vor Ort, sondern vorrangig um die Durchsetzung seiner eigenen Ideen, Vorschläge und Konzepte geht. In ihrer Eigenständigkeit und Initiative werden vorrangig diejenigen gefördert, die diese externen Ansprüche zu erfüllen gewillt sind, bzw. die Marktlücke bereits wahrgenommen haben. Um es auf den Punkt zu bringen: Dieses Vorgehen heißt, Fertiggartenerzeugnisse zu verkaufen, statt Thesen zu formulieren, Fragen zu stellen und die Antworten gemeinsam zu erarbeiten.

Diese Herangehensweise ist an sich nicht neu, sondern kam schon einmal, und zwar im Gewand der Officialberatung (Agrarberatung) daher. Diese ist nicht mehr ohne das Risiko, vom Hof vertrieben zu werden, an den Mann/ die Frau zu bringen. Das Scheitern der guten Absichten wäre Anlaß für die Agrarexperten zu einer grundsätzlichen Reflexion ihres Selbstverständnisses gewesen. Hinter den ‚sanften‘ und gut gemeinten Absichten des VER-Angebotes verbirgt sich die unveränderte, lediglich trendgemäß angepaßte harte Linie:

"Eine Härte (...) dieser Sanftheiten besteht darin, daß sie einen kategorisch alternativen Weg suggerieren. Dabei ist unschwer zu erkennen, daß diese Wege, die ‚weiche Welle‘, nur eine folgerichtige Entwicklungsstufe der ‚hardliners‘ darstellen."
(Groeneveld, S. 1988: 38)

Diese Schlußfolgerung soll nicht bedeuten, daß wir es für richtig und ehrlich hielten, wenn wir unsere Ideen verleugneten und sie an der Haustüre eines Bauernhofes oder Dorfgemeinschaftshauses ablegten. Wenn aber die Ideen und Ansätze des VER tatsächlich so gut sind, werden sie einer kritischen Prüfung und Diskussion mit den Bauern bzw. in der Öffentlichkeit sicher standhalten.

Die Bestandsaufnahme

Wir finden in der Formulierung des Aufgabenbereiches 'Bestandsaufnahme' unsere These bestätigt, daß das Ziel der Fremdenverkehrsentwicklung durch Auftraggeber und VER normativ vorbestimmt wird. In dem Arbeitsprogramm wird mit der Erfüllung der Auswahlvoraussetzungen bereits ein Teil der Bestandsaufnahme als erledigt betrachtet. Die weitere Bestandsaufnahme wie die von Wirtschafts-, Sozial- und Infrastrukturdaten und die 'Markt- und Standortanalyse' versieht die Arbeit zwar mit einem wissenschaftlich-objektiven bzw. ökonomisch-professionellen Anstrich, ist aber in ihrer konsequenten Vorsortierung und ausschließlichen Zielorientiertheit (nämlich der konzeptionellen und beratenden Vorarbeit zur Verwirklichung des Fremdenverkehrskonzeptes) nichts anderes als eine wertende, d.h. normative Einschränkung der Wahrnehmung des Arbeitsgegenstandes. Die Bestandsaufnahme dient dann nur der nachträglichen Objektivierung der vorgefertigten Absicht. Die hier angedeutete Fragestellung für die Bestandsaufnahme orientiert sich an einem Arbeitsgegenstand 'Regionalberatung zur Verwirklichung eines Fremdenverkehrskonzeptes' und nicht am Arbeitsgegenstand der vorhandenen 'Arbeits- und Lebensbedingungen'. Somit wird die Bestandsaufnahme zur Ideologiebestätigung mit Hilfe von scheinbar objektivierenden Daten.

Eine ehrliche Bestandsaufnahme müßte notwendigerweise das 'Risiko' einer Nullvariante mit einschließen, was aber durch die formulierte Herangehensweise ausgeschlossen wird. Es würde schließlich bedeuten, daß die Fortführung des Projektes in Frage gestellt würde und keine Folgeaufträge zu erwarten wären.

"Die (...) Aufgabe erstreckt sich zunächst schwerpunktmäßig auf die Ermittlung und Erschließung von Potentialen, Möglichkeiten und Initiativen und sollte daher als erste Phase mit einer Laufzeit von ca. 2 Jahren verstanden werden. Nach Abschluß dieser Phase wäre ein Abschlußbericht zu erstellen, der es erlaubt, Konzepte für eine evtl. Fortsetzung (möglicherweise als Teil einer geplanten Fördergesellschaft Nordhessen) zu entwickeln, in denen stärker, als es in der ersten Phase möglich ist, die Realisierung der ermittelten Möglichkeiten, Projektideen usw. im Vordergrund stehen würde." (VER 1988: 3)

Damit läuft der Zweck der Arbeit Gefahr, zum Selbstzweck zu verkommen.

Öffentlichkeitsarbeit

Nicht weniger skeptisch betrachten wir in diesem Zusammenhang die Öffentlichkeitsarbeit. Auch sie soll auf die Realisierung und den Erfolg des Projektes gerichtet sein. Durch sie wird intendiert, eine breite Akzeptanz und Sympathie in der öffentlichen Meinung herzustellen. Die Notwendigkeit einer solchen propagandistischen Öffentlichkeitsarbeit ist insbesondere für experimentelle Projekte gegeben, weil diese nicht zuletzt vom Auftraggeber skeptisch oder zumindest vorsichtig betrachtet werden. Denn:

"Der Bürokrat, der unkonventionelle Wege geht, möchte noch mehr als der ‚Dienst-nach-Vorschrift-Hofrat‘ (Hofrat ist ein Ehrentitel für Beamte in Österreich, d. Verf.) konkrete Erfolge sehen, sich legitimieren und profilieren können, ein Input-Output-Resultat haben." (Herrenknecht, A. 1988: 4)

Daraus ergibt sich ein verstärkter Erfolgsdruck. Die Möglichkeit, Öffentlichkeitsarbeit zum Zwecke kritischer und kontroverser Diskussion einzusetzen wird dadurch nahezu ausgeschlossen. Ein solcher Zweck von Öffentlichkeitsarbeit ist im Arbeitsprogramm nicht explizit vorgesehen. Vielmehr soll für das Projekt geworben werden. Die Form der Öffentlichkeitsarbeit wirkt aber auf die Qualität der Erfolge selbst zurück: sie müssen medienwirksam verwertbar sein. Tendenziell am wirksamsten sind aber z.B. Steigerungsraten (etwa bei Übernachtungszahlen), Anzahl geschaffener bzw. erhaltener Arbeitsplätze usw., also zählbare und damit leicht vermittelbare Erfolge. Um auch hier einem Mißverständnis vorzubeugen: wir haben nichts gegen zählbare Erfolge. Sie sind eben auch die Butter auf dem Brot, welche letzteres bekanntlich besonders schmackhaft machen soll. Sie erhöhen auch die Akzeptanz langfristiger Maßnahmen zur Sicherung der lokalen Ökonomie und Kultur, die weniger auf griffige Zahlen reduzierbar und in der Öffentlichkeit ohne breiter angelegte Kontextualisierung nur schwer verständlich sind. Eine Öffentlichkeitsarbeit, die allein auf Erfolge angewiesen ist, verführt im Umkehrschluß die am Projekt Beteiligten zur einseitigen Bevorzugung quantitativ meßbarer Ziele und Methoden.

Die Beratung

Folgerichtig ist die Beratungsarbeit laut VER-Arbeitsprogramm ausschließlich auf wirtschaftliche und marktorientierte Ziele ausgerichtet. Die genannten Elemente der Beratung (s.o.) gehören zum Repertoire der klassischen Betriebsberatung. Wie gesagt: wirtschaftliche Erfolge im Sinne von Existenzsicherung und Erhaltung und Verbesserung der materiellen Eigenständigkeit sind eine wichtige Voraussetzung besserer Lebensverhältnisse (nicht nur) auf dem Land. Aber in ihrer Ausschließlichkeit und eindeutigen Zielorientierung schreiben marktorientierte und letztlich auf Kosten-Nutzen-Rechnungen reduzierte Beratungsmethoden Wege vor und verbauen alternative und autonome Entscheidungsmöglichkeiten. Letztlich führt das nicht mehr zu mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit, sondern im Extrem ins Gegenteil: in die totale Abhängigkeit von immer neuen Beratungen und Investitionen. Die Sachzwangsmühle läuft (...) (vgl. Illich, I. 1979). Die offizielle und die kommerzielle Agrarberatung mit ihren für eine große Zahl von Bauern fatalen Folgen dürfte warnendes Beispiel genug sein.

Bildungs- und Kulturarbeit

Die ursprünglich gut gemeinten politisch-kulturellen Absichten (vgl. VER: 'Neue Wege braucht das Land') bleiben angesichts der angewendeten Methoden aller Voraussicht nach auf der Strecke, zumal sie bisher nicht ausdrücklich Bestandteil des Auftrags und damit gegenüber dem Auftraggeber und in der Öffentlichkeit nicht eintragbar sind. Im Gegenteil: politische und kulturelle Aktivitäten, soweit sie nicht auf das wirtschaftliche Ziel gerichtet sind oder diesem sogar zu widersprechen oder es in Frage zu stellen drohen, können vom Auftraggeber mit dem lapidaren Hinweis auf den Auftragskontext blockiert werden. Ein entsprechendes Mauerblümchendasein führt die ohnehin nur auf Forderung der Regionalberater in spe aufgenommene Kultur- und Bildungsarbeit im VER-Arbeitsprogramm. Auch sie wird völlig in den Dienst der wirtschaftlichen Verwertungsziele gestellt:

"Da das Vorhaben wesentlich von dem Engagement, der Eigeninitiative und den Fähigkeiten der Beteiligten vor Ort ausgeht und lebt, müssen über den gesamten Zeitraum vielfältige Aktivitäten im Bildungs- und Kulturbereich angeregt und begleitet werden, um die Menschen vor Ort zur selbstbewußten Mitarbeit an dem Vorhaben zu motivieren und vorhandene Potentiale und Fähigkeiten zu nutzen." (VER 1989: 4)

Ein Blick auf die avisierten Methoden bestätigt einen Kulturbegriff, der dem Primat der Marktökonomie untergeordnet wird (s.o.).

Zusammenfassend stellen wir fest, daß Kulturarbeit auf ein Bildungs-, Seminar-, Exkursions- und Veranstaltungsrepertoire abstellt, das im Rahmen des Gesamtprogramms eine Aktivierungs- und Motivierungsrolle im Hinblick auf den Fremdenverkehrsschwerpunkt und auf das Ziel der betriebswirtschaftlichen Beratung einnimmt.

"Kultur' nicht mehr verstanden als ein spezifischer örtlicher, sozialer, gesellschaftlicher Kontext, sondern als die Ausführung einer abstrakten Idee – eines Planes im Rahmen einer Dienstleistung – das ist brisant."

(Kinstle, T.; Lecke, D. in: Herrenknecht, A.; Lecke, D. (Hrsg.) 1981: 35)

Brisant, weil Kultur zum Mittel, zum Vehikel eines übergeordneten ökonomischen Entwicklungszieles degradiert wird, was zur Folge hat, daß solche Kulturarbeit einschließlich der an sich langfristig angelegten Idee einer "Projektwerkstatt" (VER 1989: 4) zusammenbrechen wird, wenn der ökonomische Anlaß, die 'heiße Phase' des Projektaufbaues in den Hintergrund tritt und der Alltagsroutine weicht. Außerdem sind die vorgeschlagenen Methoden erklärtermaßen an das Projekt und zudem an institutionelle Träger geknüpft, so daß man schlechterdings an einen Selbstläufereffekt im Sinne einer eigenständigen, d.h. auf den Alltag bezogenen Kultur glauben darf.

Im Kontext der Auftragsstellung (s.o.) war bereits angelegt, daß von den guten Absichten des VER, die Region in ihrer sozio-kulturellen Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von externen und privatkapitalistischen Investitionen zu stärken und regionale Wirtschaftskreisläufe zu aktivieren, allenfalls ansatzweise die marktökonomischen Ziele übrigbleiben, wobei der Effekt der Mobilisierung bisher nicht nutzbarer Ressourcen (anders ausgedrückt: letzter Refugien von marktunabhängigen, auf Subsistenz gerichteten autonomen Zugriffsmöglichkeiten der Bewohner auf eigene lokale Reichtümer) für ökonomische Wachstumszwecke gegenüber der Stärkung tatsächlicher Eigenständigkeit überwiegen dürfte. Die Reduzierung der Inhalte von 'Eigen-

ständiger Regionalentwicklung' auf ökonomisch, politisch, und für das PlanerInnenprofil verwertbare Ziele beruht auf einem Mangel an Theorie und eigener Position in bezug auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, einschließlich der eigenen. Dieser Mangel wird mit einer bürokratischen Aufblähung des Methodenapparates zu kompensieren versucht. Die methodische Aufrüstung schreckt vor Kultur nicht zurück:

" 'Die Kulturarbeit', die daher kommt, mit Vorweg-Gewußtem, mit Fertigweisheiten und -methoden, gerät zwangsläufig zu dem, was Marcuse mit 'affirmativer Kultur' kennzeichnet.

Bei den noch so wohlgemeinten, kritischen Inhalten kommt sie von außen, von oben, aus dem Himmel von Theorien und Analysen, der Erfahrungen von woanders. Bringt eine 'Kultur' mit und definiert so die, mit denen 'Kulturarbeit' geschehen soll, nur allzuleich zu 'kulturlosen' Objekten, bei denen eine bildnerische Dienstleistung unterzubringen ist. Also 'Verdinglichung' anderer Art, die auf die von Marcuse benannten Resultate hinausläuft: pädagogisch wird es links erbaulich." (Kinstle, T.; Lecke, D. ebd.: 37 f.)

Dem stellen wir einen Kulturbegriff gegenüber, der Bewältigung des Alltags durch die Bewohner widerspiegelt. In dem Maße, wie wir uns bemühen, diesen Alltag ernst zu nehmen, indem wir uns der Haltung eines Ratenden annähern – ohne zu verdrängen, daß wir letztlich doch Berater sind – nehmen wir an dieser Gegenkultur teil (s. Kap. 5).

2.2 Methoden, Potentiale und die 'Optimierte Landschaft' – Analyse

"Nicht das Wort (Lebensqualität; d. Verf.) wäre zu kritisieren, höchstens der Umstand, daß manche sich nun wieder beeilen, nach neuen Zahlenwerten zu suchen, nach statistischer Holzwohle, mit den sie den Begriff ausstopfen und unschädlich machen können, da hätte man Vorsicht zu üben und Alarm zu geben:

Dort zum Beispiel, wo man mit perfektionierten Gasmann-Methoden den 'Erholungswert' eines Landstriches zum angeblichen Zweck der Sicherung von Lebensqualität quantifiziert, – um anderswo die Zerstörung um so zielsicherer und ungestörter betreiben zu können. Da wird der Lebens-Wert der Landschaft nach Punkten gemessen: Der Waldrand hat einen Punkt, ein Ufersaum zählt drei Punkte, die Abwechslung im Geländeniveau heißt Reliefenergie und wird in Meter Höhenunterschied pro Quadratkilometer gemessen, für Fabriken wird ein Punkt abgezogen, für Kornfelder ein Punkt addiert, das Ergebnis wird durch 1000 geteilt und mit einem Klimafaktor malgenommen, der sich aus der mittleren Jahrestemperatur und dem Jahresniederschlag ergibt (als wäre es unweigerlich dort am schönsten, wo es am wenigsten regnet), und heraus kommt bei all der Rechnerei der 'Erholungswert', aus dem man dann wiederum errechnet, wieviel laufende Meter künstlichen Teichufers noch angelegt werden müssen, damit die Einstufung als Naherholungsgebiet erfolgen kann. Das ist keine Parodie, sondern die reine Wirklichkeit und das tägliche Brot derer, die die Lebensstaffagen für morgen zusammenleimen." (Dahl, J.: Die Parameter des Rührreis)

Die Basis für die Entwicklungsabsicht 'Fremdenverkehr' bietet der Regionale Raumordnungsplan (RROP) der, gültig für die 'Planungsregion Nordhessen', den Schwalm-Eder-Kreis zu großen Teilen als 'Vorranggebiete für Fremdenverkehr' ausweist. Die vom VER genannten Gebiete, in einer Studie des Planungsbüros Reppel + Partner im Auftrag des Kreises untersucht, haben mit denen im RROP ausgewiesenen Übereinstimmung. Grundlage der Ausweisung ist die 'besondere Eignung weiter Gebiete der Region für Erholung und Fremdenverkehr'. Davon betroffen sind ausschließlich Gebiete mit schwierigen naturbürtigen Produktionsbedin-

ungen, die von der Freizeit- und Erholungsplanung wegen ihrer 'kleinräumigen Kulturlandschaft' bevorzugt werden (vgl. RPN 1979: 4). Der Zugriff wird mit normativen Maßnahmekatalogen organisiert (vgl. HLT 1986; Der Kreisausschuß: Fremdenverkehrsentwicklungsplanung, o. J.), die die genauen Bilder von Landschaft in den Vorstellungen der übergeordneten Bürokratien wiedergeben.

"Die Nutzung und Benutzung der belebten und unbelebten Landschaftselemente muß ohne wesentliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildners und des Landschaftshaushaltes erfolgen." (RPN 1979: 34)

Die Erwartungen der potentiellen Auftraggeber (z.B. Schwalm-Eder-Kreis) erhalten Unterstützung über die Versprechungen und Methoden der Landschaftspflege, hier tätig im Bereich Erholungsplanung, die darauf achtet, die 'Vielfalt der Landschaft' zu erhalten und auf eine 'abwechslungsreiche Gliederung hinzuwirken' hat (vgl. RPN 1979: 33). Mit Begriffen wie 'schöne gesunde Landschaft', 'abwechslungsreiche Gliederung' oder der strapazierten 'Vielfältigkeit' wird das Landschaftsbild als solches zum Gegenstand von Planungen.

"Das 'Gesamtkunstwerk' Vorherrs, von Buchwald übernommen (vgl. ders. 1963 und 1969), die methodische Weiterentwicklung zum "Vielfältigkeitswert" (V-Wert) bei Kiemstedt (1972) bis hin zur 'Optimalen Landschaft' bei Wöbse (1984) zeigen methodische Perfektionierungen, um zu analysieren und zu objektivieren, was immer nur subjektiv vom jeweiligen Betrachter 'gewertet' werden kann. Scheinbar objektive Bewertungsverfahren, z.B. Landschaftsbildanalysen (vgl. Krauss, K. O. 1974; Loidl, H. J. 1981; Wöbse, H. H. 1984; kritisch: Stolzenburg, J. 1983; Autorengruppe 1988) verordnen die optimale Landschaft! Optimum bedeutet aber, daß alle Veränderungen Abweichungen vom Optimum, also negativ sind." (Fahrmeier, P. et al. 1989: 10)

lit diesen methodischen Verfahren und Arbeitsweisen sollen die Absichten der PlanerInnen verdeckt werden, hinter denen widerspruchlos übernommene Vorstellungen der Auftraggeber stehen. Vor allem mit der Erholungsplanung zur Durchsetzung der Nutzungsansprüche der Industriearbeiter der Städte werden die Bilder einer exklusiven Kulturlandschaft hergestellt. Die Erholungsplanung als Mittel, um die Naturausstattung optimierten Kapitalverwertungsinteressen zuzuführen, übersieht die nutzungsgeschichtliche Herstellung der aktuellen Situation.

"Die Auswirkungen der industriellen Produktion auch in der Landschaft und deren Folgewirkungen und Auswirkungen auf das Landschaftsbild (intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Produktionsflächen, Straßentrassen, Industriegebiete usw.) sollen für die Freizeit und Erholung (Reproduktion der Arbeitskraft) der 'Städter' aufbereitet und dekoriert werden." (ebd.: 11)

Der ständige Wandel der Landschaft durch sich ändernde Produktionsbedingungen wird dabei schlicht ignoriert. Die konkreten Folgen der Enteignung für die am Ort lebenden Menschen, die als 'Betroffene' nicht gefragt werden (vgl. Wöbse, H. H. 1984: 1) und der nachfolgenden Inwertsetzung nach den Vorstellungen 'gebildeter Städter und deren Interessen' (vgl. Mandel, E. 1972) werden nicht beobachtet.

"Das 'Optimum' an der 'Landschaft' reduziert sich also bei genauerer Betrachtung auf ein größtmögliches 'Erholungspotential', bei dem die konkreten Lebenswelten der von der Landschaft, insbesondere den naturbürtigen Hilfsmitteln Abhängigen, also den Bauern, kaum eine Rolle spielen; im Gegenteil, zumeist nur als negativer Aspekt ins Gewicht fallen." (Brookhuis, N. et al. 1988a: 11)

Die Betrachtung der Lebensbedingungen in der Landschaft reduziert sich auf die Erfassung von Ressourcen als Tauschwert im Sinne von Potentialen (vgl. Stolzenburg, J. 1984: 17 f.). Mit der Reduktion auf eine stoffliche Größe wird die Überhöhung von Naturausstattung und Ressourcen zur 'touristischen Attraktion' und ihre Ausgleichbarkeit erst möglich gemacht.

"So wird z.B. in der Landschaftsplanung immer wieder das Konzept einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung und Rechnung über die Ressourcen (Ökologie, Nachhaltigkeit, Regeneration, etc.) betrieben. Es sollte ganz realistisch aber doch klar sein, daß unter privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen (Monopol- und Staatskapitalismus stellen da nur zwei Varianten des gleichen Typs dar) gesamtgesellschaftliche Rechnungen nur verlogen sein können und im besten Fall dazu dienen, lokale Rechnungen durch das sogenannte Ausgleichsprinzip auch noch mundtot zu machen."

(Hülbusch, K. H. 1986: 160 f.)

"Diese Zielsetzung der Landschaftspflege muß vor dem gesellschaftspolitischen Hintergrund der ländlichen Entwicklungsplanung (Industrialisierung des ländlichen Raumes) gesehen werden. Die Wachstumsstrategie führt zu einer 'Kolonisierung des ländlichen Raumes'." (Brookhuis, N. et al. 1988a: 26)

Die umfassende Festlegung der bestehenden Trennung von Arbeit und Freizeit und die Umverteilung des Zugriffs auf die Ressourcen wird mittels RROP bestimmt und festgelegt:

"Die Landschaft ist als Raum für Freizeit und Erholung zu schützen und funktionsgerecht zu entwickeln." (RPN 1979: 34)

Derlei Umgang mit der Landschaft kann nur einem Denken von 'Städtern' entspringen sein, das ein Leben in 'Saus und Braus' sich erträumt (vgl. Berger, J. 1984:276). Die normative Festlegung von Erholungspotentialen – "In Hessen fehlen bekannte, naturgegebene Attraktionen (Alpen, Seen, Heide usw.)" (Der Kreisausschuß: Fremdenverkehrsentwicklungsplan, o. J.: 88) – nehmen die historische Materialität als Ausgangspunkt zur Angebotserkundung.

"Die landschaftspflegerische 'Entdeckung' der noch 'nutzbaren' Ressourcen, die Monopolisierung des Zugriffs (vgl. TRENT 1973: Amt für Umweltwirkungsanalyse) und die vorbereitende Organisation der Umverteilung erhebt die Landschaftspflege zur administrativen Instanz im Dienste der Industrialisierung der Produktion."

(Brookhuis, N. et al. 1988a: 25)

Der Monopolisierung des Zugriffs auf die naturbürtigen Lebensbedingungen folgt die administrativ festgelegte zukünftige Nutzung, 'was gleichzeitig die Enteignung der anderen möglichen Nutzer bedeutet'.

"Doch jeder, der wirtschaftet, treibt Naturaneignung und nutzt, verbraucht oder zerstört naturbürtige Arbeitsmittel und Produktionspotentiale (vgl. Wittfogel, K. A. 1932 und 1929). Jede produzierende Tätigkeit ist deshalb ökologisch (im Sinne einer Veränderung und Beeinflussung des Naturhaushaltes) wirksam. Das heißt aber auch, daß diese Veränderung auf die Arbeit anderer Produzenten Einfluß hat (Kade, G. 1971) und deren Nutzung des Naturpotentials einschränkt oder entwertet. Und selbstverständlich gehören zu den entwerteten oder eingeschränkten Nutzungen die physisch-gesundheitlichen Lebensbedingungen." (Hülbusch, K. H. 1983)

Kommentar

"Bei Naturparkplanungen (als gängiges Pendant der Erholungsplanung, Anm. d. Verf.) fällt auf, daß die Nutzungsanforderungen der Stadtbewohner zumindest verbal berücksichtigt werden. Die aus der lokalen, ansässigen Existenz Erwartung ableitbaren Anforderungen, die gleichzeitig Voraussetzung für den extern auftretenden und herangetragenen Nutzungsanspruch sind, bleiben entweder unberücksichtigt oder werden als Anpassungszwang an den Außenanspruch ausgelegt." (Beuter, U. et al. 1972: 10)

Wollen wir die Lebendigkeit erhalten, im Ort zu leben, müssen wir Fragestellungen erarbeiten, die sich auf die Gesamtheit der sozio-kulturellen Veränderungen durch Planungen beziehen. Lokale Gegebenheiten sind eine Organisation von Strukturen sowie naturbürtigen und sozio-kulturellen Bedingungen, die den Menschen am Ort die soziale und ökonomische Existenz sichern. Betrachten wir bei unserer Arbeit nur Teilaspekte dieser Organisation von Lebenssicherheiten, unterliefen mit Sicherheit schwerwiegende Fehleinschätzungen, die für die BewohnerInnen letztendlich deren Lebensgrundlage zerstörende Folgen hätte.

Die lokale sozio-ökonomische Situation muß in ihren Ursachenzusammenhang gestellt werden, damit die Anforderungen an das Fremdenverkehrskonzept inhaltlich bestimmbar sind. Dazu sind die Planungserwartungen des Schwalm-Eder-Kreises darzustellen, um eine Debatte, auch im VER möglich zu machen, über die 'verschwiegenen Voraussetzungen' des Auftraggebers. Grundlage kann eine 'Theorie der Unordnung' sein, nach der eine Region, hier Schwalm-Eder-Kreis, unter mangelnder Funktionstüchtigkeit zu leiden scheint, wogegen etwas getan werden sollte (vgl. Beuter, U. et al. 1972: 10).

Die Bezugs Ebenen für ein künftiges Funktionskonzept sind die Nutzungs- und Existenzansprüche der Leute im Ort. Der Planungsanspruch begründet sich daraus, die, auch erst aus der vorgesehenen Planung, entstehenden Zielkonflikte aufzudecken und daraus geeignete Mittel zu formulieren, die eine nachhaltige, autonome Sicherung der sozialen und ökonomischen Existenz gewährleisten. Maßgeblich für die Realisierung des Arbeitsergebnisses muß die Nützlichkeit für die BewohnerInnen des Ortes sein.

Teil II: Auseinandersetzung um Begriffe als Theoriebildung

3.0 Persönlicher Rat versus institutionelle Beratung – Exkurs als Vorbemerkung: Erfahrungen mit einer Gewerkschaft

Unsere Wahrnehmung von Ansätzen, die Idee der Eigenständigen Regionalentwicklung durch die Gründung gemeinnütziger Vereinigungen in Verbindung mit der Installierung einer professionellen Beratung umzusetzen, ist u.a. vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen mit ähnlich strukturierten Organisationen zu sehen. Konkret: Ich (W. Ring) bin seit 1983 in der Jugendarbeit einer Einzelgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aktiv. Bei zahlreichen Anlässen wurde ich auf den Widerspruch zwischen demokratisch zustande gekommenen Zielen und Bedürfnissen einerseits und der sie häufig konterkarierenden Tagespolitik des Funktionsapparates aufmerksam (Beispiel: Atomenergie). Außerdem mußte ich feststellen, daß kontroverse und heikle Diskussionen (z.B. über Ausländerfeindlichkeit in

der Mitgliedschaft oder innergewerkschaftliche Mißstände) von hauptamtlicher Seite mit dem Hinweis auf die angebliche Notwendigkeit eines integren Erscheinungsbildes der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit abgeblockt wurden.

Da es sich bei diesen Erfahrungen nicht um Einzelfälle handelt, leiten wir aus ihnen einige Arbeitshypothesen über die strukturellen Fallstricke ab, die einen Teil der Probleme und Widersprüche von Organisationen und Institutionen der genannten Art kennzeichnen:

1. In den Gewerkschaften, als **sich progressiv nennende (politische) Organisationen** mit vorwiegend hauptamtlichen Strukturen, wird die Erhaltung der Arbeitsplätze und der damit verbundenen Machtpositionen vorrangig gegenüber den demokratisch zustande gekommenen inhaltlichen Zielen und Vorgaben.
2. Das reibungslose Funktionieren, die Effektivität und die Leistungsfähigkeit treten gegenüber der innerorganisatorischen Demokratie in den Vordergrund.
3. Professionalität und innere Geschlossenheit werden als Voraussetzung für ein positives Erscheinungsbild und damit für eine entsprechende Durchsetzungsfähigkeit in gesellschaftlichen Konflikten angesehen.
4. Die hauptamtlichen, d.h. administrativen Strukturen setzen sich auf Dauer gesehen gegenüber den ehrenamtlichen, politischen Kräften durch und bestimmen den Kurs der Gesamtorganisation. Mittel zur Durchsetzung ist in der Regel der aus der kontinuierlichen professionellen Arbeit erwachsende Informationsvorsprung in Verbindung mit der Einführung von o.g. 'Sachzwängen'.

Die Ursache, die diesen Strukturen und ihren Folgen zugrunde liegt, ist eine gesellschaftsreformierende Strategie. Es geht nicht um Gesellschaftsveränderung (vgl. Sarkar, S. K. 1987: 37 ff.). Der Grund für die gebeugte Haltung gegenüber der Macht ist die Illusion der Teilhabe an ihr. Nicht gegen das auf Wachstum beruhende kapitalistische Industriesystem und seine Zerstörungen an Mensch und Natur wird opponiert, sondern ein größerer Anteil bei der Verteilung von Machtbefugnissen und materiellen Gütern angestrebt. Konsequenterweise geht es dann z.B. den Gewerkschaften um – kollektive – Mitbestimmung statt um Selbstbestimmung (Autonomie), um mehr Lohn statt mehr Lebensqualität.

Die Aussichtslosigkeit dieses falschen Kampfes ist angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse absehbar. Das wissen auch die Funktionäre, wenn sie ehrlich sind. Aber gerade diese Aussichtslosigkeit ist es, die diese Organisationen und damit letztendlich auch die bestehenden Verhältnisse lebensfähig hält. Eine tarifliche Lohnerhöhung z.B. zieht automatisch die nächste Tarifverhandlung nach sich, weil sich die Unternehmer die höheren Lohnausgaben über höhere Verbraucherpreise zurückholen. So ist es auch zu erklären, daß 'fortschrittliche' Unternehmer die Notwendigkeit der Gewerkschaften ausdrücklich bejahen. Aus unserer Sicht ein Armutszeugnis für die Gewerkschaften! Dagegen würde eine Politik des bewußten Verzichts auf falsches, weil hoffnungsloses Machtstreben zugunsten von mehr materieller und psychischer Autonomie (tendenzielle Unabhängigkeit von Lohnarbeit bzw. Stärkung des Selbstbewußtseins) die Organisation auf lange Sicht überflüssig machen.

In den folgenden Kapiteln wollen wir anhand der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) und des Vereins zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen (VER) die Verallgemeinerung der oben angedeuteten persönlichen Erfahrungen und der Schlußfolgerungen be-

gründen. Dabei legen wir großen Wert auf eine gewisse Breite der Darstellung, um die genannten Strukturen, ihre Entwicklung und Folgen für die Betroffenen zu veranschaulichen.

Nach unserer Wahrnehmung ergeben sich hier bezeichnende Parallelen, wobei selbstverständlich (?) Unterschiede in der Herkunft, der Zielsetzung und in der Klientel bestehen. Unsere These ist, wie gesagt, daß sich die getroffenen strukturellen Feststellungen über die Gewerkschaften in gewisser Weise auf die institutionellen Beratungsorganisationen wie ÖAR und VER übertragen lassen. Auch diesen Organisationen geht es um wirtschaftliche Entwicklung, also um Wachstum. Hier sind es die 'benachteiligten', 'entwicklungsschwachen' Gebiete, denen ein größeres Stück am wirtschaftlichen Wohlstandskuchen zugeteilt werden soll. Da sich die Regionen nicht mit herkömmlichen Mitteln der Wirtschaftsförderung (Industrieansiedlung, Infrastrukturmaßnahmen – später vor allem im Fremdenverkehrsbereich) entwickeln ließen, setzen diese Organisationen auf die Erschließung von Wachstums- und Innovationspotentialen durch die Bewohner selbst. Um die ökonomische Erwartung und damit den externen Zugriff auf die lokalen Arbeits- und Lebensverhältnisse legitimieren zu können, werden sie – projektbezogen – durch begleitende Kultur- und Bildungsarbeit ergänzt (vgl. Kap. 2.2).

Tragende Argumente für den Entwicklungsbedarf sind die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Auffangen der Landflucht und indirekt die Sicherung der lokalen Versorgung, durch öffentliche und private Infrastruktur (vgl. Österreichisches Bundeskanzleramt: Raumplanung für Österreich Nr. 1/1981: 9 ff.; Bratl, H. u. G. Scheer in: ÖAR o. J.: 85).

3.1 Ein 'Vorbild': Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) * – Die Institutionalisierung einer Bewegung

Die ÖAR ist 1983 als Dachverband "aus dem Zusammenschluß der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV), des Bergland-Aktionsfonds und bereits bestehender Regionalvereine und Regionalbetreuer" (Herrenknecht, A. 1988: 1) hervorgegangen. Die Vorläuferorganisationen und -strukturen hatten bereits seit Ende der siebziger Jahre auf regionaler Ebene gearbeitet, ausgestattet mit der 'Sonderaktion der Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs' (FER), d.h. mit umfangreichen Förder- und Beratungsmitteln.

Zunächst handelte es sich aber um Initiativen mit **regionalpolitischem** Anspruch. Insbesondere die ÖBV als organisierte Agraropposition verfolgte von Anfang an eher eine langfristig angelegte Aktivierungs- und Aufklärungsarbeit. Demgegenüber standen interessierte Einzelpersonen – u.a. WissenschaftlerInnen und rückkehrende EntwicklungshelferInnen, die ihre Erkenntnisse und Erfahrungen praktisch in regionale Entwicklungskonzepte und -projekte umsetzen wollten. Die beteiligten staatlichen Stellen sind ebenfalls an einer ökonomischen Entwicklung der 'entwicklungsschwachen ländlichen Räume' interessiert gewesen (s.o.). Hier werden die 'benach-

* Die folgende Beschreibung und Analyse basiert auf einem Vortrag von H. Bratl, einem der Geschäftsführer der ÖAR, gehalten von Exkursionsteilnehmern der VER (darunter die Verfasser) am 18.5.1989 in Wien, und auf einem kritischen Beitrag von A. Herrenknecht (unveröff. Mskr., 1988)

teiligten' ländlichen Regionen bereits verbal zu Kolonien erklärt, die es zu entwickeln gilt.

Bereits im Anfang liegt der Hund begraben

In diesen Anfängen sehen wir bereits die Grundlage für die spätere Entwicklung der ÖAR. Bereits hier haben sich die pragmatisch-marktökonomischen Ansätze eine starke Ausgangsposition erkämpft. Ausdruck dafür ist das umfangreiche, markt- und betriebswirtschaftliche Analyse-, Bewertungs- und Methodenrepertoire (vgl. 'Raumplanung für Österreich', Nr. 1, 1981) als Instrument zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung. Ein weiterer Hinweis ist die strikte Arbeitsteilung. Jede Gruppe sollte die Arbeit machen, die ihren Interessen entsprach. Folglich übernahmen die Regionalvereine und die ÖBV die politische Aufklärung und Aktivierung der Bewohner vor Ort, während die BeraterInnen den ökonomischen Part für sich in Anspruch nahmen. Wie Bratl offen bekannte, ging das genannte politische Verständnis von Eigenständiger Regionalentwicklung über den Charakter einer stillschweigenden Voraussetzung der gleichgerichteten Positionen kaum hinaus, so daß sie im folgenden Aktionismus unterging. Die Marktstrategen begannen wohl bereits hier, den Kurs vorzugeben.

Die Theorieschwäche ist der entscheidende Grund für das politische Scheitern der Eigenständigen Regionalentwicklung in Österreich. Allem Anschein nach gab es für die Bewegung keine gesellschaftliche Perspektive, sondern den kleinsten gemeinsamen Nenner, daß es so nicht weitergehe und daß etwas getan werden müsse. Das führte dazu, daß am Entwicklungsparadigma festgehalten wurde, möglicherweise sogar, ohne daß es überhaupt hinterfragt worden wäre.

"Die politische Entwertung des Begriffes und die zunehmende Enteignung der regionalpolitischen Kompetenz der Aktivisten in den Regionen durch eine taktierende Zentrale ist letztlich auch auf eine THEORIESCHWÄCHE bei den Regionalisten zurückzuführen, die es versäumt haben, EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG wirklich aus der REGION HERAUS EIGENSTÄNDIG UND REGIONALORIENTIERT, quasi als EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG VON UNTEN klar zu definieren und diese Konzeption der tagespolitischen Definition der ÖAR ENTGEGENZUHALTEN." (Herrenknecht, A. 1988: 5)

Die Kritik konstatiert zwar die Theorieschwäche, stellt ihr aber eine Definition entgegen, die sich ebenfalls nicht vom Entwicklungsparadigma löst. An dieser Stelle drängt sich wiederum die Frage auf, warum die verschiedenen Interessengruppen nicht konsequent die Aufgabentrennung auch nach außen hin durchgehalten haben. Warum es schließlich doch zum Bau des gemeinsamen 'Daches' ÖAR über so verschiedene Häuser kam, haben wir noch nicht plausibel nachvollziehen können. Wir können hier nur eine Hypothese anbieten, die einer Überprüfung bedürfte: Die an einer ökonomischen Entwicklung interessierten Politiker, Wissenschaftler und Berater benötigen die Regionalvereine und die Agraropposition, um Zugang zu ihrer potentiellen Klientel zu bekommen und damit das Konzept 'zum Laufen' zu bringen. Andererseits waren auch die auf langfristige politische und kulturelle Initiativ-Arbeit ausgerichteten Interessengruppen auf vorzeigbare Erfolgserlebnisse angewiesen. Die Scheinbarkeit des Aufeinander-Angewiesenseins und der Deckung der Interessen wurde zumindest von den politisch Motivierten nicht durchschaut.

Die Kinder beginnen, die nicht stattgefundene Revolution aufzufressen

Die Folge war eine schmerzhaft Desillusionierung, als sich zeigte, daß sich das ökonomische Kind zu einem halbstarke Marketing-Spezialisten gemausert hatte und nun mit allen Kräften versuchte, den rückständigen politischen Eltern den Stuhl vor die Tür des bis dahin gemeinsamen Hauses zu stellen. Diese Bemühungen, sich des politischen Ballastes zu entledigen, bekamen den ersten Rückenwind durch Schwierigkeiten bis hin zum drohenden Scheitern, insbesondere von solchen Projekten, die neben wirtschaftlichen vor allem politische und soziale Ziele verfolgten. Die heftig umstrittene Konsequenz bestand in der Spezialisierung der ÖAR-Beratung und -Förderung auf reine Beschäftigungs- und Wirtschaftsprojekte. Diese Spezialisierung wurde mit der zunehmenden fachlichen Überforderung der Regionalberater begründet. Das 'freiwillige' Ausscheiden einiger Regionalberater als Reaktion auf diese Spezialisierung deutet darauf hin, daß die Begründung nicht für jeden Regionalberater zutraf bzw. akzeptabel war. Als Gegengewicht sollte die ehrenamtliche Arbeit vor Ort durch Gründung und Aufbau von weiteren Regionalvereinen gestärkt werden.

Die freiwillig-erzwungene Etablierung der ÖAR als halbstaatliche Institution

Unterstützt wurde der langsame, aber sichere 'Putsch' der Professionellen gegen die ehrenamtlichen Vorstände und Teilorganisationen vor allem von den staatlichen Geldgebern. Ihrer Forderung nach mehr Effizienz und Erfolgsorientierung verliehen sie durch 'Überlegungen' Nachdruck, die ÖAR 'abzuschaffen'.

"Übergeordneter Sachzwang und innerbetriebliche Umorientierungsvorstellungen fanden sich in einem Zweckbündnis zusammen: die 'antiquierten politischen Ansprüche' und ihre 'Verfechter' sahen sich plötzlich ausgebootet und abgehängt." (ebd.: 2)

Wohl um das Gesamtkonzept nicht scheitern zu lassen, entschied sich eine Mehrheit in der ÖAR für die Spezialisierung. Diese Entscheidung war die Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit mit der Regierung. Folgerichtig war nun das Wirtschaftsministerium für die ÖAR-Belange zuständig. Das war unserer Einschätzung nach ein gutgemeinter aber folgenschwerer Rettungsversuch. Die politische Opposition gegen die Manager-Exekutive spaltete sich in die, die noch meinten mitgehen zu können, und solche, die der ÖAR den Rücken kehrten, z.B. die ÖBV. Als die Bundesregierung die ÖAR zwang, die innerbetrieblichen Strukturen durchzurationalisieren, zwei Geschäftsführer mit klar definierten Zuständigkeiten zu benennen und weitere demokratische Entscheidungsprozesse durch schlichte Weisungsbefugnisse zu ersetzen, bröckelte die ehrenamtliche Bank der ÖAR weiter ab.

Was von der Regionalentwicklung für die Region noch übrigbleibt

Die fortschreitende Professionalisierung machte auch vor der eigentlichen Regionalentwicklung nicht halt. Der 'Kostenfaktor' Ausbildung wurde abgeschafft, die Regionalberater paßten sich an oder kündigten. An die Stelle des von den Menschen in der Region politisch Wünschbaren trat allein das aus der Sicht der ÖAR-Zentrale marktökonomisch Machbare. Ein bezeichnender Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Orientierung des ÖAR-Konzeptes an Wertschöpfungen, die durch Exporte aus der Region erzielt werden, verbunden mit der vagen Hoffnung auf sogenannte

'spill-over-Effekte', d.h. eine Verbesserung des Wohlstandes durch erhöhte Kaufkraft in der Region. Völlig vernachlässigt wurden Betriebe und Initiativen, die an der lokalen Versorgung orientiert sind, da 'diese ja sowieso funktionieren' (sinngemäße Wiedergabe der Äußerung eines ÖAR-Sachbearbeiters).

Unsere Frage nach den Zielen dieser ökonomischen Entwicklung ließ H. Bratl letztlich unbeantwortet. Die Regionalbetreuer werden sozusagen als 'neutraler Faktor' betrachtet. Dies ist ein völlig positivistischer Ansatz, denn die Wertungen der Regionalbetreuer und der ÖAR-Zentrale werden ausgeblendet, d.h. sie treten nicht offen zutage. Unseres Erachtens ist die ÖAR damit zu einer regionalistisch verbrämten Management-Agentur **degeneriert**. Diesen Begriff verwenden wir bewußt angesichts der anfänglich hohen Ansprüche. Das niederschmetternde, bei entsprechender Analyse aber wohl voraussehbare Ergebnis (vgl. Herrenknecht, A. 1988) wird lediglich durch einige Regionalbetreuer etwas aufge bessert, die vor Ort durchaus anders arbeiten als von der Zentrale in Wien vorgesehen. Mit einigen ökonomischen Vorzeigergebnissen schützen sie ihre lokale politisch-kulturelle Arbeit (vgl. Kap. 3.4).

3.2 Der Weg der ÖAR als Schicksal des VER?

Wir haben dieses von Bratl gezeichnete und mit unseren Interpretationen und Kommentaren versehene Bild von der ÖAR wiedergegeben, um zu verdeutlichen, welcher Weg für den VER vorgezeichnet ist, wenn er sich weiter an dieses Vorbild anlehnt. Über diese Prognose stellen wir die These auf, daß es grundsätzliche organisatorische Strukturen sind, die die guten Absichten des VER von vornherein vereiteln, und daß diese Strukturen revidiert werden müssen, um die Absichten und Ziele zu retten.

Aktuelle Bestätigung dieser These ist unseres Erachtens der Auftrag des Schwalm-Eder-Kreises und seine Begleitumstände (vgl. Kap. 2). Der Strukturfehler besteht in der Vermischung von ehrenamtlicher Tätigkeit und bezahlter, d.h. professioneller Beratung unter dem Dach eines gemeinnützigen Vereins. Dazu einige Passagen aus der Satzung des VER:

"Artikel 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt **ausschließlich und unmittelbar** gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes 'steuerbegünstigte Zwecke' der Abgabenordnung 2. Zweck des Vereins ist es, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Hessens zu verbessern, die Identifikation mit der Region zu stärken und die regionale Eigenständigkeit zu fördern.

3. Dieser Zweck soll verwirklicht werden durch:

- a. Aufklärung und Weiterbildung über Möglichkeiten der eigenständigen Regionalentwicklung;
- b. **Beratung** von bestehenden und im Entstehen begriffenen Modellprojekten, die eine demokratische Organisationsform aufweisen und regional und ökologisch angepaßt arbeiten;
- c. Zusammenarbeit mit Organisationen ähnlicher Zielsetzung im In- und Ausland.

4. Der Verein ist **selbstlos** tätig; er verfolgt **nicht in erster Linie** eigenwirtschaftliche Zwecke." (VER 1986: 36; Hervorhebungen durch d. Verf.)

Die professionelle Beratung ist also fester Bestandteil der Satzung des VER. Der Widerspruch in der Satzung zwischen der 'ausschließlichen' Gemeinnützigkeit und professionellen Beratung ist auch den GründerInnen des VER aufgefallen. Sie ver-

suchen ihn notdürftig mit der Wendung 'nicht in erster Linie eigenwirtschaftlich' (ebd.) zu überbrücken. Die Beratung wird sozusagen als eigenwirtschaftliche Abteilung des insgesamt gemeinnützigen Vereins betrachtet. Das setzt voraus, daß die Beratung selbst im Nutzen der Allgemeinheit steht. Es erscheint selbstverständlich, daß Planungs- und Beratungsarbeit, als Beruf ausgeübt, bezahlt wird. Es wird auch vorausgesetzt, daß die Arbeit in den Dienst der Ratsuchenden gestellt wird. Jedoch ist dann der Hinweis auf die Gemeinnützigkeit fehl am Platze.

"Die Vorstellung, daß die Experten ein **Recht** hätten, der Allgemeinheit zu dienen, ist (...) recht jungen Ursprungs. Ihr Bemühen, dieses kooperative Recht zu verankern und zu legitimieren, ist eine der schwersten Bedrohungen für unsere Gesellschaft." (Illich, I. 1978/83: 67)

Wir treten dafür ein, daß Planung und Beratung offen Position beziehen, und zwar zugunsten der BewohnerInnen eines Ortes, in der Regel also für die informellen AuftraggeberInnen. Mit dem Anspruch auf Gemeinnützigkeit übernimmt der VER aber sozusagen staatliche Prämissen und Aufgaben. Der wirtschaftliche Eigennutz verbirgt sich hinter diesem Anspruch, im Gegensatz zu privatwirtschaftlich organisierten Planungs- und Beratungsagenturen oder freiberuflichen Einzelpersonen, wo er offen erkennbar ist.

Für Außenstehende entsteht unseres Erachtens noch eine zweite Undurchschaubarkeit. Der VER verschreibt sich der Region und den lokalen Lebenswelten und vertritt z.B. ökologische Ansprüche. Dies impliziert a priori eine Oppositionshaltung gegenüber externen staatlichen und privatkapitalistischen Eingriffen und Interessen. Wenn aber andererseits das Überleben des Vereins und der Regionalberatung fast ausschließlich von öffentlichen Mitteln abhängt, liegt die Befürchtung nahe, daß inhaltliche Kompromisse, die für professionelle Planung und Beratung nie ganz auszuschließen sind, auch die ehrenamtliche Vereinsarbeit beeinträchtigen. Dieser interne Widerspruch ist für Außenstehende nicht ohne weiteres zu erkennen.

Das Interesse staatlicher Stellen am VER

Durch das weitgehende Versagen der staatlichen Beratung besteht komplementär dazu die Notwendigkeit für den Staat, auf unabhängige Institutionen zurückzugreifen. Direkte staatliche Interventionen und Beratungen treffen mittlerweile auf größere Skepsis und auch auf entschiedeneren Widerstand der betroffenen BewohnerInnen. Um Großprojekte überhaupt noch durchsetzen zu können, bedarf es zusätzlicher Legitimationsinstrumente, wie z.B. der Umweltverträglichkeitsprüfung (vgl. Schulz, A. 1989). An dieser Stelle treffen sich die Interessen der Administration und der unabhängigen Beratungs- und Planungsinstitutionen. Der staatlichen Verwaltung verschafft die Zusammenarbeit Zugang zu bisher nicht erreichbaren Sphären, die Entwicklungsagentur erhält finanzielle Mittel zur Verwirklichung ihrer politischen und ökonomischen Absichten und Interessen.

Ökonomische Entwicklungsziele als gemeinsamer Nenner

Ein Anzeichen für die Schlüssigkeit dieser Überlegung ist, daß im Zusammenhang mit der 'Wiederbelebung' der Regionen immer die Erschließung der Entwicklungspotentiale und der nicht genutzten Ressourcen genannt wird (vgl. VER 1986; Hahne, U. 1985). Die apriorische Annahme ist, daß nichts ist, also erst erschlossen, ent-

deckt werden muß. Der Grund für diese Vorwegnahme der zu behebenden 'Unterentwicklung' ist aber, daß die Nutzung der lokalen Ressourcen nicht unbedingt auf dem Markt erscheint, d.h. makroökonomisch nicht erfaßt ist. Deshalb werden sie von Staat und Beratern als 'Potentiale' bezeichnet, als etwas, das in Erscheinung treten könnte, schaffte man es, sie zu mobilisieren, für den Markt nutzbar zu machen. Einmal erschlossen und vermarktet, lassen sie sich als Wachstums- und Wohlstandserfolg verbuchen. Die verengte Wahrnehmung der lokalen Ressourcen als 'Potentiale' hindert die PlanerInnen und PolitikerInnen, sie als Grundlage einer bereits funktionierenden lokalen Ökonomie zu verstehen. Das Vorurteil muß bestätigt werden, über den zählbaren Erfolg. Dieser Erfolg ist notwendig, um die Zusammenarbeit fortsetzen zu können. Die erfolgreiche Prospektion und ideologische Zurichtung ist Voraussetzung für Folgeaufträge (vgl. VER 1988: 4). Die Abhängigkeit der VER-Arbeit, sowohl der Beratung, als auch des ehrenamtlichen Engagements, von staatlichen Programmen und Finanzmitteln, wurde beim Regierungswechsel in Wiesbaden deutlich. Im Unterschied zu Österreich wurde hier allerdings nicht mit Mittelkürzungen gearbeitet, sondern das Programm gleich ganz gestoppt (vgl. Bartnick, M.; Steinhäuser, U. 1987). Während die Mittelkürzung für die ÖAR um 30 % deren Kurswechsel von der regional-politisch-ökonomischen Bewegung zur professionellen Beratungsagentur forcierte, wurde die hauptamtliche Beratung in Hessen eingestellt. Als die Arbeitsplätze verloren waren, zeigte sich, daß auch die ehrenamtliche Arbeit stark auf die Regionalberatung zugeschnitten war und nun ihren Inhalt weitgehend verlor.

Die folgerichtig falsche Reaktion auf die Aussetzung des 'Ländlichen Regionalprogrammes'

Vordringliches Ziel war nun, neue Auftrag- und Geldgeber zu finden. Die Vereinsarbeit, insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit, wurde darauf abgestellt, die Präsenz des VER unter Beweis zu stellen und Werbung für neue Entwicklungsprogramme und Aufträge zu betreiben. Die Konsequenz aus dem Handstreichverfahren der Landesregierung war, daß sich die künftige Regionalberatung auf möglichst viele Geldgeber stützen sollte. Deshalb orientierte man sich zu den Landkreisen hin, auch aus der Erfahrung, daß die Einzugsgebiete für die Regionalberater vorher zu groß waren. Wir sehen in diesen Aktivitäten – zugegebenermaßen im nachhinein – eine falsche Reaktion auf den indirekten Druck.

Die Krise hatte eine Möglichkeit geboten, die Aufgaben, Ziele, Methoden und die Struktur des VER zu überdenken und sich z.B. von der Abhängigkeit von staatlichen Förderprogrammen und Aufträgen zu befreien. Stattdessen führte der nie ernsthaft in Frage gestellte Sachzwang zur Erhaltung des Vereins in der bisherigen Form und der Wiedereinsetzung einer professionellen Beratung zu einer Anpassung an staatliche Anforderungen und Interessen. Die Angebotsschreiben des VER an den Schwalm-Eder-Kreis belegen diese These, wie wir meinen, ziemlich eindrücklich (vgl. Kap. 2.1 und 2.2). Damit ist unseres Erachtens die Vereinnahmung des VER als verlängerter Arm zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Entwicklungsziele des Staates eingeleitet. Ein Prozeß, der angesichts der einige Jahre früher stattgefundenen Entwicklungen in Österreich durchaus hätte vorausgesehen werden können.

Die bösen Folgen auf die guten Absichten

Diese Vereinnahmung trifft zwar den VER, ist aber nur Mittel zum Zweck der Erschließung der lokalen Ökonomien und Kulturen für die staatlichen Entwicklungsabsichten.

"Charakteristisch für institutionalisierte Beratungsagenturen* ist ihre 'Brückenfunktion' zwischen

- staatlicher Administration* und betroffener Bevölkerung
- Forschungseinrichtungen (und deren 'Wissen' bzw. deren Innovationsvorschläge) und der sogenannten Praxis sowie
- weiteren Modernisierungsinstitutionen (im Bereich Schulung, Training, Kredit etc.) und einzelnen Zielgruppen.

Diese Brückenfunktion ist jedoch keineswegs neutral; etwa in dem Sinne, daß Beratung einer Mittlerfunktion zwischen beiden 'Brückenköpfen' ausüben würde. (...) Vielmehr handelt es sich nahezu immer um Befehlsbrücken im Sinne von Anweisungsagenturen. (...)

Diese Charakterisierung wird sicherlich einigen alternativen Beratungsinitiativen nicht gerecht. Sie können als Ausnahmen jedoch die einer skizzierten Beratungslandschaft nicht grundsätzlich korrigieren, sondern nur im Einzelfall ein etwas erfreulicheres Bild abgeben. Die allgemeine Beratungslandschaft ist eine Industrielandschaft, in der Informationen als Ware professionell vermarktet werden. In ihr herrschen die Gesetze der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung und der organisatorischen Effizienz ebenso wie das Prinzip der Spezialisierung. Immer weniger wird für den einzelnen immer wichtiger. Damit werden Verantwortungen und Kontrollen so 'verdünnt', daß sie personell kaum noch zuzuordnen sind. **Der einzelne, sei er Berater oder Klient, funktioniert dann nur noch im 'System'; in einem Industriesystem, das er weder durchschaut noch als veränderbar ansieht** (vgl. oben mit den Anmerkungen über Gewerkschaften; Anm. d. Verf.). Vorgebliche Sachzwänge erlauben keine Spielräume für ihn." (die mit * gekennzeichneten Begriffe wurden verallgemeinert wiedergegeben, Anm. d. Verf.) (Groeneveld, S., 1984: 80 f.)

3.3 Ist der VER noch zu retten? Vorschläge

Auf diese zugegebenermaßen zweideutige Frage sind uns zwei Antworten eingefallen: Ja und nein.

Ja: als ausschließlich ehrenamtlich arbeitender Verein. Die bisherigen ehrenamtlichen Funktionen sollten weiter aufrechterhalten werden. Dazu zählen insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und die Informationsvermittlung an befreundete oder interessierte Einzelpersonen und Initiativen zum Thema Eigenständigkeit und lokale Autonomie und möglichen Wegen dazu. Darüber hinaus würden wir einen solchen VER als Diskussions- und Theoriebildungsforum für diejenigen verstehen, die beruflich planen und raten und dabei die lokalen Arbeits- und Lebensbedingungen als ihren Gegenstand betrachten. Hier bestünde die Gelegenheit, den eigenen Planungs- und Be-Rat-ungsalltag im Gespräch mit KollegInnen und anderen Interessierten einer kritischen Überprüfung und Reflexion zu unterziehen. Mann/frau lernt ja nie aus. Aus dem reflektierten PlanerInnenalltag heraus könnten auch öffentliche Stellungnahmen zu aktuellen Planungs- und Bauvorhaben und anderen die örtlichen Lebensbedingungen und damit auch uns betreffenden Vorgängen entstehen, in denen der VER Partei ergreift für die von den Maßnahmen betroffenen BürgerInnen. Wir denken da an Dorferneuerung, Denkmalpflege, Straßenbau,

Agrarpolitik, Fremdenverkehr, Industrieansiedlungen usw.

Nein: als fast ausschließlich eigenwirtschaftliche Beratungsagentur, die sich unnötig hinter einem gemeinnützigen Zweck versteckt. Niemand wird es einem Planer oder Ratenden übernehmen, wenn er/sie sich mit seinem/ihrem Können den Lebensunterhalt sichern will. Daß wir den Leuten, für die wir planen oder denen wir guten Rat geben, nicht schaden, sondern nützlich sein wollen, versteht sich von selbst. Dazu brauchen wir aber keinen vermeintlichen Vereinsstatus. Niemand hindert uns, an Landkreise, Gemeinden oder auch an Privatleute heranzutreten und Angebote zu unterbreiten, die den erklärten Absichten und Zielen des VER entsprechend die lokalen Ökonomien z.B. im Bereich der Landwirtschaft, der Energieeinsparung oder des Handwerks gegenüber den Zugriffen externer Ansprüche und Zwänge stärken und nachhaltig sichern helfen.

Es zeigt sich nicht zuletzt am 'Vorbild' ÖAR, wie eine institutionelle Beratungsagentur in die Fänge staatlicher Interessen und wissenschaftlich-ökonomischen Profilierungsstrebens geraten kann. Darüber hinaus ist eine solche Institution, wie sich gezeigt hat, immer wieder vom Wohlwollen der Politik und damit indirekt von der Einhaltung eines bestimmten Erscheinungsbildes und berechenbaren Verhaltens angewiesen. Die Folgen solchen, wie wir meinen, falsch verstandenen Anpassungsstrebens sehen wir u.a. in der z.Z. gültigen Formulierung des Schwalm-Eder-Auftrags.

3.4 Rat ist teuer – eine Laudatio

Beeindruckt von der eigenen Zielvorstellung, die nicht zuletzt im Titel dieser Arbeit zum Ausdruck kommt, ergaben sich bei Recherchen dazu ebenso beeindruckende Gespräche und Begegnungen. Gemeint ist der Vortrag eines österreichischen Elektronikexperten, dem mit persönlichem Engagement der Sprung zum Fachmann für den Selbstbau von Sonnenkollektoren gelungen ist.

Der Weg des Experten, nennen wir ihn 'H.', hat mit dem Wunsch begonnen, ihm bekannten Personen sein Expertenwissen zur Verfügung zu stellen. Sie waren mit der Bitte an ihn herangetreten, gemeinsam die Idee für den Bau von Sonnenkollektoren im Low-tech-Bereich zu verwirklichen. Seine Aufgabe bestand darin, eine Kleinstserie, effizient im Hinblick auf Kosten-Nutzen, herstellen zu helfen. Er war nicht darauf angewiesen, Abnehmer für große Stückzahlen zu suchen – eine wichtige Voraussetzung, um als Ratender und nicht als Berater aufzutreten (vgl. Groeneveld, S. 1984).

Ebenso ausschlaggebend für seine Tätigkeit war sicher sein persönliches Interesse. Als Betroffener suchte er nicht zuletzt eine Lösung auch für seinen eigenen Umgang mit Energie. Die Arbeit von H. hat in den vergangenen drei Jahren dazu beigetragen, eine ländliche Region (Oststeiermark) zu dem mit Sonnenkollektoren, (als dezentrale, regenerierbare Energiequelle) am dichtesten bestückten Gebiet in Europa und Nahost auszubauen. Der Blick soll dennoch nicht auf den zahlenmäßigen Erfolg dieses Projektes geheftet bleiben. Vielmehr interessiert uns dabei die Vorgehensweise. So scheint es H. gelungen zu sein, über das bloße Zur-Verfügung-Stellen von Informationen und die Aufklärung der am Bau beteiligten Personen (ca. 2 000 Personen in Gruppen von 20-150 Teilnehmern je Gruppe) über technische Details einer

solchen Anlage hinaus, sein eigenes Interesse an der Idee mit einzubringen. Nur in der Anfangsphase der jeweiligen Projekte hat H. auch die Organisationsaufgaben für die Arbeitsgemeinschaften übernommen.

"(...) daß der Wegeberater gut beraten ist, wenn er nicht nur Berater-Seminare über alternative Wegesysteme abhält, sondern sich selbst für ganz bestimmte Wege und sie tragende Werte entscheidet." (ebd.: 23)

Während seiner weiteren Tätigkeit als Fachmann in Sachen Sonnenkollektoren war H. immer wieder im Kreis der Ratsuchenden anzutreffen. Sie hatten sich an ihn gewandt, um an seinen Erfahrungen bei der Beschaffung von günstigen Baumaterial und im Umgang mit Behörden teilzuhaben. Die beiderseits vorhandene Erwartungshaltung – von H., daß dieses Projekt erneut ein Erfolg werde, von den Ratsuchenden, daß ihre Energieprobleme gelöst würden – hat dazu beigetragen, bei den Agierenden die u.E. entscheidende Vertrauensbasis zu bilden, wenn 'Beratung' zum 'Raten' werden soll.

"Der wer nicht offen ist, wer nur registriert und professionell funktioniert, wird von derartigen persönlichen Anfragen nicht erreicht. Er steht nicht in einem Lebensraum, in dem er vertrauensvoll raten könnte." (ebd.: 78)

H. hat sein Expertenwissen nicht dazu benutzt, die konkreten Erfordernisse der 'lebensräumlichen Situation' zum Rohstoff einer abstrakt geratenen 'Entwicklungsgeschichte' zu verallgemeinern (vgl. ebd.: 104), d.h. die Leute von sich abhängig zu machen. Die weitere Kompetenz für die entstandenen Anlagen liegt in den Händen der BetreiberInnen. Als ErbauerInnen haben sie mit selbst angeeignetem Wissen die Fähigkeit, den Aufwand für Reparaturen und Veränderungen selbst einzuschätzen und diese auszuführen. Die Grundlage dazu ist auch die gebrauchswertorientierte Konzeption der Anlagen, deren Dimension und technischer Aufwand auf den Bedarf der NutzerInnen und ihren Fähigkeiten zugeschnitten ist. In diesem Sinne ist guter Rat – monetär – eben nicht teuer. Die Anlagen beschränken sich auf den Bedarf und die Interessen der Leute. Der Kapitaleinsatz wurde so gering wie möglich gehalten.

3.5 Guter Rat ist nicht teuer

Was soll das? Was hat das mit Regionalberatung zu tun? Außerdem: Das bekannte Sprichwort sagt genau das Gegenteil – Guter rat ist teuer. Stimmt! Nur mit diesem 'teuer' ist etwas anderes gemeint; es entspringt einem etwas aus der Mode gekommenen Denken in Gebrauchswerten, das hier zur Sprache gebracht werden wird. 'Theuer' bedeutet in diesem Denken und Sprechen soviel wie 'wertvoll', 'lieb'. In der Altväter- und -mütersprache hat diese Bedeutung noch allenfalls in Ausdrücken wie 'Theurer Freund' überlebt. Vielleicht ist es einigermaßen müßig, sich über den Verlust an Wortbedeutungen zu beklagen oder das Rad der Zeit zurückkurbeln zu wollen. Deshalb passen wir uns – notgedrungen – der modernen Eindeutigkeit des Wortes 'teuer' an, das praktisch nur noch einen im Verhältnis zum Gebrauchswert einer Ware oder zu anderen Waren der gleichen Gattung hohen Tauschwert oder Preis beschreibt.

Damit kommen wir zum Thema Beratung. Dieser Vorgang erscheint in Dienstleistungsberufen in Verbindung mit Entwicklung, im ökonomischen Bereich mit Investitionen: Eheberatung, Ernährungsberatung. Unternehmensberatung – auch Regio-

nalberatung. Wir wollen hier die Absichten und die Folgen der genannten Beratungstypen nicht alle in einen Topf werfen. Kennzeichnend für die Beratung ist jedenfalls, daß sie nicht kostenlos ist. Zwar zahlt nicht in jedem Fall der oder die Ratsuchende selbst, jedoch arbeiten die Beratungsinstitutionen und BeraterInnen professionell. Das erscheint auf den ersten Blick auch logisch, weil der offiziellen Befähigung zu einer Beratungstätigkeit in der Regel eine 'qualifizierte', das bedeutet heute in der Regel normierte Ausbildung, z.B. ein Hochschulstudium vorausgeht bzw. überhaupt rechtliche Voraussetzung ist. Begreifen wir ein Hochschulstudium nicht nur aus der Sicht der Studierenden, sondern auch aus dem Interesse des Staates als Investition in die Zukunft, sind damit Erwartungen in ein 'feed-back' verbunden.

PlanerInnen und BeraterInnen bereiten also in der Regel Investitionen vor, d.h. im volkswirtschaftlichen Sinne Wachstum und Entwicklung. Die PlanerInnen erwarten für ihre Arbeit ihren Anteil. Am deutlichsten wird der Beteiligungscharakter am Umsatz bei ArchitektInnen und PlanerInnen (HOAI). Auch in einigen Gesundheitsberufen (Ärzte, Hebammen) richtet sich das Honorar oft genug nach der angewendeten Technik. Tätigkeiten, die keinen Umsatz nach sich ziehen, werden am schlechtesten bezahlt. Eben solche Tätigkeiten sind es aber, die sich dem annähern, was ein guter Rat ist. Ein guter Rat ist in der Regel an Erfahrung und das damit verbundene Wissen geknüpft. Dieses Erfahrungswissen kann, muß aber nicht mit einer einschlägigen Berufsausbildung verbunden sein, sondern entsteht eher aus reflektiertem Alltag, aus dem eigenen und, wenn möglich, aus dem anderer Leute. Damit erhält das Alltags- bzw. Erfahrungswissen tendenziell einen Gebrauchswert für die Ratsuchenden. Wird dieser Gebrauchswert durch einen guten Rat an einen Ratsuchenden vermittelt, ist er um so höher einzuschätzen, je weniger er den Ratsuchenden kostet, je freier, unabhängiger, selbständiger, kompetenter und entscheidungsfähiger er ihn macht, statt in den Konsum von Dienstleistungen oder Fremdkapital in mehr Eigenständigkeit zu münden.

Ein guter Rat ist schon deshalb nicht mit hohen Kosten verbunden, weil der Ratende im Unterschied zu den Beratern kein unmittelbares materielles Interesse mit den Folgeinvestitionen seines Ratens verbindet. Ein Rat beschreibt die Entscheidungsmöglichkeiten und deren jeweilige Folgen, so daß eine bewußte, abgewogene Wahl des einzuschlagenden Weges vorgenommen werden kann. Außerdem ist ein guter Rat nicht als Garantie für die Richtigkeit und den Erfolg einer Entscheidung anzusehen. Er hält deshalb möglichst auch Rückzugsmöglichkeiten offen. So gesehen, ist guter Rat nicht teuer.

Als PlanerInnen haben wir zum Alltags- bzw. Erfahrungswissen anderer einen akademischen, synthetischen Zugang. So können wir z.B. über den Umweg der Vegetationskunde und Pflanzensoziologie Kenntnis vom Alltagsleben eines Ortes erlangen, da die Vegetationsausstattung die Arbeits- und Lebensbedingungen widerspiegelt. Aus dieser Interpretation der Indizien leiten wir unsere planerischen Vorschläge ab, die wir als Rahmen für Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten in bezug auf die lokale Ökonomie verstehen.

4. Entwicklung als neues Lebenselexier?

"(...) die herrschende Klasse (hat) 'Fortschritt' und 'Entwicklung' säuberlich getrennt (...). Für sie ist nur 'Entwicklung', d.h. wirtschaftliche Entwicklung, Wirtschaftswachstum interessant, weil sie nur damit Profit machen kann. Wir müssen uns aber ein für allemal klar darüber werden, daß das zwei verschiedene Möglichkeiten sind: Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Es ist zwar möglich, sich eine wirtschaftliche Entwicklung ohne Fortschritt vorzustellen: (...) Im Grunde kann man sich aber auch einen Fortschritt ohne wirtschaftliche Entwicklung vorstellen; das wäre z.B. der Fall, wenn in bestimmten ländlichen Gebieten nur mit einem Minimum (oder gar keiner) wirtschaftlicher Entwicklung neue kulturelle und gesellschaftliche Lebensformen praktiziert würden."
(Pasolini, P. P. 1975/84: 41)

Gerade dann, wenn Krisen überwunden werden sollen, scheint mit dem Ruf nach Entwicklung die Lösung auch schon parat. Es sind Vorkommnisse zu beheben, die den geordneten Verlauf einer Abfolge von gesellschaftlichen Vorgängen scheinbar unterbrechen. So wird eine Krise allgemein zum Anlaß genommen, die laut Definition der 'entwickelten Zentren', 'benachteiligten' Regionen an den Errungenschaften der industriellen Gesellschaft teilhaben zu lassen. Durch entsprechende Entwicklungsprogramme wird die möglichst rasche Überleitung in eine postindustrielle Gesellschaft gesucht.

Das Bild, das sich die Entwickler von den zu Entwickelnden gemacht haben, führt dazu, daß sich die Gewohnheiten, Hierarchien und Weltauffassungen, das sozial-kulturelle Gewebe einer Gesellschaft in den "mechanistischen Modellvorstellungen der Planer ins Nichts" (vgl. Sachs, W. 1989a: 3) auflösen. Gestand McNamara 1973 zwar das Scheitern der Trumanschen Entwicklungsstrategie ein, so erblickte er schnell 'eine neue Zielgruppe mitsamt ebensolcher Entwicklungsstrategien'. Anstatt grundsätzlich die Idee der Entwicklung aufzugeben, wird mit der 'ländlichen Entwicklung' der Zuständigkeitsbereich erweitert. Überlegungen auf rationaler Ebene, zur Überwindung von Krisen in 'benachteiligten Regionen', schaffen 'Innere Kolonien'.

"Sie hindert, die Menschen (...) in ihrem eigenen Recht wahrzunehmen, sie nicht nach dem Schema vorne/zurück zu klassifizieren, sondern sich durch ihre Andersartigkeit und den ihnen eigenen Witz erstaunen zu lassen." (Sachs, W. 1989b: 5)

Die Vorgehensweise der Entwicklungsstrategen verspricht allgemein die Tragfähigkeit ihrer Lösungsansätze für die Belange peripherer Regionen. Daß damit die Basis für eine nachhaltige Behebung der Turbulenzen geschaffen wurde, ist selbstverständlich.

"Strategien zur Überwindung dieser Krisen, die nicht die Voraussetzung für das Entstehen derselben bedenken, können keine Lösung bringen. Sie können bestenfalls in eine ungewisse Zeit hinein taktieren." (Groeneveld, S. 1984: 53)

Der Anstoß zur Bewältigung dieser Störungen und die Mittel dazu – meist Kapital – fließen oft aus entfernten und als weiterentwickelt angesehene Zentren, die sich selbst nicht als Auslöser sehen (vgl. Groeneveld, S. 1984: 10). Synonym zu genannten kapitalintensiven Entwicklungsstrategien, die lokale Ansprüche eher als 'Anpassungszwang' (vgl. Beuter, U. et al. 1972) berücksichtigen, führen Direktvermarktungs- und Fremdenverkehrskonzepte nicht zu Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen in städtischen Lebensräumen. Werden die Voraussetzungen für

solche Konzepte und deren Umsetzungskriterien betrachtet, liest sich dies wie eine 'Rote Liste aussterbender Berufe und ruderaler Lebensgewohnheiten'. Tradition fungiert als Überbegriff für erhaltenswerte, vorindustrielle 'Artenvielfalt'.

Viel nutzbringender ist Tradition allerdings als verfügbares Indizienwissen. Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, dieses Wissen in den heutigen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen zur Anwendung zu bringen. Tradition umschreibt eher die Chance, auf tradierte Vorgehensweisen zurückgreifen zu können, als den Wunsch, zu wirtschaften wie im Mittelalter. Solchen Entwicklungskonzepten ist sowohl der Zwang immanent, sich immerzu vorwärtsbewegen zu müssen, als auch eine Gesellschaftsform, die stets darauf bedacht ist, den Zugang zu Kenntnissen und Fähigkeiten des 20. Jahrhunderts Technokraten vorzubehalten (vgl. Illich, I. 1978/83: 133).

Die Sucht nach Wachstum, u.a. festgeschrieben im Stabilitätsgesetz von 1968, zerstört gleichzeitig die Chance, erworbenes Wissen in Form von gebrauchswertorientierter Technologie darzustellen, die in kleinen, für jeden handhabbaren Einheiten zur Verfügung steht, ohne daß aus diesem Wissen Herrschaftsansprüche abgeleitet werden könnten. Zur Aufrechterhaltung des Wachstums wird Wissen, im Gegensatz zu anwendungsbezogenem Indizienwissen, als absolut dargestellt. Losgelöst von seiner Entwicklungsgeschichte und ohne Kontext, versperren statistische Durchschnittswerte den Blick auf die Realität konkreter Lebensverhältnisse (vgl. ebd.). Die innovative Entfaltung 'integraler Potentiale' und 'vorherrschender Wirkkräfte' als regionstypische Merkmale trägt bei alleinig zur Zerstörung letzter lokaler Autonomie.

"(Die) 'Entwicklungs(hilfe)industrien', durchweg betrieben von staatlichen, kirchlichen oder auch privaten Agenturen (...) (führen) in sehr gravierende(r) Konsequenz (...) in (die) sukzessiv eintretende Zerstörung subsistenzorientierten Denkens (leicht verändert; d. Verf.)." (Groeneveld, S. 1984: 93)

Entwicklung durch Innovation führt dazu, daß die bestehenden Abhängigkeiten, soweit möglich, nicht gelöst, sondern durch illusionistische Versprechungen nur Erwartungen neu verschärft werden. Dies als Preis für Entwicklung hingenommen,

"(...) bedeutet es eine Preisgabe von historisch bewährten und (...) zukunftsweisen den Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Organisation." (ebd.: 94)

'Lebendige Tradition' – als vorhandenes Alltagswissen in der Praxis des Alltags sozial und ökonomisch existenzsichernd – gibt einen Maßstab ab, an dem die Ideologien des Fortschritts und der Modernisierung geprüft werden können (vgl. Imhof, A. E. 1984). Tradition nicht vergessen, heißt, sie in eine sinnvolle, daher bewußte Interaktion mit den Anforderungen einer ruralen Gesellschaft heute einzubeziehen. Sobald Tradition in einen Dialog mit den heutigen Gegebenheiten tritt, verwehrt sie sich einer romantizistischen 'Rettung', an deren Ende allenfalls eine Entwicklung stünde (vgl. Adorno, Th. W. 1967: 29 ff.), die auch den letzten Rest an Wissen über subsistenzorientierte Wirtschaftsweisen zerstören würde.

Die Ausweisung von Vorranggebieten, als Mittel und Methode zu einer funktionalistischen Beplanung Nordhessens, erwartet von den dort lebenden Menschen Anpassung an technisch-organisatorische Vorbedingungen (vgl. Beuter, U. et al. 1972: 12). Unterstützt von der Denkmalpflege, die von einem Erscheinungsbild ausgeht,

dessen Ursache historischen und naturbürtigen Bedingungen unterworfen ist, wird die Nutzung moderner Technologien (z.B. Sonnenkollektoren) an dem verbleibenden Marktwert der Historie, als materielle Voraussetzung für die 'Entwicklungsfähigkeit der Region' untergeordnet.

"Im Prozesse des Wechselspiels mit dem gesellschaftlich arbeitenden Menschen ändert sich die Natur selbst." (Wittfogel, K. A. 1932: 482)

Die Realität des Wechselspiels mit dem gesellschaftlich arbeitenden Menschen bleibt unberücksichtigt. Sie finden allenfalls Beachtung, wenn die Akzeptanz von Planungen bei den Bewohnern kalkuliert werden soll, um die Vorhaben dann unge­stört umsetzen zu können.

"Die Welt der technologischen Reife läßt eine Vielzahl von politischen Alternativen und Kulturen zu. Diese Vielfalt schwindet selbstverständlich, sobald die Gesellschaft der Industrie ein Wachstum auf Kosten der autonomen Produktion von Nutzwerten gestattet." (Illich, I. 1978/83: 110)

Resümee

Die Hilflosigkeit der bislang praktizierten Modelle zur Förderung 'intraregionaler Produktivkräfte' hat die etablierten Organisationen und Vereine noch nicht zum Umdenken animiert. "Hilflose Entwicklungshelfer, denen nicht zu dämmern beginnt, daß sie vielleicht gar in die falsche Richtung laufen" (Sachs, W. 1989a: 1), halten bewegungslos mit ihrem überkommenen Konzept an den Inhalten zur Hilfestellung für 'benachteiligte Regionen' fest. Verwickelt in ihr eigenes Denken, merken sie nicht, daß es notwendig ist, 'benachteiligte Regionen' zu entwickeln. Ökonomisch und ideologisch verstrickt in die Interessen derer, die immerfort nach neuen Absatzmärkten für ihre marktorientierten Produkte suchen müssen, fehlt ihnen von Anfang an die Kompetenz, mit bedarfsorientierter Anleitung Krisen und notwendige Veränderungen auf der Basis lokaler Lebensverhältnisse zu bewerkstelligen. Die zu Entwickelnden sind eigentlich die 'Entwickler', um sie vom Zwang nach immer mehr Entwicklung zu erlösen. Benachteiligte Regionen werden erst durch die Funktionalisierung zu Vorranggebieten für Kompensationsanforderungen, ausgelöst durch städtische Lebensbedingungen, in ökonomische Abhängigkeit gebracht und ihrer lokalen Produktionsgrundlagen enteignet.

Sobald wir die lokalen Lebensbedingungen als vorhandene Basis anerkennen, in der Wissen zur Bewältigung des dort herrschenden Alltags akkumuliert ist, wird den Technokraten der Wissensburgen der Städte der Zutritt verwehrt. Die lokalen Verhältnisse halten für den Ratenden ausreichend Arbeitsmaterial bereit, mit dem Strategien erarbeitet werden und sich die BewohnerInnen vor Ort aus bestehenden ideologischen und ökonomischen Abhängigkeiten lösen können. Subsistenzorientiertes Denken bedeutet weniger die romantische Abkoppelung vom bestehenden Wirtschaftssystem, in dem man altertümlich verklärt vor sich hinwirtschaftet, sondern besteht darauf, lokale Autonomien zu erhalten. Die Kompetenzen über die Verfügung und Verteilung der materiellen Ausstattung der Region müssen lokal verankert bleiben. Die Formulierung externer Ansprüche an lokale Bedingungen ist immer am Nutzen für die Menschen vor Ort zu messen. Selbstbestimmtes Handeln und Entscheiden hat zum Ziel, den sozialen und ökonomischen Alltag lokal zu sichern. 'Le-

bendige Tradition' und gebrauchtorientierte Technologien, die allein den lokalen Bedarf berücksichtigen, sollen helfen, eine 'lebensgerechte Gesellschaft' möglich zu machen, "in der der Mensch das Werkzeug (hier: Entwicklung, Anm. d. Verf.) durch politische Prozesse kontrolliert." (Groeneveld, S. 1984: 52)

5.0 Gegen-Kultur – Die Kulturarbeit des VER

Im Modellvorhaben des VER an den Kreis, wie in Debatten, wurden wir immer wieder mit 'Kulturarbeit', als eine tragende Säule der eigenständigen Regionalentwicklung, konfrontiert. Kulturarbeit erscheint darin nur als notwendige Ergänzung zu projektbezogenen Vorhaben, um das Angebot 'komplett' zu machen. Sie soll mit dazu beitragen, die über die Konzeption des Angebotes festgeschriebenen Entwicklungsabsichten im Bereich Fremdenverkehr und Direktvermarktung, mit einem regionstypischen Anstrich zu begleiten. Dies soll die erfolgreiche Umsetzung der Entwicklungsziele auf regionaler Ebene gewährleisten.

Der Kulturarbeit wird dergestalt eine tragende Rolle zugewiesen, daß sie Hilfestellung zu leisten hat. Mit ihr lassen sich regionstypisch verpackt 'bestimmte Zielgruppen ansprechen'. Der VER macht keine offenen Aussagen über die zu vermittelnden Inhalte. Mit der Einstellung, Kulturarbeit 'nicht im engeren Sinne projektspezifisch' in das Modellvorhaben aufzunehmen, macht der Verein andererseits offensichtlich, daß er für sich die Trennung der Kultur von den Arbeit im Alltag akzeptiert hat. Um Projekte realisieren zu können, muß etwas getan werden. Das ist ganz konkret mit Arbeit verbunden. Damit sich der Verein seinen Auftraggebern, dem Kreis, gegenüber als leistungsfähiges Unternehmen ('halbstaatliche' Institution) darstellen kann, dem es gelingt, für die Region und sein Bewohner Existenzgrundlagen zu schaffen, ist er auf vorzeigbare, als produktiv anerkannte Arbeitsziele angewiesen, die in den Vordergrund des Angebotes rücken.

Kultur, als etwas, das mit der Bewältigung des Alltags entsteht und so ganz direkt mit der täglichen Arbeit verbunden ist, kann nicht als kontrollierbare Größe quantifiziert werden. Angewiesen auf verwertbare Leistungen, verlegt sich der Verein auf professionalistische Kulturarbeit (Tagungen, Seminare) als modernes Dienstleistungsangebot. Nur konsequent taucht Kultur im Angebot getrennt von den marktwertschaffenden Projekten und somit getrennt von der alltäglichen Arbeit am Schluß des Angebotes auf. Auch hier nur nettes Beiwerk, das vermarktet werden kann und dem man obendrein noch geburts helfende Fähigkeiten zuerkennt, um Entwicklungsabsichten durchzusetzen.

"(...), müssen über den gesamten Zeitraum vielfältige Aktivitäten im Bildungs- und Kulturbereich angeregt und begleitend durchgeführt werden, um die Menschen vor Ort zur selbstbewußten Mitarbeit an dem Vorhaben zu motivieren und vorhandene Potentiale und Fähigkeiten zu nutzen (...)." (VER 1989: 4)

Über den Begriff 'Kultur' vereinnahmt der VER die Alltagsarbeit, als zwangsläufig entstandenes Potential, für seine eigenen Ziele und stellt dieses Potential den Bewohnern der Region dann als 'Kulturarbeit' zur Verfügung. Um sich als professionelles Unternehmen profilieren zu können, das 'sinnvoll zur Realisierung des Gesamtvorhabens' beiträgt, wird die Alltagsarbeit der Bewohner vor Ort unausgesprochen als minderwertig abqualifiziert. In keiner der Formulierungen des Modellvorhabens

taucht der Zusammenhang Alltagsarbeit, als kulturprägendes Element, im Kontext mit naturbürtigen Voraussetzungen auf. Aber nur so ist es möglich – nachdem die Trennung von Arbeit und Freizeit akzeptiert wurde – , eine Kulturarbeit zu installieren, die sich im Auftreten und der Darstellungsform an dem der, als weiterentwickelt geltenden, Städte orientiert. Diese stellt ebenso die Dienstleistungsgesellschaft dar, wie die Annahme, man befinde sich in einer Welt des Überflusses und strebe daher ein Leben ohne Arbeit an. Die Ignoranz gegenüber der Alltagsarbeit mündet letztlich in Äußerungen wie:

"Sie (die Zentralisten, Anm. d. Verf.) müßten hier etwas 'losmachen', da in derselben (gemeint ist die Provinz; Anm. d. Verf.) nichts passiere." (Kinstle, Th. 1981: 38)

Dies wird so als Tatsache angesehen. Rechtfertigung genug, Kulturarbeit in dargestellter Art und Weise zu praktizieren. "Eine ideologische Verdrehung von Ursachen und Folgen." (Lecke, D. 1983: 38) So haben auch heute noch Bestrebungen, die darauf ausgerichtet waren, eine "politische Einheit (die Weimarer Republik; Anm. d. Verf.) herzustellen" (Bausinger, H. 1980: 20) ihre Gültigkeit.

Der Lebensort

Als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen der Post (Verkraftung) ist um 1929 eine positive Entwicklung zustande gekommen, die fast jedem Dorf eine Poststelle beschert hatte. Kam der Postbote zuvor mit dem Fahrrad aus dem Nachbarort, wurde die Poststelle nun durch Kraftfahrzeuge 'beliefert'. Der Postbote hatte direkten Kontakt zu seinen Kunden. Die Öffnungszeiten wurden flexibel gehandhabt. Im Zuge der kommunalen Gebietsreform, Anfang der 70er Jahre, und erneuten Rationalisierungsmaßnahmen, sind bundesweit mehr als '3 000 Poststellen auf dem Land' verschwunden. Einrichtungen und Strukturen, die den Bewohnern auf dem Land sicher die Bewältigung des Alltags erleichtert hatten. Nicht zuletzt haben sie auch einen Beitrag dazu geleistet, dem Ort ein für den dort lebenden Menschen unverwechselbares Aussehen zu geben.

"Jegliches Leben vollzieht sich in einem Beziehungsgefüge des Lebenden mit seiner Umwelt." (Groeneveld, S. 1984: 47)

Das Postamt im Nachbarort ist eben in Strukturen eingebunden, die man vielleicht auch kennt, dennoch sind sie nicht identisch mit der eigenen Lebenswelt. Eben diese Ortsbezogenheit entsteht für die Menschen aus lokalen Zusammenhängen, sozialen Kontakten und ökonomischen Verbindlichkeiten, die gespickt sind mit Anhaltspunkten. Neben der Poststelle und Einzelhandelsgeschäften können das Kenntnisse sein über das soziale Gefüge des Ortes oder das Wissen um historische Bauten in der Nähe. All dies Wissen, erworben in einem fortlaufenden Prozeß, der auch die gelehrten Erfahrungen vergangener Generationen zu vermitteln imstande ist, bildet eine Selbstsicherheit, die es den Menschen ermöglicht, sich mit ihrem Alltag auseinanderzusetzen und ihn zu bewältigen.

Das Wissen um Traditionen und deren heutige Verfügbarkeit sollte uns Anlaß genug sein, die vorhandenen Lebensspielräume und Handlungsfreiheiten, die sich bieten, ernst zu nehmen, entstanden nicht zuletzt aus einer offensiv gehandhabten Selbstbegrenzung, die keineswegs einschränkend ist. Zur Stärkung der Selbstsicherheit

müßten verlorengegangene Selbstverständlichkeiten zurückgebracht werden, die zur selbstbewußten Aneignung dieser Spielräume und für den Umgang mit tragfähigen Bewältigungsstrategien für die Leute dort unabdingbar sind (vgl. Berger, J. 1984: 290). Dabei erworbenes 'Erfahrungswissen' ist eine Verfahrensweise, die historisch Tragfähigkeit bewiesen hat. Aus 'einsichtiger Praxis' heraus den konkreten Alltag meistern lernen. Die Wahrnehmung der für die lokale Entwicklung wichtigen politischen sowie ökonomischen Veränderungen spiegelt sich nicht in Veranstaltungen und Programmen wider. In der 'unbedachten' Reaktion darauf kommen die 'wirklichen Verhältnisse' auf dem Land zum Ausdruck.

Spurensicherung

Vorhandene Indizien als Hinweis auf verfügbare Überlebensstrategien zu behandeln, woraus heute tragfähige Arbeitsweisen entstehen können, bestehen darauf, den Alltag selbstbestimmt, entsprechend den lokalen Anforderungen und Bedarfen bewältigen zu dürfen. Dies stellt die Grundlage dar, die Tätigkeiten auch wieder tätig werden zu lassen. Damit können auf lokaler Ebene für die Bewohner Handlungsspielräume entstehen, die politische Entscheidungen vorbereiten helfen. Würden diese Indizien benutzt für die 'Bestimmung des Entwicklungspotentials der Region', leisteten sie einer fortschreitenden Kontrolle lokaler Lebensäußerungen durch regionale Anforderungen auf subtile Weise Vorschub. Das 'Erleben' des Alltags verkommt dann zum Ziel irgendwelcher Tricks der Kulturindustrie. Ein markanter Punkt in der Landschaft kann ein touristisches Ziel sein, er bedeutet doch für die Bewohner vor Ort auch, daß sie zuhause angekommen sind (vgl. Kinstle, Th. 1981: 42).

Um die Gesamtheit der gemachten Lebensäußerungen in einem bestimmten Gebiet und in einem bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhang umfassend erkennen zu können, bedarf es der richtigen Fragen. Der Alltag hinterläßt Spuren in der Landschaft, entstanden durch die Arbeit in derselben. Die naturbürtigen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen nicht zuletzt die Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen dort.

Eine akzeptable Alternative, kein vorgegebenes Rezept, stellt für uns die 'Spurensicherung' dar, wie sie D. Lecke (1983) beschreibt. Sie beruht darauf, Lebenszusammenhänge nachzufragen. Welche Möglichkeiten haben die Menschen in dem Ort, ihren Alltag geschickt zu bewältigen? Kenntnisse, Fähigkeiten unterschiedlichster Art sind unseres Erachtens eine tragfähige Basis, sich vorhandene Alternativen anzueignen, bei der auch verlorengegangene Selbstverständlichkeiten Beachtung finden können, um Existenzen sichern zu helfen. Sie können Hinweis sein, wie sich die eigenen Bedarfe sichern lassen und Ressourcen besetzt werden können, die zur Produktion von Gebrauchswerten nutzbar sind, um einen 'materiell gesicherten und sozial gelingenden Alltag' herzustellen.

"Spurensicherung will Inhalt und Gewicht alltäglicher Erfahrung und Beobachtung (die Alltagspraxis; Anm. d. Verf.) wieder aus der Denunziation und Sprachlosigkeit herausmanövrieren." (ebd.: 11)

Exkurs: Fortschrittskultur und Überlebenskultur

Welche Bedeutung kann die Geschichte – besser: Welche Bedeutung können Geschichten – z.B. von Direktvermarktung – für unsere Arbeit haben? Welche Hinweise können sie für Entscheidungen geben, die die Gegenwart und die nähere Zukunft betreffen? Eine Fortschrittskultur wie die unsere wird eine schnelle Antwort geben: Was wollt ihr denn? Seid doch froh, daß der alte Klumpatsch weg ist. Lohnt sich doch eh nicht mehr. Wir wollen heute auch im Winter Tomaten und Erdbeeren essen! Auch viele Bauern, vor allem diejenigen, die von Strukturwandel und Industrialisierung immer noch glauben profitieren zu können, haben diese Denkweise übernommen. Sie wollen – was wir nur zu gut verstehen können, weil's uns nicht anders geht – an den Errungenschaften der Moderne teilhaben. Nach den Zerstörungen, die diese Industriekultur angerichtet hat und auf absehbare Zeit nicht einzustellen gedenkt, wird nicht gefragt. Allenfalls wird einmal eine ökologische Krokodilsträne investiert, die aber schnell mit dem Hinweis auf die bedrohten Arbeitsplätze bzw. auf die Unmöglichkeit des Ausstiegs durch die angehäuften Verschuldung des Hofes weggewischt wird.

Das bürgerliche Verständnis von Geschichte ist ein lineares, die Bewegungsrichtung lautet 'Fortschritt', 'Entwicklung'. Diese Begriffe beziehen sich ausschließlich auf die Produktivkräfte, insbesondere das Kapital. Erst Wachstum oder die Reproduktion des Kapitals (vgl. Mandel, E. 1972) schafft Bewegung. Menschliche Arbeitskraft dient hier nur als Mittel zum Zweck. Die Gegenwart, also das Lebendige existiert nicht aus einem reichen Schatz der Vergangenheit heraus, sondern in Erwartung auf eine bessere (reichere) Zukunft (vgl. Berger, J. 1984: 292)

"Einer **Überlebenskultur** (Hervorhebung d. Verf.) stellt sich die Zukunft als eine Folge wiederholter Überlebenskräfte dar. Jeder Akt stößt einen Faden durch ein Nadelöhr, und der Faden ist die Tradition. Ein Anwachsen im Ganzen gehört nicht zu dieser Vorstellung." (ebd.: 280)

Gegenstand dieser Überlebenskultur ist nicht nur das Individuum oder die Familie, sondern die folgenden Generationen bzw. die materielle Grundlage dazu, der Hof.

"Ein sehr häufig von den Frauen gebrauchtes Argument bezog sich auf die Tatsache, daß der Hof von den Vorfahren übernommen und nun eben 'da' sei und als eine ernstzunehmende Pflicht und Aufgabe zu Ehren der Vorfahren und im Dienst für die Nachkommen angesehen werden müsse.

Im Hof sind die Plackereien und die Entbehrungen der Vorfahren ebenso aufgehoben wie ihre besondere Lebensart, ihre Ideen und ihre Tatkraft. Aus den Problemen, die eine Generation in ihrem Sinne gelöst hat, sind Folgeaufgaben für die Nachkommen entstanden. Erfüllt man sie nicht, dann verlieren auch die Vorleistungen der Ahnen ihren spezifischen Sinn." (Inhetveen, H.; Blasche, M. 1983: 37)

Damit wollen wir ein von der bürgerlichen Sichtweise abweichendes Geschichtsverständnis andeuten. In diesem Denken spielen Tradition und Vergangenheit die Rolle eines zuerst verneinten, dem Fortschritt geopfert, schließlich zum Ausgleich dessen glorifizierten, mystifizierten Objekts. Zerstörung und Verklärung bilden hier die zwei Seiten einer Münze. So wird die Tradition für Machtzwecke mißbraucht und dient gleichzeitig als Surrogat fürs zerstörte Paradies. Hier wurzelt z.B. auch der sehnsüchtige Zugriff der Stadt (als Symbol für Fortschritt und Erholung) aufs Land,

sei es in Form von Naturschutz oder Fremdenverkehr.

"Bäuerlicher Konservatismus im Zusammenhang mit bäuerlicher Erfahrung hat (dagegen) nichts gemein mit dem Konservatismus einer privilegierten Herrscherklasse oder dem Konservatismus eines sykophantischen Kleinbürgertums. Der erste stellt einen wengleich vergeblichen Versuch dar, die eigenen Privilegien zu verabsolutieren; der zweite schlägt sich auf die Seite der Mächtigen, um sich dafür ein wenig Macht über andere Klassen delegieren zu lassen. Bäuerlicher Konservatismus geht kaum auf die Verteidigung irgendwelcher Privilegien aus." (Berger, J. 1984: 285 f.)

Der Rückgriff von Bauern auf Tradiertes hat nichts romantisch Verklärtes, sondern ist Ausdruck der Fähigkeit, aus dem Vergangenen zu schöpfen und es unter veränderten Bedingungen neu zu interpretieren. In dieser Weise endet es nicht vor der Gegenwart, sondern reicht in sie hinein, bleibt lebendig und damit auch veränderbar:

"Es ist ein Konservatismus nicht der Macht, sondern der Sinnggebung. Er stellt eine Vorkammer der Sinnggebung dar, welche von gelebtem Leben und von Generationen bewahrt wurde, die von beständiger und unerbittlicher Veränderung bedroht waren." (ebd.: 286)

Dieser etwas längere Exkurs soll uns davor warnen, aus unserem Geschichtsverständnis heraus in die Klamottenkiste der 'Tradition' zu greifen und den Bauern ein Leben vorzuschreiben, – als 'Marktfrau' oder als Vermieter von Fremdenzimmern – (das wir selbst nicht zu leben bereit sind) sozusagen als personifiziertes gutes Gewissen über die eigene Entfremdung. Außerdem dürfen wir die Fähigkeit der Bauern nicht unterschätzen, mit neuen Anforderungen umzugehen:

"Der Erfindungsreichtum des Bauern läßt ihn offen sein gegenüber Veränderungen, seine Phantasie aber verlangt nach Beständigkeit. Städtische Aufrufe zur Veränderung gehen gewöhnlich von der entgegengesetzten Grundlage aus, den Erfindungsgeist außer acht lassend, der infolge der extremen Arbeitsteilung eher verschwindet, versprechen sie der Phantasie neues Leben." (ebd.: 285)

Literatur: (der vollständigen Diplomarbeit)

Adorno, Th. W. (1967): Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt/Main. Suhrkamp.

ders. (1971): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt/Main. Suhrkamp.

Arbeitskreis Junger Landwirte (Hrsg.) (1983): Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich. Rotenburg: Selbstverlag.

Armanski, G. (1980): Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus – Ursachen, Formen Folgen. Berlin: Rotbuch (1978).

Armbröster, G. u. Lustig, U. (1982): Das 'Neue Bauen' der Zwanziger Jahre und die Entwicklung der funktionalen Küche. Arbeitsbericht Nr. 5 des Fachbereichs Architektur der Gesamthochschule (Gh) Kassel.

Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID) e.V. (1983): Direktabsatz. Möglichkeiten und Formen für den landwirtschaftlichen Betrieb, Heft Nr. 121, Bonn: Selbstverlag.

Balint, M. (1984): Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart: Klett-Cotta.

Bartholmai, G. et al. (o. J.): Was ist die Landschaft? Am Beispiel Riede + Meissner, Arbeitsbericht Nr. 14 des Fachbereiches Stadtplanung, Landschaftsplanung (FB 13) der Gh Kassel.

Bartnick, M. u. Steinhäuser, U. (1987): Zur Theorie der eigenständigen Regionalentwicklung und der Praxis des ländlichen Regionalprogrammes in Hessen. Diplomarbeit am FB 13 der Gh Kassel.

Baumgärtner, H. et al. (1981): Urlaub auf dem Dorf? Studienarbeit am FB 13 der Gh Kassel.

Bausinger, H. (1980): Heimat und Identität. In: Moosmann, E. (Hrsg.): Heimat: Sehnsucht nach Identität, S. 13–29. Berlin: Ästhetik und Kommunikation.

- Belke, R. (1982):** Urlaub auf dem Bauernhof. Diplomarbeit am FB 13 der Gh Kassel.
- Berger, J. (1984):** SauErde. Geschichten vom Lande. Frankfurt a. M., Berlin, Wien: Ullstein.
- Beuter, U. et al. (1972):** Modell zur Naturparkplanung. Theoretische Grundlegung und beispielhafte Darstellung am Oberbergischen Kreis. Gladbeck.
- Bloch, E. (1985):** Das Prinzip Hoffnung. Werkausgabe Bd. 5, Frankfurt/Main. Suhrkamp (1959).
- Böse, H. (1981):** Die Aneignung von städtischen Freiräumen. Beiträge zur Theorie und sozialen Praxis des Freiraumes, Arbeitsbericht Nr. 22 des FB 13 der Gh Kassel.
- Brandt, H., u. Höger, U. (1984):** Bericht über das ländliche Regionalprogramm – Gutachten im Auftrag der Gh Kassel.
- Bratl, H. u. Scheer, G. (o. J.):** Österreichs Peripherie. In: ÖAR (Hrsg.): Peripherie im Aufbruch. Eigenständige Regionalentwicklung in Europa: 115–124, Wien.
- Brookhuis, N. et al. (1988a):** Die Grünplanung im Gefolge der Stadtplanung und ihre Verhinderung von Freiräumen. Projektarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg., 1992): Notizbuch 24 der Kasseler Schule: 3–110. Kassel.
- Brookhuis, N. et al. (1988b):** Ein Stück Landschaft sehen und verstehen – Fresendelf an der Tree-ne, Studienarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel.
- Busch, D. et al. (1988):** Landschaftsplanung versus Landschaftspflege. In: Brookhuis: Die Grünplanung im Gefolge der Stadtplanung und ihre Verhinderung von Freiräumen, Kap. II. Projektarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel.
- Dahl, J. (1977):** Die Parameter des Rührreis. In: Tintenfisch 12: 94–99; Berlin, Wagenbach
- Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik (Hrsg.) (1973):** Landesentwicklungsplan. Fachplan Fremdenverkehr, Wiesbaden.
- ders. (1986):** Nordhessen. Strukturpolitischer Bericht der Hessischen Landesregierung. Beiträge zur Wirtschaftspolitik in Hessen, Heft 11, Wiesbaden.
- Der Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises (Hrsg.) (o. J.):** Förderfibel Schwalm-Eder-Kreis. Bd. 1, Homberg (Efze).
- ders. (o.J.):** Fremdenverkehrsentwicklungsplan Schwalm-Eder-Kreis, o. O.
- ders. (1976):** Bericht über die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Schwalm-Eder-Kreis, o. O.
- Eicke, W. u. Irle, K. (1980):** Die Auswirkungen der Gebietsreform auf die Versorgung der Bevölkerung. Arbeitsbericht Nr. 18 des FB 13 der Gh Kassel.
- Enzensberger, H. M. (1973):** Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie, Frankfurt/Main. Suhrkamp (1962).
- ders. et al. (1975):** Kursbuch 39, Berlin: Rotbuch.
- Fahrmeier, P. et al. (1989):** Beispielhafte Aspekte der Landschaftsplanung einer Flächengemeinde. Diplomarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel.
- Gödde, H., Voegelin, D. (Hrsg.) (1988):** Für eine bäuerliche Landwirtschaft. Materialien zur Tagung in Bielefeld-Bethel vom 27.–30.1.1988, Schriftenreihe Bd. 14 des FB 13 der Gh Kassel.
- Groeneveld, S. (1984):** Agrarberatung und Agrarkultur. Texte, Kassel: Gesamthochschulbibliothek.
- ders. (1987):** Brotkünste. Kassel: Gesamthochschulbibliothek.
- ders. (1988):** Sanftheit – Entsorgung – Stillelegung. Drei 'moderne' Ansätze zur Grün-Zerstörung. In: ders. (Hrsg.): 37–49.
- ders. (Hrsg.) (1988):** Grün kaputt – warum? Eine Textsammlung, Kassel: Gesamthochschulbibliothek.
- Hahne, U. (1985):** Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. München: Florentz.
- Hammerschmidt, P. et al. (1987):** 'Sanfter Tourismus'. Ein Beitrag zu einer eigenständigen Regionalentwicklung, Projektarbeit am FB 13 der Gh Kassel.
- HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH (1986):** Fremdenverkehrsreport Hessen '86, Teil 1 und Teil 2, Wiesbaden.
- Haug, W. F. (1971):** Kritik der Warenästhetik. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Herrenknecht, A. (1988):** Das Dilemma eine Eigenständige Regionalentwicklung von außen und oben entwickeln zu wollen, oder: Das politische Scheitern des ÖAR-Regionalentwicklung. Boxberg: unveröff. Mskr.
- Hülbusch, I. M. (1978):** Innenhaus und Außenhaus. Umbauter und sozialer Raum. Schriftenreihe 01, Heft 033 der OE Architektur – Stadtplanung – Landschaftsplanung der Gh Kassel.

- Hülbusch, I. M. u. D. Lecke (1989):** 'Bürger beteiligen' oder 'Pläne schmieden'? Geschäftsstelle der Arbeitskreise zur Landentwicklung in Hessen der ASG (Hrsg.), Wiesbaden.
- Hülbusch, K. H. (1967):** Der Landschaftsschaden. Diplomarbeit an der TU Hannover.
- ders. (1983):** Landschaftsökologie der Stadt. In: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege 33: 33–61, Bonn.
- Illich, I. (1980):** Selbstbegrenzung. 'Tools for Conviviality'. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (1975).
- ders. (1983):** Fortschrittsmythen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (1978).
- ders. et al. (1983):** Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (1979).
- ders. (1982):** Vom Recht auf Gemeinheit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- ders. (1988):** Erziehung zur Unterentwicklung. In: Groeneveld, S. (Hrsg.): 23–35.
- Imhof, A. E. (1985):** Die verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren – und weshalb wir uns heute so schwer damit tun. München: Beck.
- Inheteven, H., Blasche, M. (1983):** Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kapfelsberger, P. et al. (1988):** Iß und stirb. Köln: dtv.
- Kinstle, T. u. Lecke, D. (1981):** Kulturarbeit in der Provinz? In: Herrenknecht, A. (Hrsg.): Jahrbuch Provinzarbeit 1, S. 35–45, München: AG SPAK Publikationen.
- Koch, H. (1979):** Remsfeld – Lebensverhältnisse in einem Dorf Nordhessens. In: Poppinga, O. (Hrsg.): Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Lande, S. 215–235, Opladen: Leviathan-Sonderheft 2.
- Kolbeck, Th. (1986):** Landfrauen und Direktvermarktung. Spurensicherung von Frauenarbeit und Frauenalltag, Arbeitsbericht Nr. 65 am FB 13 der Gh Kassel.
- Kreutzer, K. (1988):** Die Vermarktung selbst in die Hand nehmen! Ein Handbuch für Bio-Bauern, Verbraucher und Ladner. Lauterbach: Selbstverlag.
- ders. (1983):** Rechtsfragen und Praxis der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Diplomarbeit am FB 13 der Gh Kassel.
- Krippendorf, J. (1986):** Die Ferienmenschen. München: dtv.
- ders. (1981):** Die Landschaftsfresser. Bern: Verlag Forschungsinstitut für Fremdenverkehr der Universität Bern.
- Langerbein, R. (1988):** Naturkost im Supermarkt – eine Möglichkeit zur Ausweitung des Marktes für Bioprodukte? Arbeitsberichte zur Angewandten Agrarökonomie, Nr. 5, Fachbereich Landwirtschaft. Witzhausen: Gh Kassel.
- Lecke, D. (Hrsg. 1983):** Lebensorte als Lernorte: Handbuch Spurensicherung. Skizzen zum Leben, Arbeiten und Lernen in der Provinz. Reinheim: Verlag Jugend und Politik.
- Loos, A. (1987):** Ins Leere gesprochen. Wien: Georg Prachner Verlag (1921).
- Maeder, U. (1985):** Sanfter Tourismus: Alibi oder Chance? Die Schweiz – ein Vorbild für Entwicklungsländer? Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Zürich: rpv.
- Mandel, E. (1972):** Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Mies, M. (1987):** Subsistenzproduktion, Hausfrausierung, Kolonisierung. In: Ev. Akademie Bad Boll (Hrsg.): Tagungsreader 'Subsistenzperspektive': 8–17, Bad Boll.
- Migge, L. (1913):** Die Gartenkultur des 20. Jahrhunderts. Jena: Verlag Eugen Diederichs.
- ders. (1919):** Jedermann Selbstversorger! Jena.
- Mitscherlich, A. (1965):** Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Most, D. et al. (1980):** Fremdenverkehr als Einflußfaktor auf die Entwicklung des ländlichen Raums. Eine Annäherung. Studienarbeit am FB 13 der Gh Kassel.
- Nagel, B. u. Riess, B. (1987):** Struktur und Entwicklungspotentiale in der Region Nordhessen. Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften der Gh Kassel.
- Neusüß, C. (1983):** Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: Was meine Mutter zu Marx sagt. In: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e. V. (Hrsg.): Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, S. 181–206, 6. Jg., Heft 9/10. Köln.

- Nohl, W. (1977):** Messung und Bewertung der Erlebniswirksamkeit von Landschaften. Schriftenreihe des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft, Heft 218. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) (o.J.):** Peripherie im Aufbruch. Eigenständige Regionalentwicklung in Europa. Wien: ÖAR.
- Österreichisches Bundeskanzleramt, Sektion IV/Abt. 6 (Raumplanung) (Hrsg.) (1981):** "Raumplanung für Österreich", Nr. 1/1981: Eigenständige Regionalentwicklung. Ein Weg für benachteiligte Gebiete in Österreich. Wien.
- Pasolini, P. P. (1984):** Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft, Berlin: Wagenbach (1975).
- Pirsig, R. M. (1978):** Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Ein Versuch über Werte. Frankfurt/Main. Fischer Taschenbuch Verlag.
- Pottebaum, P. (1988):** Handbuch Direktvermarktung. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- Reppel + Partner (o. J.):** Fremdenverkehrsentwicklungsplan Schwalm-Eder, Teil II: Maßnahmen, Gliederungsentwurf zum Maßnahmenenteil, o. O.
- Regionale Planungsgemeinschaft Nordhessen (RPN) (1979):** Regionaler Raumordnungsplan (RROP) für die Region Nordhessen, Wiesbaden.
- Ring, W., Umbach, D. (1989):** Von der Marktfrau zu McDonald's – und zurück? Studienarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel.
- Sachs, W. (1989a):** Zur Archäologie der Entwicklungsidee. In: epd-EP: Aktuelle Beiträge, 1/1989a.
- ders. (1989b):** Arm statt anders, Zur Archäologie der Entwicklungsidee (II). In: epd-EP: Aktuelle Beiträge, 3/1989 b.
- Sarkar, S. (1987):** Die Bewegung und ihre Strategien. 1. Ein Beitrag zum notwendigen Klärungsprozeß. In: Ev. Akademie Bad Boll (Hrsg.): Tagungsreader 'Subsistenzperspektive', Bad Boll.
- Sauerwein, B. (1989):** Die Vegetation der Stadt. Notizbuch 11 der Kasseler Schule. Kassel: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.).
- Schulz, A. (1989):** Ist eine Erfahrungswissenschaft 'handwerklich standardisierbar'? Diplomarbeit im Studiengang Landschaftsplanung an der Gh Kassel.
- Staab, M. (o. J.):** Erfahrungen mit der Direktvermarktung bäuerlicher Produkte auf dem Korbacher Wochenmarkt; o. O.: unveröff. Mskr.
- Stolzenburg, J. (1984):** Zur Theorie ökologischer Wirkungsanalysen. Arbeitsbericht Nr. 47 des FB 13 der Gh Kassel.
- ders. (1988):** Landschaftsbildanalyse. In: AG Freiraum und Vegetation (Hrsg.): Notizbuch 6 der Kasseler Schule: 63–108. Kassel.
- Turner, J. F. C. (1978):** Verelendung durch Architektur. 'Housing by People'. Plädoyer für eine politische Gegenarchitektur in der Dritten Welt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen (VER) (1988):** Dienstleistungsangebot des Vereins zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e. V. (VER) für den Schwalm-Eder-Kreis, Melsungen: unveröff. Mskr.
- ders. (Hrsg.) (1986):** Neue Wege braucht das Land. Melsungen.
- ders. (Hrsg.) (1987):** Neue Wege braucht das Land. Melsungen; 2. Auflage.
- ders. (1989):** Modellvorhaben, 'Regionalberatung' des VER im Rahmen des Fremdenverkehrsentwicklungsplanes des Schwalm-Eder-Kreises. Melsungen: unveröff. Mskr.
- Werlhof, C. v. et al. (1983/88):** Frauen, die letzte Kolonie. Frauen Aktuell. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Wittfogel, K. A. (1932):** Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte – Geopolitik, geographischer Materialismus und Marxismus. Zwei Aufsätze, o. O.
- Wöbse, H. H. (1984):** Erlebniswirksamkeit der Landschaft und Flurbereinigung – Untersuchungen zur Landschaftsästhetik. In: Landschaft und Stadt 16 (1), Stuttgart.

Supervision in den BPS- Begleitseminaren*

Oder: Was kann ich bei der Betreuung und Begleitung der 'Berufspraktischen Studien' lernen?

Formale Vorgaben sind so gut oder so schlecht wie die Arbeit, die dazu getan wird. Dabei kann die Form eine Tüchtigkeit auch dann noch vortäuschen, wenn die absichtsvollen Begründungen längst in Vergessenheit geraten sind. Dafür gibt es zwei Ursachen. Entweder waren sie nie sonderlich ernst gemeint und eine eilige Offerte an den Zeitgeist, dem jede Wende paßt. Oder sie waren immer lästige Pflicht, deren Ertrag mehr die StudentInnen betraf und weniger eine Herausforderung für die Lehre bedeutete. Unabhängig von der Ursache ergibt dies, daß die Beweisspflicht für die Berufspraktischen Studien den Praxisgebern und den StudentInnen zugewiesen und von den Lehrenden mehr oder weniger wohlwollend und mit Distanz betrachtet wird. Einen allfälligen Beweis für diese Behauptung liefert uns das Prisma-Heft 40 (1988). Dort wird (fast) ausschließlich von/über Praxisplätze und studentische Lernerfahrung in der Praxis berichtet. Aus der Hochschule werden uns die Betrachtungen geliefert und die organisatorischen Aufwendungen berichtet. Da die berufspraktische Tätigkeit sozusagen selbstverständlich Erfahrungen und Kenntnisse vermittelt (vgl. Prisma 40/1988) – so ist weitgehend die Reaktion -, kann die Hochschule ohne erkennbare Folgen zurückhaltend reagieren, die Organisation und die 'kleinen' Pannen den BPS-ReferentInnen überlassen und den Lehrenden eine reduzierte Beteiligung gestatten.

Unorthodoxe Lehr-Lern-Situation

Was macht nun die BPS-Betreuung so spannend und so interessant? Ich beschreibe dies aus der Beobachtung und Erfahrung im Studiengang Landschaftsplanung. Soweit mir die anderen Studiengänge, Praxisplätze und Berufsfelder bekannt sind, behaupte ich, daß dieses Resümee mit Variationen ohne Schwierigkeiten übertragbar ist.

In einem Projekt, bei einer Studienarbeit und in einem Seminar werden die Fragen, die beantwortet werden sollen, immer vorher bestimmt. Das feste Thema, Beispiel etc. dient zum Beispiel, an dem vergleichbare und ähnliche Fragen dargestellt und die individuell unterschiedlichen Wertgebungen und Beurteilungen geprüft werden können. Die scheinbar vollständige Unterweisung mit abfragbarem 'Wissen' wird in der Tradition und nach den Prämissen des 'exemplarischen Lernens' durch die dialektische Bearbeitung eines mehr oder weniger zufälligen, bestensfalls didaktisch idealtypischen Beispiels ersetzt. Während bei der Lehre 'ex cathedra' alle (dasselbe) auswendig lernen sollen, gilt für das exemplarische Lernen, daß hier jede(r) TeilnehmerIn nicht nur anders lernt, sondern auch etwas anderes lernt, also andere Einsichten gewinnt. Diese explizite und/oder implizite Einigung und Ambition für ein Thema, eine 'Frage', berücksichtigt die persönlichen Interessen und Animositäten

* bis auf das ungedruckt gebliebene 'p.s.' zuerst erschienen in GhK-Prisma 45/1991, Seite 71-75. Kassel.

unausgesprochen. Auch der BPS-Arbeitsplatz wird weitgehend absichtsvoll und nach – realer oder vermeintlicher – Wahlverwandtschaft gewählt. Selbst das Verhalten am Arbeitsplatz, also die Reaktion auf die Hierarchie der Arbeitsbedingungen und die Wahrnehmung des professionellen Arbeitsverständnisses, sind vorhersehbar eingebunden und sympathisch oder apathisch bestimmt. Damit bringt jede/r StudentIn in die BPS-Betreuung neben der unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Arbeits- erfahrung auch noch die lernbiographisch bestimmte Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Kritik mit.

Eine Reaktion auf diese für Lehrende unübersichtliche und disparate Lern- Lehr- Situation ist der Rückgriff auf eine abstrakt-kathedrale Unterweisung mit nur noch beliebigen Themen. Diese Vortrags-Betreuung – daran ändern auch Veranstaltungen in Exkursionsform nichts – hat die Beschäftigung zur Absicht, der jegliche lehr- reiche Pädagogik fehlt. Die BetreuerInnen entledigen sich auf eine sehr hilflose Weise ihres Lehr-Auftrags.

Die Anforderung aus der BPS-Betreuung setzt eine unorthodoxe Wiederaufnahme des Prinzips exemplarisches Lernens im Projektsstudium voraus. Die BPS- BetreuerIn muß geradezu freischwebend eine Orientierung im gesamten Berufsfeld, mit Blick auf die Professionsgeschichte, die Auftragsgeschichte, die Arbeitsphilosophie, des Auftraggeber-Auftragnehmer-Verständnisses, usw. usw. ermöglichen. Das Problem oder der Witz besteht darin, Zusammenhänge und Differenzen der verschiedenen Erfahrungen und Wahrnehmungen verstehbar werden zu lassen. Im Projekt sind die verschiedenen Betrachtungs- und Zugangsweisen möglich, weil Thema und Gegenstand vorweg über die Fruchtbarkeit der Debatte entschieden sind und den roten, dramaturgischen Faden ergeben, wir also hermeneutisch vorgehen. Wenn Thema und Gegenstand der Praxiserfahrung aber notwendig so viele Beispiele wie TeilnehmerInnen enthält, stehen wir vor der Aufgabe, daraus den Kettfaden zu finden und die je individuellen Fälle auf ihre Gemeinsamkeiten und tatsächlichen Besonderheiten zu prüfen. Der exemplarischen steht die idiographische Vorgehensweise gegenüber. Im ersten Fall prüfen wir beispielhaft die Generalisierbarkeit, Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen des Kontextes und des Prinzips. In der BPS-Betreuung stellen wir viele Fälle nebeneinander, um nach Ähnlichkeiten und Vergleichbarkeiten zu suchen. Das Projekt nimmt einen Fall und andere Fälle zum Vergleich. Die BPS-Betreuung ist, von vielen zufälligen Beispielen ausgehend, darauf gerichtet, über alle Besonderheiten hinaus das Gemeinsame und Vergleichbare zu verstehen: Das Beispiel ist zu verstehen über den Vergleich mit Fällen; die Fälle sind zu verstehen, indem daraus Beispiele erkenn- und vergleichbar werden.

Handreichungen

Erfahrungsgemäß muß die Distanz zur Hochschule und die Manie, auf Anekdoten auszuweichen, überwunden werden. Also berichte ich zuerst über die neueren 'Bewegungen' am und im Fachbereich (z.B. Berufungsverfahren, Auseinandersetzungen, Beschlüsse und Entscheidungen, Vorhaben und Veranstaltungen). Dann stelle ich meine Überlegungen zum BPS-Seminar vor:

- Berichte aus der Praxis: Debatte über die einzelnen Berichte.
- Vorüberlegungen und Themen für die BPS-Studienarbeiten.

- Eine gemeinsame Exkursion

- Überlegungen für Projekte im folgenden Semester.

Dann beginnen die Berichte aus der Berufspraxis ganz zufällig. Irgend jemand fängt an. Zur Präzisierung frage ich nach, um die zunächst anekdotenhafte Erzählung genauer werden zu lassen. Wenn der erste Bericht im Plenum ausdiskutiert ist, frage ich nach einem ähnlichen Arbeitsplatz und ähnlicher Erfahrung. So finden wir vergleichbare Situationen und Anknüpfungspunkte zu anderen. Zum Beispiel Gartenämter, Büros, die für Gartenämter arbeiten, Kleinbüros und Großbüros. Grünplanungs- und Landschaftsplanungsbüros, Aufträge der Objekt- und Strukturplanung, modern-technokratische, bürokratische oder handwerkliche Arbeits- und Vorgehensweise. Diese unvollständige Aufzählung macht schon deutlich, daß es hier, unabhängig von der spezifischen Arbeitssituation vergleichbare Anknüpfungspunkte gibt, so daß die einzelnen Berichte dann mit der Zeit ergänzt und erweitert werden können. Für meine Aufmerksamkeit und Repetition skizziere ich zu Beginn jeder neuen Sitzung zusammenfassend die Ergebnisse der Diskussion. Damit verbinde ich gleichzeitig ein Resümee und verweise auf die Aufmerksamkeiten. So improvisiere ich den roten Faden aus den Zufällen. Dazu gebe ich Literaturverweise, damit sowohl theoretisch wie 'praktisch' auch eine Handreichung, die außerhalb der Hochschule zugänglich ist, gegeben wird. Auch ganz praktische Fragen – wie kann ich meinen Widerspruch begründen, wie kann ich dies oder jenes bewältigen, werden dabei verhandelt.

Dramaturgie

Bei fünf Monaten BPS-Zeit hat es sich bewährt, die erste Begleitwoche nach vier bis fünf Wochen BPS-Zeit durchzuführen, weil die StudentInnen dann bereits über ausreichende Arbeits- und Arbeitsplatzenerfahrungen verfügen und die guten wie schwierigen Seiten übersehen können. In dieser Woche ist besonders eine Debatte und Erörterung der Arbeitsplatzsituation und der Rolle der PraxisstudentInnen erforderlich. Dies hilft den StudentInnen, ihre z.T. merkwürdigen Rollenzuweisungen zu verstehen und ihnen eventuell in der weiteren Praxis offensiv zu begegnen. Die Rollen- und Arbeitszuweisungen, die erfahren werden, sind gleichzeitig Hintergrund für die vergleichende Betrachtung der Büro-/Arbeitsplatzhierarchie und der Betriebspsychologie bzw. der typischen 'Büroatmosphäre'. Die konkrete Arbeit – Aufträge, Auftragsverständnis, Planungsprinzipien etc. – spiegelt sich zum Teil – aber nicht immer – in der Bürostruktur wieder, so daß auch hier das Verständnis für den Arbeitsplatz im Vergleich zu anderen auch die möglichen Arbeits- und Verhaltensspielräume, die in der weiteren Praxis mit Erfolg erprobt werden können, besprochen und beraten wird. Auch die Vorgehensweise zur Durchsetzung eigener Arbeitsinteressen (kontinuierliche Arbeitsaufträge, verbindliche Betreuung, nicht nur Handlangerdienste, Beteiligung an Terminen inhaltliche Begründungen etc.) wird überlegt.

1. BPS-Begleitwoche

1. Tag – Bericht über die Hochschule/Fachbereich; erste Erzählungen aus den BPS
2. Tag – Resümee des ersten Tages; weitere Erzählungen aus den BPS. Dabei Rückgriffe auf vorhergehende Berichte und Diskussion der Themen für die BPS-Arbeit.
3. Tag – Resümee des 2. Tages; weitere Berichte aus den BPS. Nebenher Bezug auf vor-

hergehende Berichte und Überlegungen zu BPS Arbeitsthemen. Ergänzung durch Hinweise auf Verhaltensweisen (die Spiele der Erwachsenen) am Arbeitsplatz und auf das weitere Studium.

4. Tag – Exkursion, eine Art Ausflug und Ruhepause. Dabei wird von mir ein Stück Seminar-Beispiel gewählt, in dem ich auf fast alle Fragen aus den Berichten eingehen kann.

5. Tag – Einzelberatung.

Die zweite Begleitwoche sollte vier bis fünf Wochen vor BPS-Abschluß durchgeführt werden, d.h. ca. zwei Monate nach der ersten Begleitwoche. Für die Zwischenzeit ist das Angebot für Beratungen und Einzelnachfragen, die selten in Anspruch genommen werden, notwendig. In der zweiten Begleitwoche ist die Reihenfolge der Berichte über ähnliche Arbeitssituationen, die aus der ersten Begleitwoche allen bekannt sind, vorherbestimmbar. Auch spezifische Rückfragen nach der Arbeitsplatzsituation, dem möglichen Erfolg bzw. der Durchsetzung eigener Arbeitsinteressen und der Diskussion planerischer Fragen und fachlicher Begründungen werden verhandelt. In Abhängigkeit von den neuen Berichten wird dann insbesondere die aus der ersten BPS-Betreuung vorgesehene Studienarbeit auf ihre Tragfähigkeit geprüft und evtl. andere Vorschläge bedacht.

2. Begleitwoche

1. Tag – Berichte aus der Hochschule. Resümee der 1. Begleitwoche, Hinweise auf BPS-Arbeit; Berichte aus den BPS – jetzt von mir vorsortiert nach dem Ergebnis der 1. BPS-Begleitung nachgefragt. Dabei besonders die Arbeitsschwierigkeiten oder die Widersprüche nachgefragt. Insbesondere frage ich nach dem Fortschritt der Präzisierung des Themas der BPS-Studienarbeit.

2., 3. und 4. Tag – Berichte und Nachfragen.

5. Tag – Einzelbetreuung im Blick auf die BPS-Studienarbeit

Eine dritte Betreuungswoche zur Beratung der Studienarbeit führe ich nicht durch. Der aus Erfahrung begründete Hinweis, die Fertigung der BPS-Arbeit nicht hinauszuzögern – Erinnerung, Nähe und Interesse der Bearbeitung lassen mit zeitlicher Distanz ebenso nach, wie der Lernertrag der Aufbereitung – muß m.E. von den StudentInnen selbst übernommen werden. So stelle ich meine Bereitschaft dar, auf Nachfrage in Einzelberatung die BPS-Studienarbeit zu betreuen.

Die Arbeit der BetreuerIn

Sie kann nur dann fruchtbar werden, wenn neben einer Aufklärung/Erklärung der Arbeitssituationen gleichzeitig auch Kenntnis und Interesse an den gegenwärtigen Aufträgen und ihrer berufsgeschichtlichen Herkunft vorhanden ist, so daß die Betreuung auch von den Lehrenden zur Lernsituation gemünzt wird. Wo erfahre ich denn sonst so leicht so viel über den innerprofessionellen 'common sense' oder über das, was die 'Praxis' genannt wird, wie bei der Betreuung der BPS?! Das setzt natürlich auch voraus, daß mich die Breite der Berufsarbeit interessiert und eine vertraute Basis zu Gebote steht. Dabei habe ich nicht die Aufgabe des Zensors, der deklariert, was getan werden darf und was nicht. Eine gewisse Gelassenheit ist nötig, damit die Unterschiede und Differenzen verhandelt werden können. Das heißt nicht, daß ich meinen Widerspruch und meine Kritik nicht zum Ausdruck bringen kann. Jedenfalls

ist von den Lehrenden zu erwarten, daß sie das Berufsfeld historisch, theoretisch, handwerklich, praktisch halbwegs übersehen, damit sie weder eng noch demagogisch argumentieren. Sie sollen aufmerksam machen können. Oder mit Ravetz:

"Sie sollten sokratisch begleiten, wie es in weichen, diffusen und angewandten Disziplinen angemessen ist."(Ravetz, J. R. 1978)

Die Arbeit der BetreuerInnen ist in ihrem Interesse begründet, die Berufswirklichkeit und die Berufsperspektiven über die allfälligen Sachwangausreden hinaus zu formulieren: also eine Muttheorie für unkonventionelles Verhalten zugänglich zu machen und dazu eine Studierabsicht zu geben. Wie sonst sollte die BPS-Betreuung durch die Hochschule über die Bindungen der BPS hinauskommen und sich rechtfertigen?

Wenn ich das so sehe!

In der BPS-Betreuung wie in der Orientierungsphase ist jede Einschränkung des Blicks unangemessen. Wo Lehrende spezialistische Reduktionen einführen, beschränken sie willkürlich die Zugänge und die Studienmotivationen nach der Maßgabe ihrer eigenen zufälligen Lernbiographie, die sie dabei zum Prinzip erheben. Alle Lehrenden, die ihre Fähigkeiten aufs sichere Territorium begrenzen, sind für diese Lehraufgaben ungeeignet, weil sie die Erfahrungen der StudentInnen weder unterstützen noch selber daraus neuen Einsichten gewinnen können. Damit wird das Angebot an Lehrenden für diese Betreuung relativ klein. Unter der Voraussetzung, daß Spezialisierung die akademische Reputation ausnahmsweise vergrößert, wird die Auswahl der BetreuerInnen innerinstitutionell noch verschärft. Der offene Zugang zur Profession kennzeichnet nach den Bemessungsgrundlagen akademischer Reputation die typischen LehrerInnen für O-Phase und BPS als GrundschullehrerInnen, die auch immer schon – wenn auch falsch – schlecht angesehen und von den OberlehrerInnen dahin abgeschoben werden.

So kommt dabei heraus, daß die hochkarätigen Spezialisten, denen laut allgemeiner Propaganda der Ruf der Hochschule obliegt, für diese Tätigkeit ungeeignet sind und auch keine Anstrengung unternehmen müssen, um diese Lehrarbeit zu lernen. So werden dann den akademischen Praktikern die praktischen Aufgaben zugewiesen, die die Berufsperspektiven der Studierenden zu ordnen haben und die Orientierung bewerkstelligen sollen. Die Mehrzahl der Lehrenden ist qua akademischer Arbeitsurkunde fürs Höhere zuständig. So degeneriert die Lehre dann zur Zweiklassengesellschaft: Beruf hier – Wissenschaft da. Berufsspezifische Wissenschaftlichkeit, die bei i.w.S. 'angewandten Disziplinen' notwendig ist, wird damit in den Unterbau konkreter Anforderungen und den Überbau der Spezialisierung getrennt. Hatten wir das vor 1968 nicht auch schon? Die berufsinternen Praktiker sind fürs Grobe und die berufsfernen Wissenschaftler fürs Feine da. Wir finden hier wieder, was an anderer Stelle in der Diskussion über Frauen als Lehrende an der Hochschule inzwischen ins Bewußtsein gelangt und entsprechend segmentiert worden ist. Vielleicht gibt das auch für die Berufungspolitik etwas zu denken. Jedenfalls gehört es nicht zur reputierlichen Tätigkeit, die BPS zu betreuen. Wer das tut, ist entweder abgeschoben und hat sich damit zurechtgefunden oder hat das Talent organisiert, diese Arbeit für sich spannend zu machen und gleichzeitig den scheelen Blick durch diese und an-

dere Arbeiten in die Schranken zu weisen. Um auf das Prisma-Heft 40 zurückzukommen: die Institution Hochschule hat die 'Bewährungsprobe nicht bestanden'.

Rückblickende Reminiszenz

Nach zwölf Jahren BPS im angeblich integrierten Studiengang Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung ist ein Rückblick auf die 'Lehren' aus dieser Zeit angebracht. In den Texten zu "Erfahrungen mit dem Modell der Berufspraktischen Studien" (Hülbusch, K. H. et al. 1979) finden wir dazu die Absichten, Intentionen, Erwartungen, Revisionen und Vorschläge aus den ersten zwei Jahren BPS-Betreuung zu unserer Erinnerung niedergeschrieben. Auch wenn ich nicht immer einverstanden bin: Die Beiträge betonen alle, daß die BPS nur dann über den selbstverständlichen 'handwerklichen' Lerneffekt hinaus tragfähig ist, wenn die Institution Hochschule und Fachbereich die Beweisnot dafür übernimmt und nicht an die Praxisplätze delegiert. Die formal etablierten Berufspraktischen Studien sollten gewährleisten:

- Kenntnisse über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, damit auch die unbekannte Furcht davor aus Erfahrung formuliert und eingeschätzt werden kann.
- Zugang und Übersicht zu Arbeitserfahrungen und Arbeitstechniken, Aufträgen, Auftragsbedingungen und Abhängigkeiten, damit für das weitere Studium eine Einschätzung der Berufsperspektive und eine individuelle Orientierung der Studierabsichten und damit 'Planung' des Studiums ermöglicht werden.
- Erfahrungen mit einem an der Studiermotivation gemessenen, i.d.R. widersprüchlichen und schizotypen Arbeits- und Auftragsverständnis und damit dem etablierten Berufsfeld zu sammeln.

Diese hehren und immer noch richtigen Absichten gehen also davon aus, daß die StudentInnen nicht mehr hilflos dem Lehrangebot ausgeliefert sind und der Arbeitserfahrung der Lehrenden ihre Erfahrungen entgegenhalten können. Im Jargon der 70er Jahre würden wir also feststellen, daß eine Emanzipation und Selbständigkeit gegenüber der 'Praxis' – das Studium betreffend – und eine ebensolche gegenüber der Hochschule – die Praxis betreffend – intendiert war, damit die Bedrohungen und Ängste im Widerspruch – Hochschule hier, Berufsalltag da oder, plastischer (wenn auch begrifflich falsch), 'Theorie' und 'Praxis' bearbeitet werden können.

Dazu muß die beteiligte Institution Hochschule bzw. die 'wissenschaftliche Begleitung' eine Aufgabe übernehmen, die tendenziell auch gegen sie gerichtet ist. Das setzt aber voraus, daß die Lehrenden in der Rolle der BegleiterInnen (TutorInnen) das Berufsfeld und ihre Berufskarrieren sorgfältig analysiert haben. Und es setzt zusätzlich voraus, daß sie mit 'sokratischer Gelassenheit' (Ravetz in Hard, G. 1981) die Berufs- und Lebensperspektiven der Studierenden unterstützen und reflektierbar machen können – also Hebammendienst leisten selbst gegen ihre 'Philosophie' und 'Wertgebungen'. Und nicht zuletzt wird damit gefordert, daß die BegleiterInnen selbst eine persönliche Orientierung des Berufsfeldes und Berufsbildes bzw. einer engagierten Berufsperspektive im Sinne einer Mut-Theorie (Pirsig, R. M. 1978) vertreten.

Am gegenwärtigen Zustand und Niedergang der BPS gemessen, ist die Anforderung an die Lehrenden dazumal unbedacht als gegeben vorausgesetzt worden. So falsche 'Planung' hat notwendig Folgen, weil damit die 'Delegation und Anonymisie-

rung der Verantwortung' (Balint, M. 1964/91) für die BPS programmiert wurde. Anders: die 'Lehren' aus dem Beginn der BPS-Betreuungen, wie sie im 'Erfahrungsbericht' zugänglich dargestellt wurden, haben nie die Qualität einer Tradition erreicht, in der Erfahrung in Bestätigung und notwendiger Veränderung vervollständigt wird (Kleist, H. v. 1964). Wie denn überhaupt Tradition an dieser Hochschule durch falschen Vergleich (sogenannter Vergleichbarkeit) und hoffärtige Reputierlichkeit – die Propagandaformel 'hochkarätige' kennzeichnet diese Entfernung von den klassischen Vorgaben der Reformhochschule zutreffend – unmöglich gemacht wurde, weil die Protagonisten der Reform nicht auf Stetigkeit, sondern auf spektakulären Aktivismus gesetzt haben. Da wird forschend die 'endogene Entwicklung' erkundet und vor der Haustür werden immer nur spektakuläre 'Einkäufe' getätigt, die die notwendige und wichtige Alltagsarbeit an einer Hochschule absichtsvoll entwerfen. Die sogenannte Forschung – was immer das sein mag, auch in Friedenszeiten – hat das 'forschende Lernen', die Bildung und Ausbildung der Lernenden, vergessen lassen. Die 'wissenschaftlichen Zentren' sind der Prototyp einer industriell orientierten Hochschule, an der StudentInnen nur mehr unnötiger Ballast sind: 'Wie ist die Hochschule doch ohne störende StudentInnen so schön!' Da bleibt nichts mehr von der 'alma mater', die der Studentenbewegung Pate stand: ordinarienhafter, wenigstens vom Habit her, geht's kaum.

Theorie und Praxis, inclusive Integration

Hier werden seit eh und je die Begriffe verwechselt, 'Theorie und Praxis' beziehen sich auf die Gesellschaft, nicht auf Professionen, wo es um 'Wissenschaft und Technik' (vgl. Gehlen, A. 1957) geht. Der leichtfertige Gebrauch der Begriffe enthält absichtsvoll immer Vereinnahmung und Verschleierung gleichzeitig, täuscht eine kritische Stellungnahme vor, um Ruhe zu haben (Adorno, Th. W. 1967). Die Theorie zur BPS ist zur Wissenschaft des Abhakens verkommen. Die Praxis, die Arbeit der BPS-Betreuung, ist zu einer Technik degeneriert, die die vorsichtige und verantwortungsvolle Pädagogik, das Lernen und Lehren gegenüber dem Machen geringschätzt. Dies wird auch ausgewiesen in der Wirklichkeit der Integration. Sicher und an vielen Beispielen nachweisbar ist die fachspezifische Ressortierung falsch und gegenüber der Alltagswirklichkeit böseartig (Ullrich, O. 1979). In dem Moment, wo damit dem Hilfswissen eine Grundlagenfunktion zugesprochen wird, um die Härte der Ausbildung in einer 'weichen Disziplin' (Hard, G. 1981) vorzutauschen, wird die Berufungspolitik zum Schlüssel der BPS-Betreuung. Spezialisten sind praktisch unfähig, ein bestimmtes Arbeitsfeld, wie es die Freiraum- und Landschaftsplanung ist, zu vertreten und professionelle Orientierungen glaubhaft und authentisch darzustellen. Sie fallen also für die BPS als 'Berufsberater' aus, solange sie bei ihrem Stiefel bleiben können. Da aber die VertreterInnen einer 'weichen Disziplin' immer an fehlender Härte und Eingrenzung verzweifeln und ihrer indizien- und humanwissenschaftlichen Arbeit (vgl. Ginzburg, C. 1983) nicht trauen, also unsicher sind, überlastet. Ins reine gesprochen: die lehrenden Landschafts- und FreiraumplanerInnen wären mit BPS- und O-Phasen-Betreuung voll ausgebucht und könnten dann den Rest der Lehrenden Spezialisten überlassen. Wo käme eine solche Lehre in der Landschafts- und Freiraumplanung wohl hin?

Zwänge der Anpassung

Außer Mangel an Interesse sind wir hier auch mit einem Zwang konfrontiert, der die Beweisnot entlastet und gleichzeitig plausibel ist. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses (Studienbereich I, S. Keller) hat für die Zeit von 1983 bis 1988 eine Statistik über die Diplomabschlüsse vorgelegt. Danach haben die Lehrenden (HL), und die sind ja letztendlich verantwortlich, in der Stadtplanung je HL und Prüfungstermin eine Belastung von 1 (= Betreuung übers Studium), in der Architektur von 2 und in der Landschaftsplanung eine Belastung von 4. Dieses Ergebnis ist vielfältig zu interpretieren. Wir wollen hier nur die Folgen für die BPS-Betreuung erörtern. Dieses Ungleichgewicht der Lehr- und Betreuungsanforderung ist der geschickten Propaganda der Architektur und vor allem der Stadtplanung zuzuschreiben, die entweder Stellen organisiert, intrigiert und/oder auch hinsichtlich professioneller Orientierung der StudienanfängerInnen keine Angebot gemacht und somit keine Studiennachfrage ermöglicht haben. Für die BPS- und andere Betreuungen ist diese Situation – außerhalb der übrigen Folgen – natürlich bedrohlich und hinsichtlich der Qualität und Intensität der Betreuung in einer Profession, die personale Vermittlung gegen Lehrbuchabfrage voraussetzt, ärgerlich. Die gewählte und zugleich erzwungene Zurücknahme der BPS-Betreuung ist da nur ein Beispiel.

Recherchen

Für dieses Phänomen und die Folgen seien deshalb zwei Erzählungen angeführt. Im Wintersemester 1987/88 haben Gerda Schneider (vgl. Schneider, G. 1989: 114-129) und ich ein Erzählseminar mit dem Titel 'Wunschträume' – Wie, warum und mit welchen Erwartungen studieren wir Landschafts- und Freiraumplanung? – angeboten. Über die BPS haben wir dabei auch diskutiert und erfahren, daß insbesondere in der BPS I, wie bereits in dem Bericht angeführt, sehr unterschiedliche Wahrnehmungen untergebracht sind (Hülbusch, K. H. et al. 1979: 154-216). Die 'Praktiker' sind froh, wenn sie wieder Boden unter die Füße kriegen, die 'Theoretiker' fühlen sich ausge-setzt, weil diese versuchen, ihr Forum politisch und auch sozial an der Hochschule zu organisieren. Die Betreuung hätte also nach dem Ergebnis aus den ersten BPS-Betreuungen darauf eingehen müssen, betont und bewußt diese individuellen Widersprüche verstehbar und zugänglich zu machen.

Im Sommersemester 1988 habe ich gegen alle Vernunft und Arbeitskapazität, d.h. gegen die gängige Ignoranz der BPS-Betreuung als letztes Rad am Wagen, die BPS II-Betreuung übernommen und festgestellt, daß auch hier der Bericht von 1979 keine Folgen gehabt hat. Es wird dort darauf hingewiesen, daß es insbesondere an der betonten Selbständigkeit der Begleitung mangelt, weil mann/frau nur eingesetzt wird. Auch die Unterschiede der Arbeitsplätze sind damals schon ganz prima dargestellt und interpretiert worden. Eine Debatte über die Praxisverträge und/oder die komparative Leistung durch Betreuung hat jedoch nicht stattgefunden. Also auch hier ein Mangel an Lern- und Geschichtsbewußtsein.

Der große Unterschied

Die integrative Vereinnahmung der unterschiedlichen Studien ist ebenfalls im Bericht von 1979 nachvollziehbar. Da gibt es auf der einen Seite die 'Architekten' und auf der anderen Seite die 'Stadt- und Landschaftsplaner'. Und so werden Fachberei-

che zu gleichen Berufesebenen und Honorationen: Desintegration durch Integration! Die Stadtplanung, eine doppelt geliehene Profession, macht auf Vereinnahmung – Beteiligung wird das genannt, und zwar der Betroffenen, die erst hergestellt werden müssen, damit sie merken, daß sie auch betroffen sind.

Der zwangsläufige Erfolg der Berufspraxis ist kein Ausweis für die Hochschule. Selbstverständlich und notwendig hat Hochschule Probleme und Widersprüche zur Berufspraxis. Die Ausgangsthese für die BPS bestand darin, diesen Widerspruch zugänglich und verstehbar zu machen. Dazu wollte die Hochschule eine handwerkliche und ideologiekritische Hilfe bereitstellen, die ein Verständnis für die StudentInnen ermöglichte und gleichzeitig die Arbeit selbst unterstützte – also auch routinierte Vorgehensweisen in Arbeitssituationen wie zur Arbeit selbst unterstützend bereitstellte. Dieses ambitionierte Versprechen, die Erfahrung an Arbeitsplätzen und professioneller Arbeitstätigkeit fruchtbar für die Studiersituation (Studierambition) zu machen, entpuppte sich zunehmend als Leerformel und Alibi: so ist die Berufspraxis nun mal – und ihr seht, Rosinen sind unnötig. So werden die Berufspraktischen Studien seitens der Institution Hochschule zum Instrument der Demotivation und Anpassung. Statt intellektueller Verständigung über die praxologische Demagogie und darin verkommenen Spielräumen planerischer Streitbarkeit wird die 'Praxis' zur Anpassung an die Demagogie des Lehrangebots benutzt. Der 'aufklärerische Impetus' (vgl. Narr, W. D. 1981) war wohl nie ernst gemeint, sondern immer schon als Alibi eingepflanzt. Und außerdem können sich die Lehrenden an den Niederlagen auch ohne eigenen Handschlag weiden.

Trotzdem ein Lob

Auch wenn die Institution ihren Beitrag zur Arbeit eher hinterhältig organisiert, sind die Berufspraktischen Studien eine wichtige Einrichtung. Sie organisieren eine zu unseren Studienzeiten selbstverständliche Prüfung des Studiums. In den 50er und 60er Jahren war neben den handwerklichen Praktika oder gar einer Lehre, die der Hochschule viel von ihrem Nimbus nahm, die Arbeit während der Semesterferien in Büros oder Verwaltungen eine selbstverständliche Angelegenheit. Die Supervision haben wir am Arbeitsplatz oder mit StudentInnen organisiert. Darauf waren wir sogar angewiesen. Das Versprechen, die Hochschule begleite diese Arbeit, zerstört die Selbstorganisation über eine Erwartung, die nicht ernsthaft eingelöst wird. Ich kann das auch provokativer formulieren: Viele teuer bezahlte Leute liefern an dieser (und wahrscheinlich auch an anderen) Hochschulen ihre Arbeit nicht ab. Und häufig ist es gut, daß sie es nicht tun.

p.s.: (ungedruckter Nachtrag zum Artikel vom Dezember 1990)

Der Fachbereichsrat hat am 30.05.1990 über die 'Lehre' nach der Vorlage eines 'Leer-Papiers' der Lehrkommission geredet. Dort wurde mit Vehemenz ein Vorschlag, nach dem die BPS-II-Betreuung zu spezialisieren sei, unterbreitet. Danach sollen auch die PlanerInnen ihr expertokratisches Gelände (vgl. Gummert, M. 1983) abriegeln dürfen. Damit kann dann ihre 'geheime Selbstverachtung' (Hard, G. 1981) und ihr Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Vertretern 'harter Disziplinen' kompensiert werden und ihren Rang erhöhen.

Mit M. Balint (1964/91) können wir hier zwei Reaktionen ausmachen. Von der Spe-

zialisierung wird (grundlos) erwartet, daß sie den automatisch akzeptierten Experten formal- und naturwissenschaftlicher Ausrichtung mehr Respekt abnötigt, wenn sie auch selber ein Etikett von Ausschließungscharakter sich aufkleben können. Gleichzeitig wird von den 'PatientInnen' – also den StudentInnen, nachdem ihr Fall unmißverständlich definiert und katalogisiert und einem Spezialisten zugewiesen ist, grenzenloses Vertrauen und Hochachtung erwartet. Das ist ein Entlastungseffekt im Hinblick auf die Reputation, die erhöht wird, und die Verantwortung, die vermindert wird. Dieser Trick ist ein Indiz für eine 'Vertrauenskrise':

"Entweder der Arzt fühlt, daß er nicht genug weiß, um seinem Patienten zu helfen, oder der Patient hegt Zweifel an Wissen und Geschicklichkeit des Arztes. Anders ausgedrückt, im ersteren Fall besteht ein Bedürfnis nach einer genaueren Diagnose, im zweiten nach Verstärkung des therapeutischen Potentials des Arztes."
(Balint, M. 1964/91: 104)

In unserem Beispiel wird nun kein 'Facharzt' hinzugezogen. Stattdessen werden die 'praktischen Ärzte' per Deklaration in den Stand von 'Fachärzten' erhoben. Wir begegnen hier einer äußerst trickreichen Variante der 'Verzettelung und Anonymisierung der Verantwortung' (ebenda). Bei der Errichtung der 'Anonymitätsklausel' sind auch StudentInnen kräftig beteiligt, weil die Lehrenden, statt die Studierunsicherheit als Gegenstand ihrer Tätigkeit anzunehmen, auf die formalen-organisationellen Vorschläge eingehen und sich so leicht mit dem Heiligenschein des Verständnisses ihrer Verantwortung entziehen können.

Was geschah? Nichts! Neben einer unverbindlichen Option, die ohne Rekurs auf die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse mit einem 'Entwurf – aus der Hüfte geschossen' Interesse vortäuscht und die Verantwortung aufhebt.

Literatur:

- Adorno, Theodor W. (1967):** Thesen über Tradition. in: ders.: Ohne Leitbild. Parva Aesthetica: 29-41. Frankfurt a.M.
- Balint, Michael (1964/91):** Der Arzt, sein Patient und die Krankheit. Stuttgart.
- Gehlen, Arnold (1957):** Die Seele im technischen Zeitalter. Hamburg.
- Ginzburg, Carlo (1983):** Spurensicherungen. München.
- Gummert, M. (1979):** Rede einer selbstbewußten Professorenfrau. In: Kursbuch 58: 85-100. Berlin
- Hard, Gerhard (1981):** Problemwahrnehmung in der Stadt. In: Osnabrücker Studien zur Geographie Band 4. Osnabrück.
- Hülbusch, Karl Heinrich et al. (1979):** Erfahrungen mit dem Modell der Berufspraktischen Studien. Veröffentlichung Arbeitsgruppe Modellversuch Teilprojekt 1/28. Kassel.
- Kleist, Heinrich von (1964):** Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden. In: ders.: Anekdoten, kleine Schriften: 53-58. (dtv Gesamtausgabe 5). München.
- Narr, Wolf Dieter (1981):** Gewalt in der Stadt. in: Freiheit macht Stadt; 176-185. Darmstadt.
- Negt, Oskar (1971):** Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen – Zur Theorie der Arbeiterbildung. Frankfurt/Main.
- Ortmann, Hedwig et al. (1977):** Universitärer Alltag – Lernen, Lehren und Leben an der Hochschule. Gießen.
- Pirsig, Robert M. (1978):** Zen und die Kunst ein Motorrad zu warten. Frankfurt/Main.
- Prisma 40, Zeitschrift der GhK (1988):** Bewährungsprobe bestanden. 10 Jahre Berufspraktische Studien. Kassel.
- Ravetz, J. R. (1978):** Die Krise der Wissenschaft. Neuwied und Berlin.
- Schneider, Gerda (1989):** Die Liebe zur Macht. Notizbuch 15 der Kasseler Schule. Kassel.
- Ullrich, Otto (1979):** Technik und Herrschaft. Frankfurt/Main.

Notzbücher der Kasseler Schule

- Nr. 1 Scholz, N.: Über den Umgang mit Bäumen. (1. Aufl. '85, 2. Aufl. '88, 3. Aufl. '91)
- Nr.2 Krautem mit Unkraut. Mit Arbeiten von: Auerswald, B.; Bartung, L.; Fahrmeier, P.; Hülbusch K. H.; Lührs, H.; Müller H.-U.; Sauerwein, B. (1. Aufl.'86, 2. Aufl.'89)
- Nr. 3 Sammeln und Säen. Mit Arbeiten von: Auerswald, B.; Fahrmeier, P. (1. Aufl. 1987, 2. Aufl. '91)
- Nr. 4 Krah, G.: 'Mini-Kienast' Synthetische Übersicht der Stadtvegetation Kassels. (1. Aufl. 1987)
- Nr. 5 Bartung, L.: Ein alter Hut - Die bio-ökologische Stadtgrünpflege. (1. Aufl. 1987, 2. Aufl. '93)
- Nr. 6 Stolzenburg, J. u. Vetter, C. A.: Disziplingeschichte der Freiraumplanung 1960-80. Stolzenburg, J.: Landschaftsbildanalyse.
- Nr. 7 Krah, G.: Träume von Säumen. Gimbel, G., Hennen, R.: Kasseler Kalkschotterdecken. (1.Aufl. 1988, 2. Aufl. '92)
- Nr. 8 Harenburg, B.: Mietergärten - Sind Zufälle planbar? (1. Aufl. 1988, 2. Aufl. '92)
- Nr. 9 Der Praxisschock - Von fertigen Unwegen und unfertigen Wegen / Fachtagung am FB 13 der GhK 1987. (1. Aufl. 1988)
- Nr. 10 Böse-Vetter, H. (Red.): Nachlese Freiraumplanung. (1. Aufl. 1989; 2. Aufl. 1991)
- Nr. 11 Sauerwein, B.: Die Vegetation der Stadt. Ein freiraumplanerisch wertender Literaturführer. (1. Aufl. 1989, 2. Aufl. 1990)
- Nr. 12 Heinemann, G., Pommerening, K.: Struktur und Nutzung dysfunktionaler Freiräume. (1. Aufl. der AG 1989, 2. Aufl. 1994)
- Nr. 13 Stolzenburg, J.: Grünlandwirtschaft und Naturschutz in der hessischen Rhön.
- Nr. 14 Sauerwein, B.: Stadtvegetation. Kritische Bibliographie. (1. Aufl. 1989)
- Nr. 15 Schneider, G.: Die Liebe zur Macht. Über die Reproduktion der Enteignung in der Landespflege. (1. Aufl. 1989)
- Nr. 16 Steinhäuser, U.: Plänen für die Wechselfälle des Lebens. Dams, C.: Die 'produktive Bedürftigkeit' der angestrengten Jungesellenkultur. (1. Aufl. 1990, 2. Aufl. '93)
- Nr. 17 Pflege ohne Hacke und Herbizid. (1. Aufl. der AG 1990)
- Nr. 18 Hard, G.: Hard-Ware. Texte von Gerhard Hard. (1. Aufl. 1990, 2. Aufl 1996)
- Nr. 19 Frenken, P., Kölzer, A.: Was hat Martha Muchow mit Astrid Lindgren zu tun? Hülbusch I. M., Hülbusch, K. H.: Freiraum an Schulen. (1. Aufl. 1990)
- Nr. 20 Ein Stück Landschaft - Auszüge und Beispiele v. Kompaktseminar Miltenberg/M. (1. Aufl. 1991)
- Nr. 21 Weiland, T. (Red.): Sommer '89 - 'Prüfungsreden'. (1. Aufl. 1991)
- Nr. 22 Der ideale Wurf. Mit Arbeiten von: Schwarze, B.; Trust, H.; Helmrich, B., Rühling, S. (1.Aufl. 1991)
- Nr. 23 Von Haustür zu Haustür - Morphologie und Organisation. Mit Arbeiten von: Harenburg, Wannags, Braun, Linne; Mehli.
- Nr. 24 Grundler, H., Lührs, H., Stolzenburg, J.: Der Landschaftsplan für die Stadt. Brookhuis, N., Horst, A.W., Möller, R., Ring, W., Steinhäuser, U., Trust, H.: Grünplanung im Gefolge der Stadtplanung. (1. Aufl. 1992)
- Nr. 25 Böse-Vetter, H. u. Hülbusch, I. M.: Worpswede und umzu. Hof und Haus - Land und Leute. (1. Aufl. 1991)
- Nr. 26 Reise oder Tour? Mit Arbeiten von: Appel, A.; Mehli, R.; Scheidel, W. (1. Aufl. 1992)
- Nr. 27 Vom Straßenrand zur Bordüre. Mit Arbeiten von: Lucks, T.; Grundler, H., Lührs, H.; Meermeier, D. (1. Aufl. 1993)
- Nr. 28 Die 'Freie Landschaft'. Mit Beiträgen von: Schürmeyer; Vetter; Boss; Granda Alonso; Hülbusch; Troll.
- Nr. 29 Gut gesät. Mit Arbeiten von: Auerswald, B.; Hülbusch, K. H.; Lechenmayr, H.; Sauerwein, B.; Zollinger, R. (1. Aufl. 1993)
- Nr. 30 Kurowski, M. (Red.): Prüfungsreden '91/92 (1. Aufl. 1993)
- Nr. 31 Lührs, H. (Red.): Pater Rourke's semiotisches Viereck - Acht vegetationskundliche Beiträge (1. Aufl. 1993)
- Nr. 32 Lührs, H.: Die Vegetation als Indiz der Wirtschaftsgeschichte. (1. Aufl. 1994)
- Nr. 33 Vom Regen in die Traufe: Verwendung des Niederschlagswassers in der Stadt Bremen; Biomüllkompostierung oder häusliche Abfallverwertung?; Freiraumplanung Uni Bremen/1973. (1. Aufl. 1994)
- Nr. 34 Pflege-Fälle. Mit Beiträgen von: Hülbusch, Lührs, Schwarze, Protze; Knittel, Wegmann, Lechenmayr. (1. Aufl. 1994)
- Nr. 35 Böse-Vetter, H., Hülbusch, K. H. (Red.): SchauDerGärten - Nachlese Gartenschauen. (1. Aufl. 1995)
- Nr. 36 Alles Quecke. Mit Beiträgen von: Bauer, I.; Gehlken, B.; Ledermann, B. (1. Aufl. 1995)
- Nr. 37 Blockrand und Stadtrand. Mit Beiträgen von: Moes, G.; Theiling, C.; Mehli, R. Möller, R., Schneider, C.; Bekeszus, K.; Schürmeyer, B. (1. Aufl. 1995)
- Nr. 38 Granda Alonso, E., Hülbusch, K. H. (Red.): StadtBaumschule - 'Vertrauliche Mitteilungen über Bäume'. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 39 Himmel und Hölle. Mit Beiträgen von Hohagen, Annette; Hülbusch, Katharina u.a. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 40 Böse-Vetter, H. (Red.): Freiraum und Vegetation. Festschrift zum 60. Geburtstag von K. H. Hülbusch. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 41 Ney, S.: Die Gartenstadt Neu-Siebethsburg in Wilhelmshaven. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 42 Land und Lüge - Geschichten zur Landschaft. Beiträge von: Auerswald, B.; Bellin, F.; Lorberg, F.; Welz, C. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 43 Groeneveld, S.: Agrarberatung und Agrarkultur und andere Texte. (1. Aufl. 1996)
- Nr. 44 Bremer-Reihen: Platz haben und Platz lassen - Plätze in Bremen; Reihenhaustadt - Von Handwerkerhäusern, Architektengebäuden und Zeilen in Bremen. (1. Aufl. 1997)
- Nr. 45 Kunst wächst manchen über den Kopf. Zwei Spaziergänge zu '7000 Eichen' von Joseph Beuys. (Red.: K. H. Hülbusch & V. Rothmaler) (1. Aufl. '97)
- Nr. 46 Das Maß der Dinge; Prüfungsreden drei. (Red.: Andrea Appel) (1. Aufl. '97)
- Nr. 47 "Ich gehe raus...und bin doch zu Haus" und andere Texte von I. M. Hülbusch (Red.: H. Böse-Vetter) (1. Aufl. '97)

